

Deutsche Ausgabe

26 Texte aus 25 Jahren,
mit Beiträgen von Gabriel
García Márquez, Bénédict
Savoy, Shoshana Zuboff
und vielen anderen

LE MONDE

diplomatique

Jubiläumsausgabe



Liebe Leserin, lieber Leser,

was, werden Sie sich vielleicht fragen, waren die Kriterien für diese Textsammlung aus 25 Jahren *Le Monde diplomatique*? Und wenn Sie die Monatszeitung schon länger lesen, werden Sie vielleicht den einen oder anderen Text vermissen. Wie wir übrigens auch. Denn diese Auswahl ist, wie so oft, nur eine Möglichkeit von vielen. Und doch gibt sie Auskunft darüber, welche Themen und Ereignisse uns in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten beschäftigt haben:

Die verschiedenen sozialen und ökologischen Dimensionen der Ausbeutung (Kolonialismus, Umweltzerstörung, Überwachungskapitalismus), die Folgen des US-amerikanischen „War on Terror“; die Finanzkrise von 2007/08; die Anfänge des Syrienkriegs oder der Ausbruch der Corona-Pandemie. „Nicht jammern, nicht lachen, nicht hassen, sondern verstehen“, zitierte Ignacio Ramonet in seinem ersten LMD-Editorial im Mai 1995 den großen Philosophen Baruch de Spinoza und gab damit das Motto vor, dem wir bis heute folgen.

Es ist kompliziert.

Wird der globale Kapitalismus demnächst aus Peking gesteuert? Wo wachsen die meisten Tomaten? Steht Rotterdam in 70 Jahren unter Wasser? Und was hat Rheinmetall eigentlich in Südafrika verloren? Diesen und vielen anderen Fragen geht der neue Atlas der Globalisierung »Welt in Bewegung« nach.

Hier bestellen oder als Abopremie von Le Monde diplomatique sichern: atlas-der-globalisierung.de

Mit über
300 Karten
und Grafiken

LE MONDE *diplomatique*

ATLAS der GLOBALISIERUNG

Welt in Bewegung



1995

Wie alles anfang

26 Texte aus 25 Jahren

„Andere produzieren Beilagen, deren Texte nur noch redaktionelles Umfeld für Anzeigen sind. Es gibt einen Trend zum Mac-Journalismus, zum schnell konsumierbaren Info-Häppchen. Wir gehen davon aus, dass diese generelle Tendenz zur Verflachung ein Bedürfnis nach mehr Analyse, mehr Hintergrundwissen, mehr Tiefgang erzeugt. Deshalb legen wir ab heute monatlich einmal der aktuellen Tagesausgabe der taz eine deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* bei.“

Diese Sätze standen vor 25 Jahren, am 12. Mai 1995, auf der Titelseite der taz.

300 Ausgaben sind seither erschienen. Das Projekt wurde – publizistisch wie auch wirtschaftlich – ein Erfolg. Allen Unkenrufen zum Trotz. Von der Existenz des französischen Monatsblatts *Le Monde diplomatique* wusste vor 25 Jahren nur eine Minderheit der taz-Redakteure, regelmäßig gelesen haben es allerhöchstens drei, wahrscheinlich waren es weniger. Allein schon der Titel schreckte ab. Mit Diplomatie hatte man in der taz nichts am Hut. Man wollte Tacheles reden. Und dann diese Bleiwüste, dieses altertümliche Outfit!

1954 von Hubert Beuve-Méry, dem Herausgeber der renommierten französischen Tageszeitung *Le Monde*, gegründet, richtete sich *Le Monde diplomatique* zwar ursprünglich (Frankreich war damals noch Kolonialmacht) explizit an die „diplomatischen Kreise und internationalen Organisationen“. Nach der Entkolonialisierung aber entwickelte das Blatt, das profunde Analysen über die Entwicklung der sogenannten Dritten Welt lieferte, unter der Chefredaktion von Claude Julien ein klares linkes Profil. Und Ignacio Ramonet, der 1991 das Ruder übernahm, geißelte dann zuverlässig jeden Monat in seinem Editorial auf der ersten Seite von *Le Monde diplomatique* den Neoliberalismus (siehe zum Beispiel Seite 7).

Aber all dies wusste man in der taz nicht. Wie aber kam sie dann dazu, eine deutsche Ausgabe der französischen Zeitschrift herauszugeben? Zu einer Sitzung des taz-Vorstands, dem ich damals angehörte, brachte ich am 21. Januar 1995, gerade aus Rom kommend, eine Ausgabe der linken Tageszeitung *il manifesto* mit. Ihr beigelegt war eine italienische Ausgabe von *Le Monde diplomatique*.

Karl-Heinz Ruch, geschäftsführendes Mitglied des Vorstands und faktischer Verleger der taz, zögerte nur wenige Sekunden. „Das könnten wir doch auch machen, oder was meinst du?“ Bei mir, langjährigem Auslandsredakteur, rannte Kalle, wie wir ihn alle nannten, offene Türen ein. Und im Vorstand, den ich eine Woche später verließ, um die Chefredaktion der taz anzutreten, sprach sich niemand gegen den Vorschlag aus.

Schon zwei Tage nach dem Vorstandstreffen faxte ich dem Direktor der französischen Ausgabe einen Brief, in dem ich ihm die taz vorstellte („die Auflage ist bescheiden, 62.000, aber die Bedeutung der Zeitung ist viel größer, als man aus dieser Zahl schließen könnte ...“). Ich schlug ihm eine deutsche Ausgabe seines Blatts vor und bat um einen Termin. Noch am selben Tag rief mich Ramonet an und teilte mir mit, es gebe schon einen „hebdomadaire suisse“ (eine Schweizer Wochenzeitung), der sich für die Herausgabe eines deutschsprachigen *Monde diplomatique* interessiere. Das könne denn wohl nur die Wochenzeitung (WOZ) sein, sagte ich ihm.

Er könne mir nicht verraten, welche Zeitung es sei, antwortete er, aber wenn ich meine, ich wüsste es, solle ich mich mit ihr zusammen tun.

Danach rief ich sofort bei der WOZ in Zürich an. Dort war man allerdings *not amused*, weil man mit dem Projekt schon über ein halbes Jahr lang schwanger ging und erst mal nichts nach außen dringen sollte. Immerhin machten wir für den 9. Februar einen gemeinsamen Termin beim Chefredakteur in Paris aus. Um uns zwischen Zürich und Berlin abzustimmen, verabredeten wir ein Treffen drei Tage zuvor in den Räumen der WOZ in Zürich. Das Gespräch verlief zäh. Die Zürcher hatten vor, nach einer aufwendigen Werbekampagne im September 1995 mit der Herausgabe eines deutschsprachigen *Monde diplomatique* einen medialen Coup zu landen – und nun führen ihnen die Berliner in die Parade und wollten mit der Beilage des französischen Blatts schon im April herauskommen.

Auch beim Treffen in Paris konnten wir uns nicht einigen – weder auf die Gründung einer gemeinsamen Herausgebergesellschaft noch auf einen Erscheinungstermin. Die WOZ wollte den alleinigen Lizenzvertrag und mit der taz einen Untervertrag schließen, worauf sich die taz nicht einlassen mochte. Die Folge des Zwists: In Paris setzte man zwei Verträge auf, einen für die Berliner und einen für die Zürcher. Kaum hatte die taz grünes Licht aus Paris, ging alles zügig voran. Marie-Luise Knott, vom taz-Vorstand als verantwortliche Redakteurin für *Le Monde diplomatique* berufen, stellte eine Redaktion und ein Übersetzerteam zusammen. Die Technikabteilung der taz bereitete die Produktion vor, und die Anzeigenabteilung suchte nach Inseraten.

Der Streit mit der WOZ war bald bereinigt. Mitte März traf eine Delegation aus Zürich im Rudi-Dutschke-Haus ein, dem damaligen Sitz der taz-Redaktion in der Kreuzberger Kochstraße. Man fand einen Accord: *Le Monde diplomatique* in deutscher Sprache kommt im Mai gleichzeitig in der Schweiz und in Deutschland heraus, aber in den ersten vier Monaten obliegen Übersetzung, Redaktion und Produktion allein der taz – mit der Option, sich danach die Arbeit zu teilen. Dazu kam es allerdings nie. Produktion, Redaktion und Übersetzung blieben bis heute in Berlin. Trotzdem: Der erste deutschsprachige *Monde diplomatique* kam dann doch in Zürich heraus, am 11. Mai 1995. Einen Tag später erschien sie auch in Berlin.

Mir gefällt die deutsche Ausgabe besser als die französische. Einige Artikel der Originalausgabe fehlen zwar, aber dieses Manko wird durch Eigenbeiträge der deutschen Ausgabe mehr als wettgemacht.

Weltweit erscheint *Le Monde diplomatique* heute in 22 Sprachen in 31 Ländern (in jeweils eigenen Ausgaben) – in einer Gesamtauflage von rund 650.000 Exemplaren. Nach der französischen Originalausgabe, die eine Auflage von 180.000 erreicht, steht die deutsche, von der taz herausgegebene Ausgabe mit 74.130 gedruckten Exemplaren (I. Quartal 2020) an zweiter Stelle. Zusammen mit der Schweizer Ausgabe, die die WOZ vertreibt, wird *Le Monde diplomatique* in deutscher Sprache aber wohl vielhunderttausendfach gelesen. Eine respektable Bereicherung einer Presselandschaft, die durch Auflagenverluste und Fusionen zunehmend verarmt.

Thomas Schmid

1995

Paul Virilio
Alarm im Cyberspace! ▶ 4

1996

Edward Goldsmith
Neue Kolonialreiche ▶ 5/6

1997

Ignacio Ramonet
Die Märkte entschärfen ▶ 7

1998

Edward Said
Uns gibt es immer noch ▶ 8/9

1999

Nina Baschkatow
Nachrichten aus meinem russischen Dorf ▶ 10/11

2000

Gabriel García Márquez
Die zwei Gesichter des Hugo Chávez ▶ 12/13

2001

Richard Sennett
Stadt ohne Gesellschaft ▶ 14/15

2002

Aminata Traoré
Afrikanische Nachhaltigkeit ▶ 16

2003

Hannes Gamillscheg
Diesseits der Brücke von Narva ▶ 17

2004

Augusta Conchiglia
Rechtlos in Guantánamo Bay ▶ 18/19

2005

Martine Bulard
Der Drache schnurrt ▶ 20/21

2006

Juan Goytisolo
Das Schnarchen des Satrapen und andere Seltsamkeiten ▶ 22

2007

Frédéric Lordon
Die Mechanik der Finanzkrise ▶ 23/25

2008

Neal Ascherson
Kein Eis mehr vor Ilulissat ▶ 26/27

2009

Laurent Checola und
Edouard Pflimlin
Aufspüren und vernichten ▶ 28

2010

Niels Kadritzke
Griechenland auf Gedeih und Verderb ▶ 29/31

2011

Tim Parks
Eine überaus raffinierte Erfindung ▶ 32/33

2012

Alain Gresh
Der syrische Knoten ▶ 34/35

2013

Jean-Arnault Dérens
Was bin ich? ▶ 36/37

2014

Lamia Oualalou
Brasilien liebt Jesus ▶ 38/39

2015

Katharina Döbler
Die Muskatnüsse meiner Großmutter ▶ 40

2016

Serge Halimi
Vom Trump befallen ▶ 41/42

2017

Bénédicte Savoy
Was unsere Museen nicht erzählen ▶ 43

2018

Charlotte Wiedemann
Mit Dschihadisten verhandeln ▶ 44

2019

Shoshana Zuboff
Google sucht dich ▶ 45/46

2020

Sonia Shah
Woher kommt das Coronavirus? ▶ 47

Impressum

Redaktion Barbara Bauer, Dorothee D'Aprile, Katharina Döbler, Jakob Farah, Niels Kadritzke, Anna Lerch

Produktion Christiane Voß, Aletta Lübberts, Franziska Ozer, Bernd Cornely, Ulrike Sindlinger, Claudia von Heydebrand

Redaktion Comic Karoline Bofinger

Redaktion Kunst Wilhelm Werthern

Dokumentation Sigrid Deitelhoff, Almuth Müller

Verlag Deutschland
taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG,
Friedrichstr. 21, D 10969 Berlin
☎ +49(0) 30 259 02 276

Anzeigen Margit Jöhnk, Daniel Schwerfeger

Vertrieb Bernd Thalhammer
vertrieb@taz.de

Marketing Franziska Bauer
franziska.bauer@monde-diplomatique.de

Separates Abonnement
Jahrespreis Inland 56,40 €, Ausland 66,00 €,
ermäßig Inland 36,00 €, Ausland 45,60 €
(alle Preise inkl. Versandkosten).
abo-imp@taz.de ☎ +493025902-211

A. Beig Druckerei GmbH & Co.,
25421 Pinneberg, ISSN: 1434-2561

LMD Audio Download im eKiosk: monde-diplomatique.de/pm/eKiosk/ekiosk

Verlag Schweiz
WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG,
Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich
Camille Roseau
Postfach: CH 8031 Zürich
☎ +41(0) 44 448 14 14,
diploabo@woz.ch,
www.monde-diplomatique.ch

Inserate WOZ-IMAGO Vasco Rasi,
☎ +41(0) 44 448 14 03/23
diplinserat@woz.ch

Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau
Le Monde diplomatique liegt jeweils am
zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei.

Separates Abonnement
Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versand, ins Ausland.

Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die

Alarm im Cyberspace!

Im Geburtsjahr des Internet Explorers 1.0 macht sich ein Philosoph Gedanken über die gesellschaftlichen Folgen der virtuellen Globalisierung

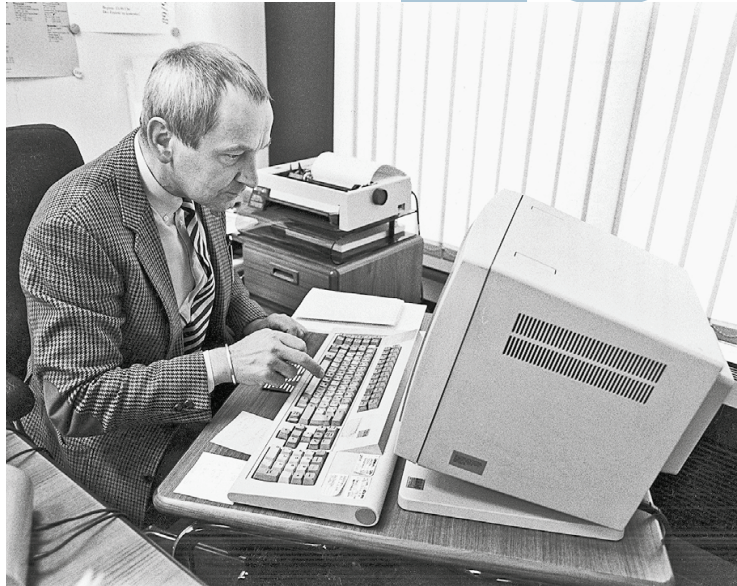
von Paul Virilio

Das Phänomen der Unmittelbarkeit, der Instantaneität, ist eines der wichtigsten Probleme, die sich heute sowohl den politischen wie den militärischen Strategen stellen. Die Echtzeit triumphiert über den realen Raum und die Geosphäre. Der Vorrang der Echtzeit vor der Ausdehnung des Raums ist eine vollendete Tatsache, die eine neue Ära einleitet. Das läßt sich beispielsweise an einer Werbung für Handys ablesen: „Die Erde war noch nie so klein“. Ein äußerst folgenreiches Ereignis, das das Verhältnis zur Welt und das Weltbild ganz wesentlich verändern wird.

Es gibt drei Mauern: die des Schalls, die der Wärme und die des Lichts. Die beiden ersten wurden durchbrochen. Die Schallmauer vom Überschallflugzeug. Die Wärmemauer der Atmosphäre von der Rakete, die es den Menschen erlaubt, die Erdumlaufbahn zu verlassen und auf dem Mond zu landen. Die dritte Mauer, die des Lichts, wird nicht durchbrochen, sondern man begibt sich in sie hinein. Dieser Zeitmauer sieht sich die Geschichte heute konfrontiert. Die Tatsache, daß die Mauer des Lichtes, der Lichtgeschwindigkeit erreicht wurde, ist ein historisches Ereignis, das die Geschichte und das Verhältnis des Menschen zur Welt völlig durcheinanderbringt, ist ein Ereignis, das uns desorientiert. Wer dies nicht klar sagt, betrügt oder desinformiert die Bürger. Es geht um eine entscheidende Tatsache, die die Geopolitik und Geostrategie in Frage stellt, und selbstverständlich auch die Demokratie, die immer an einen Ort, an eine Stadt gebunden war.

Was sich mit dieser absoluten Geschwindigkeit für das 21. Jahrhundert ankündigt, ist die Erfindung einer Perspektive der Echtzeit. Diese könnte die Perspektive des realen Raums ersetzen, wie sie im 15. Jahrhundert von den italienischen Künstlern entdeckt wurde. Man ist sich nicht bewußt, wie sehr damals die Stadt, die Politik, der Krieg und die Ökonomie der mittelalterlichen Welt durch die Erfindung der Perspektive erschüttert wurden. Der Cyberspace ist eine neue Form von Perspektive. Wir haben es hier nicht nur mit der visuellen und auditiven Perspektive zu tun, wie wir sie alle kennen, sondern mit einer neuen Perspektive, für die es keinerlei Vorbild gibt: mit einer taktischen Perspektive. Aus Distanz zu sehen oder zu hören, war die Grundlage der visuellen und auditiven Perspektive. Aber in der Distanz zu berühren und zu fühlen bedeutet, die Perspektive auf einem Gebiet einzuführen, das ihr bislang verschlossen blieb: auf dem des Kontakts, des Telekontakts.

Die Entwicklung der Datenautobahnen konfrontiert uns mit einem neuen Phänomen: dem der Desorientierung. Es handelt sich dabei um eine ganz



Computer-Arbeitsplatz, 1997 bonn-sequenz

grundlegende Desorientierung, die zur Deregulierung des Sozialen und der Finanzmärkte, deren unselige Folgen wir bereits kennen, hinzukommt und sie vollendet. Das Reale läßt sich kaum noch vom Virtuellen unterscheiden. Wir bewegen uns auf eine Verdoppelung der sinnlichen Realität zu, auf eine Art Stereo-Realität. Das Sein verliert seine Bezugspunkte. Sein heißt in situ sein, hier und jetzt, hic et nunc. Genau diese Verortung aber wird vom Cyberspace und der globalisierten Realzeit-Information erschüttert.

Was sich hier ankündigt, ist eine traumatische Störung unserer Wahrnehmung des Realen. Und dafür sollte man sich interessieren. Warum? Weil es noch bei jeder neuen Technik darum gegangen ist, ihre negativen Auswirkungen zu bekämpfen. Die wichtigste negative Auswirkung der Datenautobahnen besteht eben gerade in der Desorientierung, was das Sich-Gegenüberstehen, das Verhältnis zum anderen und das Verhältnis zur Welt betrifft. Es liegt auf der Hand, daß diese Desorientierung, diese traumatische Entortung, nach den Individuen auch die Gesellschaft und damit die Demokratie heimsuchen wird.

Die repräsentative Demokratie wird sich der Tyrannei der absoluten Geschwindigkeit erwehren müssen. Wenn Essayisten begeistert von „Cyberdemokratie“ oder virtueller Demokra-

tie reden, wenn andere uns sagen, daß die „Demokratie der Meinungsumfragen“ die Demokratie der Parteien ersetzen wird, ist dies bloß ein weiteres Symptom jener Desorientierung im politischen Bereich, von der uns im März 1994 Silvio Berlusconi Medienputsch in Italien einen Vorgeschmack gab. Die neuen Technologien aber werden die Herrschaft der Einschaltquoten und der Meinungsumfragen fördern.

Allein schon der Begriff „Globalisierung“ ist trügerisch. Nicht Globalisierung, sondern eine Virtualisierung findet statt. Denn das, was das Augenblickliche wirklich globalisiert, ist die Zeit. Die Echtzeit bewirkt, daß sich von nun an alles in einer einzigen Zeit abspielt.

Zum ersten Mal also wird sich Geschichte in einer einzigen Zeit abspielen: in der Weltzeit. Bisher fand Geschichte in lokalen Zeiten, in lokalen Räumen, in Regionen und Nationen statt. Globalisierung und Virtualisierung aber führen eine Weltzeit ein, in der sich ein neuer Typus von Tyrannei andeutet. Unsere Geschichte ist darum so reich, weil sie lokal ist, weil es immer lokale Zeiten gab, während die universelle Zeit nur in der Astronomie existierte. Morgen aber wird sich unsere Geschichte in der neuen universellen Zeit des Augenblicklichen abspielen.

Einerseits triumphiert die Echtzeit über den realen Raum; die Distanzen und die Ausdehnung verschwinden auf Kosten der – unendlich kurzen – zeitlichen Dauer. Andererseits dominiert die Weltzeit von Cyberspace und Multimedia die lokalen Zeiten des Alltagslebens in den Städten und Stadtvierteln. Und zwar so sehr, daß man davon spricht, den Ausdruck global durch glocal zu ersetzen, eine Zusammenziehung aus global und lokal. Man ist der Meinung, daß das Lokale zwangsläufig global und das Globale zwangsläufig lokal ist. Eine derartige Dekonstruktion des Bezugs zur Welt wird für die Beziehungen der Bürger untereinander nicht folgenlos bleiben.

Es gibt keinen Gewinn ohne Verlust. Auch zu den Errungenschaften, die wir der Informatik und der Telematik verdanken, wird notwendigerweise

ein Verlust gehören. Wenn wir den Verlust nicht richtig einschätzen, wird das Erreichte wertlos sein. Diese Erfahrung ersetzen man bei der Entwicklung der Transporttechnologien. Wenn es heute Hochgeschwindigkeitzüge gibt, so dank der Eisenbahningenieure, die bereits im 19. Jahrhundert das Blocksystem erfanden, ein Signalsystem zur Steuerung des Verkehrs, das hohe Geschwindigkeiten zuläßt, ohne daß es zu Katastrophen kommt. Beim heutigen Datenverkehr fehlt hingegen ein Steuerungssystem.

Und: Es gibt keine Information ohne Desinformation. Künftig könnte es eine Desinformation neuen Typs geben, die nichts mit absichtlicher Zensur zu tun hat: Es handelt sich um eine Art Erstickung des Sinnes, eine Art Kontrollverlust der Vernunft. Darin liegt, verursacht durch die Informatik und Multimedia, eine weitere große Gefahr für die Menschheit.

Darauf wies Albert Einstein übrigens schon Anfang der fünfziger Jahre hin, als er von der „zweiten Bombe“ sprach. Nach der Atombombe die Datenbombe. Eine Bombe, bei der die Interaktion in Echtzeit für die Information das ist, was die Radioaktivität für die Energie. Der Zerfallsprozess betrifft nicht mehr nur die Elementarteile, aus denen die Materie besteht, sondern auch die Personen, aus denen sich die Gesellschaft zusammensetzt. Erste Kostproben davon liefern die strukturelle Arbeitslosigkeit, die Telearbeit und die Verlagerung von Produktionsstätten.

So wie die Atombombe sehr rasch ein System der militärischen Abschreckung erforderlich machte, um die nukleare Katastrophe zu verhindern, so wird die Datenbombe im 21. Jahrhundert eine neuartige Abschreckung erforderlich machen, eine gesellschaftliche Abschreckung, um sich gegen die Schäden der allgemeinen Informations-Explosion zu wappnen. Diese Explosion wird der künftige GAU sein, der die Serie typischer Unfälle des industriellen Zeitalters erweitert. (Als der Zug, das Flugzeug, das Schiff und das Kernkraftwerk erfunden wurden, „erfund“ man gleichzeitig die Entgleisung, den

Absturz, den Schiffbruch und die Havarie von Tschernobyl ...) Mit der fortschreitenden Globalisierung der Telekommunikation muß man sich auf einen Generalunfall gefaßt machen, auf einen noch nie gesehenen Unfall, ebenso überraschend wie die Weltzeit, diese noch nie gesehene Zeit. Auf einen Generalunfall, der ein wenig dem gleichen könnte, den Epikur den „Unfall der Unfälle“ nannte. Der Börsenkraus gibt einen kleinen Vorgeschmack davon.

Wie der Generalunfall aussehen wird, wissen wir noch nicht. Doch wenn man in der Wirtschaft von „Seifenblasen der Spekulation“ spricht, verwendet man eine bezeichnende Metapher, denn der Ausdruck läßt einen an eine Wolke denken, die andere Wolken in Erinnerung ruft, beunruhigende, wie die von Tschernobyl ...

Stellt man sich die Frage der Unfallrisiken auf den Datenautobahnen, so geht es nicht um die Informationen, sondern um die absolute Geschwindigkeit, mit der sie übertragen werden: Es geht um die Interaktion. Nicht die Informatik, sondern die Telematik wirft die Probleme auf. In den USA spricht das Pentagon, der Erfinder des Internet, in dieser Hinsicht bereits von einer wahren „Revolution auf militärischem Gebiet“. Und sogar von einem „Wissenskrieg“, der den Bewegungskrieg verdrängt, so wie dieser einst den Belagerungskrieg verdrängte, der in Sarajevo einen tragischen Atavismus darstellte.

Als General Eisenhower 1961 das Weiße Haus verließ, erklärte er, daß der militärisch-industrielle Komplex „eine Gefahr für die Demokratie“ sei. Er wußte, wovon er sprach, da er an seiner Entwicklung maßgeblich beteiligt war. Heute, 1995, entsteht vor unseren Augen ein industriell-informatieller Komplex, und einige führende Politiker Amerikas, insbesondere Ross Perot und Newton Gingrich, sprechen von „virtual democracy“ in einem Ton, der an mystischen Fundamentalismus gemahnt. Wie sollte man da nicht alarmiert sein? Wie sollte man da nicht die Gefahr einer tatsächlichen sozio-politischen Cybernetik wittern?

Die Technologien der Virtualisierung besitzen eine unvergleichliche Suggestivkraft. Neben dem alten Drogenkapitalismus, der ein destabilisierendes Element der Weltwirtschaft darstellt, bildet sich ein Drogenkapitalismus der elektronischen Medien heraus.

Man kann sich sogar fragen, ob die entwickelten Länder ihre Technologien der Virtualisierung nicht mit dem Ziel entwickeln, den unterentwickelten Ländern, die, vor allem in Lateinamerika, mehr schlecht als recht vom Drogenhandel leben, das Wasser abzugraben. Wenn man sieht, wie sehr die Spitzentechnologien gerade im „Game-Bereich“ Anwendung finden (Videospiele, Cyberspacehülle und so weiter), fühlt man sich da nicht an Technik erinnert, mit denen schon früher die Bevölkerung unterdrückt und bei Laune gehalten wurde?

Eine Art „Cyberkult“ kündigt sich an. Die neuen Technologien werden jedoch nur dann zur Verbesserung der Demokratie beitragen können, wenn wir zunächst jenes Zerrbild von Weltgesellschaft bekämpfen, das den multinationalen Konzernen vorschwebt, die mit einer Wahnsinnsbeschwindigkeit den Bau der Datenautobahnen vorantreiben.

Aus dem Französischen von Andreas Knop

Paul Virilio (1932-2018) war Philosoph und Kritiker der Mediengesellschaft. Dieser Text erschien im August 1995 in LMD.

Anzeige



KONZERTE · BIERGARTEN
TAGUNGEN · EVENTS

WWW.FESTSAAL-KREUZBERG.DE



Kolonialwarengeschäft um 1905 ak-g-images

Neue Kolonialreiche

von Edward Goldsmith

Der Kolonialismus hat eine wechselvolle Geschichte. Seine Anfänge liegen im 19. Jahrhundert, als die Industriegesellschaften zunächst die Märkte des Südens eroberten und in der Folgezeit die Gebiete militärisch besetzten und annektierten. Nachdem die Kolonien die Unabhängigkeit erlangt hatten, führte die sogenannte „Entwicklungspolitik“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu veränderten Formen der Kontrolle und der Abhängigkeit. Heute, in der Ära der Globalisierung, treten neue Kolonialherren auf: Es sind nicht mehr Staaten, sondern transnationale Großunternehmen.

Es gibt eine alte Vorstellung, wonach die Entwicklung eines Landes mit der eines Embryos zu vergleichen sei: Bei beiden führe ein natürliches und ununterbrochenes Wachstum von einem Zustand der Armut hin zu allgemeinem Wohlstand. Diese Idee ist gefährlicher, als sie auf den ersten Blick erscheint. Sie besitzt, wie der französische Wirtschaftswissenschaftler François Partant sehr richtig erkannt hat, messianischen Charakter: „Die entwickelten Nationen“, schreibt Partant, „haben eine neue Missionsaufgabe entdeckt: Sie wollen der Dritten Welt helfen, auf dem Weg der Entwicklung voranzuschreiten; auf demselben natürlich, den die westliche Welt dem Rest der Menschheit seit Jahrhunderten vorschreiben will.“

Ein kurzer Blick auf die südliche Halbkugel zeigt eine unbestreitbare und beunruhigende Kontinuität von der Kolonialzeit bis heute: In keinem der Länder, die in neuerer Zeit die Unabhängigkeit erlangten, wurden die Grenzen korrigiert; es wurde auch kein Versuch unternommen, ein vorkoloniales kulturelles Gefüge wiederherzustellen. Auf dem Land blieben die kolonialen Praktiken strukturell erhalten. Die armen Bauern, „für die der Kampf um die Unabhängigkeit mit dem Kampf um Landbesitz identisch war“, erhielten nicht das kleinste

Flecken Erde, das sie hätten bebauen können. „Die nationale Unabhängigkeit führte dazu, daß sich ein neuer Siedlertyp den Boden aneignete.“ Wie der Essayist Randall Baker anmerkt, handelt es sich hier um „eine im wesentlichen kontinuierlich verlaufende Geschichte“.

Bezeichnen die Begriffe „Entwicklung“ und „Kolonialismus“ (zumindest in dessen letzter Phase nach 1870) nicht ein und dasselbe Phänomen mit der gleichen Zielsetzung? Man könnte es vermuten, angesichts der eindeutigen Erklärungen der engagiertesten Verfechter des Kolonialgedankens. „Die Kolonialfrage hat für die Eroberung neuer Märkte vitale Bedeutung. Unser Land hängt aufgrund seines industriellen Charakters von Exporten ab. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Gründung einer Kolonie gleichbedeutend mit der Schaffung eines Markts.“

Das erklärte Jules Ferry im Juli 1885 vor der Abgeordnetenversammlung in Paris. Paul Leroy-Beaulieu sagte 1874 in seinem einflussreichen Buch „De la colonisation chez les peuples modernes“ dasselbe; ähnlich äußerten sich Cecil Rhodes oder Lord Lugard in England. Viele Länder, nicht nur in Asien, waren jedoch nicht ohne weiteres bereit, den westlichen Mächten ihre Märkte, schlechtbezahlte Arbeitskräfte oder die heißbegehrten Rohstoffe zu überlassen. Ebensovien wollten sie dulden, daß Unternehmen auf ihrem Staatsgebiet tätig wurden und Großbaustellen für die „Entwicklung“ des Straßennetzes oder von Bergwerken errichteten. Die Kolonialstaaten setzten daher unterschiedlichste Druckmittel ein. So bedurfte es beispielsweise zweier Kriege, um China zu zwingen, seine Häfen für den Handel mit England und Frankreich zu öffnen.

Der Aufschwung im Handel machte es erforderlich, immer größere Zugstände zu verlangen, um immer vorteilhaftere Bedingungen für die europäischen Firmen zu schaffen. War der Widerstand vor Ort zu stark oder gelangte eine nationalistische oder populistische Regierung an die Macht, nahmen die europäischen Staaten ihre Zuflucht zu militärischer Besetzung und Annexion. „Der Kolonialismus“, schreibt ein britischer Historiker, „war keine bewußte Entscheidung; er war der letzte Ausweg.“

Unter dem Einfluss des Kolonialismus und der westlichen Werte sind die traditionellen Gesellschaften in Asien und in Afrika nach und nach zerfall-

len. Damit wurde es um so leichter, die für den Handel und das westliche Vordringen günstigen Bedingungen aufrechtzuerhalten. Als in der Mitte des 20. Jahrhunderts die Dekolonisierung einsetzte und einzelne Länder die Unabhängigkeit erlangten, konnten Investoren und Händler aus Europa schließlich „in den meisten neugeschaffenen Staaten zu ihrer vollen Zufriedenheit tätig werden, so wie es sich ihre Vorgänger im 19. Jahrhundert erträumt hatten. Und sie mußten dabei nicht mit jenen Problemen kämpfen, die einst die Schaffung eines Kolonialreiches unabbdingbar gemacht hatten.“

Mit anderen Worten: Der Kolonialismus ist nicht deshalb untergegangen, weil die europäischen Mächte auf seine Vorteile verzichtet hätten, sondern weil diese von einem gewissen Stadium an mit akzeptableren Methoden – und wirksamer – erreicht werden konnten. Diese Position vertraten die Diplomaten und Wirtschaftsleute, die sich ab 1939 unter der Schirmherrschaft des US Council on Foreign Relations in Washington trafen. Sie dachten darüber nach, auf welche Weise man nach dem Ende des Krieges die postkoloniale Weltwirtschaft in den Dienst US-amerikanischer Interessen stellen könnte. Diese Diskussionen sollten zu der berühmten Konferenz von Bretton Woods im Jahre 1944 führen, bei der die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) gegründet wurden.

Der Freihandel, so erklärte man damals, bedeute den „Wettbewerb unter gleichen Bedingungen“ ohne unfaire Vorteile. Wenn aber der Starke den Schwachen angreife, ist dann, auch bei gleichen Bedingungen, die Partie nicht von vornherein entschieden? Zur Zeit von Bretton Woods beherrschten die USA unangefochten die politisch-ökonomische Bühne, die europäische Industrie war durch den Krieg zerstört, Japan erobert und unterworfen.

Ein Jahrhundert zuvor hatte England aus den gleichen Gründen den Freihandel gepredigt: Angesichts der beherrschenden Stellung des Landes in der Weltwirtschaft diente der freie Warenverkehr vorzüglich den eigenen Außenhandelsinteressen. Zwischen 1860 und 1873 gelang es London, das Kernstück des „weltumspannenden Systems eines quasi grenzenlosen Verkehrs von Kapital, Waren und Arbeitskräften“ zu schaffen, stellt der britische Historiker Eric Hobsbawm fest. Lediglich die Vereinigten Staaten hielten prinzipiell an

ihrer protektionistischen Haltung fest und senkten nur zeitweilig die Einfuhrzölle: in den Jahren 1832 bis 1860, und später von 1861 bis 1865, nach dem Sezessionskrieg.

Um 1870 begann England seinen Vorsprung gegenüber der Konkurrenz einzubüßen. Die Exporte gingen zwischen 1873 und 1890 sowie erneut um die Jahrhundertwende rapide zurück. Zur gleichen Zeit erschütterten die lang andauernden Krisen von 1870 und 1890 den Glauben an die Effektivität des Freihandels. Vor allem in den neunziger Jahren beschlossen die Länder Europas, mit Ausnahme von Belgien, England und den Niederlanden, ihre Zolltarife anzuheben.

Als die Unternehmen bemerkten, daß sich ihre Absatzchancen in Europa verringerten, wandten sie sich den Märkten in Afrika, Asien, Lateinamerika und im Pazifischen Raum zu, die durch größere und schnellere Frachtdampfer besser erreichbar geworden waren. Es ging also darum, Länder zu erobern und zu annektieren, in denen man verarbeitete Produkte gewinnbringend absetzen konnte, ohne daß man die Konkurrenz fürchten und mit anderen, erfolgreicher europäischen Staaten in Wettbewerb treten mußte.

Ein wahres Kolonialfieber brach aus: 1878 hatte Europa 67 Prozent der Landmasse des Globus kolonialisiert, 1914 waren es 84,4 Prozent. Das beste und geschickteste Mittel, ausländische Märkte für sich zu erschließen, bestand darin, vor Ort eine westlich beeinflusste Elite heranzuziehen, die dem wirtschaftlichen Fortschritt ergeben war und sich um die Konsequenzen für die Mehrheit ihrer Mitbürger keine Gedanken machte.

Wie wichtig die Herausbildung solcher Eliten war, hatten die Kolonialmächte offensichtlich rasch erkannt. Nach dem Aufstand in Indien im Jahre 1857 drehte sich die Diskussion in den politischen Kreisen Londons in erster Linie um die Frage, ob es an der Zeit wäre, neuen Unruhen dadurch vorzubeugen, daß man die Bildung einer anglicanierten und dem Handel gegenüber aufgeschlossenen Elite förderte, oder ob man, wie die meisten glaubten, besser die militärische Besetzung auf unbestimmte Zeit fortsetzen sollte.

Solche Eliten müssen natürlich bewaffnet werden, damit sie in der Lage sind, eine Entwicklung durchzusetzen, die notwendigerweise mit der Enteignung oder Verarmung der meisten Menschen des betroffenen Landes einhergeht. Bis heute ist dies eines der vorrangigen Ziele laufender Hilfsprogramme geblieben. Zwei Drittel der Hilfe, die die USA den Ländern des Südens zukommen lassen, ist für die Unterstützung in Sicherheitsfragen vorgesehen – in der Praxis bedeutet das vor allem militärische Ausbildung und Waffenlieferungen.

Bei den meisten Regierungen, die sicherheitspolitisch unterstützt wurden, handelte es sich um Militärdiktaturen. Dies galt in den sechziger und siebziger Jahren für Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Chile, Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien und Peru. Sobald aber in Lateinamerika eine Regierung an die Macht gelangte, die den westlichen Interessen nicht gewogen war, setzte Washington alle Hebel in Bewegung, um sie zu vertreiben. So organisierten die Vereinigten Staaten 1954 einen Putsch gegen die Regierung von Jacobo Arbenz in Guatemala, der nordamerikanische Bananenplantagen verstaatlicht hatte.

Auf die gleiche Weise versuchten sie, in den sechziger Jahren gegen das Regime von Fidel Castro in Kuba vorzugehen – 1961 organisierten sie ein Landungsunternehmen von Exilkubanern in der Schweinebucht. Ähnliche Bemühungen richteten sich gegen Brasilien, als João Goulart dort eine Bodenreform durchführte und die Tätigkeiten der multinationalen Unternehmen kontrollieren wollte. 1965 griffen die USA in der Dominikanischen Republik ein, 1973 in Chile, wo die Regierung von Salvador Allende gestürzt wurde; später gingen sie gegen die Sandinisten in Nicaragua, dann gegen Grenada und 1989 gegen Panama vor.

In der gleichen Manier hatten während der Kolonialzeit die europäischen Mächte ihren Vasallenstaaten stets Truppen zu Hilfe gesandt, wenn ein Volksaufstand eines dieser Regime bedrohte. So leisteten Frankreich und Großbritannien ihren Beitrag zur Bekämpfung der Taiping-Bewegung in China (1854) und zur Niederschlagung des fremdenfeindlichen Boxeraufstands (1900). 1882 schickte London Truppen nach Ägypten, um den Khedive (Vizekönig) Taufiq bei der Unterdrückung einer nationalistischen Erhebung zu unterstützen.

Nicht anders verfahren die Westmächte in unseren Tagen. Als 1964 in Gabun dem diktatorischen Präsidenten Mba ein Putsch drohte, beilichte sich Frankreich, ihm Fallschirmspringer zu schicken, um ihn an der Macht zu halten. Auf diese Truppen durfte sich auch sein Nachfolger Präsident Omar Bongo verlassen, den der französische Essayist Pierre Pian als „den Auserwählten einer Gruppe mächtiger Franzosen“ beschrieben hat, „deren Einfluß auch nach der Unabhängigkeit Gabuns fort-dauert“.

Die Vereinigten Staaten oder Großbritannien zeigten sich bei ähnlichen Anlässen in ihren Einflugsbüchsen nicht weniger skrupellos. In dem Maße, wie die Kolonien den Mutterländern einen Markt für deren industrielle Exporte sowie billige Arbeitskräfte und Rohstoffe zur Verfügung stellten,

Fortsetzung auf Seite 6

Anzeige

WESTEND

Bücher für die Wirklichkeit



ISBN 978-3-86489-261-5, 24 €

KEINE ANGST VOR CHINA?

Unser China-Bild ist verzerrt und unterbelichtet. Wolfram Elsner plädiert für eine offene und selbstbewusste Kooperation mit der neuen Nummer eins. Und Jochen Dieckmann liefert mit seinem politischen Roadtrip auf der neuen Seidenstraße spannende Einblicke ins Reich der Mitte.



ISBN 978-3-86489-131-1, 20 €

Erhältlich im freundlichen Buchhandel oder auf westendverlag.de

Fortsetzung von Seite 5

standen diese für ihre eigene Produktion nicht mehr zur Verfügung. Damit wurde ihre Binnenwirtschaft ernsthaft geschwächt, und die einheimischen Manufakturen waren dem Untergang preisgegeben.

England hat auf diese Weise in Indien die dörfliche Textilindustrie ausgerottet, die bis dahin die wirtschaftliche Lebensader des Subkontinents gewesen war. 1905 wurden in Westafrika alle gewerblichen Produkte, die nicht aus Frankreich oder einem seiner Vasallenstaaten stammten, mit einer Sondersteuer belegt – die daraus resultierende Preiserhöhung ruinierte die lokalen Händler und Hersteller.

Nach dem Krieg setzte sich diese Schwächung der Binnenwirtschaften fort. Die Produktion von Exportgütern ließ der Westen nur in sehr wenigen Fällen zu. Zucker ist ein typisches Beispiel: Unter dem Druck der Weltbank wurden riesige Flächen in den Ländern des Südens für den Zuckerrohranbau bestimmt, aber sowohl die EU wie die Vereinigten Staaten subventionierten auch weiterhin ihre einheimische Zuckerproduktion – die Folge war ein Verfall der Preise. Es kann daher kaum überraschen, daß sich die Handelsbeziehungen zu den armen Ländern des Südens verschlechterten.

Zwischen 1950 und 1980 konnte jedes dieser Länder, das einen Versuch machte, seine Produktion zu diversifizieren, mit dem Vorwurf rechnen, es wolle „die Importe substituieren“ – eine Todsünde, die umgehend mit der Verweigerung von Strukturangepassungskrediten bei der Weltbank geahndet wurde. Im übrigen zeigen, wie Walden Bello lapidar vermerkt, „die Exporte der Länder, die an den Strukturprogramm teilnehmen, zwar eine steigende Tendenz, dies gilt aber nicht unbedingt für ihr Bruttoinlandsprodukt, das unter der unheimlichen Schwäche der Wirtschaft leidet.“

Bei weitem das beste Mittel, um Zugang zum Markt und den natürlichen Ressourcen eines nichtindustrialisierten Landes zu erlangen, besteht darin, der verbündeten Mächteleite vor Ort umfangreiche Kredite zu gewähren. Um die Zinsen zahlen zu können, muß die kreditnehmende Regierung in produktive Bereiche investieren und sich der Konkurrenz auf den internationalen Märkten stellen, denn die Zahlungen werden in Devisen geleistet, im allgemeinen in Dollar.

Die Chancen eines solchen Vorhabens stehen allerdings außerordentlich schlecht: Etwa 20 Prozent der Kreditsumme versickern als Bonus in den Taschen von Politikern und Funktionären, einen großen Teil verwendet die Elite für Luxusgüter, für gewaltige Infrastrukturmaßnahmen, die sich, wenn überhaupt, erst lange Zeit später auszahlen, und für Waffen, die einem möglichen Aufbegehren vorbeugen sollen.

Ein Land, das in großem Umfang Kredite aufnimmt, steckt nach kurzer Zeit tief in den Schulden und ist den Gläubigerstaaten ausgeliefert. Deren Machtposition findet dann offiziellen Ausdruck darin, daß der Schuldner der Kontrolle einer Institution unterstellt wird (heutzutage dem Internationale Währungsfonds), die durch Eingriffe in die Wirtschaft des Landes für regelmäßige Zinszahlungen sorgt. Das Schuldnerland wird auf diese Weise zu einer „informellen“ Kolonie.

Diese Technik des „informellen Kolonialismus“ ist nicht neu. Sie wurde

während der Kolonialzeit häufig angewandt, so in Ägypten und auch in Tunesien. Der Bei von Tunis hatte damals umfangreiche Kredite aufgenommen, um seine Armee zu verstärken und die Verbindungen zur Türkei zu lockern. Ein großer Teil der Kredite bestand in Obligationen, die von Franzosen gehalten wurden. Diese bemühten sich um Unterstützung durch das französische Außenministerium, und sie hatten Erfolg. Der Bei mußte seine Verwaltung der französischen Oberaufsicht unterstellen – ein Verfahren, das Frankreich

rische Eroberung durch eine ausländische Macht.“

Im Zeitalter der Entwicklungspolitik ist die Technik der Kreditvergabe als Kontrollinstrument natürlich verfeinert worden. Die unschönen Aspekte dieser Politik verbirgt man hinter dem euphemistischen Begriff der „Hilfe“: „Armut“ in der Dritten Welt gilt als Symptom für Unterentwicklung und soll daher durch Entwicklungshilfe automatisch zu lindern sein. Man benötigt dazu lediglich Kapital und technisches Wissen, und die werden durch

saatgut, die Düngemittel oder Pestizide der „grünen Revolution“. Am Vertrieb dieser Produkte ist allein die Weltwirtschaft interessiert, die sich zu Lasten der lokalen Wirtschaft ausbreitet, die dortige Umwelt und das soziale Gefüge zerstört und nach und nach die vorhandenen Ressourcen an Wasser, Wäldern, Land und Arbeitskräften für ihre Zwecke beansprucht.

Die Schuldenkrise zu Beginn der achtziger Jahre führte zum Versiegen der Privatinvestitionen in den Ländern des Südens. Das Neukapital, das die in-

terventionen der Regierungen des Nordens. Stört ein Gesetz ihr Expansionsstreben, so drohen sie damit, außer Landes zu gehen, was sie auch umgehend verwirklichen können. Es steht ihnen frei, auf der ganzen Welt nach der billigsten Arbeitskraft, nach der am wenigsten staatlich geschützten Umwelt, den günstigsten Steuergesetzen, den großzügigsten Subventionen zu suchen. Es liegt ihnen nichts daran, sich mit einer Nation zu identifizieren oder ihre Projekte von sentimental oder gar patriotischen Bindungen beeinträchtigen zu lassen. Sie stehen außerhalb jeglicher Kontrolle.

In dem Maße, wie eine kleine Anzahl von Firmen den Weltmarkt für die von ihnen produzierten und vertriebenen Waren beherrscht, wird ihnen die Konkurrenz zunehmend hinderlich – Wettbewerb verringert ihre Gewinnspannen. Kooperieren dagegen die Unternehmen, so können sie stärker auf die jeweiligen Regierungen einwirken und sich der wachsenden Opposition seitens populärer, nationalistischer oder anderer Bewegungen entgegenstellen, die ihren Einfluß und ihre Macht gern geschmälert sehen.

Gleichzeitig treiben die Firmen die vertikale Integration immer weiter voran, so daß sie jede Stufe innerhalb eines Sektors kontrollieren können, vom Abbau der Bodenschätze und Errichtung von Betriebsanlagen über die Produktion und Lagerung bis hin zur Lieferung an ausländische Filialen und zum Verkauf im Groß- und Einzelhandel. Damit können sie sicherstellen, daß sie selbst auf jeder einzelnen Stufe die Preise festlegen, und nicht, wie sie glauben machen, der Markt.

Die globalen Transaktionen erfolgen zunehmend zwischen multinationalen Firmen und deren Filialen. Dies ist nicht mehr echter Handel, sondern das Ergebnis privater zentralistischer Planung, die sich auf den gesamten Planeten erstreckt. Für den britischen Wirtschaftswissenschaftler und Ökologen Paul Enkins werden die multinationalen Unternehmen „zu riesigen Zonen bürokratischer Planung innerhalb einer ansonsten freien Marktwirtschaft“. Seiner Ansicht nach besteht eine prinzipielle Ähnlichkeit zwischen einem Großunternehmen und einem staatlichen Betrieb. „In beiden sorgen hierarchisierte Planungsstrukturen dafür, sämtliche Ressourcen innerhalb der Grenzen ihrer Organisation bereitzustellen, um nicht auf den freien Markt angewiesen zu sein.“

Man fragt sich, welche Vorkehrungen verhindern könnten, daß auf diese Weise 50, 60 oder 80 Prozent des Welthandels innerhalb der „Grenzen von Organisationen“ ablaufen. Die bisher eingeschlagene Richtung könnte zu einer Ära der zentralen Planwirtschaft auf globaler Ebene führen: zum weltumspannenden Kolonialismus der Unternehmen. Diese neuen Kolonialmächte übernehmen keinerlei Verantwortung und legen nur ihren Aktionären gegenüber Rechenschaft ab. Sie sind eigentlich nur noch Maschinen zur unmittelbaren Gewinnmaximierung. Allerdings verfügen sie inzwischen über die Macht, eine Regierung gegebenenfalls zu zwingen, ihre Interessen gegen die des Volkes – des eigentlichen Souveräns – zu verteidigen.

Dieser neue Kolonialismus der transnationalen Unternehmen droht schamloser und brutaler zu werden als je zuvor. Er könnte mehr Menschen enteignen, verarmen lassen und ausgrenzen, mehr Kulturen zerstören und mehr ökologische Katastrophen verursachen als der Kolonialismus von einst oder die Entwicklung der letzten fünfzig Jahre. Wie lange wird er bestehen? Einige Jahre, einige Jahrzehnte vielleicht. Denn ein Wirtschaftssystem, das in einem solchen Ausmaß Armut erzeugt, kann nicht lange überleben.

Aus dem Französischen von Erika Mursa

Edward Goldsmith (1928–2009) war ein englisch-französischer Umweltschützer, Schriftsteller und Philosoph. Er gründete die Zeitschrift *The Ecologist* (London). Dieser Text erschien im April 1996 in *LMd*.



Pfefferbau in Südostasien um 1910 akg-images

und England eingeführt haben und das der IWF heute fortsetzt.

Die gemischte französisch-tunesische Kommission, die 1869 eingerichtet wurde, erließ drakonische Bestimmungen. Sie nahm sich das Recht, die Einnahmen des Staates einzuziehen und zu verteilen, damit gewährleistet war, daß die Aktionäre als erste bedient wurden. Vor kurzem verpflichtete Präsident Bill Clinton Mexiko dazu, einem ähnlichen Vertrag zuzustimmen. Bei der Vergabe eines Kredits in Höhe von mehreren Milliarden Dollar erhielten die Finanziers an der Wall Street als Sicherheit eine Hypothek auf den wichtigsten Bodenschatz des Landes, das Erdöl.

Von 1869 an „sind die öffentlichen Finanzen in Tunesien und damit de facto die Regierung unter ausländischer Kontrolle“. Tunesien wird zu einer „informellen Kolonie“. Der ausländische Druck zur Erfüllung des Schuldendienstes wächst, der Bei muß die Steuern erhöhen, woraufhin das Volk aufbegehrt und der Regierung vorwirft, man habe es ans Ausland verkauft. Die formelle Annexion des Landes findet dann 1881 statt. Vielleicht wäre Frankreich nicht so weit gegangen, hätte es nicht befürchten müssen, daß Italien ihm zuvorkommen könnte.

Exakt den gleichen Verlauf nahm die Entwicklung in Ägypten. Harry Magdoff hat die Situation präzise auf den Punkt gebracht: „Der Verlust der Souveränität in Ägypten erinnert an die Vorgänge in Tunesien: großzügige Kredite, die von den Europäern verlängert werden, Bankrott des Staates, zunehmende Kontrolle durch die Kommission für Auslandsverschuldung, Ausbeutung der Bauern, um Gelder für den Schuldendienst einzutreiben, Zunahme nationalistischer Unruhen, militä-

risches System der westlichen Firmen geliefert. John M. Galbraith hat es so formuliert: „Nachdem wir den Impfstoff hatten, haben wir die Pocken erfunden.“

Derzeit wird der Entwicklung in den noch jungen Industrieländern wie Südkorea, Taiwan, Singapur oder Hongkong Modellcharakter zugeschrieben. Aber weder Singapur noch Hongkong haben für ihre Entwicklung größere Kredite aufgenommen. Taiwan griff anfänglich auf kleinere Kredite zurück, konnte aber dem Drängen der Vereinigten Staaten auf größere Ausgaben standhalten.

Lediglich Südkorea hat in großem Umfang Kapital aufgenommen. Wenn das Land in einem Punkt erfolgreich war, an dem andere scheiterten, und seine Schulden durch verstärkte Exporte begleichen konnte, dann genau deshalb, weil es sich den Forderungen der Weltbank und des internationalen Währungsfonds widersetzte, seine Märkte zu öffnen. Seoul gab die Kontrolle über Importe und Kapitalbewegungen nicht aus den Händen, so wie es zuvor schon Japan praktiziert hatte. Gewiß benötigte man für die Entwicklung Kapital, merkt die Wirtschaftswissenschaftlerin Cheryl Payer an, doch „in der heutigen Welt herrscht eigentlich keine Knappheit an Kapital, sondern an Märkten“.

So erweist sich die Wirtschaftshilfe heute als ein ausgezeichnetes Instrument zur Öffnung der Märkte, da ein großer Teil dieser Unterstützung an die Einfuhr von Exportprodukten aus dem Geberland geknüpft ist. Wie einst die Kolonien gezwungen waren, Güter aus dem Mutterland zu beziehen, so sind die heutigen Nutznießer der Kredite verpflichtet, bis zu 70 Prozent des Geldes, das eigentlich die Armut und Unterernährung lindern soll, für ungeeignete Ausrüstungsgüter und Industrieerzeugnisse der großzügigen Spender auszugeben. Würden sie solche Käufe verweigern, wären sie durch die einfache Drohung, ihnen die Geldmittel zu streichen, von denen sie immer stärker abhängen, rasch in die Knie zu zwingen.

Ein solches Konzept der Hilfeleistung nützt den Armen im Süden in all-gemein nichts. Denn die lokale Wirtschaft, die sie allein ernähren könnte, braucht weder die Autobahnen und großen Staudämme noch das Hybrid-

ternationalen Banken für Entwicklung zur Verfügung stellten, wurde von den Schuldnerländern vor allem darauf verwendet, die Kreditzinsen bei den privaten Geldinstituten zu bezahlen.

Diese Situation hat sich in wenigen Jahren verändert. In einigen Staaten, die seither „aufstrebende Länder“ genannt werden, sind die Privatinvestitionen sprunghaft gestiegen und erreichen inzwischen 200 Milliarden Dollar im Jahr. Davon entfällt die eine Hälfte auf langfristige Kapitalanlagen, die andere Hälfte auf kurzfristige spekulative Anlagefonds. Dieser massive Zuwachs läßt sich zum Teil damit erklären, daß in den Vereinigten Staaten und in anderen Industrieländern ein Ungleichgewicht herrscht zwischen der Verfügbarkeit ungeheurer Geldmengen und den bestehenden Anlagemöglichkeiten.

Globale Planwirtschaft der Multis?

Zum anderen spielt eine Rolle, daß weltweit für multinationale Unternehmen Bedingungen geschaffen wurden, wie sie besser nicht sein könnten: Unqualifizierte Arbeiter ebenso wie hochqualifizierte Techniker und Führungskräfte gibt es überall zum Billigtarif. Zudem haben die großen Unternehmen Zugang zu sämtlichen Finanzierungsmöglichkeiten und zu neuesten technologischen Entwicklungen auf dem Gebiet der Produktion und Betriebsführung.

Darüber hinaus will die Welthandelsorganisation (WTO) die Länder des Südens künftig dazu verpflichten, Investitionen aus dem Ausland uneingeschränkt zuzulassen und jede ausländische Firma, die auf ihrem Staatsgebiet in der Landwirtschaft, im Bergbau, in der Industrie oder im Dienstleistungssektor tätig werden will, wie eine „nationale Gesellschaft“ zu behandeln. Gleichermaßen sollen Zollgebühren und Importquoten für sämtliche Waren, einschließlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse, aufgehoben und „nichttarifliche Handelshemmnisse“, wie beispielsweise gesetzliche Regelungen in den Bereichen Arbeit, Gesundheit oder Umweltschutz, die eine Erhöhung der Produktionskosten bewirken könnten, abgeschafft werden.

Die multinationalen Unternehmen sind nicht mehr zu kontrollieren, nicht

Anzeige

Selbstverwaltung unterstützen und genießen!

Solidarischer Handel mit Kaffee & Tee von zapatistischen Kooperativen aus Chiapas/Mexiko und vom CRIC aus dem Cauca/Kolumbien

*** Eigenes aus handwerklicher, kollektiver Trümmerrückbau (www.in-gute-rega.de) ***

Kaffee

Infos und Online-Shop: www.aroma-zapatista.de

Die Märkte entschärfen

Dieser Text vom Dezember 1997 ist das Gründungsmanifest von Attac.
Die globalisierungskritische NGO hat heute 90000 Mitglieder in 50 Ländern

von Ignacio Ramonet

Der Taifun über den Börsen Asiens bedroht auch den Rest der Welt. Die Globalisierung des Finanzkapitals verunsichert die Menschen: Sie umgeht und demütigt die Nationalstaaten als die maßgeblichen Garanten von Demokratie und Allgemeinwohl.

Zudem haben die Finanzmärkte sich längst einen eigenen Staat geschaffen, einen supranationalen Staat, der über eigene Apparate, eigene Beziehungsgeflechte und eigene Handlungsmöglichkeiten verfügt. Es handelt sich um das institutionelle Viereck aus Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank, Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und Welthandelsorganisation (WTO). Unisono preisen diese Institutionen die „Tugenden des Markts“ – was von allen großen Medien nachgebetet wird.

Dieser Weltstaat ist ein Machtzentrum ohne Gesellschaft. An deren Stelle treten immer mehr die Finanzmärkte und die Riesenkonzerne, die der Weltstaat repräsentiert. Die Folge ist, daß die real existierenden Gesellschaften keinerlei Macht mehr besitzen.

Als Nachfolgerin des Gatt ist die WTO seit 1995 zu einer Organisation mit supranationalen Befugnissen geworden, die keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegt. Sie kann verkünden, daß nationale Gesetze in Sachen Arbeitsrecht, Umweltschutz oder Gesundheitswesen „der Freiheit des Handels entgegenstehen“, und ungehindert deren Abschaffung fordern. Im übrigen wird in der OECD seit Mai 1995 (von der Öffentlichkeit kaum beachtet) der äußerst wichtige multilaterale Investitionsvertrag ausgehandelt, der 1998 zur Unterzeichnung ansteht. Er zielt darauf ab, Investoren gegenüber nationalen Regierungen umfassende Rechte zu sichern. Will man verhindern, daß die Welt sich im 21. Jahrhundert endgültig in einen Dschungel verwandelt, in welchem die Räuber den Ton angeben, wird die Entwaffnung der Finanzmächte zur ersten Bürgerpflicht.

1400 bis 1500 Milliarden Dollar wandern mehrmals täglich – meist im Zehnminutentakt – auf den Devisenmärkten hin und her; es wird auf Schwankungen im Devisenkurs spekuliert. Diese Instabilität der Wechselkurse ist eine der Hauptursachen für das hohe Niveau der (inflationbereinigten) Realzinsen, das die Kaufkraft der Privathaushalte sowie die Investitionsfreudigkeit der Unternehmen dämpft. Sie sorgt dafür, daß die Staatshaushalte immer weiter ausgehöhlt werden; die Pensionsfonds, die mit hunderten Milliarden Dollar hantieren, dringen bei den Unternehmen auf immer höhere Dividenden: Ihre Aktienpakete sollen mindestens so rentabel sein wie die staatlichen Obligationen.

Die Lohnabhängigen sind die Hauptleidtragenden dieser Jagd nach Profit, denn wenn sie massenhaft entlassen werden, gehen die Börsenkurse ihrer ehemaligen Arbeitgeber in die Höhe.

Wie lange können die Gesellschaften dies alles noch hinnehmen? Es wird höchste Zeit, diesen zerstörerischen Kapitalbewegungen Sand ins Getriebe zu streuen. Das ist auf dreierlei Weise möglich: über die Abschaffung der „Steuerparadiese“, über die höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften und über eine allgemeine Besteuerung der Finanztransaktionen.

Steuerparadiese sind bekanntlich Gebiete, in denen das Bankgeheimnis

dem einzigen Zweck dient, Unterschlagungen zu vertuschen, schmutzige Gelder aus dem Drogenhandel und anderen mafiösen Geschäften zu waschen sowie Steuerflucht, geheime Zuwendungen und so weiter zu ermöglichen. Hunderte Milliarden Dollar werden so jeglicher Besteuerung entzogen – im Interesse der Mächtigen und der Finanzunternehmen.

Alle Großbanken der Welt haben Filialen in „Steuerparadiesen“ und ziehen aus ihnen große Profite. Liefse sich nicht ein Finanzboykott von Gibraltar, den Kaimaninseln oder Liechtensteins durchsetzen, indem man Banken, die mit öffentlichen Stellen zusammenarbeiten, untersagt, dort Filialen zu eröffnen?

Die Besteuerung der Finanzeinkünfte ist eine demokratische Minimalforderung. Diese Einkünfte sollten genauso hoch besteuert werden wie die Einkünfte aus Lohnarbeit, was freilich nirgends der Fall ist, schon gar nicht in der Europäischen Union.

Die völlig freie Kapitalzirkulation untergräbt die Demokratie. Deshalb müssen Abschreckungsmechanismen installiert werden. Der bekannteste dieser Mechanismen ist die „Tobin-Steuer“, benannt nach dem Nobelpreisträger für Ökonomie James Tobin.

Er hatte 1972 angeregt, in bescheidenem Umfang alle Transaktionen auf den Devisenmärkten zu besteuern, um diese zu stabilisieren und gleichzeitig Einkünfte für die Staaten und die In-

ternationale Gemeinschaft zu schaffen. Bei einem Satz von 0,1 Prozent würde die Tobin-Steuer jährliche Einkünfte von rund 166 Milliarden Dollar einbringen – das Doppelte der jährlich benötigten Summe, um die extreme Armut bis zur Jahrtausendwende abzuschießen.

Zahlreiche Experten haben gezeigt, daß die Einführung dieser Steuer keinerlei besondere technische Schwierigkeit bereiten würde. Ihre Anwendung würde lediglich dem liberale Credo der Regierungen, des supranationalen Staates von Weltbank-IWF-OECD-WTO und der großen Finanzinstitutionen zu widerlaufen, die unentwegt predigen, daß es zum aktuellen System keine Alternative gebe.

Cosima von Bonin

Ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb der internationalen LMD-Familie war von Anfang an die Kunst des Monats in der deutschsprachigen Ausgabe. Die Abbildungen stehen unabhängig neben den Texten, sie sollen nicht illustrieren, sondern eine weitere Perspektive auf die Welt eröffnen. Wir bemühen uns, fast alle Disziplinen der bildenden Kunst zu berücksichtigen: Malerei, Zeichnung, Bildhauerei und Skulptur sowie Installationskunst. Wir zeigen nur Arbeiten von lebenden Künstler*innen, und soweit das möglich ist, gern parallel zu laufenden Ausstellungen, so dass die Leser*innen theoretisch die Möglichkeit haben, die Arbeiten auch real zu sehen. Wir wollen das Format vor allem, aber nicht nur, dazu nutzen, weniger bekannten Künstler*innen eine Plattform zu bieten.

Die Konzeptkünstlerin Cosima von Bonin, die wir in dieser Sonderausgabe von *Le Monde diplomatique* vorstellen, wurde 1962 in Mombasa, Kenia, geboren. Als sie sechs Jahre alt war, zog ihre Familie nach Österreich. Heute lebt und arbeitet sie in Köln. Sie ist bekannt für ihre spielerischen Installationen mit gefundenen und hergestellten Objekten wie Segelbooten, Pilzen, Zäunen, Hunden, Raketen und Fischen (die Liste erhebt keinerlei Ansprüche auf Vollständigkeit). Die Installationen zeichnen sich aus durch eine Mischung aus Niedlichkeit und Schrecken. Bonin lehnt es grundsätzlich ab, ihre Arbeit zu erklären. In einem Interview bezeichnete sie sich einmal als „faul“, aber auch als Workaholic. Sie sagt, sie stehle ständig Ideen und Objekte für ihre Kunst. „Ich kann nicht nähen“, erklärte sie in einem Interview und berichtet, dass sie einige Mitarbeiter*innen hat, denen sie blind vertraut und die ihre Ideen umsetzen. Häufig arbeitet sie auch mit Künstlerkolleg*innen zusammen, aktuell beispielsweise bestreitet sie gemeinsam mit Claus Richter eine Ausstellung in der Kunsthalle Nürnberg (bis mindestens 17. Mai, wahrscheinlich länger). Für das Bildmaterial danken wir der Galerie Neu, Berlin. www.galerienu.net, www.kunst-kulturquartier.de/kunsthalle

Wilhelm Werthern



Cosima von Bonin, What if it barks? Installationsansicht, Petzel Gallery, New York 2018

1997

Warum nicht eine weltweite regierungsunabhängige Organisation namens „Aktion für eine Tobin-Steuer als Bürgerhilfe“ (Action pour une taxe Tobin d'aide aux citoyens – Attac) ins Leben rufen? Im Verein mit den Gewerkschaften und den zahlreichen Organisationen, die kulturelle, soziale oder ökologische Ziele verfolgen, könnte sie gegenüber den Regierungen als gigantische Pressure-Group der Zivilgesellschaft auftreten, mit dem Ziel, endlich wirksam eine weltweite Solidaritätssteuer durchzusetzen.

Ignacio Ramonet ist Medienwissenschaftler und Ehrenpräsident von Attac. Er war von 1991 bis 2008 Direktor von *Le Monde diplomatique*, Paris. Dieser Text erschien im Dezember 1997 in *LMD*.



Verwandte versuchen Yusuf al-Jamal (70) zu beruhigen, dessen Haus von einem israelischen Bulldozer zerstört wird MENAHEM KAHANA/picture alliance/dpa

Uns gibt es immer noch

von Edward W. Said

Das Nahost-Treffen, das am 11. Mai 1998 in Washington stattfinden sollte, wurde von der US-Regierung abgesagt. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte sich zuvor nachdrücklich geweigert, einem Rückzug Israels aus 13 Prozent der besetzten Gebiete zuzustimmen. So fand der 50. Jahrestag der Staatsgründung Israels in einer sehr angespannten Atmosphäre statt.

Sieben bin ich von zwei Reisen nach Jerusalem und ins Westjordanland zurückgekehrt. Ich drehte dort einen Film für die BBC, der am 10. Mai in England gezeigt werden sollte. Anlaß war der fünfzigste Jahrestag der Gründung des Staates Israel, den ich sowohl aus einem persönlichen wie natürlich aus einem palästinensischen Blickwinkel heraus betrachtete.

Für mich waren die Erfahrungen während dieser Dreharbeiten in Palästina so beeindruckend, daß ich es für nützlich hielt, darüber noch einmal länger nachzudenken. Und ich sollte wohl hinzufügen, daß der Regisseur und das Team sich sehr kooperativ verhielten.

Der israelische Toningenieur kam trotz seiner herkömmlichen zionistischen Erziehung (er war ein Liberaler vom Typ „Peace Now“, kein dogmatischer Zionist) bei diesem Auftrag zu Einsichten, die seine langjährige und nie bezweifelte Sicht der israelischen Geschichte infrage stellten. „Es ist schwer, wieder Israeli zu sein“, sagte er nach den Dreharbeiten.

Zwei völlig widersprüchliche Eindrücke überdecken alle anderen. Bei beiden handelt es sich um Folgen des Jahres 1948. Erstens: Palästina und die Palästinenser gibt es noch immer, obwohl sich Israel von Anfang an alle Mühe gegeben hat, sich ihrer zu entledigen oder sie in die politische Bedeutungslosigkeit zu drängen.

Ich kann voller Zuversicht sagen, daß wir den Israelis in dieser Hinsicht einen Strich durch die Rechnung gemacht haben: Es ist unlegbar, daß Palästina und sein Volk als Idee, als Erinnerung, und, obwohl häufig verdeckt oder unsichtbar, als Realität einfach nicht verschwunden sind. Trotz der anhaltenden Feindseligkeit des israelischen Establishments gegenüber allem, was Palästina bedeutet, hat bereits die Tatsache unseres Fortbestehens alle israelischen Bemühungen, uns endgültig loszuwerden, durchkreuzt.

Je mehr sich Netanjahu in Fremdenhaß gegenüber den Arabern ergeht, desto stärker wird deren Wille, zu widerstehen und sich der Ungerechtigkeit und den grausamen Maßnahmen zu widersetzen. Das gilt ebenso für die Million palästinensischer Israelis, deren wichtigster Vertreter in der Knesset der bemerkenswerte Asmi Bischara ist.

Ich habe ihn für den Film ausführlich interviewt und war beeindruckt von dem Mut und der Klugheit seines Standpunkts; er stärkt das Rückgrat der neuen Generation junger Palästinenser, mit denen ich ebenfalls Interviews führte. Für Bischara wie auch für eine wachsende Zahl von Israelis geht es vor allem darum, Gleichheit und Bürgerrechte zu erstreiten, denn Israel ist nach eigenem Verständnis ein Staat für Juden und nicht für seine nichtjüdischen Bürger.

Ganz gegen seine öffentlich geäußerten und auch realisierten Absichten

hat Israel daher dazu beigetragen, daß die Palästinenser präsent blieben, nicht zuletzt in der Vorstellung jener jüdischen Bürger Israels, die angesichts der unverändert kurzsichtigen Politik des Niederhaltens und Ausgrenzens der Palästinenser schlicht die Geduld verloren haben. Wohin man auch kommt, wir sind da – häufig nur als einfache, stille Arbeiter (die ironischerweise auch die israelischen Siedlungen errichten), Kellner, Köche und dergleichen, häufig aber auch – in Hebron zum Beispiel – als große Menschenmassen, die sich den israelischen Eingriffen in ihr Leben widersetzen.

Der zweite überwältigende Eindruck ist, daß wir Minute um Minute, Stunde für Stunde, Tag für Tag mehr palästinensisches Land an die Israelis verlieren. Auf unserer dreiwöchigen Reise passierten wir kaum eine Straße oder Autobahn oder ein Dorf, ohne Beispiele für die tägliche Tragödie zu sehen: enteignetes Land, niedergewaltete Felder, herausgerissene Bäume, verdorrte Pflanzen und Ernten, zerstörte Häuser, deren palästinensische Eigentümer hilflos zusehen mußten und kaum etwas gegen die Zerstörung unternehmen konnten, von Arafats Autonomiebehörde ebenso im Stich gelassen wie von den wohlhabenden Palästinensern. Man darf den angerichteten Schaden nicht unterschätzen, nicht die Gewalt, die unser Leben prägt, und nicht das Unglück, das daraus entsteht.

Kaum etwas gleicht dem Gefühl trauriger Hilflosigkeit, das sich einstellt, wenn man einem 35-jährigen Mann zuhört, der 15 Jahre lang illegal als Tagelöhner in Israel gearbeitet hat, um ein kleines Haus für seine Familie bauen zu können, und dann eines Tages bei seiner Rückkehr von der Arbeit entdecken muß, daß das Haus samt Einrichtung nur noch ein Trümmerhaufen ist, plattgewalzt von einem israelischen Bulldozer.

Fragt man nach den Gründen – das Land gehörte schließlich ihm –, so hört man, es sei ohne Vorwarnung geschehen; erst am nächsten Tag habe er von einem israelischen Soldaten eine schriftliche Benachrichtigung erhalten, in der es heißt, er habe das Gebäude ohne Genehmigung erbaut. Und dies ist kein Zufall: Die israelischen Behörden verweigern den Arabern systematisch die Genehmigung, auf dem eigenen Land zu bauen. Juden dürfen bauen, Palästinenser nie. Das ist reine Apartheid.

Einmal hielt ich auf der Hauptstraße von Jerusalem nach Hebron an, um einen israelischen Bulldozer zu filmen, der von Soldaten umringt und gesichert wurde; er walzte durch fruchtba-

res Land neben der Straße. Etwa hundert Meter weiter standen vier palästinensische Männer, die deprimiert und wütend dreinsahen. Es war ihr Land, erzählten sie mir, das sie seit Generationen bearbeitet hatten und das jetzt unter dem Vorwand zerstört wurde, es werde für die Verbreiterung einer ohnehin schon breiten Straße zu den Siedlungen benötigt.

„Wozu brauchen sie eine 120 Meter breite Straße; warum können sie mich nicht mein Land bearbeiten lassen?“, klagte einer: „Wie soll ich meine Kinder ernähren?“ Ich fragte die Männer, ob sie vorher benachrichtigt worden seien. „Nein“, sagten sie, „wir haben es erst heute gehört, und als wir herkamen, war es schon zu spät.“ Was ist mit der palästinensischen Autonomiebehörde, fragte ich, hat sie geholfen? „Nein, natürlich nicht“, lautete die Antwort. „Sie sind niemals da, wenn wir sie brauchen.“

Keine Unterstützung durch die Autonomiebehörde

Ich ging hinüber zu den israelischen Soldaten, die sich zunächst weigerten, vor Kamera und Mikrofon mit mir zu sprechen. Aber ich blieb hartnäckig und fand schließlich einen, dem die ganze Geschichte sichtlich unangenehm war, auch wenn er sagte, er führe lediglich Befehle aus. „Aber sehen Sie denn nicht, wie ungerecht es ist, Bauern, die sich nicht verteidigen können, Land wegzunehmen?“ fragte ich, worauf er antwortete: „Es ist ja nicht wirklich ihr Land. Es gehört dem Staat Israel.“ Ich erinnerte ihn daran, daß vor 60 Jahren genau solche Argumente gegen Juden in Deutschland vorgebracht wurden. Er wollte nicht antworten und wandte sich ab.

So ist es überall in den besetzten Gebieten und in Jerusalem. Und die Palästinenser sind kaum in der Lage, einander zu helfen. An der Universität von Bethlehem hielt ich einen Vortrag, in dem ich über die fortgesetzte Enteignung sprach. Ich fragte, warum die 50000 Sicherheitskräfte der Autonomiebehörde wie auch die Tausende, die in ihren Büros Papier von einer Seite des Schreibtischs auf die andere räumen und dafür an jedem Monatsende ansehnliche Schecks in Empfang nehmen, warum sie alle nicht dort draußen auf dem Land waren, um gegen die Enteignungen vorzugehen und den Menschen zu helfen, denen vor ihren Augen der Lebensunterhalt genommen wird.

Warum, fragte ich, gehen die Dorfbewohner unter Führung der Autonomiebehörde nicht hinaus auf ihre Fel-

der und stellen sich vor die Bulldozer. Kurz: Warum geben alle unsere großen Führer den armen Menschen, den Verlierern dieses Kampfs, keine Unterstützung, keinen moralischen Rückhalt?

„Wo immer ich auch war, mit wem ich auch sprach, welche Fragen ich auch stellte – niemals hörte ich ein gutes Wort über die Behörde oder ihre Vertreter, über die Osloer Verhandlungen oder über die Vereinigten Staaten. Die Autonomiebehörde wird im Grunde nur als Sicherheitsgarantie für Israel und die Siedler gesehen, und nicht als legitime Regierung, die für die eigene Bevölkerung sorgt und den Menschen hilft. Genau das ist die Schwäche von Oslo.“

Daß es zugleich so viele Mitglieder der Führungsschicht für angemessen halten, sich gigantische, protzige Villen zu bauen, während das Elend um sich greift, ist erschreckend. Wenn diese Führung irgendeinen Nutzen für das palästinensische Volk haben soll, dann muß sie zeigen, daß sie ihm dienen und Opfer bringen kann. Ich fand es bestürzend, wie gleichgültig ihren Vertretern das Schicksal der Menschen zu sein scheint – man hat das Gefühl, jeder einzelne Palästinenser ist in seinem Elend allein. Niemand macht sich die Mühe, für Essen oder Decken zu sorgen oder auch nur für ein gutes Wort. Man bekommt wirklich den Eindruck, die Palästinenser seien ein verwaistes Volk.

Jerusalem erlebt eine anhaltende Judaisierung. Die kleine, kompakte Stadt, in der ich vor über fünfzig Jahren aufwuchs, ist geteilt und entmisch und zu einer breit gestreckten Metropole geworden, die im Norden, Süden, Osten und Westen von ungeheuren Bauprojekten umstellt wird, sichtbaren Zeichen für Israels Macht und seine Fähigkeit, den Charakter Jerusalems gründlich zu verändern: Die Araber sollen behindert und bedrängt werden, bis ihnen das Leben unerträglich scheint. Auch hier ist die palästinensische Machtlosigkeit überdeutlich zu spüren, als sei der Kampf bereits vorüber und die Zukunft erledigt.

Die meisten Menschen sagten mir, nach der Tunnel-Episode vom September 1996 sähen sie keinen Sinn mehr darin, gegen die israelischen Praktiken zu demonstrieren. „Schließlich“, sagte mir einer, „kamen 60 von uns ums Leben, und dennoch blieb der Tunnel geöffnet, und Arafat ging nach Washington, obwohl er gesagt hatte, er werde sich mit Netanjahu erst treffen, wenn der Tunnel geschlossen ist. Weshalb sollte man jetzt noch kämpfen?“

Nicht nur die palästinensische Führung hat in Jerusalem versagt; auch die Araber, die islamischen Staaten und die

Anzeige

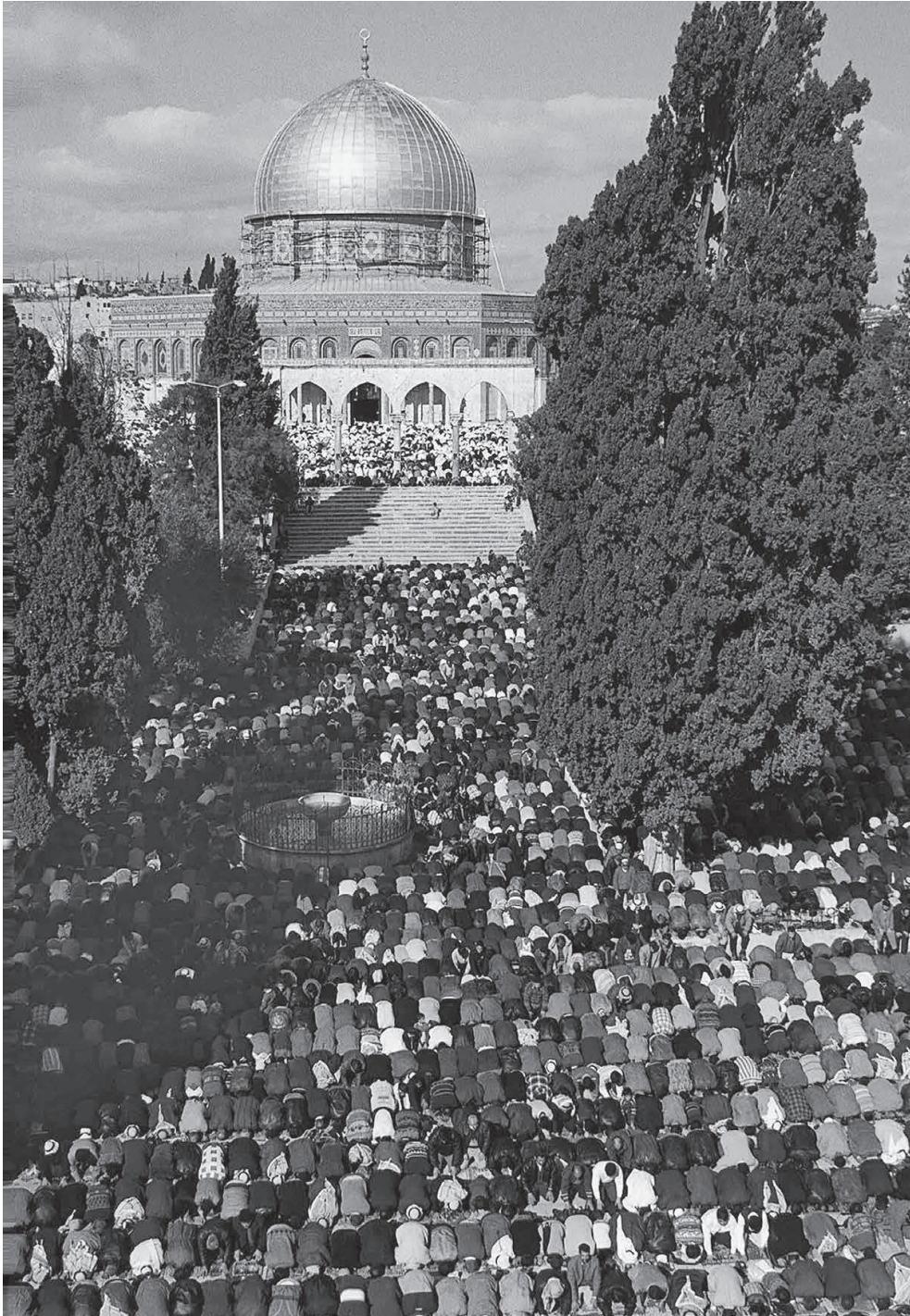
ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

ATLAS DER MIGRATION
Daten und Fakten über Menschen in Bewegung
Download & Bestellung unter www.rosalux.de/publikation/id/40425

KONZERNTATLAS
Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie
Download & Bestellung unter www.rosalux.de/publikation/id/14555

URAN Atlas
Daten und Fakten über den Rohstoff des Atomzeitalters
Download & Bestellung unter www.rosalux.de/publikation/id/40912

Weitere Publikationen unter www.rosalux.de



Freitagsgebet vor dem Felsendom, 16. Januar 1998 AWAD AWAD/picture alliance/dpa

Christenheit selbst beugen sich der israelischen Aggression. Palästinenser aus Gaza oder dem Westjordanland (das heißt aus Städten wie Ramallah, Hebron, Bethlehem, Dschenin und Nablus) dürfen nicht nach Jerusalem reisen, das von israelischen Soldaten abgeriegelt ist. Apartheid auch hier.

Auf der israelischen Seite ist die Lage nicht so düster, wie man hätte erwarten können. Ich führte ein langes Interview mit Professor Ilan Pappé von der Universität Haifa. Er gehört zu den „neuen Historikern“, deren Arbeiten über die Ereignisse von 1948 die zionistische Glaubenslehre zum Thema Flüchtlinge ebenso infrage gestellt haben wie Ben Gurions Rolle bei den Versuchen, die Palästinenser zum Verlassen des Landes zu drängen.

Natürlich haben die neuen Historiker nur bestätigt, was palästinensische

Historiker und Zeugen immer gesagt hatten: daß es eine gezielte militärische Kampagne gab, um so viele Araber wie möglich aus dem Land zu werfen. Aber Pappé sagte auch, er erhielt viele Einladungen zu Vorträgen in höheren Schulen in ganz Israel, während gleichzeitig im neuesten Schulbuch über die israelische Geschichte die Palästinenser nicht erwähnt werden. Dieses Nebeneinander von Blindheit und einer neuen Offenheit bezüglich der Vergangenheit ist typisch für die gegenwärtige Stimmung.

Einen Tag lang filmten wir in Hebron, das mir wie die Verkörperung der schlimmsten Aspekte der Osloer Verträge erscheint. Eine kleine Handvoll Siedler, nicht mehr als etwa 300 Menschen, kontrolliert das Herz einer arabischen Stadt, deren mehr als 100000 Einwohner das Stadtzentrum nicht aufsuchen

können und unter der ständigen Bedrohung durch militante Siedler und Soldaten leben müssen.

Ich besuchte einen Palästinenser in seinem Haus im alten osmanischen Viertel, das inzwischen von Bastionen der Siedler umstellt ist. Drei neue Wohnblocks sind am Rande des Viertels entstanden, es gibt drei enorme Wassertanks, in denen der größte Teil des städtischen Wassers zugunsten der Siedler gestohlen wird, dazu mehrere Armeestellungen auf den Dächern.

Mein Gesprächspartner zeigte sich sehr verbittert über die Bereitschaft der palästinensischen Führung, die Teilung der Stadt zu akzeptieren, die mit der kuriosen Behauptung begründet wurde, zu Zeiten des Alten Testaments habe es hier vierzehn jüdische Gebäude gegeben – von denen jedoch keine Spur geblieben ist. „Wie konnten diese

palästinensischen Unterhändler eine so groteske Verzerrung der Realität akzeptieren?“, fragte er wütend. „Vor den Verhandlungen hat kein einziger von ihnen jemals einen Fuß nach Hebron gesetzt.“

Am Tag nach meinem Aufenthalt in Hebron wurden drei junge Männer an einer Barrikade von israelischen Soldaten getötet, und die darauffolgenden Auseinandersetzungen forderten viele Verletzte. In Hebron und Jerusalem hat der israelische Extremismus gesiegt und die Koexistenz Niederlagen erlitten.

Ein unerwarteter Höhepunkt meiner Erfahrungen mit Israelis war sicherlich das Interview mit Daniel Barenboim, dem hervorragenden Dirigenten und Pianisten, der in Jerusalem ein Konzert gab, als wir dort drehten. In Argentinien geboren und aufgewachsen,

kam Barenboim 1950 mit neun Jahren nach Israel und lebte dort etwa acht Jahre. In den letzten zehn Jahren hat er das Orchester der Berliner Staatsoper und das Chicago Symphony Orchestra dirigiert; er ist jedoch israelischer Staatsbürger geblieben. In den letzten Jahren waren wir enge Freunde geworden.

Er war in unserem Interview sehr offen und bedauerte, daß fünfzig Jahre Israel auch fünfzig Jahre Leiden für das palästinensische Volk bedeuteten; er sprach sich auch ganz offen für einen Palästinenserstaat aus, und bei seinem Konzert in Jerusalem widmete er die erste Zugabe einer palästinensischen Frau, die ihn am Abend zuvor zum Essen eingeladen hatte.

Ich war überrascht, daß das gesamte Publikum israelischer Juden (jene Frau und ich waren die einzigen anwesenden Palästinenser) seine Ansichten und die noble Widmung mit enthusiastischem Applaus quittierte. Offensichtlich entwickelt sich hier ein neues Bewußtsein – zum Teil als Folge von Netanjahus Exzessen, zum Teil aufgrund des palästinensischen Widerstands. Besonders ergreifend schien mir, daß Barenboim angeboten hat, vor palästinensischem Publikum zu spielen. Eine solche Geste der Versöhnung ist langfristig vielleicht mehr wert als ein Dutzend Osloer Verträge.

Damit beschließe ich diese kurzen Szenen aus dem palästinensischen Leben von heute. Ich bedauere, nicht auch zu den Flüchtlingen im Libanon und in Syrien gefahren zu sein, und ich hätte gern einen Film von mehreren Stunden gezeigt. Aber das wichtigste zu diesem Zeitpunkt scheint mir, über die anhaltende Widerstandskraft der palästinensischen Sache zu berichten, die offensichtlich mehr Eindruck auf Menschen in Israel und anderswo gemacht hat, als wir bisher annahmen. Trotz der augenblicklich traurigen Lage gibt es Grund zu hoffen, daß die Zukunft vielleicht doch nicht so düster wird, wie viele von uns annahmen. In naher Zukunft allerdings wird aufgrund des Mangels an israelischen, amerikanischen wie palästinensischen Zukunftsvorstellungen der Himmel über dem Heiligen Land von dunklen Wolken der Ungerechtigkeit und Verwirrung verfinstert bleiben.

Aus dem Englischen von Meino Büning

Edward Said (1935–2003) war ein US-amerikanischer Literaturwissenschaftler palästinensischer Herkunft. Sein Buch „Orientalismus“ (Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2009) zählt zu einem der einflussreichsten ideengeschichtlichen Werke nach 1945. Dieser Text erschien im Mai 1998 in LMD.



Istra, Oblast Moskau, August 1998 OLAF JANDKE/caro images

Nachrichten aus meinem russischen Dorf

von Nina Baschkatow

Fröstebrüche bis weit ins Frühjahr hinein, dann Hundstage und Heuschrecken: 1999 wird die Ernte wohl noch schlechter als erwartet. Dennoch zeigt sich, dass die Hilfslieferungen an Lebensmittel unnötig waren – sie haben vor allem den westlichen Ländern erlaubt, Überschüsse abzusetzen und den einheimischen Produkten Konkurrenz zu machen. Von einigen Landstrichen im hohen Norden abgesehen, mangelt es den Verbrauchern nicht an Produkten, sondern an Geld. Tatsächlich hat die verzweifelte Situation der russischen Landwirtschaft in erster Linie mit der Desorganisation und der psychischen und sozialen Not der Menschen in den ländlichen Gebieten zu tun. Das Dorf bildet nicht nur das Schlusslicht, es ist auch der Reibungspunkt par excellence zwischen dem alten und dem neuen System. Und die Dorfbevölkerung wird zwischen beiden zermalm.

Jahr für Jahr trifft sich in meinem Dorf derselbe Kreis von Verwandten, Freunden und Nachbarn, um gemeinsam den Todestag von Tante Nastja mit einem Festmahl zu begehen. Aber in diesem Jahr, 1999, ist die Stimmung gedrückter als sonst, und die Tafel erweckt eher Neid als Bewunderung, obwohl sie nicht üppiger ist als in den vergangenen Jahren. Eine Mutter legt ihrem Sohn ostentativ nach und sagt: „Iss, hier bist du bei reichen Leuten.“ Kurz zuvor hatte eine andere den Ausspruch gewagt: „Man sieht, dass wir bei Kapitalisten sind.“ Die gute alte *urawnilowka* („Gleichmacherei“), diese Pervertierung des Gedankens der Gleichheit, ist mit der Krise wieder lebendig geworden, und man versteht heute besser, weshalb die Großeltern dieser Dorfbewohner jener Politik zustimmen, welche die wirklichen oder angeblichen Kulaken „in ihre Schranken verwies“, wie man das damals nannte.

In Wahrheit ist die Familie Dimitrow mitnichten kapitalistisch, und dass es ihr gegenwärtig – im lokalen Maßstab – gutgeht, hat einen „klassischen“ Grund: Dima, der Familienvorstand, trinkt nicht. Aus diesem Grund war er einst, vor zwanzig Jahren, der begehrteste Junggeselle der Gegend, bevor er sich mit 25 Jahren – also relativ spät, wenn man es an örtlichen Gepflogenheiten misst – plötzlich mit Galja vermählte, einem „armen Mädchen“ aus dem Nachbardorf. Eine Frühgeburt lieferte den Klatschbasen den gewünschten Stoff: Ihrer Meinung nach konnte diese kleine Aufsteigerin den armen Teufel nur verhexen haben, nachdem Gott weiß wer sie geschwängert hatte. Die 3,2 Kilo der neugeborenen Marina sowie einige scharfe Bemerkungen der Großmutter ließen das Geschwätz schließlich verstummen.

Die junge Familie aber blieb im Dorf, das als „perspektivlos“ galt. Tante Nastja wollte sich nicht von ihren Tieren trennen, das Paar wiederum wollte sich nicht von Tante Nastja trennen, und so schlugen sie die angebotenen Wohnungen in der 6 Kilometer entfernten Kreisstadt Ismailkovo aus. Noch immer arbeitet Galja auf dem Postamt der Kreisstadt für lächerliche 250 Rubel im Monat (das sind gerade einmal 17,80 Mark), während Dima als Lastwagenfahrer und Mechaniker Auftragsarbeiten für seine alte Kolchosa durchführt – für die er manchmal nicht einmal bezahlt wird. Beide haben sich auf diese Weise eine soziale Absicherung bewahrt, und Dima hat überdies einen eigenen Lastwagen zu seiner Verfügung. Seine ganze Kraft widmet er einem kleinen Stück Land; die Schwarzerde in dieser Gegend ist fruchtbar und ermöglicht ihm eine gewisse Autarkie.

Im Lauf der Jahre hat er an dem Backsteinhaus weitergebaut, das er 1972 zusammen mit seiner Mutter gebaut hatte, um die alte Isba zu verlassen. Diese hölzerne Bauernkate mit Strohdach und gestampfter Erde dient seither als Hühnerstall. Um sie herum auf einer weitläufigen Wiese befinden sich verstreut die verschiedensten zusammengeschimmerten Verschläge, Ställe und Hütten, dazwischen aus Ersatzteilen zurechtgebastelte Landmaschinen.

Dima ist das, was sich russische und westliche Technokraten gemeinlich als Prototyp des privatunternehmerischen Bauern ausmalen. Er liebt die Natur und achtet die eigene Mühe gering, solange man ihm nicht „neue Bürokraten“ auf den Hals hetzt, „die mir sagen, was ich zu machen habe“. Seine Hauptkritik richtet sich gegen die Privatisierungsprediger, welche die Kollektivierungspropheten abgelöst haben und vom Land genauso wenig Ahnung haben wie sie.

Diese Kluft hat in Russland eine lange Geschichte. In romantischen Momenten werden die Bauern und die dörflich-gemeinschaftliche Verbundenheit idealisiert und als Quintessenz des russischen Lebens gepriesen; man berauscht sich an der Natur (*priroda*), die an die Seele eines jeden rührt. In den übrigen Zeiten spricht man von der *glubinka*, dem Nest, in dem es nur Trunkenbolde und Taugenichtse gibt, welche sich vom Staatssäckel aushalten lassen und die Städter mit überhöhten Lebensmittelpreisen ausnehmen. Dieses aus der Breschnew-Ära stammende Vorurteil hat in abgewandelter Form überlebt: Zu den Immer-noch-Trunkenbolden und Taugenichtsen gesellen sich neuerdings die Dickschädel, die jedwede Reform ablehnen.

Ob es die Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1861, die Stolypinsche Agrarreform von 1906 oder die Kollektivierung in den dreißiger Jahren war: Jede russische Landreform erfolgte in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten, doch sie waren immer äußerst politisch. Auch die Jelzinschen Reformen seit 1992 bilden keine Ausnahme; ihr Ziel ist es, den Westen anzulocken, den Rückhalt der Kommunisten auf dem Lande zu brechen und Lenins Dekret über Grund und Boden auszuhebeln. Ohne die Betroffenen zu befragen oder irgendwelche begleitenden Hilfsmaßnahmen vorzusehen, zerschlug man die einstigen Kolchosen und Sowchosen in Parzellen, um so eine Nation von Kleinbauern ins Leben zu rufen; doch die Parzellen ermöglichten von ihrer Größe her den Menschen kein Überleben. So blieb die Verordnung vom Oktober 1993, die schließlich den Verkauf des zuteilten Ackerlands genehmigte, ebenso folgenlos wie jene andere, die vor den Wahlen von 1996 erlassen wurde und mit einem Federstrich „zweiunddreißig Millionen Landbesitzer“ aus dem Boden stampte.

Mit dem Leninschen Landdekret radikal brechen

Den Städtern kam diese Verordnung zupass, denn sie hofften, durch den Verkauf ihres Gemüsegartens Geld für den Kauf einer Datscha zu erhalten. Die Landbewohner dagegen, die wussten, dass sie nicht über die Mittel zum Kauf verfügten, wehrten sich gegen die Vorstellung, sich in Zukunft als Lohnabhängige – oder, wie sie sagen, Leibeigene – auf den Ländereien von Spekulanten oder, schlimmer noch, von ausländischen Investoren verdingen zu müssen. Selbst die Möglichkeit, Grund und Boden zu vererben, wirkte nicht als Anreiz, sondern erschien ihnen als ein Mittel, ihre Kinder an die Scholle zu binden und den sozialen Aufstieg der Landjugend zu bremsen.

Der vorhandene Entwurf eines „Gesetzes über Grund und Boden“ kursiert seither ergebnislos in den verschiedenen Instanzen, zwischen dem Veto des Präsidenten und dem Gegenveto des Parlaments, hier und da mit Zwischenstopp beim Verfassungsrat. Auf diesem Gebiet ist die Duma in unmittelbarer Tüchelführung mit der Mehrheit der Bevölkerung, in deren Geschichte (von Sibirien abgesehen) der unabhängige Landwirt die Ausnahme und die gemeinschaftliche Bewirtschaftung die Regel war. Die Mehrheit der Russen ist im Übrigen dagegen, dass Boden „wie eine gewöhnliche Ware“ gehandelt wird. Selbst Reformer wie Anatoli Tschubais räumen ein, dass es ab-

surd wäre, wenn der Staat der Landwirtschaft jede Hilfeleistung entzöge. Derlei Ansichten äußert er allerdings nicht in Washington, wohl aber auf dem Sechsten Kongress der Bauern am 1. März 1995. Natürlich sind sich alle darüber einig, dass „Grund und Boden einen Besitzer brauchen“, aber nicht darüber, wer dieser Besitzer sein soll.

Die ersten Versteigerungen landwirtschaftlicher Böden am 5. März 1998 haben dem Gouverneur von Saratow, Dmitri Ajaskow, zwar einen Platz in den Legenden der Reformgeschichte eingebracht (wie einst Nischni Nowgorod), doch Bauern waren bei diesen Versteigerungen keine zugegen, und die begehrtesten Parzellen waren kleiner als ein Hektar und lagen im Stadtgebiet. Erworben wurden sie als Baugrundstücke für Parkplätze, Tankstellen, Privathäuser sowie ein Einkaufszentrum. Ajaskow lässt verlauten, US-amerikanische Geschäftsleute seien bereit, 1,5 Milliarden Dollar in der Region zu investieren.

Angesichts der Entwicklung, welche die Privatisierung im industriellen und Energiesektor genommen hat, fürchtet man vielerorts, dass als nächstes die Landwirtschaft von den Reformen systematisch zerstört werden könnte, um Platz zu machen für ausländische Produkte und die großen multinationalen agro-industriellen Konzerne. Doch die russische Regierung bleibt blind und taub; sie erhöht zwar die punktuellen Hilfeleistungen, doch die radikalen Reformprojekte bleiben unangetastet. Sie erwägt nicht einmal den Gedanken einer mittleren Lösung – wie etwa langfristige, von den Regionalregierungen ausgestellte Pachtverträge –, die in den kapitalistischen Ländern durchaus üblich sind.

Nichts wird getan, um Menschen wie Dima zu ermutigen, der davon träumt, die 24 Hektar zu bewirtschaften, die auf den Namen seiner Familien eingetragen sind (8 Hektar pro Person plus die geerbten 8 Hektar seiner Mutter). Er bekommt keinen Kredit, zahlt immense Steuern, wenn er seine Produkte verkauft, und Geldstrafen, wenn er, auf bessere Tage hoffend, mit der Bewirtschaftung wartet: Angesichts dieser Situation hat Dima sein Agrarland der Kolchosa überlassen, die wie tausende anderer in eine Genossenschaft umgewandelt wurde, als solche eine gültige Rechtsform besitzt und die Infrastruktur des ehemaligen Kollektivbetriebs nutzen kann.

Die Pacht wird in Naturalien ausgezahlt. Dieses Jahr war es ein Sack mit 30 Kilogramm Zucker, der gerade rechtzeitig zum Einkochen von *varenje* (Konfitüre) kam. Immer noch besser als der Konkurs, der die wenigen privaten Höfe ereilt hat, die Ende der achtziger Jahre in der Region entstanden waren. Andere haben 1995/96 ihr Glück versucht, als Saatgut und Dünger zu Schleuderpreisen bei den Kolchosen zu haben waren. Aber niemand wollte ihnen ihre Produkte abkaufen, und nachdem sie von Lagerhaus zu Lagerhaus gerannt waren, verkauften sie am Ende mit deutlichem Verlust.

Just jene Generation, die als politische oder gewerkschaftliche Elite hätte agieren können und auf die die ländlichen Gebiete so angewiesen sind, wurde auf diese Weise binnen Kürze zermürbt. Seit die Quoten, die es unter den Kommunisten für die Vertreter der verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppierungen gab, abgeschafft wurden, ist die Landbevölkerung im Parlament nur noch durch Mitglieder der alten Nomenklatura oder durch eine neue Generation städtischer Agro-Technokraten vertreten. Es ist bezeichnend, dass die erste, 1991 gegründete Bauernpartei einen Journalisten der *Literaturnaja gaseta*, Juri Tschernitschenko, zum Vorsitzenden hatte. Die Millionen Familien, deren Beschäftigung und soziale Sicherungsstrukturen mit den landwirtschaftlichen Kollektivbetrieben untergegangen sind und für die der bäuerliche Privatbetrieb keine freie Entscheidung, sondern eine harte Notwendigkeit ist, um die Familie durchzubringen – diese Familien haben in der Gesellschaft keine Interessenvertretung.

Das Unglück der Kleinen ist nicht unbedingt das Glück der Großen. Daniil Iwanowitsch weiß, wovon er redet, wenn er „die immer neuen Marotten Moskaus“ anprangert. Seit er 1979 zum Leiter der Kolchosa gewählt wurde, lebte er wie ein Fürst: Abgehoben von einem üppigen Gehalt und einem eigenen Wagen mit eigenem Chauffeur gewährte ihm sein Posten einen unbeschränkten Zugriff auf die Vorräte der Kantine (zur Versorgung seiner Familie). Ferner genoss er das Privileg, sich für seinen üppigen Bedarf in den verschiedensten lokalen Depots (Baumaterialien fürs Haus, Saatgut fürs Land und Tierfutter fürs Vieh) zu bedienen. Niemand erachtete 1986 die gesetzliche Zulassung von bäuerlichen Familienbetrieben als eine Revolution, da alle im Dorf de facto einen solchen Betrieb bereits besaßen, auch wenn dieser sich nicht so bezeichnete. Viele Frauen, die ihren „zweiten Arbeitsplatz“ (nämlich die Bewirtschaftung ihres Stücks Land und die

Versorgung der Tiere) kannten, revoltierten und drohten mit Scheidung, für den Fall, dass ihre Männer auch nur den geringsten Versuch unternahmen, ein solches Unternehmen zu gründen, welches in ihren Augen einer Art organisierter Sklaverei gleichkam.

Als im März 1988 ein Gesetz den Beschäftigten größere Mitsprache bei der Kolchosleitung einräumte, stärkte dies vor allem die Position von Daniil Iwanowitsch, denn der Erfolg des Betriebs hing mehr als zuvor von der Persönlichkeit seines Direktors ab; so wurde er problemlos wiedergewählt. Heißzulaufen begann die Maschine 1990, als die Politik die ländlichen Gebiete erreichte. Die Radikalen in Moskau warfen Michail Gorbatschow vor, er wolle die Landwirtschaft reformieren, ohne Privateigentum zuzulassen und ohne der regionalen Bürokratie das Kreuz zu brechen, die sich in die Führung der landwirtschaftlichen Betriebe stets mehr eingemischt hatte als in die Industrie.

Die von Boris Jelzin 1992 betriebene Auflösung der Kolchosen hatte die Zusammenlegung mehrerer Betriebe zur Folge, aber Daniil Iwanowitsch wurde dank einiger geschickter Schachzüge wieder auf einen der neuen Direktorensessel gewählt. Ohne feste Budgets und ohne garantierte Grundstoffversorgung konnte er nur von der Hand in den Mund wirtschaften, und dies in einem Bereich, der keine Improvisationen erlaubt. Der landwirtschaftliche Großbetrieb war zu einem amorphen Gebilde geworden und die Arbeiter zu „Aktionären“ oder „Genossenschaftsmitgliedern“, die nicht den Schimmer einer Idee hatten, was dies besagen sollte. Allenfalls, dass von nun an weder die Beschäftigung noch die Entlohnung garantiert sein würden.

Daniil Iwanowitschs einzige Freiheit in der Betriebsführung wie in der Vermarktung der Produkte bestand in Zahlenakrobatik, durch die er zumindest einen Teil des Betriebes aufrechterhalten und die Löhne auszahlen konnte; so wurden Kühe gegen Ziegel und Milch gegen Treibstoff getauscht; nach und nach wurden auf diese Weise der Viehbestand, die Vorräte und der Maschinenpark liquidiert. Das Gesetz von 1986, das erlaubte, 30 Prozent der Plansoll-Produktion sowie alle Überschüsse zu vermarkten, hatte in dieser Getreide- und Rübenregion keinen Sinn. Selbst wenn die Produkte auf den städtischen Märkten absetzbar gewesen wären, hätte er keine Lastwagen aufgetrieben und keine Verkäufer gefunden, und er hätte sich nicht gegen das Banden- und Erpressungswesen zur Wehr setzen können, das kaum war das Gesetz verabschiedet, in die ländlichen Gegenden eingedrungen war.

Zwar hat Daniil Iwanowitsch seine eigenen Interessen nie aus den Augen verloren, aber er war sich der Verantwortung gegenüber dem Kollektiv bewusst und hat den landwirtschaftlichen Großbetrieb wie ein guter Familienvater geführt. Seine Bedeutung stieg insofern, als die Abschaffung der Lokal-Sowjets im Jahre 1993 den Dörfern de facto jede Institution einer öffentlichen Gewalt genommen hatte, ob es nun darum ging, Streitigkeiten zu schlichten, oder darum, die Rentenauszahlungen zu gewährleisten. Fortan waren die Kolchosdirektoren die einzigen, die, wenn schon nicht die Produktion, so doch wenigstens einen Hauch von Überleben der ländlichen Gemeinden gewährleisten konnten.

Was seinen Ruin brachte, waren die Wahlen von 1996. Die Mannschaft von Boris Jelzin hatte alles, was auf dem Land als „Chef“ galt, dazu verdonnert, ihre jeweiligen Schäfchen zur „richtigen Stimmabgabe“ anzuhäufeln. Wie die anderen, so hatte auch Daniil vor Auditorien, die vom Gegenteil überzeugt waren, zu erklären, dass die Reformen ihr Leben verbessert hätten und eine Rückkehr zum Vergangenen dramatische Folgen haben würde; er tat dies, ohne auch nur ein Wort davon zu glauben und ohne jemals den Namen Jelzin auszusprechen. Die eilig überwiesenen Zuschüsse, um die Lohnrückstände zu zahlen, hatten kaum ausgereicht, um die Schulden zu tilgen.

Die ländliche Bevölkerung gab ihre Stimme in großer Zahl den Kommunisten – aus Überzeugung oder aus Widerstandsgeist. Sie sahen, wie die Polizisten die Wahlen vor aller Augen manipulierten, aber sie nahmen es ihnen nicht krumm; auch Polizisten haben eine Familie zu ernähren, und ihr Arbeitsplatz hängt von den Behörden ab. Um sich in den Augen Moskaus wieder reinzuwaschen, beschlossen die Demokraten aus dem Gebiet Lipetzki, mit der örtlichen Nomenklatura aufzuräumen, die ihrer Meinung nach den Sieg der Kommunisten bewerkstelligt hatte. Neue Kolchosdirektoren wurden gewählt, und diesmal unterlag Daniil Iwanowitsch. Zwei Jahre lang lebte er kümmerlich in Erwartung seiner Rente von 388,08 Rubel im Monat, auf die er ein Anrecht hat, da er zweifacher Held der Sozialistischen Arbeit ist. Bitter ironisch zeigt er das entsprechende Zertifikat öffentlich her.

Seine einzige Freude ist, dass er seine älteste Tochter gut verheiratet hat: mit einem *businessman*. Wenn sie im metallgrauen Volvo aus Woronesch nach Hause kommt, herausgeputzt wie eine Modepuppe und mit (echtem) Schmuck behängt, dann schlägt für den Vater die Stunde der Genugtuung. Denn der Mann, der seine Ausbeutung betrieben hat, kann auf dergleichen nicht verweisen. Dessen Enkelin, die dank einer aus Deutschland importierten empfängnisverhütenden Spirale ein Einzel Exemplar geblieben ist, wuchs streng bewacht und in gewollter Distanz zu den Einheimischen auf: Es reichte, dass die Mutter des Mädchens, die aus der unteren Nomenklatura stammte (der Vater Gewerkschaftsfunktionär, die Mutter Schulleiterin), einen Lastwagenfahrer geheiratet hatte. Mit der Enkelin sollte die Sache nun keinesfalls schiefegehen.

Um die Wartezeit zu überbrücken, bis ihr Ein und Alles auf die Pädagogische Fakultät in Lipetzki gehen und dort einen würdigen Heiratskandidaten ergattern würde, und um das Kind von dem schlechten Umgang im Haus der Kultur fernzuhalten, erstanden die Großeltern ihr einen Videorekorder.

Doch alle Kontrollbemühungen waren vergebens. Das Mädchen traf einen jungen Elektriker, der weder Beziehungen noch eine Perspektive hatte. Doch bevor man sich zur notwendigen Hochzeit durchrang, musste der Auserkorente

Wie die Bergleute stellten die *kolchosniki* einen Grundbestandteil des sowjetischen Mythos: Arbeiter waren darin Soldaten und ihre Arbeit so etwas wie Vaterlandsverteidigung. Zur Zeit des Ernteeinsatzes intonierten Traktoristen und Lastwagenfahrer, von einer Art religiösem Fieber erfasst: „Es ist das Brot des Jahres, das wir ernten.“ Gewiss, der Schwung war nur von kurzer Dauer, und niemand hat die Absurditäten der Bürokratie vergessen, aber, wie Witja sagt: „Es war eine Zeit, in der wir zählten.“

Seine Sehnsucht nach der Breschnew-Ära ist, wie bei so vielen, die wehmütige Erinnerung an die Jugendzeit mit den typischen Entwicklungsschritten: der Bau eines eigenen Hauses 1975 auf einem Grundstück und mit Baumaterialien, die von der Gemeindeverwaltung gestellt wurden; es folgte der Erwerb erster Konsumgüter: Fernsehen, Kühlschrank, Möbel. Heute, 1999, lebt seine Familie, wie so viele auf dem Lande, von dem Verdienst der Frau. Denn die minder qualifizierten Tätigkeiten in der Landwirtschaft und im tertiären Bereich wurden ausnahmslos von Frauen ausgeübt, und da vor allem der tertiäre Sektor von der Krise weniger betroffen ist, erhalten die Frauen noch regelmäßig ihren Lohn. Aber die Konkurrenz ist hart, und im letzten Oktober wurde Schura mitgeteilt, dass sie ihre Stelle als Buchhalterin in drei Monaten für eine jüngere Kraft mit staatlicher Abschlussprüfung zu räumen habe. Sie hätte

Das Resultat konnte sich sehen lassen: Ein neues Krankenhaus wurde gebaut, Entbindungsheim und Kulturhaus wurden renoviert, neue Ikarus-Busse ersetzen die alten, klapprig gewordenen Busse. Für die jungen Menschen damals stellten diese Verbesserungen das dar, was für ihre Eltern unter Breschnew die Asphaltierung der Straßen und das Gas und für die Großeltern unter Chruschtschow der Rentenanspruch gewesen war. Die jungen Männer wurden nach dem Militärdienst in den Kolchosen und den kleinen örtlichen Betrieben mit offenen Armen empfangen. Die jungen Frauen ergriffen nicht mehr die Flucht aus Gegenden, wo man das ganze Jahr über in Stiefeln herumließ.

Das Leben von Jura, dem fünfundzwanzigjährigen ältesten Sohn von Schura, ist lange Zeit in den üblichen Bahnen verlaufen: Diplom als Mechaniker, Militärdienst, bei der Rückkehr einen Job, ein Motorrad und – nachdem er die Zeit noch ein wenig genossen hatte (damals eine ganz neue Vorstellung) – Heirat und Kind. Dass er heute immer noch im Dorf lebt, liegt vor allem an mangelnden Alternativen. In der Stadt ist das Leben noch schwieriger und die Arbeitsplätze noch unsicherer – wie man unschwer erkennen kann an den zahlreichen Opfern der Reformen: an den Rückkehrern, an den Ruheständler, die zu einer Schwester oder einem Bruder ins Dorf ziehen, ihre Renten zusammenschmeißen und ein wenig



Planwirtschaften mit allerlei Gemüse, Tomaten und Gurken: Kolchosa am Kaspischen Meer, Oktober 1991 ANDREAS HERZAU

schnell noch zu höherem Stand kommen, weshalb man ihm einen Posten in der Verwaltung fand. Nun hofft man, dass die beiden nicht zu viele Kinder in die Welt setzen.

Über diese Art von Sorgen kann Schura nur spöttisch lachen: Sie hat gerade ihr letztes Schwein verkauft, weil sie keine Kopeke für das Futter mehr hatte. Die Debatten Ende der achtziger Jahre, als auch ihre Familie über die Anschaffung eines Autos diskutierte, erscheinen ihr heute fantastisch. Die erste Krise des Rubels 1991 hatte ihre Ersparnisse dahinschmelzen lassen und die Diskussion beendet. Die zweite Krise 1998 verschlang, was noch geblieben war. Aus Misstrauen gegenüber den Privatbanken hatte ihre Familie den verbliebenen kleinen Rest zur Sparkasse getragen, deren Konten in der Krise eingefroren wurden. Als man sein Geld endlich wieder abheben durfte, verfiel dessen Wert von Stunde zu Stunde.

Bis zum Frühjahr dieses Jahres war ihr Mann jeden Morgen beim Lagerhaus vorstellig geworden: für alle Fälle... Zwar gab es keine Arbeit, aber dieser Gang sicherte den Anspruch auf Sozialleistungen und so etwas wie Würde. Außerdem konnte er weiterhin Saatgut, Viehfutter und andere Rohstoffe „mitnehmen“, die schon immer die *Conditio sine qua non* der Familienproduktion waren. Inzwischen aber hat sich Witja der Gruppe ehemaliger Arbeiter aus der Kolchosa und der Wurstfabrik angeschlossen, die schon Mittags torkeind um die Häuser ziehen.

sich ein Papier besorgen können, das die Äquivalenz ihrer zwanzig Jahre Berufserfahrung mit diesem staatlichen Diplom bescheinigt hätte, aber dieses Papier hätte sie zwei Monatslöhne gekostet. Sie aber muss jeden Rubel dreimal umdrehen. Ein früherer Kollege hatte schließlich Mitleid und bot ihr einen Vertrag über drei Jahre an, also bis sie das Rentenalter erreicht haben würde: bei reduziertem Gehalt.

Erzählt sie aus ihrem Leben, dann lebt sie in der Vergangenheit, und sie tut es mit der typisch russischen Begabung, immer nur das Beste in Erinnerung zu behalten. Sie verbringt ihre Abende allein vor dem Fernseher und sieht, wie ihre Freundinnen, stundenlang südamerikanische Serien. Sobald von Politik die Rede ist, wechselt sie den Kanal. Sie hat die Kommunisten gewählt, denn „damals waren wir nicht arm“; aber das nächste Mal wird sie nicht wählen gehen. Wenn sie an einem Abend besonders melancholisch gestimmt ist, erzählt sie von einem stillen, gebildeten Mann, den sie während eines jener Kuraufenthalte kennengelernt hatte, welche Millionen von Sowjetbürgern die notwendige Dosis an Romantik lieferten. Aber der Kontakt ist für immer abgerissen, denn in einem Dorf ist selbst die Post nicht diskret und jeder erfährt alles.

Weit zurück liegen die achtziger Jahre, als sie die Zukunft ihrer Kinder in leuchtenden Farben sah. Michail Gorbatschow hatte, um junge, ausgebildete Kräfte auf dem Lande zu halten, ein massives Investitionsprogramm in die Wege geleitet.

Selbstversorgung betreiben, ebenso wie an den arbeitslosen Paaren und „Zwangsmigranten“ von der Krim oder aus Kasachstan.

Jura singt bereits wieder das alte russische Lied: „Morgen wird alles besser sein“. In der Tat: Der brutale Absturz der Jahre 1992 bis 1995 ist gebremst. Eine Reihe von Dienstleistungen, die eingestellt werden mussten, existieren wieder. Die Felder sind zwar immer noch von Disteln überwuchert, und die Wiesen werden vom Wald zurückerobert, doch eine neue Kolchosa hat die Milchproduktion wieder aufgenommen. Der frühere Chefzart hat das Dorf verlassen und ist nicht zurückgekehrt. Der einzige Ersatz, den man finden konnte, ist ein aserbaidschanischer praktischer Arzt, ein Flüchtling aus Armenien, der im Ruf steht, schnell mit dem Skalpell zur Hand zu sein. Aber es gibt Medikamente. Und auf dem Markt, jeden Donnerstag, findet man jetzt Produkte, die es noch nie gegeben hat – allerdings sind sie unerschwinglich. Eines Tages wird Jura einen Bauernhof und, gemeinsam mit seinem Cousin, eine kleine Konservenfabrik aufbauen. In der Zwischenzeit verdient er immerhin so viel, dass er seinem kleinen Bruder von Zeit zu Zeit ein Kilo Bonbons kaufen kann – was 5 Rubel macht und einer Monatsrente entspricht.

Aus dem Französischen von Eveline Passet und Raimund Petschner

Nina Baschkatow ist Journalistin für The European Press Agency, Brüssel. Dieser Text erschien im September 1999 in LMd.



Hugo Chávez zusammen mit Fidel Castro, 28. Oktober 2000. JOSÉ GOITIA/picture alliance/ap

Bei Einbruch der Dämmerung stieg Carlos Andrés Pérez aus dem Flugzeug, mit dem er gerade von Davos nach Caracas zurückgekehrt war, und sah zu seiner Verwunderung General Fernando Ochoa Antich, seinen Verteidigungsminister, auf der Gangway stehen. „Was ist los?“, fragte er misstrauisch. Der Minister beruhigte ihn mit so überzeugenden Worten, dass der Präsident sich nicht in den Regierungspalast Miraflores im Herzen von Caracas fahren ließ, sondern in seine Residenz in La Casona. Er war gerade eingeschlafen, als er durch einen Telefonanruf des nämlichen Ministers geweckt wurde, der ihn von einem Militäraufstand in Maracay unterrichtete. Kaum war er in Miraflores eingetroffen, donnerten die ersten Artilleriesalven los.

Man schrieb den 4. Februar 1992. Mit der ihm eigenen sakramentalen Verehrung für geschichtsträchtige Daten gab Oberst Hugo Chávez Frias den Angriffsbefehl in seiner improvisierten Kommandozentrale im Historischen Museum von La Planicie. Der Präsident erkannte bald, dass nur die Unterstützung des Volkes ihm noch helfen konnte, und begab sich in die Fernsehstudios von Venevisión, um sich an die Bevölkerung zu wenden. Zwei Stunden später war der Militärputsch gescheitert. Chávez kapitulierte unter der Bedingung, dass man auch ihn eine Rede im Fernsehen halten ließe.

Der junge kreolische Oberst, in Fallschirmjägersmütze und mit bewundernswürdiger Sprachbegabung, übernahm die volle Verantwortung für den Aufstand. Aber die Ansprache wurde ein politischer Erfolg. Chávez saß zwei Jahre im Gefängnis, bis er von Präsident Rafael Caldera begnadigt wurde. Viele seiner Anhänger und nicht wenige seiner Feinde waren jedoch der Ansicht, dass er mit dem bereiten Eingeständnis seines Scheiterns bereits die Wahlkampagne eröffnet hatte, die ihm 1999 schließlich die Präsidentschaft einbrachte.

Diese Geschichte erzählte mir Präsident Hugo Chávez, als wir vor einiger Zeit an Bord einer venezolanischen Militärmaschine von Havanna nach Caracas flogen. Wir hatten uns drei Tage zuvor bei einem Treffen in Havanna mit den Präsidenten Fidel Castro und Andrés Pastrana kennen gelernt, und was mich auf Anhieb beeindruckte, war die Kraft seines stählernen Körpers. Er besaß die spontane Herzlichkeit und kreolische Anmut eines waschechten Venezolaners. Wir hätten uns gern ein weiteres Mal getroffen, fanden aber beide nicht die Zeit dazu, weshalb wir gemeinsam nach Caracas flogen, um uns im Flugzeug über sein wechselvolles Leben und seine Zukunftspläne zu unterhalten.

Für einen Reporter im Ruhestand war es eine spannende Erfahrung. Während er mir sein Leben erzählte, sollte ich eine Persönlichkeit kennen lernen, die nicht das Geringste mit dem Bild des Despoten Chávez gemein hatte, wie es die Medien vermittelten. Neben mir saß ein anderer Chávez. Welcher von beiden war der echte?

Der schwerste Vorbehalt gegen seine Person während des Wahlkampfes bezog sich auf seine Vergangenheit als Verschwörer und Putschist. Doch die Geschichte Venezuelas hat davon schon einige verkraftet. Es begann mit Rómulo Betancourt, der – ob zu Recht oder nicht – als Vater der venezolanischen Demokratie gilt und Isaías Medina Angarita gestürzt hatte, einen alten demokratischen Militär, der sich vorgenommen hatte, das Land von 36 Jahren Juan Vicente Gómez zu reinigen. Gegen Betancourts Nachfolger, den Schriftsteller Rómulo Gallegos, putschte General Marcos Pérez Jiménez, der elf Jahre an der Macht blieb, bevor er sich von einer Generation junger Demokraten entthronen lassen musste. Mit ihnen begann die längste Phase, in der Venezuela gewählte Präsidenten hatte.

Der Putsch vom Februar 1992 scheint die einzige Sache zu sein, die Oberst Chávez je misslungen ist. Er selbst sieht die Sache von ihrer positiven Seite, als einen Rückschlag, den er der Vorsehung verdankt. Das ist seine Art, sich Glück oder Intelligenz oder Intuition oder Cleverness zu erklären – oder wie immer man das magische Etwas nennen soll, das sein Handeln beflügelt, seit er in Sabaneta, Provinz Barinas, am 28. Juli 1954 geboren wurde. Der überzeugte Katholik Chávez schreibt sein gütiges Geschick einem mehr als hundert Jahre alten Amulett zu, das er seit seiner Jugend trägt und das er von einem Urgroßvater mütterlicherseits geerbt hat, von Oberst Pedro Pérez Delgado, den er sich zum Schutzhelden erkör.

Das Grundschullehrergehalt seiner Eltern reichte nur knapp zum Leben, und von seinem neunten Lebensjahr an musste der Junge ihnen helfen, indem er Früchte und Süßigkeiten von einem Karren verkaufte. Hin und wieder besuchte er auf einem Esel seine Großmutter mütterlicherseits im Nachbardorf Los Rastrojos, das ihm wie eine Stadt vorkam, weil es einen Stromgenerator hatte, der in den ersten Nachtstunden für Licht sorgte, und eine Hebamme, die ihn und seine vier Geschwister zur Welt gebracht hatte.

Nach dem Willen seiner Mutter hätte er Priester werden sollen, brachte es aber nur zum Messdiener, der die Glocken so zartfühlend läutete, dass man ihn daran erkannte. „Hört, das ist wieder Hugo, der läutet“, hieß es dann. Unter den Büchern seiner Mutter fand er eine schicksalhafte Enzyklopädie, deren erstes Kapitel ihn gleich in

Bann schlug: „Wie man im Leben Erfolg hat“. In Wirklichkeit war das Buch ein Ratgeber für alle möglichen Berufskarrieren, und er hat sie praktisch alle ausprobiert. Als Maler, der Michelangelo und seinen David bewunderte, gewann er im Alter von zwölf Jahren den ersten Preis bei einem Wettbewerb. Als Musiker wurde er mit seinen Gitarrenkünsten und seiner Stimme für Geburtstage und abendliche Darbietungen unentbehrlich. Im Baseball war er ein vorzüglicher Catcher. Die militärische Laufbahn stand nicht auf der Liste und wäre ihm selbst auch gar nicht in den Sinn gekommen, hätte ihm nicht eines Tages jemand erzählt, der kürzeste Weg in eines der großen Baseballteams führe über die Militärakademie von Barinas.

Traum von der Karriere als Baseballprofi

Und wieder muss dabei sein Amulett im Spiel gewesen sein, denn an genau diesem Tage trat der sogenannte Andrés-Bello-Plan in Kraft, der den Absolventen der Militärschulen den Zugang zur höchsten Universitätslaufbahn eröffnete. Chávez studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Marxismus-Leninismus. Seine große Leidenschaft galt dem Studium von Leben und Werk des Simón Bolívar, dessen Proklamationen er auswendig lernte.

Dann kam sein erster bewusster Konflikt mit der aktuellen Politik: der Tod von Salvador Allende im September 1973. Chávez war fassungslos. Warum nur putscht das chilenische Militär gegen Allende, wo das chilenische Volk ihn doch gewählt hat? Kurz darauf erhielt er vom Hauptmann seiner Kompanie den Auftrag, einen Sohn von José Vicente Rangel zu überwachen, der als Kommunist galt. „Du glaubst nicht, wie das Leben so spielt“, erzählte mir Chávez unter schalendem Gelächter: „Sein Vater ist heute mein Außenminister.“

Damit nicht genug. Zum Abschluss seiner Ausbildung bekam er – Ironie des Schicksals – seinen Säbel ausgerechnet von dem Präsidenten überreicht, den er 20 Jahre später stürzen wollte: Carlos Andrés Pérez. „Sie waren ja sogar drauf und dran, ihn umzubringen“, meinte ich, aber Chávez protestierte: „Keineswegs. Wir hatten vor, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen und dann in die Kasernen zurückzukehren.“

Vom ersten Moment an fiel mir auf, dass er ein begnadeter Erzähler war. Ein echtes Produkt der turbulenten und schöpferischen Volkskultur Venezuelas. Er hat ein ausgezeichnetes Zeitgefühl und ein geradezu übernatürliches Gedächtnis, das es ihm erlaubt, Gedichte von Neruda oder

Whitman und ganze Seiten von Rómulo Gallegos auswendig zu zitieren.

In früher Jugend hatte er durch Zufall entdeckt, dass sein Urgroßvater nicht, wie seine Mutter gern behauptete, ein gefährlicher Mordgeselle war, sondern ein bemerkenswerter Militär aus der Zeit von Juan Vicente Gómez. Chávez war von seinem Vorfahren so begeistert, dass er beschloss, ein Buch über ihn zu schreiben und sein Andenken reinzuwaschen. Er stöberte in Archiven und Militärbibliotheken und zog mit dem Rucksack des Forschungsreisenden von Dorf zu Dorf, um die Marschrouten seines Urgroßvaters mittels Überlebenden und Zeitzeugen zu rekonstruieren. Seit damals hat der Urgroßvater einen Platz auf seinem Heldenaltar, seit damals trägt Chávez das schützende Amulett seines Vorfahren.

Damals überschritt er einmal, ohne es zu merken, die Grenze auf der Brücke von Arauca. Der kolumbianische Hauptmann, der seinen Rucksack durchsuchte, fand handfeste Gründe, ihn der Spionage zu verdächtigen: Er hatte einen Fotoapparat dabei, ein Aufnahmegerät, diverse Geheimdokumente, Fotos von der Region, eine Militärkarte mit Markierungen und zwei Dienstposten. Die Ausweispapiere konnten, wie es sich für einen Spion gehört, durchaus gefälscht sein.

Die Vernehmung in einem Büro, in dem das einzige Bild an der Wand Simón Bolívar hoch zu Ross zeigte, zog sich über mehrere Stunden hin. „Ich war mit meinen Kräften fast am Ende“, erläuterte mir Chávez, „denn je mehr ich erklärte, desto weniger verstand er mich.“ Bis ihm der rettende Satz einfiel: „Ist das Leben nicht seltsam, Herr Hauptmann? Vor kaum hundert Jahren hätten wir in derselben Armee gedient, und der Mann, der uns von diesem Bild herabanschaut, wäre unser beider Chef gewesen. Wie könnte ich da ein Spion sein?“ Der Hauptmann war bewegt; er begann überschwänglich von Großkolumbien zu erzählen, und sie beendeten die Nacht in einer Bar von Arauca, wo sie Bier aus beiden Ländern tranken. Am nächsten Morgen hatten sie beide einen ordentlichen Kater, der Hauptmann übergab Chávez seine Forscherausrüstung und umarmte ihn zum Abschied mitten auf der Brücke im Niemandsland.

„Zu jener Zeit gewann ich die feste Überzeugung, dass in Venezuela etwas nicht in Ordnung war“, erinnert sich Chávez. Man hatte ihn zum Kommandanten einer 13-köpfigen Militäreinheit und einer Fernmeldegruppe ernannt, die in der Provinz Oriente die letzten Bastionen der Guerilleros zerschlagen sollten. In einer regengepeitschten Nacht bat ein Oberst des Geheimdienstes mit einer Patrouille Soldaten und einigen bleichen, abgeehrten Gefangenen, angeblichen Gueril-

Die zwei Gesichter des Hugo Chávez

von Gabriel García Márquez

leros, um Unterschlupf in seinem Lager. Gegen zehn Uhr, als Chávez gerade am Einschlafen war, hörte er im Nachbarzimmer erstückte Schreie. „Es stellte sich raus, dass die Soldaten die Gefangenen mit Baseballschlägern traktierten, die sie mit Stoff umwickelt hatten, um keine Spuren zu hinterlassen“, erzählte Chávez. Wütend forderte er den Oberst auf, ihm die Gefangenen auszuliefern oder zu verschwinden, weil er es nicht akzeptieren konnte, dass in seinem Kommando jemand gefoltert wurde. „Am folgenden Tag drohten sie mir wegen Befehlsverweigerung mit einem Militärgesicht“, erzählte Chávez weiter, „aber sie beschränkten sich dann darauf, mich nur eine Zeit lang unter Sonderaufsicht zu stellen.“

Wenige Tage später hatte er noch ein wichtigeres Schlüsselereignis. Auf dem Vorplatz des Lagers landete ein Hubschrauber mit mehreren schwer verletzten Soldaten, die in einen Hinterhalt der Guerilleros geraten waren. Chávez trug einen Soldaten mit mehreren Schussverletzungen in den Armen, der ihn angsterfüllt anflehte: „Lassen Sie mich nicht sterben, Herr Leutnant...“ Er schaffte es gerade noch, ihn in einen Wagen zu legen. Dann starb der Mann, und mit ihm sieben andere. Als Chávez in dieser Nacht schlaflos in seiner Hängematte lag, fragte er sich: „Was tue ich hier? Auf der einen Seite sind Bauern in Uniform, die bäuerliche Guerilleros foltern, auf der anderen Seite bäuerliche Guerilleros, die Bauern in Uniform töten. Jetzt, da der Krieg beendet war, hatte es doch keinen Sinn mehr, noch auf jemanden zu schießen.“ Und Chávez beendete die Geschichte mit den Worten: „In dem Moment hatte ich meine erste existenzielle Krise.“

Am nächsten Tag erwachte er mit der Überzeugung, dass er dazu bestimmt sei, eine Bewegung zu gründen. Und das tat er auch, im Alter von 23 Jahren. Ihr Name: Venezolanische Volksarmee Simón Bolívar. Die Gründungsmitglieder: fünf Soldaten und er selbst, ein Unterleutnant. „Mit welchem Ziel?“, fragte ich. „Mit dem Ziel“, sagte er freimütig, „uns vorzubereiten für den Fall eines Falles.“ Ein Jahr später – er war inzwischen Fallschirmjägeroffizier in einem Panzerbataillon in Maracay – begann er die Verschwörung auszuweiten. Er erklärte mir allerdings, er meine das Wort Verschwörung lediglich im übertragenen Sinne, als Zusammenschluss von Gleichgesinnten.

Das war der Stand der Dinge, als am 17. Dezember 1982 etwas Unerwartetes geschah, das für Chávez einen wichtigen Einschnitt in seinem Leben markiert. Er war mittlerweile Hauptmann im zweiten Fallschirmjägerregiment und Offiziersadjutant des Geheimdienstes. Aus heiterem Himmel beauftragte ihn der Regimentskommandant,

Ángel Manrique, vor 1 200 Soldaten und Offizieren eine Rede zu halten. Um ein Uhr nachmittags, das Bataillon war bereits auf dem Sportplatz angetreten, erteilte ihm der Zeremonienmeister das Wort. „Und Ihre Rede?“, fragte ihn der Regimentskommandant, als er ihn ohne ein Blatt Papier aufs Podium steigen sah. „Ich habe sie nicht aufgeschrieben“, erwiderte Chávez. Und begann zu improvisieren. Es war ein kurze, von Bolívar und Martí inspirierte Rede, mit einem Exkurs über die ungerechte und beklemmende Situation Lateinamerikas, noch 200 Jahre nach der Unabhängigkeit.

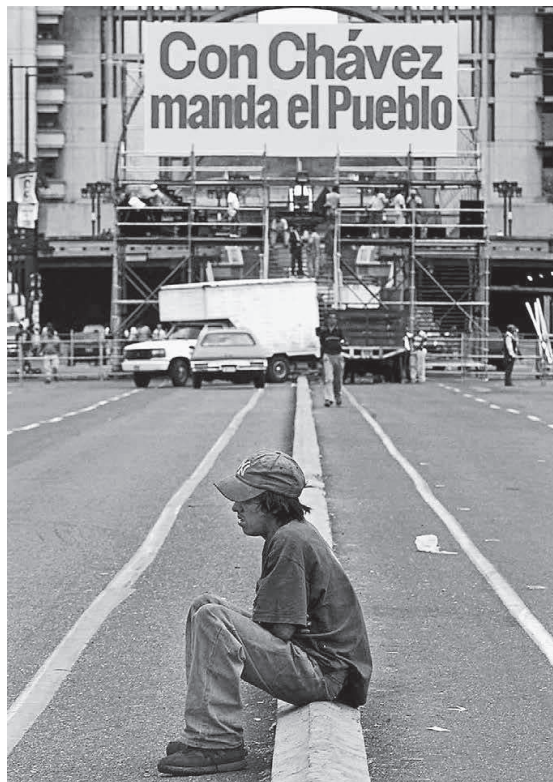
Die Offiziere hörten ihm mit unbewegter Miene zu. Unter ihnen waren auch die mit seiner Bewegung sympathisierenden Hauptleute Felipe Acosta Carle und Jesús Urdaneta Hernández. Wutentbrannt, und so, dass es alle hören konnten, empfing ihn der Garnisonskommandant mit den Worten: „Chávez, man könnte Sie für einen Politiker halten.“ – „Zu Befehl!“, antwortete Chávez. Da baute sich Felipe Acosta, ein Zweimetermann, vor dem Kommandanten auf und sagte: „Sie irren sich, Herr Kommandant, Chávez ist durchaus kein Politiker. Er ist ein Hauptmann der heutigen Generation, und wenn Leute wie Sie hören, was er zu sagen hat, dann kriegen sie es mit der Angst zu tun.“

Machtinstinkt in unübersichtlichen Zeiten

Daraufhin ließ der Kommandant die Truppe strammstehen und sagte: „Ich möchte, dass Sie wissen, dass Hauptmann Chávez' Rede von mir autorisiert war. Ich habe ihm den Befehl gegeben, sie zu halten. Und alles, was er gesagt hat, obwohl es nicht schriftlich vorlag, hat er mir gestern mitgeteilt.“ Er legte eine effektvolle Pause ein und fügte im Befehlston hinzu: „Und dass mir die Sache nicht nach außen dringt!“

Nach der Veranstaltung ritt Chávez mit den Hauptleuten Felipe Acosta und Jesús Urdaneta zum zehn Kilometer entfernten Samán del Guere, wo sie den feierlichen Schwur Simón Bolívars auf dem Monte Aventino erneuerten. „Den Schluss habe ich natürlich geändert“, sagte Chávez. Anstatt „wenn wir die Ketten gesprengt haben, die uns nach dem Willen der spanischen Krone gefangen halten“, sagten sie: „Bis dass wir die Ketten sprengen, die uns und das Volk nach dem Willen der Mächtigen gefangen halten.“

Seither mussten alle Offiziere, die sich der geheimen Bewegung anschlossen, diesen Schwur leisten. Jahrelang veranstalteten sie heimliche Kongresse mit einer immer größeren Zahl von Armeegehörigen aus dem ganzen Land. „Über



Kurz vor der Wahlparty, Caracas, 24. Mai 2000 PEDRO UGARTE/picture alliance/dpa

zwei Tage hinweg organisierten wir Treffen an verborgenen Orten, diskutierten und analysierten die Situation des Landes, knüpften Kontakte zu bürgerlichen Gruppierungen und Freunden. In zehn Jahren gelang es uns, fünf Kongresse zu veranstalten, ohne entdeckt zu werden.“

An diesem Punkt des Gesprächs konnte sich der Präsident ein Grinsen nicht verkneifen und verriet mir mit maliziösem Lächeln: „Nun, wir haben immer gesagt, dass wir anfangs zu dritt waren. Inzwischen können wir zugeben, dass es einen vierten Mann gegeben hat, dessen Identität wir stets geheim gehalten haben, um ihn zu schützen. Denn er war an jenem 4. Februar nicht aufgefliegen und diente weiter in der Armee. Heute aber können wir verraten, dass sich dieser vierte Mann zusammen mit uns hier in der Maschine befindet.“ Er wies mit dem Finger auf einen Mann in einer entfernten Sitzreihe und sagte: „Oberst Badull!“

Das wichtigste Ereignis im Leben von Kommandant Chávez jedoch war El Caracazo, der Volksaufstand, der sich im Februar 1989 in Caracas ausbreitete. Er betonte mehrfach: „Wissen Sie, Napoleon hat behauptet, dass für den Ausgang einer Schlacht eine momentane Ergebung des Strategen entscheidend ist.“ Aus diesem Gedanken entwickelte Chávez drei Begriffe: die historische Stunde, die strategische Minute und schließlich die taktische Sekunde.

Dann war der historische Moment da, und sie waren nicht darauf vorbereitet. „Wir wurden von der strategischen Minute überrascht“, räumte Chávez ein. Er spielte natürlich auf den Volksaufstand vom 27. Februar 1989 an: El Caracazo. Gerade hatte Carlos Andrés Pérez mit komfortablem Vorsprung die Präsidentschaftswahlen gewonnen, umso unbegreiflicher war, wie zwanzig Tage später eine so gewaltsame Revolte ausbrechen konnte.

„Am Abend des 27. war ich auf dem Weg zu einem Doktorandenkolloquium an der Universität und fuhr noch vorher bei der Tiuna-Kaserne vorbei, um mir von einem Freund etwas Benzin für den Rückweg geben zu lassen“, erzählte mir Chávez wenige Minuten vor unserer Landung in Caracas. „Da sehe ich, dass Truppen in Marsch gesetzt werden, und frage einen Oberst: Wohin gehen diese ganzen Soldaten? Weil sie nämlich Leute von der Versorgungstruppen losschickten, die für den Kampf gar nicht ausgebildet waren, erst recht nicht für den Straßenkampf, einfache Rekruten waren das, denen schon das Gewehr in ihrer Hand Angst machte. Deshalb fragte ich den Oberst: Wohin geht dieses Häufchen Leute? Darauf der Oberst: Auf die Straße. Ich habe Befehl, dem Aufruhr mit allen Mitteln Einhalt zu gebie-

ten. – Mein Gott, Herr Oberst, sage ich zu ihm, ist Ihnen denn klar, was da passieren kann? Und er: Hören Sie, Chávez, Befehl ist Befehl, da ist nichts zu machen.“

Chávez weiß noch, dass er die Röteln hatte und hohes Fieber an jenem Abend. Als er losfuhr, sah er einen jungen Soldaten mit verrutschtem Helm, herabhängendem Gewehr und loser Munition angelaufen kommen. „Ich sprach ihn an. Er steigt ein, völlig nervös und schweißgebadet, ein Junge von 18 Jahren. Na, wo willst du denn hin, so schnell? – Ich habe meine Einheit verloren, sagt er, dort vorne in dem Lastwagen fährt mein Leutnant. Bringen Sie mich hin, Herr Major, bitte. Ich hole also den Lastwagen ein und frage den Fahrer: Wo soll's denn hingehen? Worauf er zur Antwort gibt: Keine Ahnung. Wer, zum Teufel, soll das wissen?“

Chávez holt tief Luft, schreit fast, weil ihn die Angst jener Nacht noch einmal packt: „Weißt du, da schicken sie die Soldaten auf die Straße, mit ihrer Furcht, jeder bekommt ein Gewehr und fünfhundert Patronen. Und sie schießen natürlich einfach drauflos. Sie haben mit Gewehrfeuer die Straßen freigefegt, die Anhöhen und die Armeenviertel. Es war eine Katastrophe! Es gab tausende Tote, unter ihnen Felipe Acosta. Mein Instinkt sagt mir, dass sie ihn in den Tod geschickt hatten“, meint Chávez. „Das war die Minute, auf die wir gewartet hatten.“ Gesagt, getan: am nächsten Tag begannen die Vorbereitungen für den Putsch, der drei Jahre später scheitern sollte.

Gegen drei Uhr morgens landete unsere Maschine in Caracas. Durch das Fensterchen sah ich auf das Lichtermeer dieser unvergesslichen Stadt, in der ich drei für Venezuela, aber auch für mich entscheidende Jahre gelebt hatte. Der Präsident verabschiedete sich von mir mit karibischer Herzlichkeit. Während er sich mit seiner Eskorte von hochdekorierten Militärs entfernte, fröstelte mich bei dem Gedanken, dass es zwei grundverschiedene Männer waren, mit denen ich mich auf einer gemeinsamen Reise so angenehm unterhalten hatte: Der eine, dem sein unverwundliches Glück die Chance präsentiert hatte, sein Land zu retten; der andere ein Traumtänzer, der sehr wohl einmal ein weiterer Despot in die Geschichte eingehen könnte.

Aus dem Spanischen von Christian Hansen

Gabriel García Márquez (1927-2014) war kolumbianischer Schriftsteller und Journalist. 1982 erhielt er den Literaturnobelpreis; Kiepenheuer & Witsch (Köln) hat seine Bücher auf Deutsch verlegt. „Der Oberst hat niemand, der ihm schreibt“ (1961), „Hundert Jahre Einsamkeit“ (1967), „Der Herbst des Patriarchen“ (1975), „Chronik eines angekündigten Todes“ (1981), „Die Liebe in den Zeiten der Cholera“ (1985). Dieser Text erschien im August 2000 in *Lmd*.



Cosima von Bonin/Claus Richter, Thing 1 + Thing 2, 2020, Installationsansicht, Kunsthalle Nürnberg Foto: Annette Kradisch

Stadt ohne Gesellschaft

von Richard Sennett

Städte können vernachlässigt und heruntergewirtschaftet, verroht, dreckig und verfallen sein. Dennoch glauben viele Menschen, dass es sich lohnt, in der Stadt zu leben. Auch die schlimmste ist ihnen noch gut genug. Warum? Weil die Städte, so vermute ich, ein Potenzial besitzen, das uns erlaubt, uns als menschliche Wesen komplexer zu entfalten. Die Stadt ist ein Ort, an dem man lernen kann, mit Fremden zu leben, an nicht vertrauten Erfahrungen und Interessen Unbekannter teilzuhaben. Gleichartigkeit stumpft ab und lässt den Geist verkümmern; Vielfalt regt an und erweitert den Horizont.

Der zweite Vorzug der städtischen Gesellschaft ergibt sich unmittelbar aus dem zuerst geschilderten. Die Stadt ist geeignet, den Menschen ein reicheres, komplexeres Selbstgefühl zu vermitteln. In der Stadt sind sie nicht nur Banker oder Straßenkehrer, Afrikaner oder Angelsachsen, Englisch oder Spanisch sprechende Nachbarn, Bürgerliche oder Proletarier: Sie können dies oder jenes oder alles auf einmal sein, ja sogar mehr als das. Ihre Identität geht in keinem festgelegten Klassifikationsschema auf. Jeder kann wechselnde Bilder von seiner eigenen Identität entwickeln, weiß er doch, dass sich die Frage, wer er ist, immer nach den Leuten richtet, mit denen er verkehrt. Eben darin liegt die Stärke der Fremdheit: Sie macht frei von willkürlichen Definitionen und Identifikationen.

Als die Schriftstellerin Willa Cather 1906 nach New York kam und sich in Greenwich Village niederließ, schrieb sie, die in der amerikanischen Provinz stets von der Angst geplagt war, als Lesbierin erkannt zu werden, an ei-

ne Freundin: „Hier, an diesem Ort mit seinen unergründlichen Rätseln kann ich endlich atmen.“ In der Öffentlichkeit mag sich der Städter unbeteiligt geben, gegenüber anderen auf der StraÙe cool und gleichgültig auftreten; und dennoch wird er oder sie im privaten Bereich durch die seltsamen Kontakte angesprochen, wird sich durch die Gegenwart der anderen in den tiefsten Gewissheiten erschüttert fühlen.

Doch diese Vorzüge ergeben sich nicht zwangsläufig aus der Urbanität. Eines der großen Probleme, die das städtische Leben mit sich bringt, lässt sich in folgende Fragen fassen: Wie bringt man die komplexen Elemente, die in einer Stadt vorhanden sind, tatsächlich zur Interaktion, so dass sich die Menschen eher als Weltbürger denn als bloÙe Stadtbewohner fühlen? Und was muss man tun, damit die belebten, oft überfüllten Straßen, in denen auch die Angst umgeht, zu Orten der Selbsterfahrung werden? Der französische Philosoph Emmanuel Lévinas spricht von der „Nachbarschaft des Unbekannten“, ein Ausdruck, der sehr treffend erfasst, was wir bei der Planung unserer Städte anstreben sollten.

Ich bin überzeugt, dass eine große Umwälzung des Kapitalismus die Stadtkultur und ihrer Werte vollständig verändert hat, dass Stadtplaner und Architekten mit ganz neuen Herausforderungen konfrontiert sind. Der Kapitalismus hat nicht nur durch die Globalisierung eine starke Veränderung erfahren, sondern auch durch eine neue Produktionsweise, die uns heute erlaubt, flexibler, weniger rigide zu arbeiten.

Der deutsche Soziologe Max Weber hat im 19. Jahrhundert die Organisa-

tionsstruktur moderner Betriebe mit der militärischer Verbände verglichen. Beide funktionierten nach dem Prinzip einer Pyramide, mit dem Firmenchef oder dem General an der Spitze und den Arbeitern oder den Soldaten an der Basis. Durch die Arbeitsteilung wurden Überschneidungen minimiert, und jede Gruppe an der Basis bekam ihre spezifische Aufgabe zugewiesen. So konnte der Betriebsleiter von der Spitze der Hierarchie aus die Abläufe am Montageband oder im Kundenbüro bestimmen, genau wie der General weit von seinem Befehlsstand entfernte Truppeneinheiten strategisch befehlen konnte. Und als die Arbeitsteilung sich immer weiterentwickelte, stieg entsprechend auch der Bedarf an Facharbeitern, während nur wenig mehr Chefs gebraucht wurden.

Nachbarschaft des Unbekannten

Im Bereich der Industrieproduktion fand Webers Pyramide ihre vollendete Form in sogenannten Fordismus. Dabei handelte es sich um ein bis ins kleinste Detail festgelegtes Management der Arbeitskraft, das auch noch die Zeitphasen und einzelnen Handgriffe erfasste und von einigen wenigen Experten an der Spitze verfügt werden konnte.

Am besten veranschaulicht dieses Modell die General-Motors-Autofabrik in Willow Run in den USA: ein riesiges Gebäude mit einer Länge von 1,5 Kilometern und einer Breite von 400 Metern, wo die Roheisenblöcke und die Glasscheiben am einen Ende hineingingen und am anderen Ende die fertigen Autos herauskamen. Nur durch

ein System striktester Arbeitskontrolle konnte die Produktion in derartigen Dimensionen koordiniert werden. Dieser industrielle Ablauf fand in der Welt der Schreibtischarbeiter in den 60er Jahren sein Gegenstück in den strengen Kontrollen, die Unternehmen wie IBM einführten.

Vor etwa dreißig Jahren begann in einigen Wirtschaftsbranchen allerdings der Aufstand gegen die Webersche Pyramide. Einige Unternehmen versuchten, Organisationen „aufzulösen“, ganze Ebenen der Bürokratie abzuschaffen (wobei die Bürokraten durch neue Informationstechnologien ersetzt wurden) und die Praxis zu durchbrechen, die dem einzelnen Arbeiter bestimmte Tätigkeiten fest zuschrieben.

Stattdessen wurden Teams gebildet, die jeweils kurzfristig spezifische Aufgaben zu bewältigen hatten. Bei dieser neuen industriellen Fertigungsstrategie konkurrierten mehrere Teams, um ein von oben gesetztes Ziel so effektiv und schnell wie möglich zu erreichen. Hier erledigt nicht mehr jede einzelne Person als Glied einer definierten Befehlskette sein eigenes Stück Arbeit, sondern die Aufgaben überschneiden sich: Die verschiedenen Teams konkurrieren mit dem Ziel, dieselbe Aufgabe am schnellsten und am besten zu bewältigen. Auf diese Weise kann das Unternehmen auf eine veränderte Marktnachfrage rascher reagieren.

Die Apologeten dieser neuen Arbeitswelt behaupten, sie sei auch demokratischer als der militärische Stil des alten Systems. Aber dem ist nicht so. Webers Pyramide wurde vielmehr durch einen Kreis ersetzt, dessen Mittelpunkt nur einige wenige Manager besetzen. Und die treffen die Entschei-

dungen, definieren die Aufgaben, beurteilen die Ergebnisse. Die Revolution der Informationstechnologie gibt ihnen die Möglichkeit, sämtliche Arbeitsprozesse innerhalb des Unternehmens viel unmittelbarer zu kontrollieren als im alten System, wo die lange Befehlskette häufig dazu führte, dass die Anordnungen beim letzten Glied in modifizierter Form ankamen.

Den an der Peripherie des Kreises arbeitenden Teams wird freie Hand gelassen, wie sie die im Zentrum beschlossenen Produktionsziele umsetzen. Sie können also im Rahmen der Konkurrenz über die Mittel zur Lösung ihrer Aufgaben frei befinden, bleiben aber in der Entscheidung, worin diese Aufgaben bestehen, ebenso unfrei wie eh und je.

Die Bürokratie in Gestalt der Weberschen Pyramide sah Belohnungen vor, wenn einer seine Arbeit so gut wie möglich erledigte. Im kreisförmigen, aus der Mitte geführten System geht die Belohnung dagegen an das Team, das gegen die anderen Teams gewinnt, nach dem Prinzip des Alles oder nichts, von Wirtschaftswissenschaftler Robert Frank auch *the winner-takes-all organization* genannt. Die bloÙe Anstrengung, das Bemühen, bringt nichts mehr ein. Laut Frank verschärft diese neue Formel die starke Ungleichheit der Löhne und Vergünstigungen in den Unternehmen, die sich der Flexibilität verschrieben haben.

Der flexible Arbeitsplatz wird mit der immer wiederkehrenden Formel „nicht langfristige“ gekennzeichnet. Die Stufen der Karriereleiter werden durch Jobs ersetzt, die in der Erfüllung spezifischer und begrenzter Aufgaben bestehen. Ist die Aufgabe erledigt, ist häufig

auch der Job zu Ende. Im Hightech-Sektor von Silicon Valley beträgt die durchschnittliche Laufzeit der Arbeitsverträge gegenwärtig etwa acht Monate. Wer solche Jobs annimmt, bekommt laufend neue Arbeitskollegen – ganz im Sinne der modernen Managementtheorie, nach deren Erkenntnissen die „Lebensdauer“ eines Teams ein Jahr nicht überschreiten sollte.

Auf dem heutigen Arbeitsmarkt ist dies zwar noch nicht das dominierende Strukturmodell, aber es ist durchaus schon eine Avantgarde des Wandels, eine Vorahnung dessen, wie die künftigen Strukturen aussehen haben: Niemand würde heute ein Unternehmen gründen, das auf dem Prinzip dauerhafter Arbeitsplätze basiert.

Die flexible Organisation fördert den Sinn für Loyalität oder Brüderlichkeit so wenig, wie sie der Demokratisierung dient. Es ist schwer, sich für ein Unternehmen zu engagieren, das keinen definierbaren Charakter hat, schwer auch, sich loyal gegenüber einer unbeständigen Institution zu verhalten, die einem selbst keine Loyalität entgegenbringt. Selbst die Führungskräfte solcher Unternehmen finden allmählich heraus, dass bei fehlendem Engagement die Produktivität sinkt und die Bereitschaft steigt, Geschäftsgeheimnisse auszuplaudern.

Der mangelnde Sinn für Brüderlichkeit, der sich durch das „nicht langfristige“ erklärt, hat noch subtilere Folgen. Die lösungsorientierte Teamarbeit setzt die Menschen ungeheuer unter Druck, und in den Verliererteams sind gegenseitige Schuldzuweisungen in der letzten Phase der Zusammenarbeit an der Tagesordnung. Auch hier gilt: Vertrauen der informellen Art braucht Zeit; man muss die Menschen erst einmal kennenlernen. Und die Erfahrung, nur vorübergehend in einem Unternehmen zu sein, führt dazu, dass man nur lockere Kontakte knüpft und sich nicht auf andere einlässt, weil man ja bald wieder den Abgang macht.

Auf der praktischen Ebene ist genau dieser Mangel an gegenseitiger Loyalität einer der Gründe, die es den Gewerkschaften so schwermachen, in den flexiblen Betrieben oder Unternehmen, beispielsweise in Silicon Valley, die Arbeitnehmer zu organisieren. Der Sinn für Brüderlichkeit als gemeinsames Schicksal, als dauerhafter Bestand gemeinsamer Interessen, ist schwächer geworden. Gesellschaftlich bringen die Kurzzeitjobs ein Paradox hervor: Die Menschen arbeiten intensiv, unter großem Druck, aber ihre Beziehungen zu anderen bleiben oberflächlich. Dies ist keine Welt, in der es sinnvoll wäre, sich wirklich auf andere einzulassen – jedenfalls nicht auf lange Sicht.

Meine These lautet nun, dass der flexible Kapitalismus auf die Städte exakt die gleichen Wirkungen ausübt wie auf die Arbeitsplätze. Genau wie die flexible Produktion zu oberflächlicheren und kurzlebigen Beziehungen am Arbeitsplatz führt, so erzeugt dieser Kapitalismus auch in der Stadt einen Zustand, in dem oberflächliche und unverbindliche Beziehungen vorherrschen. Diese lassen sich in drei Dimensionen festmachen.

Am augenscheinlichsten ist die physische Bindung an die Stadt. Flexible Arbeitskräfte weisen eine ungewöhnlich hohe Mobilität auf. Zeitarbeit ist auf dem Arbeitsmarkt der einzige Bereich, der ein rapides Wachstum zu verzeichnen hat. Aushilfskrankenschwestern in den USA ziehen achtmal häufiger um als ihre festangestellten Kolleginnen. Für die oberen Wirtschaftsetagen gilt: Führungskräfte haben ihren Wohnort früher zwar nicht seltener gewechselt als heute, aber dieser Wechsel verlief anders. Sie blieben gewissermaßen im alten Trott, an dasselbe Unternehmen gebunden, und dieses Unternehmen definierte ihren „Platz“, ihr Lebensfeld, egal, in welcher Ecke der Welt sie sich gerade befanden.

Genau dieser Faden der Kontinuität wird durch die flexiblen Arbeitsformen abgerissen. Forschungsarbeiten über die Entwicklung des urbanen

Raums haben herausgefunden, dass die städtische Lebensart für diese Elite mittlerweile wichtiger ist als ihre Jobs: Bestimmte Viertel oder Nobelgebieten mit einem reichen Angebot an schicken Restaurants und speziellen Dienstleistungen treten an die Stelle des Unternehmens und übernehmen dessen Funktion als Anker.

Der zweite Ausdruck des neuen Kapitalismus ist die Standardisierung der städtischen Umwelt. Vor ein paar Jahren habe ich den Chef eines großen New-Economy-Unternehmens durch das Chanin Building in New York geführt, einen Art-déco-Palast mit großzügigen Büros und wunderbaren öffentlichen Räumen. „Das wäre nichts für uns“, sagte mein Begleiter, „die Leute könnten sich allzu sehr an ihre Büros gewöhnen, sie könnten glauben, dass sie hierher gehören.“

Das flexible Büro ist nicht als ein Ort gedacht, an dem die Menschen Wurzeln schlagen sollen. Die Büroarchitektur flexibler Firmen soll eine physische Umgebung garantieren, die sich jederzeit umgestalten lässt. Die Neutralität der neuen Gebäude hat im Übrigen damit zu tun, dass sie als Investimentobjekte zu einer globalen Währung geworden sind. Damit ein Geschäftsmann in Manila problemlos zehntausend Quadratmeter Büroraum in London kauft oder verkauft, braucht dieser Raum selbst die Uniformität und Transparenz des Geldes. So erklären sich auch die Stilelemente der New-Economy-Gebäude, die „Skin-Architektur“, wie Ada Louise Huxtable sie genannt hat: das Äußere mit Design

Entsprechung im Reich des öffentlichen Konsums. Das persönliche Engagement, die Anhänglichkeit und Treue zu bestimmten Einkaufsplätzen oder Stammlokalen ist unter den veränderten Rahmenbedingungen zerbrochen.

Die Städte hören auf, Fremdes, Unerwartetes, Erregendes zu bieten. Auch zur Entwicklung gemeinsamer Geschichte kommt es in den neutralen öffentlichen Räumen immer seltener: Das kollektive Gedächtnis schwindet. Der standardisierte Konsum zerstört lokale Bedeutungen in der gleichen Weise, wie der neuartige Arbeitsplatz die gewachsene gemeinsame Erinnerung unter den Arbeitern zersetzt.

Standardisierung und Gleichgültigkeit

Die dritte Auswirkung des neuen Kapitalismus ist für das Auge weniger sichtbar. Hochgradiger Stress und flexible Arbeitsformen zerrütten das Familienleben. Die üblichen von der Presse transportierten Bilder – vernachlässigte Kinder, Erwachsene im Stress, geografische Entwurzelung – treffen nicht den eigentlichen Kern dieser Desorientierung. Wichtig ist vielmehr, dass die Verhaltensregeln, die in der neuen Arbeitswelt herrschen, jede Familie zerstören müssten, wenn man sie vom Büro mit nach Hause bringen würde: Leg dich nicht fest, lass dich nicht ein, konzentrier dich aufs kurzfristige Kalkül!

Wenn Politiker öffentlich die „Werte der Familie“ beschwören, so kommt darin mehr zum Ausdruck als lediglich eine rechte Grundeinstellung: Es

auf die Städte aus? Die neue Elite, die ihre Geschäfte global in Städten wie New York, London oder Chicago betreibt, meidet den Bereich der Politik. Sie will in der Stadt operieren, sich aber nicht in irgendeiner Form an der Regierung beteiligen. Sie stellt eine Macht dar, ohne Verantwortung zu übernehmen.

Noch 1925 gab es etwa in Chicago zwischen politischer und ökonomischer Macht einen untrennbaren Zusammenhang. Die Chefs der 80 Spitzenunternehmen der Stadt saßen in den Verwaltungsräten von insgesamt 142 Krankenhäusern, sie stellten 70 Prozent der College- und Universitätsvorstände, und die Steuersummen von 18 nationalen Unternehmen machten 23 Prozent des städtischen Haushaltsbudgets aus.

Dagegen finden wir heute in New York nur wenige Figuren aus den Chefetagen international agierender Firmen in den Vorständen der Bildungsinstitutionen und keine Einzige im Verwaltungsrat eines Krankenhauses. Auch wissen wir mittlerweile gut Bescheid, wie freischwebend multinationale Konzerne wie Rupert Murdochs „News Corp“ operieren, um sich Steuerforderungen, auf lokaler oder nationaler Ebene, weitgehend zu entziehen.

Diese Entwicklung rührt daher, dass die globale Ökonomie nicht im eigentlichen Sinne in der Stadt verwurzelt, das heißt, mit der Stadt als Ganzem verbunden ist. Sie führt vielmehr ein Inseldasein – buchstäblich auf der Insel Manhattan in New York, architektonisch an Standorten wie Canary Wharf in London, die an geschlosse-

Mit anderen Worten, die Globalisierung stellt sowohl in Bezug auf die Städte als auch in Bezug auf die Nation den Begriff der Bürgerschaft in Frage. Die Städte haben keinen Zugriff auf das Vermögen der globalen Firmen, und die Firmen selbst übernehmen kaum Verantwortung für ihre Präsenz. Die Drohung des Wegzugs macht es ihnen möglich, Verantwortung zu vermeiden. Umgekehrt gibt es keine politische Handhabe, um instabile, flexible Institutionen zu zwingen, einen fairen Beitrag für die Privilegien zu zahlen, die sie in der Stadt genießen.

Aus all diesen Gründen stehen die Städte vor drei neuen Problemen: dem Dilemma der Bürgerschaft, dem Problem einer angenehmen städtischen Umgebung (insofern Unstetigkeit und Standardisierung die Menschen gleichgültig gegenüber öffentlichen Plätzen werden lassen); und der Schwierigkeit einer unmittelbaren, dauerhaften Bindung an die Stadt.

Die ortsungebundene Produktion von Gütern zeigt sich in den Städten in Gestalt global agierender, mobiler Unternehmen und flexibler Arbeitsplätze – ein dynamischer urbaner Kapitalismus, der mit seiner Routine alles Vorfindliche auszuradieren droht. Schon jetzt prägt diese rastlose Ökonomie den Bereich der Politik, schafft Unverbindlichkeit und Standardisierung in der physischen Umgebung, belagert die Privatsphäre mit einer neuen Art von Arbeitsdruck.

All diese Probleme prägen die „bürgerliche Stadtgesellschaft“ unserer Zeit. Diese bedeutet heute einen Zustand wechselseitiger Anpassung, die durch wechselseitige Abgrenzung erreicht wird. Das ist nichts anderes als ein Zustand des sich gegenseitig In-Ruhe-Lassens, die Ruhe gegenseitiger Gleichgültigkeit. Positiv gesehen, ist es einer der Gründe, warum die moderne Stadt, die dehnbar ist wie ein Akkordeon, neue Wellen von Migranten so leicht absorbieren kann: Die unterschiedlichen Nischen sind hermetisch gegeneinander abgeschlossen.

Negativ gesehen, bedeutet das Miteinanderauskommen durch Abgrenzung nicht nur das Ende dessen, was das Zusammenleben einer Bürgerschaft ausmacht und eine Verständigung über unterschiedliche Interessen voraussetzt, es bedeutet auch einen Verlust schlichter menschlicher Neugierde auf andere Menschen.

Und doch erzeugt die Flexibilität des modernen Arbeitsplatzes ein Gefühl der Unvollständigkeit. Die flexible Zeit ist nicht kumulativ, sondern seriell: Man macht ein Projekt und dann ein anderes, das mit dem ersten nichts zu tun hat. Aber es entsteht kein Bedürfnis, dass man sich, da im eigenen Leben etwas fehlt, etwas außer sich sucht, wie die „Nachbarschaft des Unbekannten“ (Emmanuel Lévinas).

Daraus ergeben sich einige Ansätze für die Kunst, unsere heutigen Städte besser zu gestalten. Wir brauchen ein Miteinander verschiedener Aktivitäten in demselben Raum, wie es früher ein Miteinander von Familienleben und Arbeitsleben gab. Die Unvollständigkeit der kapitalistischen Zeit wirft uns auf dieselben Probleme zurück wie in den ersten Anfängen der städtisch-industriellen Entwicklung. In einer Stadt, die das Wohnhaus, *domus*, brutal aus seinen Zusammenhängen riss und die räumliche Verbindung zerstörte, die vor dem Aufkommen des industriellen Kapitalismus zwischen Familie, Arbeit, feierlichen und eher informellen öffentlichen Plätzen bestanden hatte. Es tut dringend Not, die Kollektivität des Raums wieder herzustellen, um die serielle Zeit der modernen Arbeit zu bekämpfen.

Aus dem Englischen von Grete Osterwald

Richard Sennett ist Professor für Soziologie an der London School of Economics und Autor zahlreicher Bücher, zuletzt erschien von ihm „Die offene Stadt. Eine Ethik des Bauens und Bewohnens“, München (Hanser) 2018. Dieser Text erschien im Februar 2001 in *LMD*.



Cosima von Bonin, 2007/2016, 143 Bücher, 13 DVDs, 1 VHS-Kassette, 150 x 180 x 60 cm

aufgepeppt, das Innere immer neutraler, in Standardausstattung, beliebig einzurichten.

Neben der Skin-Architektur nimmt auch die Standardisierung des Konsums immer mehr überhand: ein weltweites Netz von Kettenläden, die in Manila, Mexico City oder London in gleichartigen Räumen die gleichen Waren anbieten. Es fällt schwer, mit einem bestimmten Geschäft von GAP oder Banana Republic warm zu werden; Standardisierung macht die Menschen gleichgültig.

Auch die mangelnde institutionelle Loyalität am Arbeitsplatz – ein Problem, das auch die Manager heute kritischer sehen, die einst blindwütige Verfechter der permanenten Umstrukturierung waren – findet ihre urbane

ist eine Reaktion auf die oft dumpf, aber heftig empfundene Gefährdung des Familienzusammenhalts im Zeitalter der New Economy. Das von Christopher Lasch entworfene Bild der Familie als „Himmel in einer zerfallenden Welt“ schildert ein Bedürfnis, das umso dringender wird, je unvorhersehbarer und zeitaufwendiger sich die Arbeit der Erwachsenen gestaltet. Der damit benannte Konflikt, der für Angestellte mittleren Alters in wissenschaftlichen Studien nachgewiesen wurde, besteht darin, dass die Erwachsenen, die sich ständig für den Zusammenhalt und die Organisation der Familie abrackern müssen, aus dem öffentlichen Leben mehr und mehr zurückziehen.

Damit komme ich zum letzten Punkt: Wie wirkt sich die Globalisierung

ne römische Siedlungen erinnern. Wie John Mollenkopf und Manuel Castells gezeigt haben, verströmt sich dieser global erwirtschaftete Reichtum kaum über die Grenzen der Enklave hinaus.

Die Enklavenpolitik der globalen Ökonomie erzeugt eine Art von Gleichgültigkeit gegenüber der Stadt, die Marcel Proust in einem ganz anderen Kontext als Phänomen des „passiven Liebhabers“ beschrieben hat. Angesichts der Drohung, die Stadt zu verlassen, irgendwo anders in der Welt seine Zelte aufzuschlagen, bietet man dem globalen Unternehmen enorme Steuerfreiheiten, um es zum Bleiben zu bewegen. Diese gewinnträchtige Verführungsstrategie beruht darauf, dass die Unternehmen so tun, als sei ihnen ihr Standort letztlich egal.



Cosima von Bonin, *Duck Mathematics*, 2009, Wolle, Baumwolle, 260 x 201 cm

Afrikanische Nachhaltigkeit

von Aminata Traoré

Im Verhältnis zu Gegenwart und Zukunft herrschte in Afrika bis vor Kurzem die Einstellung vor, dass der Tod zwar unvermeidlich, aber doch in dem Maße erträglich sei, als eine neue Generation an die Stelle der vorhergehenden tritt. Diese Möglichkeit des Weiterlebens über die eigene Person hinaus verstand man als „Nachhaltigkeit“.

Kein Mensch wurde für arm gehalten, solange es jemand gab, auf den er sich verlassen konnte. Deshalb ist in unseren Gesellschaften die Fortpflanzung von so entscheidender Bedeutung; und dies im Sinne nicht nur der Zeugung einer großen Zahl von Kindern, sondern auch von männlichen oder weiblichen Nachkommen mit sozialen und moralischen Qualitäten und körperlicher und geistiger Gesundheit, die gewährleisten, dass das Leben fort-dauert.

Entsprechend wurden alle Vorkehrungen getroffen, um das Feuer niemals erlöschen zu lassen. Die Verbundenheit mit der Natur, die verschiedenen Formen von Solidarität waren die Garantien dieses Fortbestehens, das nachhaltiger war als eine lange Lebensdauer. Mit einer Opfergabe, die aus Kolanuss, Milch oder Getreide bestand, bat man den Baum, den man fällen, oder die Erde, die man vor dem Bestellen aufbrechen wollte, um Verzeihung.

Die ersten Ernten waren Anlass zu kulturellen Zeremonien, die die Menschen zusammenführten und an die dringende Notwendigkeit gemahnten,

im Einklang mit der Umwelt zu leben und sie zu schonen. Über derartige Formen der Erfahrung und der Lebensweisheit können manche Technokraten selbstverständlich nur lächeln. Die postkolonialen Staaten haben sich zu deren neuer Religion bekehrt; und seit der Unabhängigkeit erwarten wir vergeblich, dass diese Religion ihre Versprechen einlöst.

Es trifft sich gut, dass in Johannesburg zehn Jahre nach dem Gipfel von Rio der afrikanische Kontinent als Gastgeber der Weltkonferenz über nachhaltige Entwicklung auftritt. Aber Entwicklung – auch nachhaltige Entwicklung – ist nur ein weiteres Schlüssel- und Schlagwort. Dieses Wort ist insofern fragwürdig, als es den ehemaligen Kolonialmächten die Fortsetzung ihrer „zivilisatorischen“ Mission ermöglicht, diesmal allerdings mit komplexerhafter Unterstützung der lokalen Eliten, die nun ihrerseits die eigenen Völker hinter Licht führen und unterjochen.

Der konzeptionelle Rahmen dieses Betrugs ist die liberal(istische) Globalisierung. Doch deren Fehlschläge und verheerende Folgen entmutigen uns nicht, zumal sich eine Autorität wie Joseph Stiglitz, der ehemalige Chefökonom der Weltbank und Träger des Nobelpreises für Wirtschaft, zu Wort meldet und sagt: „Die heutige Globalisierung funktioniert nicht für die Armen auf der Welt. Sie funktioniert nicht für die Umwelt. Und sie funktioniert nicht für die Stabilität der Welt-

wirtschaft.“ Im Lichte dessen, was wir über das herrschende ökonomische System und die Schuldbekennnisse der Institutionen von Bretton Woods wissen, hätte Afrika mehr als jede andere Region der Welt bestrebt sein müssen, sein Schicksal wieder in die eigene Hand zu nehmen. Doch nichts geschieht.

Unsere führenden Politiker täuschen sich lieber über die Art der Herausforderung hinweg und sahen die Dividenden der Unterwerfung ab. Für die meisten von ihnen kommen an erster Stelle immer noch satte Investitionen in kostspielige Infrastrukturen, die bei Weitem nicht immer notwendig sind und nur die laufenden Auslandsschulden in die Höhe treiben.

Lokale Eliten als Komplizen

Das beweist ihre jüngste Erfindung: die „Neue Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas“ (Nepad). Die Väter dieses neoliberalen Projekts, des ehrgeizigsten, das sich führende afrikanische Politiker jemals ausgesucht haben, sind zuversichtlich und heiter entspannt. Und sie sind es trotz aller Warnungen vieler Organisationen innerhalb der afrikanischen Gesellschaft.

Die Partner, die sie sich ausgesucht haben und die ihnen wichtiger sind als ihr eigenes Volk – in diesem Fall die G8-Staaten, der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) –

meinen es mit ihren Resolutionen zur Armutsbekämpfung und zum Umweltschutz nicht ehrlich. Die sintflutartigen Regenfälle im Norden des Planeten, die Dürren und Hungersnöte in Ostafrika – die man auch für Westafrika befürchtet – reichen nicht aus, um die Verfechter des „totalen Marktes“, allen voran die mächtige US-amerikanische Regierung, zum Nachgeben zu bewegen.

Deren Arroganz kennt keine Grenzen, ob es sich um die Entschädigung für die Nachkommen von Afrikanern handelt, die als Sklaven deportiert wurden (Konferenz in Durban 2001), oder um Subventionen für den Agrarexport (Gipfel der Welternährungsorganisation FAO in Rom 2002), um die Finanzierung der Entwicklung (Konferenz in Monterrey 2002), die Emission von Treibhausgasen (Protokoll von Koto 1997) oder den Internationalen Strafgerichtshof (ICC).

Doch über vier Jahrzehnte Entwicklungspolitik haben klaffende, schmerzhaft Wunden hinterlassen. Die Afrikaner und Afrikanerinnen, die unwissentlich in diese Strategien hineingezogen wurden, leben in ihrer großen Mehrheit unter äußerst prekären Bedingungen. Analphabetismus, Arbeitslosigkeit, Unterernährung, Hungersnöte und Krankheiten entfallen weiterhin ihre zerstörerische Kraft.

Geschwächt ist die Bevölkerung in der einzelnen Länder auch dadurch, dass ihre kulturellen Orientierungspunkte verschwommen sind und ihre Bedeutung verloren haben. Natürlich erfinden sich die Menschen neue Bezüge auf allen Gebieten, und sie setzen sich nach Kräften zur Wehr, mit mehr oder weniger Erfolg. Als Möglichkeiten der Flucht bieten sich für die Opfer der Entwicklung und der kommerziellen Globalisierung in Afrika der Rückzug auf die eigene Identität an, aber auch Individualismus, Fanatismus, Exil, Gewalt und Wahnsinn.

Die Migrationsbewegungen, die den Entscheidungsträgern in den reichen Ländern so viel Kopfzerbrechen bereiten, müssen im Licht dieser Tragödie neu betrachtet werden. Ungesicherte Verhältnisse sind zualterer das Los von Frauen und Kindern, von Arbeitern und Bauern, von Alten und Behinderten, die weiterhin im Namen der Entwicklung getäuscht und in die Verarmung getrieben werden. Sie ziehen fort, weil sie im Leben auf ihrem eigenen Land und nach ihren eigenen Normen keinen Sinn mehr erkennen können.

In den Gebieten mit verstärkter Abwanderung (ob Städte, Stadtviertel oder Dörfer) leben die Afrikaner(innen), die über keine Einkommensquellen und Subsistenzmittel verfügen, in der Angst vor physischer Auslöschung – infolge der steigenden Lebensmittelpreise und der Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen und insbesondere der gesundheitlichen Versorgung. Zahlungsunfähige Kranke sind tatsächlich zum Sterben verurteilt. Und das Überleben nimmt die unterschiedlichsten Formen an: des sich Durchlavierens, von Kinderarbeit oder zusätzlicher Arbeit für die Frauen, von Betteln oder Prostitution (trotz Aids), von Diebstahl und Gewaltverbrechen.

Während sich die sozialen Bindungen auflösen und die kulturellen Bezugspunkte verschwinden, vollzieht sich gleichzeitig in erschreckendem Tempo eine Verknappung der natürlichen Ressourcen. Die Wälder werden abgeholzt, von den multinationalen Konzernen zur Nutzholzgewinnung, von den armen Leuten für Brennholz und als Einkommensquelle. Der Druck der demografischen Entwicklung, den

die herrschende Theorie für diese Situation verantwortlich macht, ist sicher ein wichtiger Sachzwang, aber dafür hätte eine Lösung gefunden werden können und gefunden werden müssen, etwa mittels Erziehung und Ausbildung vor allem der Frauen.

Wenn es um ihre Interessen geht, erklären die Mächtigen der Welt die Ursachen unserer Not zu deren Lösung, blockieren finanzielle Ressourcen und betrügen, indem sie die Spielregeln untereinander festlegen. Der Hunger – von dem 800 Millionen in der Welt betroffen sind, in der Mehrheit Afrikaner(innen) – stellt für die Verfechter der Theorie von der nachhaltigen Entwicklung mehr denn je eine Herausforderung dar. Auch die Aidsseuche, die die Bevölkerung des Kontinents dezimiert, obwohl sie eingedämmt werden könnte, ist eine Herausforderung für die afrikanischen Eliten, die weiterhin auf die falsche Partnerschaft setzen.

Wie sollte man von dem Johannesburger Gipfel viel erwarten, wo sich doch im internationalen Umfeld unbehelligt der Unilateralismus der USA breit macht, die Doppelzüngigkeit, die Zögerlichkeit und der Verrat der europäischen Länder, die allgegenwärtige Einmischung von IWF und Weltbank in Afrika, deren Aktivitäten völlig straflos bleiben, die Korruption und der Mangel an Visionen bei den afrikanischen Führern, wie auch die Instrumentalisierung aller Versuche einer gesellschaftlichen Organisierung.

Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Industriestaaten nach der Erschütterung im Gefolge des 11. September und nach der Lawine von Finanzskandalen während der vergangenen Monate (Enron, Worldcom, Xeros, Vivendi Universal usw.) größere Aufmerksamkeit für die Not auf unserem Kontinent aufbringen als in der Vergangenheit.

Wie soll man die legitime Hoffnung auf Wiedererlangung unserer ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Rechte verbalisieren, wenn die Wörter nicht nur falsch klingen, sondern ein Teil der Not der Menschen sind? Warum werden wir nicht kreativ und schöpfen aus dem reichen sprachlichen Erbe unseres Kontinents Begriffe, die vom Menschen und von seiner Umwelt sprechen und die für die Völker eine wirkliche Bedeutung haben?

Das Konzept der Entwicklung und das der neoliberalen Globalisierung entspringen der gleichen entmenslichten Logik. Für Afrika kommt es darauf an, diesen Begriffen Prinzipien des Lebens und Wertvorstellungen entgegenzusetzen, die den Menschen in den Vordergrund rücken: Demut gegen Arroganz, Respekt vor und Sorge für die anderen Menschen, insbesondere für die künftigen Generationen, gegen die Haltung des Alles-für-sich-selbst und Nur-für-sich-selbst.

Dieses kreative Bemühen müssen vor allem die politischen Akteure und Organisationen in den afrikanischen Gesellschaften zu ihrer Sache machen. Sie müssen eine kritische Masse von Bürgerinnen und Bürgern zusammenbringen, die den wahren Charakter des Weltsystems einzuschätzen wissen und die der politischen Öffnung Afrikas einen anderen Sinn geben als den, vermarktet zu werden.

Aus dem Französischen von Sigrid Vagt

Aminata Traoré ist Autorin und politische Aktivistin. Sie war von 1997 bis 2000 Ministerin für Kultur und Tourismus in Mali und Koordinatorin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Dieser Text erschien im September 2002 in LMD.

Diesseits der Brücke von Narva

von Hannes Gamillscheg

Am 1. Januar 2004 sollten zehn neue Länder der Europäischen Union beitreten. Im Laufe des Jahres 2003 erschienen in der deutschen Ausgabe von Le Monde diplomatique in loser Folge Artikel über jedes Land. Dieser Beitrag ist Estland gewidmet, dem baltischen Vorreiter der IT-Gesellschaft.

Anton Wylitok ist in Kirgisistan geboren. „Doch als ich drei war, übersiedelten meine Eltern nach Narva“, berichtet der 23-jährige Student, „sie wollten näher bei Europa leben.“ Denn Europa begann für die Einwohner der Sowjetunion an der Brücke von Narva, die damals nur eine Stadt und eine Festung teilte: Narva hieß der westliche Teil, Iwangoorod der östliche. Heute teilt sie zwei Welten. Narva ist die von einer rapiden Entwicklung geprägte Grenzstadt Estlands, Iwangoorod ein verfallener russischer Vorposten, und die quer über die Brücke verlaufende Grenze ist undurchlässig geworden. Wer die Nachbarn am anderen Ufer des Flusses besuchen will, braucht ein Visum und eine Einladung, und nur rasch mal rüberlaufen, um einen Kaffee zu trinken, ist nicht mehr möglich. Andererseits: Es gibt drüben auch kein Café, in das man sich setzen wollte.

Das Baltikum war das sowjetische Fenster nach Europa, und Estland die Insel der Aufgeklärten im kommunistischen Vielvölkerreich. Estland war nur eine Fährüberfahrt von Finnland entfernt, und wenn die Reise auch nur Privilegierten erlaubt war, so gab es hier doch früher schon als in anderen Teilen der UdSSR Verbindungen zum vergötterten Westen. Dank der sprachlichen Nähe konnten die Esten die Finnen verstehen, und dank der geografischen konnten sie auch schon zu Sowjetzeiten finnisches Fernsehen empfangen. Die Nachrichtensendungen der dortigen YLE hatten für die Esten einen Informationswert wie die „Tagesschau“ in der DDR. So ist der EU-Beitritt für die Esten kein Neubeginn, sondern eine Heimkehr.

In der ersten Republik der Zwischenkriegszeit war Estland ein Agrarland vom Lebensniveau der Niederlande oder Dänemarks. Die sowjetische Besetzung hat die Industrie- und Bevölkerungsstruktur umgekehrt und die Esten ein halbes Jahrhundert Entwicklung gekostet. Das wollte man einholen, als man 1991 die Unabhängigkeit zurückgewonnen hatte, und tat es in verblüffendem Tempo.

Kein anderes Reformland hat die alten Kader, die zuvor an der Macht waren, so konsequent ausgeschaltet und durch junge Kräfte ersetzt. Kein anderes führte den neoliberalen Kurs so kompromisslos durch, mit dem Verzicht auf Handelszölle und Subventionen, einem minimalen Staatsbudget und niedrigen Steuern ohne Progression, so dass Großbritanniens Eiserne Lady Margaret Thatcher aufjauchzte und den damals kaum 30-jährigen Premier Mart Laar spontan zu ihrem „Lieblingsschüler“ erkör. Als Estland noch kein Jahr selbstständig und noch tief in die „Rubel-Wirtschaft“ verstrickt war, führte Tallinn eine Währungsreform durch.

Während die baltischen Nachbarn noch mit bunt bedrucktem Spielgeld ohne realen Kaufwert experimentierten, ersetzte Estland den Rubel durch die Kroon und band diese im Verhältnis eins zu acht an die damals

nach als Hort der Stabilität geltende D-Mark. Westliche Bankiers, die das Baltikum bereisten, um gute Tipps zu geben und künftige Märkte zu bebüngen, warnten vor diesem „übereilten“ Schritt. Heute gilt die rasche Einführung der Hartwährung als Grundpfeiler der estnischen „Tigerwirtschaft“. So war es nur konsequent, dass Estland die Erste der Exsowjetrepubliken war, die von der Europäischen Union zu Beitrittsverhandlungen geladen wurde. Dass man diese erfolgreich abschließen würde, stand nie ernsthaft infrage. „Estland ist immer ein Modellland gewesen“, lobt Michal Krejza, Diplomat an der EU-Vertretung in Tallinn, sein Gastland.

Wer heute durch die schmucke Altstadt bummelt, fühlt sich in einer modernen Metropole. Finanzielle Sorgen scheinen die Kunden im Wellington Pub nicht zu plagen. In der auf britisch hergerichteten Kneipe hängen

Nasenspitze voraus. Genauso typisch wie die Pferdewagen in verfallenen Dörfern sind für das Bild der neuen Partner die papierlosen Büros in der estnischen Staatsverwaltung.

Zu ihren Sitzungen kommen die Minister und ihre Helfer ohne Aktenstöße, sondern mit dem schnurlosen tragbaren Computer mit ständiger Internetverbindung, auf dem sie die relevanten Informationen per Mausclick an die Kollegen übermitteln. Da ist es egal, ob dieser am Tisch gegenüber oder bei der UN-Generalversammlung in New York sitzt. Auf einem eigenen Internetportal können die Bürger Gesetzesvorschläge kommentieren, Änderungen und eigene Initiativen einbringen.

Nicht nur Volksschüler lernen am Computer. Auch 100 000 Senioren mit null Vorkenntnis über Datentechnik werden im ambitionierten Look@world-Projekt über die Segnungen des Inter-

liegen vier Kühe, ein Schwein und 37 Hühner im verdreckten Stroh. Zwei Ferkel grunzen in einem Bretterverschlag, der in Kopfhöhe über der einen Kuh festgezimmert wurde, um den Platz unter dem Dach auszunützen. Im Vorraum stehen gefüllte Wassereimer. Die Wasserleitung ist kaputt.

Von der Landwirtschaft können die Soos nicht leben. Eduard verkauft Milch an die umliegenden Sommerhäuser. Das gibt mehr als die Ablieferung in der Molkerei. Als bei der Landreform die ehemaligen Kolchos aufgelöst und das Eigentum an die alten Besitzer zurückgegeben wurde, fiel viel Ackerland an Städter, die es nicht nutzen wollen. So bauten sie ihre Datschen dorthin. Der Abbau der Zollschranken gab vielen Bauern den Rest, da die heimischen Produkte durch billige lettische Milch und EU-subventionierte holländische Butter unterboten wurden.

te Gegenargument in Estland, und es macht demokratisch gesinnte Politiker zornig. „Als ob es eine Parallele gäbe zwischen unserer Zwangseingliederung in die Sowjetunion und einem freiwilligen Beitritt in eine Union demokratischer Staaten!“, klagt der Sozialdemokrat Andres Tarand. Gerade die älteren Esten sollten sich erinnern, dass die Rote Armee kein Referendum über den Anschluss abhielt. Doch für den Bauern aus Lepiku geht es nicht um Demokratie, sondern um seine Kühe. „Früher, in der Kolchose, durfte ich nur eine haben. Und jetzt will die EU meine Milchquote bestimmen. Warum muss immer jemand anderer über meine Kühe entscheiden?“

Früher kamen die Sowjetkommisäre und prüften, ob alles rechtens war. Jetzt kommen die Brüsseler Beamten, und so wie Moskau weit weg war, ist es nun die EU-Metropole. „Die Leute haben Angst um ihre Selbstständigkeit“, meint die Rektorin Katri Raik: dass andere entscheiden sollen, was sie essen dürfen und wie sie es herstellen. Dass undurchschaubare Regeln Arbeitsplätze kaputt machen. Die EU-Debatte geht an der Bevölkerung vorbei. „Sie gehen in die EU“, beschreibt die Politologin Anu Toots die vorherrschende Einstellung. „Sie“, das sind „die Politiker“.

In Estland herrscht EU-Skepsis, kühl-nordische Zurückhaltung. Nicht von ungefähr vergleichen sich die Esten lieber mit Finnen und Schweden als mit den Letten oder gar den katholisch-südländischen Litauern. Baltische Einheit ist eine politische Konstruktion, eine historische Schicksalsgemeinschaft, kein Lebensgefühl. „Uns Esten begeistert man nicht so leicht für irgendwas“, sagt Tiina Intelmann.

Da sind die 55 bis 60 Prozent, die sich nach heutigen Schätzungen wollen, einen EU-Beitritt aussprechen wollen, eine „bequeme Ausgangslage“, wie der EU-Attaché Krejza sagt. Vor einhalb Jahren noch schien die Stimmung auf der Kippe, und selbst der EU-freundlichen Regierung wurde angst und bange angesichts der damaligen Umfrageergebnisse. Als dann aber ein estnisches Duo den Schlagerwettbewerb der Eurovision gewann, war es plötzlich da, das so oft vermisste „Europagefühl“. Zufall oder nicht: Von einem Monat zum nächsten schnellten damals die Ja-Ratings um 5 bis 7 Prozent nach oben.

Und als die Esten im folgenden Jahr als Veranstalter des Grand Prix in Tallinn eine prima Show auf die Beine stellten, bestärkte das viele Esten in dem Gefühl, dass sie doch mithalten können im Reigen der Großen. Sie haben keine Minderwertigkeitsgefühle, genauso wenig wie die Unterhändler, die in den Beitrittsverhandlungen nach objektiven Berechnungen einen glänzenden Deal für ihr Land herausholten. Von Litauen mal



Tallinn, 1. Januar 2020: Staatspräsidentin Kaljulaid hisst die Flagge der Vereinten Nationen
Präsidentialkanzlei Estland/dpa

die Typen in modischen Jacken und gestyler Frisur an der Theke. So viele Drinks sie auch bestellen, zur Briefschasse greifen sie nie. Stattdessen tasto sie vor jedem neuen Glas etwas in ihr Handy, als müssten sie Mama zu Hause Rechenschaft ablegen.

Doch die SMS geht nicht an Mama, sondern via „Bank Card Center“ an den Barkeeper, der ihnen die Cocktails mixt. So einfach ist das. Der Kunde tastet seine persönliche Nummer ein, den Code des Ladens und die Summe, die er zu entrichten hat, dann bekräftigt er die Transaktion mit seinem Sicherheitscode, und Sekunden später hat der Mann an der Kasse den Bescheid im Display seines Handys: Stammkunde Ari hat noch Geld genug auf dem Konto für einmal Nachschicken.

Bezahlen mit Handy ist der neueste Spleen in technikbegeisterten Estland, wo längst auch Taxirechnungen, die Gebühren fürs Parken in Kurzparkzonen oder die Bustickets übers Telefon abgebucht werden. Natürlich kann man die Fahrkarten auch weiterhin am Kiosk kaufen, doch 60 Prozent der Einwohner haben ein Handy in der Tasche, und so verbreitet sich die bargeldlose Alternative in Windeseile.

IT-Vorreiter Estland: Es ist nicht so, dass die EU-Erweiterung ein Gnadenakt der alten Mitglieder wäre, und es ist nicht so, dass dadurch nur Probleme mit veralteten Agrarstrukturen und billiger Arbeitskraft auf die EU zukämen. In so manchem Bereich sind die Kandidatenländer den Alten auch schon eine

instructiert. Zehn große Firmen haben das Unternehmen mit 15 Millionen Euro gesponsert, das dessen Leiter Alar Ehandi das „größte IT-Projekt“ nennt, das je irgendwo durchgeführt wurde: „Wir Esten haben in kürzester Zeit unseren Staat, unsere Wirtschaft und unsere Identität ausgewechselt. Warum sollten wir nicht auch zum Internet überwechseln können?“ Steuererklärungen, Bankgeschäfte, der Gang zum Meldeamt – all das war früher den Lauen der unergründlichen Sowjetbürokratie ausgesetzt. Jetzt macht die neueste Technologie den Behördengang zu einem Knopfdruck.

Die Erzählung vom technischen Wunderland ist nur die halbe Wahrheit. Man muss nur die Städte verlassen, um sich in die Nachkriegszeit zurückversetzt zu fühlen. Selbst in der Hauptstadt gibt es verfallene Häuser, in denen noch nie ein Computer stand, und tausende Einwohner, die überlegen müssen, ob sie die Miete zahlen oder etwas zu essen kaufen sollen, weil für beides das Geld nicht reicht. Für soziale Rücksichtnahme gab es im Weltbild der radikalen Reformer lange keinen Platz.

Lepiku, von Tallinn nur eine halbe Autostunde entfernt, ist tiefste Provinz. Hier haben Eduard und Helju Soo ihr Häuschen, sieben Hektar Land, ihre Kühe, ihre Weide. In der schrägen Hütte, die sich Stall nennt, erkennt man auf einen Blick, dass die hiesige Viehhaltung mit europäischen Hygienestandards nicht viel zu tun hat. Da

Eigene Zuschüsse bekamen die estnischen Bauern erst wieder, als in den EU-Verhandlungen das Agrarkapitel dran war. „Mit der Anpassung an die EU-Normen begann der Papierkrieg“, seufzt Helju Soo, die nun über die Milchproduktion ihrer Rinder Buch führen muss und sich davor graut, was die EU bringen wird. Beim Referendum im September wollen die beiden mit Nein stimmen. „Wird nichts nützen, denn die Unsrigen können nicht selbstständig sein“, erklärt er. „Erst sagen ihnen die Deutschen, was sie tun sollen, dann die Russen und jetzt die in Brüssel.“

Wir haben eben erst eine Union verlassen, warum sollen wir uns in eine neue stürzen? Das ist das meistgehör-

Fortsetzung auf Seite 18

LCB
diplomatique

Das alternative Nachrichtenportal des Literarischen Colloquiums Berlin

The alternative news portal from Literary Colloquium Berlin

lcb-diplomatique.net

@lcb.diplomatique



Anzeige

Rechtlos in Guantánamo Bay

von Augusta Conchiglia

Fortsetzung von Seite 17

abgesehen, das für die Schließung der umstrittenen Atomkraftanlage in Ignalina Extragelder kassiert, schaut beim EU-Beitritt, pro capita, für keine der neuen Unionsbürger so viel heraus wie für die Esten.

Natürlich meckern auch jene Bauern, die sich rechtzeitig auf Großbetrieb und internationalen Wettbewerb umgestellt haben, dass sie zehn Jahre auf volle Agrarbeihilfen warten müssen. Aber die estnischen Bauern wissen sehr genau, dass sie auch mit reduzierten Mitteln viel besser dastehen als bisher auf dem ungeschützten Markt. Nur für die Superliberalen im liberalen Baltenstaat ist der Beitritt mit ihrem vieltausendseitigen Regelwerk ein „Rückfall in sozialistische Zeiten“.

Dass die ungeliebte rechte Koalition unter dem Konservativen Mart Laar, die seit 1999 regiert hatte, zu Jahresanfang 2002 scheiterte, hat nicht zur Popularisierung der Europäischen Union beigetragen. Weil Laar und Konsorten mit den EU-Ambitionen gleichgesetzt wurden, galt auch der angestrebte Beitritt vielen als Projekt einer Elite, die sich nicht für die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit interessiert. Als Glücksfall erwies sich das die zuerst als Faupapas aufgefasste Wahl des neuen Staatspräsidenten, des 73-jährigen Arnold Rüütel, der als Parlamentsvorsitzender schon in den Jahren des Unabhängigkeitskampfes als Staatsoberhaupt fungiert hatte. Als dann das freie Estland damals seinen ersten Präsidenten wählte, erhielt Rüütel in der Volkswahl zwar die meisten Stimmen, aber keine absolute Mehrheit, weshalb die Wahl ans Parlament übergang, in dem der Konservative Lennart Meri den größeren Rückhalt hatte. Zehn Jahre später kam Rüütel dann doch noch dran.

„Ein alter Kommunist“ als Nachfolger des gebildeten, eloquenten, im Westen hoch geachteten Meri, der auch auf Englisch, Französisch, Deutsch, Russisch, Finnisch und, wenn's sein sollte, auch auf Latein konversieren konnte? Tallinns Führungsschicht stöhnte entsetzt über die von den Vertretern der Kommunalversammlungen des ländlichen Estland entschiedene Wahl. Jetzt jubeln sie alle über den Glücksschiff. Denn Rüütel „spricht zwar keine Fremdsprachen, aber die Sprache der kleinen Leute“, sagt Michal Krejza, und dass jetzt einer der Ihren im Präsidentenpalast sitzt, flößt vielen mehr Vertrauen in das EU-Projekt ein. Wenn Rüütel sagt, dass Estland die EU braucht, dann glauben sie es ihm eher als den Superreformisten, die das Parlament am Domborg prägen. Und Rüütel sagt es. „Wir waren dagegen, dass Rüütel Präsident wird“, räumt der Konservative Jaanus Reinsner ein, „Jetzt sind wir froh, dass er es ist.“

Er ist der notwendige Ausgleich zur Regierungspolitik, die seit den ersten Tagen der Unabhängigkeit die

EU-Integration stets im Auge hatte, ungeachtet der Zusammensetzung der Kabinette. Regierungsparteien verschwanden, andere tauchten aus dem Nichts auf. Der national-konservativ-liberale Reformkurs blieb stets der Gleiche. Und nur wer voll auf die EU setzt, kann regieren. Zwar wollte sich die Zentrumspartei, die größte im Lande, im jüngsten Wahlkampf mit Rücksicht auf ihre EU-skeptische Klientel noch nicht festlegen, doch niemand zweifelt daran, dass sie nun nach den Wahlen in die Front der EU-Propagandisten einschwenken wird.

Auch die große russischsprachige Minderheit, immerhin fast ein Drittel der Bevölkerung, ist für die Europäische Union. 300.000 Einwohner haben keine Bürgerschaft und kein Wahlrecht. Die Russen sind in den Einkommensstatistiken unter- und in der Kriminalstatistik überrepräsentiert. „Die soziale Spaltung von Esten und Nicht-Esten verletzt die Eintracht der Gesellschaft und die wirtschaftliche Stabilität“, folgerte eine Untersuchung der angesehenen Soziologin Marju Lauristin, aus der russischsprachige Politiker gern zitieren. Da sehen viele Russen die EU als Rettung: Die Union werde nicht zulassen, dass eines ihrer Mitgliedsländer mit „diskriminierenden Gesetzen“ und einer geringen Anzahl Staatenloser in den Binnenmarkt mit seinen freien Grenzen eintreten werde.

Jetzt ist der Erwerb der Staatsbürgerschaft an Sprachprüfungen geknüpft, die vor allem für ältere Russen kaum zu bewältigen sind. Doch die Hoffnung, dass die EU Tallinn zur Aufgabe der Bürgerschaftskriterien zwingen werde, wird sich nicht erfüllen. Was die Europäische Union an europäischen Standards forderte, hat Estland erfüllt. Doch wenn dem Träger eines estnischen Passes die gesamte EU offen steht, ist die Verlockung groß, die Mühen für dessen Erwerb doch noch auf sich zu nehmen. So rechnen die Behörden in Tallinn damit, dass die, die sich bisher aus Bequemlichkeit, aus Gleichgültigkeit, aus verletztem Stolz oder weil sie dem estnischen Wehrdienst entkommen wollten, um die Bürgerschaft nicht kümmern, künftig umdenken werden. „Aus dem Baltikum werden einst die ersten Euro-Russen in die EU kommen“, hatten skandinavische Diplomaten schon vor Jahren prophezeit.

Jetzt sind sie da. Vorausgesetzt, dass das EU-Referendum am 14. September mit einem Ja endet. Eine große Wahlbeteiligung ist dafür die größte Bedrohung: Wenn die, die unengagiert dafür sind, daheim bleiben, weil „es ohnedies ein Ja wird“, und dann die, die engagiert dagegen sind, die Abstimmung gewinnen. Einen Reserveplan für diesen Fall gibt es in Tallinn nicht. „Daran wollen wir lieber nicht denken“, heißt es auf dem Domborg.

Hannes Gamillscheg (Jahrgang 1951) lebt in Kopenhagen und arbeitet seit 1981 als Skandinavien-Korrespondent für mehrere deutschsprachige Zeitungen. Dieser Text erschien im März 2003 in *ÖLMD*, Berlin.

Vier Monate nach den Anschlägen von al-Qaida in New York und Arlington wurde im Januar 2002 auf dem Marinestützpunkt der US-Navy in der Guantánamo-Bucht auf Kuba ein Internierungslager für „islamistische Terroristen“ errichtet. Im Januar 2004 befanden sich 660 Menschen aus 42 Ländern im Delta Camp in einem „juristischen Schwarzen Loch“, wie der britische Lordrichter Johan Steyn damals sagte. Als Barack Obama 2009 US-Präsident wurde, versprach er, das Lager zu schließen. Es existiert bis heute.

Fernab der Öffentlichkeit und unter Missachtung sämtlicher Bestimmungen des Völkerrechts sind seit fast zwei Jahren auf dem kubanischen US-Militärstützpunkt Guantánamo etwa 660 „feindliche Kämpfer“ interniert, die in Afghanistan und Pakistan gefangen genommen oder von Drittländern ausgeliefert wurden. Die Maßnahmen stützen sich juristisch lediglich auf US-Präsidentiale Dekrete, erlassen im Namen des „Krieges gegen den Terrorismus“. Bis heute wurde gegen keinen der Gefangenen Anklage erhoben, auch die 2001 angekündigten Militärtribunale sind noch nicht eingerichtet.

Obwohl wir uns als Journalisten mehrere Tage in Guantánamo aufhielten, verwehrten uns die Wachmannschaften unter dem Kommando von General Geoffrey Miller jeden Kontakt zu den Gefangenen. Miller ist Chef einer Joint Task Force (JTF) und erhält seine Befehle unmittelbar aus dem Pentagon. Für Journalisten sind die Hochsicherheitszellen nicht zugänglich, sie bekommen nur die Gefangenen aus Lager 4 zu sehen, also diejenigen, die sich „kooperativ“ gezeigt haben. Doch auch mit ihnen dürfen wir keine Worte wechseln.

Seit Ende 2001, also seit Beginn des Afghanistankriegs, hat sich die Zahl der in Guantánamo stationierten US-Soldaten verdreifacht, in letzter Zeit ist sie wieder etwas zurückgegangen. Heute leben mehr als 6.000 Militärpersonen und zivile Angestellte auf dem Stützpunkt. Die Einheiten der Task Force und die Gefangenen sind in völlig neuen Gebäuden untergebracht; auf Landkarten gibt es keinen Hinweis auf das Vorhandensein der Haftanstalt und der Kasernen.

Auf dem Weg zur Hochsicherheitszone muss jeder Wagen durch orangefarbene Sperren Slalom fahren, um den Wachtposten die Fahrzeugkontrolle zu erleichtern. Seit der muslimische Gefängnisgeistliche und zwei Übersetzer unter dem falschen Verdacht der Spionage verhaftet wurden, hat man die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt.

Als wir das Lager besuchten, war es mit 660 Gefangenen aus 42 Ländern belegt, aber insgesamt könnten die vier Blocks von Camp Delta bis zu 1.000 Häftlingen Platz bieten. Rings um die Anlage läuft ein Hochsicherheitsgürtel: ein mit grünem Kunststoffbelag ausgestatteter Korridor, gesäumt von hohen Metallgittern und Stacheldraht, der unter Hochspannung steht. Dazu die Patrouillen der Wachtposten und zusätzliche Aufseher, die auf den Wachtürmen postiert sind. Nachts geht das Licht in den Zellen nie aus, die Gefangenen stehen rund um die Uhr unter Beobachtung.

Unter diesen Haftbedingungen hat es bereits 32 Selbstmordversuche gege-

ben. Nach Angaben von Captain John Edmondson, dem Leiter der Krankenstation, leiden 110 Häftlinge (also jeder sechste) unter psychischen Störungen. Die meisten zeigen depressive Symptome, 25 von ihnen sind in psychiatrischer Behandlung. Zum Zeitpunkt unseres Besuchs wurde ein Häftling intravenös zwangsernährt – er war im Laufe eines Jahres mehrmals in den Hungerstreik getreten.

In drei der vier Abteilungen herrschen erbärmliche Bedingungen: Jede Abteilung hat 48 Zellen, die jeweils knapp zwei auf zweieinhalb Meter groß sind. Die Trennwände und Türen bestehen nur aus Metallgittern, es gibt also keinerlei Privatsphäre. Dreimal in der Woche darf jeder Gefangene seinen Käfig verlassen, um für 20 Minuten allein in einem größeren Käfig mit Zementfußboden auf und ab zu gehen, hinzu kommt dreimal pro Woche eine fünfminütige Dusche. Jeden Weg legt der Gefangene dabei – so die Vorschrift – in Handschellen und mit Fußfesseln zurück. Die Gefangenen in Lager 4, die wir zu Gesicht bekamen, schienen in etwa gleich alt, alle um die dreißig: Männer mit Vollbärten, die auf dem Kopf die kleine weiße Kappe frommer Muslime tragen. Die 129 Häftlinge leben hier in kleinen Gruppen, ihre Zellen sind weniger eng, bis zu zehn Betten finden darin Platz. Die Insassen nehmen die Mahlzeiten gemeinsam ein und können mehrmals am Tag die Zelle verlassen und sich in einem angrenzenden Bereich bewegen – dort hängen Plakate, die vom Aufbauwerk der USA in Afghanistan künden.

Jeder Weg in Handschellen und mit Fußfesseln

Abweichend von der üblichen orangefarbenen Gefängnisbekleidung tragen die Häftlinge in Lager 4 Weiß – „die Farbe der Reinheit im Islam“, wie uns ein eifriger Wachsoldat erklärt. Er erklärt uns auch darüber auf, dass den Gefangenen echte Gebetsteppiche zur Verfügung gestellt wurden und dass alle einen Koran haben. Den haben sie allerdings erst seit einem Hungerstreik, den sie in den ersten Wochen nach ihrer Ankunft organisierten.

Dem US-Verteidigungsministerium ist daran gelegen, die äußerst schlechte öffentliche Meinung von der Lage in Guantánamo zu korrigieren. Deshalb hat man uns Journalisten eingeladen. Man zeigt uns auch das Camp Iguana, ein kleines Haus mit Meerblick, das auf einem Felsenvorsprung steht, umgeben von einer Sicherheitszone. Hier leben seit über einem Jahr die einzigen inhaftierten Jugendlichen (dreizehn bis fünfzehn Jahre alt), die auch als „feindliche Kämpfer“ gelten. Man erzählt uns, dass sie Englisch lernen und Fußball spielen dürfen, außerdem haben sie ein Anrecht auf ein paar Videokassetten. Aber wir dürfen sie nicht treffen und erfahren nicht einmal, aus welchen Ländern sie kommen.

Auch ein Abstecher in das Camp X-Ray steht auf dem Programm. Dort waren die Gefangenen am Anfang untergebracht, und von dort gingen die entsetzlichen Bilder um die Welt: Häftlinge in orangefarbenen Kitteln, gefesselt und auf den Knien vor ihren schwer bewaffneten Wärtern, in völliger Isolation, mit Schall-Ohrenschützern und Kapuzen über dem Kopf.

Camp X-Ray ist inzwischen aufgegeben und längst von dichter Vegetation überwuchert. So wird es irgendwann auch Camp Delta ergehen, denn inzwischen ist Lager 5 im Bau, ein massiver Betontrakt für etwa hundert Gefangene, dessen erster Bauabschnitt bis Juli 2004 fertiggestellt sein wird. Hier sollen die von „Militärtribunalen“ Verurteilten einsitzen – auch eine Todeszelle ist vorgesehen.

Das Präsidialdekret, das den Bau der Haftanstalt in Guantánamo anordnete, war am 13. November 2001 ergangen, am selben Tag also, als die Truppen der Nordallianz die afghanische Hauptstadt Kabul eroberten. Damit stellte sich die Frage, wie man mit den Gefangenen verfahren sollte, die der US-Präsident als „enemy combatants“ (feindliche Kämpfer) und Verteidigungsminister Donald Rumsfeld als „unlawful combatants“ (unrechtmäßige Kämpfer) bezeichnet hat – Begriffe, die weder das US-amerikanische noch das internationale Recht kennen.

„Die Regierung Bush will die ‚feindlichen Kämpfer‘ nicht als Kriegsgefangene anerkennen“, erklärt Wendy Patten, Leiterin der Rechtsabteilung von Human Rights Watch. „Und sie ist auch nicht bereit, sie Gerichten zu übergeben, die ihren Status bestimmen könnten – obwohl dies in der 3. Genfer Konvention festgelegt ist, die ja auch die Vereinigten Staaten ratifiziert haben. Vor den ‚Militärtribunalen‘ wird es keine fairen Verhandlungen geben, auch die Berufung vor einem ordentlichen Gericht ist nicht vorgesehen.“ Die Regierung rechtfertigt die Einberufung der Sondergerichte mit dem Argument, nur so könne die Verbreitung sicherheitsrelevanter Informationen verhindert werden.

Eugene Fidell, ehemaliger Militärjurist und heute Präsident des Nationalen Instituts für die Militärgerichtsbarkeit, sieht das anders: „Es gab wenigstens zwei Alternativen. Zum einen die Strafjustiz, die in der Vergangenheit Fälle von Terrorismus, wie den Angriff auf das World Trade Center von 1993, verhandelt hat. Zum anderen die Kriegesgerichte.“

Die Einrichtung der Tribunale war die Idee des stellvertretenden Verteidigungsministers Paul Wolfowitz, er benannte Richter und Anklagevertreter und entschied über die Besetzung der dreiköpfigen Berufungsinstanz, an die sich die Verurteilten wenden können. Und ihm obliegt auch die Entscheidung, ob er die Empfehlungen dieser Instanz letztlich übernimmt oder verwirft.

„Die Militärs werden sowohl als Ermittler als auch als Ankläger, Verteidiger und Richter auftreten, und, falls Todesurteile gesprochen werden, auch als Scharfrichter“, erklärte der britische Lordrichter Johan Steyn. „Und sie unterstehen allein Präsident Bush.“ In seiner Philippika wandte sich Steyn gegen das „juristische schwarze Loch von Guantánamo“.

Zwanzig Monate nach der Errichtung des Gefängnislagers auf Kuba und obwohl die Regierung in Washington noch immer keine Reaktion auf die Appelle westlicher Juristen und Regierungsstellen zeigt, ist in jüngster Zeit eine unerwartete Wende eingetreten. Zur allgemeinen Überraschung beschloss der Supreme Court, die Beschwerden der Angehörigen von 16 Häftlingen (zölf Kuwaitern, zwei Briten und zwei Australier) zuzulassen: Am 10. November 2003 erklärte das oberste US-Gericht, es werde prüfen, ob es in die Zuständigkeit der amerikanischen Justiz falle, über „die Rechtmäßigkeit der Inhaftierung von Ausländern zu entscheiden, die im Ausland im Zusammenhang mit Kampfhandlungen gefangen genommen wurden und auf dem Marinestützpunkt Guantánamo festgehalten werden“.

David Cole, Juraprofessor an der Washingtoner Georgetown-Universität und Autor mehrerer Bücher zu autoritären Tendenzen nach dem 11. September, hatte sich noch wenige Tage zuvor im Interview sehr skeptisch geäußert: „Nur 2 Prozent der Anträge an den obersten Gerichtshof werden zugelassen, üblicherweise kommen dort nur Fälle zur Verhandlung, in denen unter-

taz genossenschaft

**DEN FUGEN
WELT DIE GANZE
IST AUS.**

Demokratische
Gesellschaften brauchen
eine unabhängige Presse.

gen@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | genossenschaft.taz.de

Mehr als 20.000 Menschen sichern die publizistische und ökonomische Unabhängigkeit ihrer Zeitung.
Erwerben auch Sie Eigentum an einer Tageszeitung im Besitz ihrer LeserInnen. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft.





Auf dem Weg zum Verhör, Camp X-Ray, Guantánamo Bay, 2. Februar 2002. IMAZOC/picture alliance/ap

re Instanzen unterschiedliche Rechtsmeinungen vertreten haben.“ Bezüglich Guantánamo hatten die beiden zuständigen Untergerichte jedoch die Auffassung der Regierung bestätigt: „Die amerikanische Justiz kann nicht tätig werden, weil sich der Stützpunkt Guantánamo auf kubanischem Territorium befindet.“

Am 9. November äußerte sich erstmals auch ein Führungsmitglied der Demokratischen Partei: Albert Gore erklärte bei einem Auftritt vor der Vereinigung für Verfassungsrechte in Washington: „Das Thema der Gefangenen in Guantánamo hat dem Ansehen Amerikas in der Welt besonders geschadet, sogar bei seinen Verbündeten. Die ausländischen Gefangenen müssen sich an ein Gericht wenden können, um ihren Status zu klären, so wie es die Genfer Konvention vorsieht. Verteidigungsminister Rumsfeld hat in der Frage der Gefangenen ungefähr ebenso viel Weitsicht bewiesen wie mit seinen Plänen für den Nachkriegs Irak.“

Einige demokratische Senatoren (etwa Patrick Leahy) hatten schon vor Gore Druck auf die Regierung gemacht und im Kongress wiederholt Anfragen gestellt, die sich auf Berichte über Folterungen der Häftlinge ebenso bezogen wie auf die Praxis, Gefangene von Guantánamo in jene Länder des Nahen Ostens zu verbringen, in denen systematisch gefoltert wird.

Auch die ungeklärten Todesumstände zweier afghanischer Gefangener auf dem Stützpunkt Bagram in Afghanistan sowie die Anwendung von Verhörtechniken, die im Militärjargon *stress and duress* (Druck und Zwang) heißen, waren Gegenstand gewesen. Senator Leahy erklärte im Interview unmissverständlich, man müsse „die Gefangenen von Guantánamo als Kriegsgefangene betrachten“ und sie „menschlich behandeln, so wie es die UN-Menschenrechtskonvention vorsieht“. Doch mit diesen entschiedenen Positionen stand er lange allein da.

Auch die Anwälte der Angehörigen von Gefangenen ließen nicht locker. Tom Wilner von der renommierten Kanzlei Shearman & Sterling in Washington, die für die Familien der kuwaitischen Guantánamo-Insassen tätig ist, trommelte eine ganze Reihe politischer Persönlichkeiten zusammen und versuchte permanent, die Medien zu mobilisieren.

Der frühere stellvertretende US-Außenminister William Rogers betonte in einem Gespräch, der Krieg gegen den Terrorismus dürfe nicht zum Vorwand werden, die Verfassung zu missachten.

„Gegen derartige Tendenzen müssen wir unsere Rechtsprinzipien verteidigen und auf der Anwendung internationalen Rechts bestehen.“ Rogers hatte wie Alexander Watson, ein weiterer ehemaliger Vizeaußenminister, eine „unterstützende“ Beschwerde beim obersten Gerichtshof eingereicht.

Angesichts des Vorgehens der Bush-Administration sprach Rogers, der zuletzt unter Präsident Gerald Ford ein Regierungsamt ausübte, von den „finstersten Zeiten seit dem McCarthyismus“. Auch Konteradmiral Donald Guter, der bis zu seiner Pensionierung 2002 als Chef der Militärgerichtsbarkeit der US-Marine fungierte, hatte Rogers Beschwerde mitunterzeichnet, auch wenn er noch selbst an der Entscheidung, Gefangene zum Verhör auf den Stützpunkt Guantánamo zu bringen, beteiligt gewesen war.

„Unter Sicherheitsaspekten war es sinnvoll, die Gefangenen nach Guantánamo zu bringen“, erklärte Guter am 9. Oktober 2003. „Aber jetzt besteht die Gefahr, dass einige von ihnen ohne faire Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt werden.“ Auch eine Reihe ehemaliger Richter und Staatsanwälte erinnern den Obersten Gerichtshof daran, dass die US-Streitkräfte die Genfer Konvention zum Bestandteil ihrer militärischen Vorschriften gemacht haben und dass deren Missachtung einen Rechtsbruch darstellt.

Beachtung verdient im Übrigen das Engagement eines Amerikaners japanischer Herkunft, der 1942, während des Zweiten Weltkriegs, gegen die Internierung von 120 000 japanischstämmigen Amerikanern geklagt hatte – mit dem Argument, dass das entsprechende Dekret nicht der Verfassung entspreche. Fred Korematsu hat jüngst erneut Beschwerde eingelegt, auch um, wie er sagt, die Amerikaner an diese beunruhigende Episode ihrer Geschichte zu erinnern.

Die Regierung hatte sich nicht gerade geschickt verhalten, als sie den obersten Bundesanwaltschaft Theodor Olsen argumentieren ließ, das Gericht möge die Beschwerden erst gar nicht zulassen, weil „sich die Justiz in Kriegzeiten üblicherweise nicht in die Entscheidungen der Regierung einmische“. Ohne dem letztlichen Urteil vorgreifen zu wollen, das für Juni 2004 erwartet wird, sah sich der Gerichtshof daraufhin gehalten, der Regierung deutlich zu machen, dass er allein für die Rechtsprechung zuständig ist.

Seit November 2003 scheint das Schweigen im Fall Guantánamo gebrochen. Schon im Oktober war die US-

amerikanische Öffentlichkeit durch einen Alarmruf des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz aufgeschreckt worden: Das IKRK hatte seine traditionelle Pflicht zur Zurückhaltung aufgegeben und deutlich kritisiert, dass die Unsicherheit für die Gefangenen eine schwere psychische Belastung sei.

Eine solche Welle der Kritik konnte schließlich auch die US-Regierung nicht mehr ignorieren. Ende November stellte das Pentagon die Entlassung von 100 bis 140 Häftlingen in Aussicht und benannte in aller Eile einen Militäranwalt, der im Verfahren gegen den Australier David Hicks die Verteidigung übernehmen soll. Hicks hatte auf seinen Fall aufmerksam gemacht, indem er nach Misshandlungen in den Hundstreck getreten war. Man gestand ihm – abweichend von den ursprünglichen Bestimmungen für die Tribunale – sogar nicht überwachte Gespräche mit einem zivilen Anwalt seiner Wahl zu.

Kein Recht auf Beistand für „feindliche Kämpfer“

Zudem hatten sich die Vereinigten Staaten mit Australien, wie einige Monate zuvor mit Großbritannien, vertraglich darauf geeinigt, dass gegen Staatsbürger dieser Nationen keine Todesstrafen verhängt werden. Die Anwälte von vier der sechs französischen Häftlinge, darunter der Präsident der Pariser Anwaltskammer, Paul-Albert Iweins, haben bislang trotz vieler Bemühungen des französischen Außenministeriums keine vergleichbaren Garantien erhalten.

Das Recht auf Beratung durch einen zivilen Anwalt wurde nach David Hicks auch Yaser Esam Hamdi zugestanden, einem US-Amerikaner, der nach seiner Gefangennahme in Afghanistan zunächst nach Guantánamo kam, aber schon im April 2002, als sich seine Staatsangehörigkeit herausstellte, ins Militärgefängnis des Marinestützpunkts Norfolk (Virginia) verlegt wurde. Dort sitzt er immer noch ein, ohne jeden Kontakt zur Öffentlichkeit.

Nach dem ursprünglichen Regierungsdekret sollten die Militärtribunale nur über Ausländer richten, doch ihre Zuständigkeit wurde nachträglich auch „auf solche amerikanischen Bürger ausgedehnt, die als ‚feindliche Kämpfer‘ eingestuft worden waren“. Damit können auch diese Gefangenen auf unbestimmte Zeit und ohne Kontakt zur Außenwelt in militärischer Haft gehalten werden. Dem „amerikanischen Taliban“ John Walker Lindh

hingegen, der zusammen mit Hamdi in Afghanistan in Gefangenschaft geraten war, wurde in Alexandria (Virginia) der Prozess gemacht und dabei alle verfassungsmäßigen Rechte des Angeklagten gewährt.

Einen Tag vor Ablauf der Frist für die Beschwerden beim obersten Gericht hat auch Hamdi das Recht auf einen Rechtsbeistand erhalten. Die Isolationshaft für ihn und einen weiteren US-Amerikaner namens José Padilla war selbst unter den Beratern von Justizminister Ashcroft umstritten gewesen: Professor Vieth Dinh, ein früherer Mitarbeiter Ashcrofts und maßgeblich an der Formulierung der Antiterrorgesetze beteiligt, hatte sich gegen die Behandlung der US-Bürger gewandt und begrüßte die Zulassung eines Rechtsbeistands. Dagegen bedauerte Dennis Archer, Präsident der mit 400 000 Mitgliedern größten amerikanischen Anwaltsvereinigung ABA, dass das Verteidigungsministerium keine grundsätzliche Entscheidung getroffen hat, also zugunsten der Guantánamo-Gefangenen.

„Die Regierung hat sich in diesem Fall erlaubt, eine Sonderregelung zu treffen“, meint Wendy Patten von Human Rights Watch. „Im Allgemeinen beharrt das Pentagon weiterhin auf dem Standpunkt, dass in den USA inhaftierte ‚feindliche Kämpfer‘ kein Recht auf juristischen Beistand haben. Und dass im vorliegenden Fall ein Zugeständnis gemacht wurde, liegt daran, dass die Verhöre inzwischen beendet waren. Grundsätzlich will man nach wie vor nicht anerkennen, dass das Recht auf Verteidigung unveräußerlich ist und nicht vom Wohlwollen der Regierung abhängen darf.“

Was die Reaktion der US-Medien betrifft, so ist das Weiße Haus zwar dabei, die Schlacht zu verlieren, doch auf

einige Bastionen kann es sich immer noch verlassen. So wies das *Wall Street Journal* die Vorwürfe des Roten Kreuzes mit dem Argument zurück, das IKRK habe „den Grundsatz der Vertraulichkeit missachtet und sich bewusst in die Politik eingemischt“.

Die „feindlichen Kämpfer“ müssten, so das Blatt weiter, „bis zum Ende des Kriegs gegen den Terrorismus in Haft bleiben“. Dieser Krieg sei „kein Krieg ohne Ende, wie der Kampf gegen Verbrechen und Armut, sondern ein Konflikt zwischen den USA und al-Qaida sowie deren verbündeten Gruppen und den Staaten, die ihnen Unterstützung gewähren. Dieser Konflikt wird enden, wenn al-Qaida nicht länger in der Lage ist, Angriffe auf amerikanische Ziele durchzuführen.“

Béatrice Mégevand-Roggo, die Generaldelegierte des IKRK für Europa und Nord- und Südamerika, vertritt eine deutlich andere Position. Im Rahmen der Auseinandersetzung zwischen den USA und al-Qaida lässt sie nur den Afghanistankonflikt als „Krieg“ gelten, denn hier handele es sich um einen bewaffneten internationalen Konflikt, auf den die 3. Genfer Konvention Anwendung findet.

Doch dieser Krieg endete, so die IKRK-Vertreterin, am 19. Juni 2002, als die Stammesversammlung Loja Dschirga die Regierung von Präsident Karsai bestätigte. Nach dem internationalen humanitären Recht dürfen Gefangene durchaus weiter in Haft gehalten werden, vorausgesetzt man bringt konkrete Anklagen gegen sie vor und unterzieht sie einem rechtlichen Verfahren, dessen Mindestgarantien in der 3. Konvention festgelegt sind.

Auch für diejenigen, die nach dem 19. Juni 2002 während der fortwährenden inneren Kämpfe in Afghanistan gefangen genommen wurden, gibt es internationale humanitäre Rechte und Garantien – das gilt eindeutig für die Gefangenen in Guantánamo. Daraus folgt, dass man zwar nicht die Freilassung aller Häftlinge in Guantánamo fordern kann, dass aber ohne Frage die Verpflichtung besteht, die Gefangenen nach den Regeln des internationalen oder nationalen Rechts zu behandeln. Diese Menschen leben seit Monaten und Jahren in einem völlig rechtsfreien Raum – und genau das können wir nicht hinnehmen. Mit Politik hat diese Haltung nichts zu tun, wir erfüllen damit nur unseren humanitären Auftrag.“

Auch in den USA regt sich immer stärker ein Unbehagen über die Sondergesetze, und die Bush-Regierung gerät nicht nur bei Menschenrechtsorganisationen und in den Medien, sondern auch innerhalb des etablierten Rechtssystems zunehmend in die Kritik. Ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen sollte sich die Bush-Regierung endlich dazu durchringen, die internationalen Konventionen zu achten.

Aus dem Englischen von Edgar Peinelt

Augusta Conchiglia ist Journalistin. Dieser Text erschien im Januar 2004 in LMD.

Anzeige

FOTOS FÜR DIE PRESSEFREIHEIT FOTOBUCH 2020

Mit den Verkaufserlösen finanziert Reporter ohne Grenzen Anwaltskosten, medizinische Hilfe und Öffentlichkeitsarbeit für verfolgte Journalistinnen und Journalisten.



Unterstützen Sie uns und bestellen Sie Fotos für die Pressefreiheit 2020 (16 € inkl. Versand) online.

RSF REPORTER OHNE GRENZEN

WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE/SHOP

In Peking und Shanghai, in Regierungskreisen, in den Zirkeln renommierter Thinktanks und im universitären Milieu dreht sich derzeit alles um ein Wort, wenn von den geopolitischen Strategien Chinas die Rede ist: Stabilität. Doch was damit gemeint ist, erschließt sich erst in der Gesamtschau auf dieses Land im permanenten Wandel.

Nie zuvor haben die Staatsführer der Volksrepublik so häufig das Ausland bereist wie heute. Auch die Universitäten verhalten sich ausgesprochen weltoffen und bieten neuerdings sogar Politikberatung an. Das gilt auch für Institutionen, die von ausländischen Geldgebern finanziert werden, wie etwa das „Zentrum für internationale Studien“, das der renommierten Beida-Universität in Peking angegliedert ist.

Die Einrichtung residiert in drei ultramodernen Gebäuden: Das Hauptgebäude wurde von einem italienischen Unternehmen gesponsert, die beiden Seitenflügel wurden von zwei verschiedenen Firmen aus Hongkong finanziert. Drei Architekten haben die Entwürfe geliefert, und dennoch fügen sich die Gebäude harmonisch in das historische Ensemble. Die architektonische Botschaft lautet: Öffnung bedeutet nicht etwa Selbstaufgabe, und Stabilität ist keineswegs gleichbedeutend mit Stillstand.

Gegenüber dem Feng-Lian-Turm, wo sich eine Luxusboutique an die andere reiht, liegt das Büro von Kong Quan, Sprecher des Außenministeriums: „China ist vor allem auf ein stabiles, der Entwicklung förderliches Umfeld bedacht“, erklärt er. Hunderte Kilometer entfernt, im Herzen der berühmten Fuda-Universität von Shanghai, liegt das Zentrum für Amerikastudien, dessen nagelneue Räumlichkeiten zum Teil von der US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) finanziert wurden. Auch Professor Shen Dingli, ein prominenter Experte für Nuklearfragen, lenkt das Gespräch bald auf das allfällige Thema. Nichts fürchte er so sehr wie eine stets mögliche Destabilisierung auf der koreanischen Halbinsel oder im Nahen Osten, wo von China fast die Hälfte seiner Erdöleinfuhren bezieht.

Dingli erklärt uns, was manche Beobachter als Status-quo-Diplomatie bezeichnen. Für Peking sei die etablierte Ordnung, selbst die nicht so willkommene von Amerikas Gnaden, allemal besser als chaotische Zustände, die das Wirtschaftswachstum und die internationalen Ambitionen Chinas nur behindern würden. Wachstum sei die Grundlage des innenpolitischen Sozialkontrakts, der letzten Endes die Fortdauer des Regimes sichere. Und die internationalen Projekte sollen China erneut „zu dem Rang verhelfen, der ihm auf der internationalen Bühne gebührt“, wie es Kong Quan formuliert.

Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht folgt die chinesische Diplomatie nicht nur dem Prinzip, sich den Säckel mit Rohstoffen und Getreiden zu füllen. Zwar haben auch die internationalen Beziehungen ihren Beitrag zur Energie- und Nahrungsmittelversorgung des Landes zu leisten. Aber die Wirtschaftspolitik soll noch eine andere Funktion erfüllen: In Chinas Selbstbild als Regional- und Weltmacht gilt eine erfolgreiche Ökonomie als friedenssichernde Maßnahme, ohne die kein Land auskomme, will es international anerkannt werden. Oft wird man hier an die „Geschichte der letzten 500 Jahre“ erinnert, deren Lehre heißt: Ohne starke Wirtschaft kann sich keine Nation Gehör verschaffen.

Drei Ereignisse der jüngeren Vergangenheit spielen in den Überlegungen eine entscheidende Rolle: erstens die politischen Unruhen vom Tiananmenplatz vor 16 Jahren, die in der Presse nach wie vor zu den Tabuthemen zählen. Das liegt aber nicht daran, dass Tiananmen das Regime daran erinnern könnte, dass es auch scheitern kann. Politische Opposition ist nach wie vor verboten. Nur die intellektuellen genießen paradoxerweise mehr Bewegungss-

pielraum, was freilich nur ein Tribut ans Ausland sei, wie in Peking immer wieder hervorgehoben wird.

Auf den Tiananmen-Schock folgte der Anfang vom Ende von Chinas langen „Flitterwochen“ (miyue) mit den Vereinigten Staaten, die sich über fast zwanzig Jahre hingezogen hatten: Sie begannen mit der Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinten Nationen am 25. Oktober 1971 – Taiwan wurde damals ausgeschlossen – und der Chinareise von Präsident Richard Nixon ein Jahr später. Und sie setzten sich fort mit der „strategischen Partnerschaft“ während der Reagan-Ära. Dann folgte allerdings eine lange Reihe von Enttäuschungen und Zwischenfällen, wie die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad im Mai 1999 und die verstärkte Zusammenarbeit der USA mit dem Erzfeind Japan.

Das zweite prägende Ereignis war der Zusammenbruch der Sowjetunion. Nicht dass der Untergang des verfeindeten Bruders Bedauern hervorgeufen hätte, doch etliche chinesische Russlandexperten weisen darauf hin, dass die UdSSR durch die aussichtslose Konfrontation mit den Vereinigten Staaten und vor allem durch den kostspieligen Rüstungswettlauf aufgerieben worden sei.

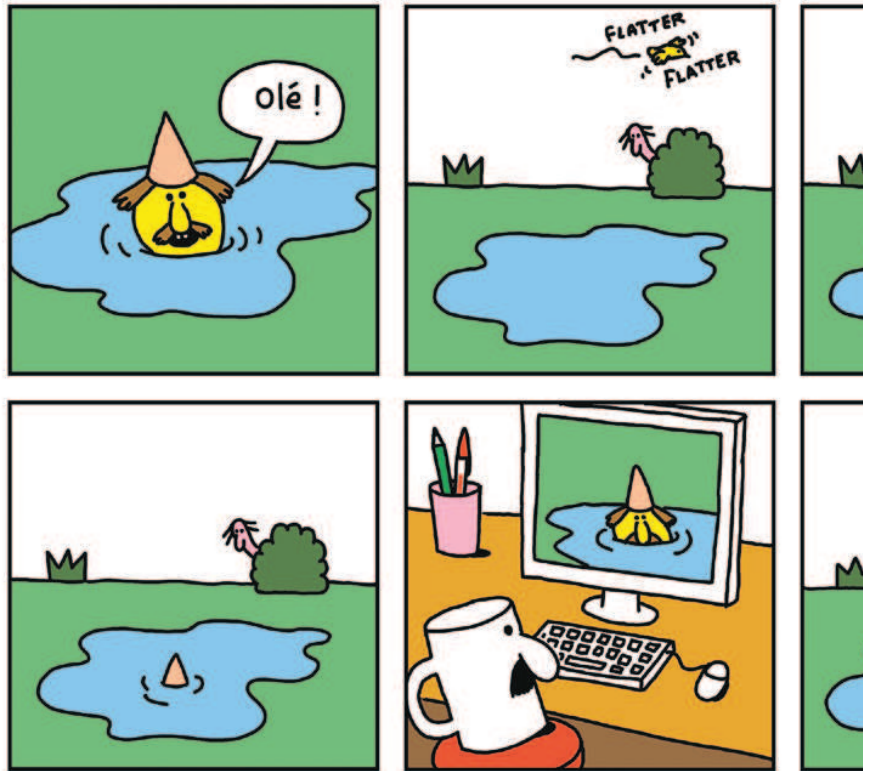
Die Lektion ist klar: „Die Vereinigten Staaten forcieren den Rüstungswettlauf und drängen zu einer Steigerung der Militärausgaben“, meint ein Militärexperte, der anonym bleiben möchte. „Wir müssen uns aber auf die Modernisierung unserer Ausrüstung konzentrieren, um unsere Verteidigungsbereitschaft zu stärken.“ Diese Bescheidenheit ist allerdings reine Rhetorik, denn die Militärausgaben liegen heute bereits bei 2,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Wobei diese Zahl der politischen Führung als gewichtiges Argument gegenüber dem Generalstab dient, der wesentlich mehr Rüstungsausgaben fordert.

Nach Meinung chinesischer Diplomaten hat sich – ganz allgemein gesprochen – die Spaltung der Welt in zwei Lager als zu kostspielig herausgestellt. Und obgleich alle die von den Vereinigten Staaten verkörperte „unipolare Welt“ beklagen, will doch niemand zum „bipolaren Planeten“ von einst zurück. So schlägt auch niemand vor, sich an die Spitze der Entwicklungsländer zu stellen, weil man davor zurückschreckt, Opfer zu bringen.

„Wir teilen mit vielen Entwicklungsländern das Anliegen, die internationalen Organisationen demokratischer zu gestalten“, meint Kong Quan und verweist auf die Bedeutsamkeit der chinesischen Beziehungen zu Afrika und Lateinamerika. „Aber einen eigenen Block zu bilden, das steht überhaupt nicht zur Debatte. Wir müssen die Mentalität des Kalten Kriegs hinter uns lassen, weshalb ich lieber von ‚gemeinsamer Entwicklung‘ spreche. Wir brauchen eine Mentalität der Verhandlungsbereitschaft, was gegenseitige Zugeständnisse voraussetzt. Mit dem Aufschwung des Handels werden auch die Meinungsverschiedenheiten zunehmen. Wir müssen sie im Geist der Verhandlungsbereitschaft lösen.“

Tatsächlich will die chinesische Staatsführung am Aufbau einer multipolaren Welt mitwirken, in der China eines Tages eine herausragende Position einnehmen soll – im Zentrum, nicht an der Spitze. China komme es auf Ausstrahlung, nicht auf Beherrschung an, was keineswegs nur ein formaler Unterschied ist. Quan erinnert daran, dass China auf dem Höhepunkt seiner Macht, zwischen dem 11. und dem 17. Jahrhundert, die größte Flotte der Welt besaß und in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht führend war, ohne dabei jemals – wie die europäischen Kolonialmächte – andere Völker oder Zivilisationen zerstört zu haben.

Das dritte einschneidende Ereignis war, als es der chinesischen Staatsführung gelang, die Finanzkrise zu nutzen, die Asien in den Jahren 1997 und 1998 erschütterte. Damals war China das einzige Land der Region, das an



Der Drache schnurrt

Als Chinas Wirtschaft wuchs und die Diplomaten in die Charmeoﬀensive gingen

von Martine Bulard

Ein Devisenkontrollen festhielt und sich dem Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) widersetzte. Damit sicherte sich die Volksrepublik ihre Wachstumschancen in einer Zeit, da alle Volkswirtschaften, die japanische unbegriffen, in die Rezession abtrocknen. Dank der Dollarbindung des Yuan brachte China ein wenig Stabilität in die krisengeschüttelte Region und konnte es sich sogar leisten, einigen der angeschlagenen Tigerstaaten günstige Kredite oder Finanzhilfen zu gewähren.

Stabilitätsanker nach der Finanzkrise von 1997/98

Im Laufe der Zeit schmiedete die neue Führung eine strategische Doktrin, die auf den „vier Nein“ von Staatspräsident Hu Jintao basiert: „Nein zur Hegemonialpolitik, nein zur Machtpolitik, nein zur Blockpolitik, nein zum Rüstungswettlauf.“ Sich seiner Schwächen gegenüber dem politischen Giganten USA und den Konkurrenten im asiatischen Raum bewusst, entwickelte Peking, was man als „asymmetrische Diplomatie“ bezeichnen könnte: eine äußerst bewegliche Außenpolitik, die bilaterale Beziehungen bevorzugt, gleichwohl aber aktiv an den regionalen Organisationen mitwirkt, wirtschaftliche Kontakte knüpft und überkommene territoriale Spannungen abbaut.

So unterzeichnete China mit Russland am 2. Juni 2005 in Wladiwostok

ein Grenzabkommen: Dabei waren nur 2 Prozent der insgesamt 4300 Kilometer langen gemeinsamen Grenze umstritten. Doch der Konflikt hatte seit 1945 die bilateralen Beziehungen vergiftet. „Erstmals in der Geschichte der chinesisch-russischen Beziehungen ist der gesamte Grenzverlauf rechtlich festgeschrieben“, konnte Wladimir Putin am Ende der Verhandlungen verkünden.

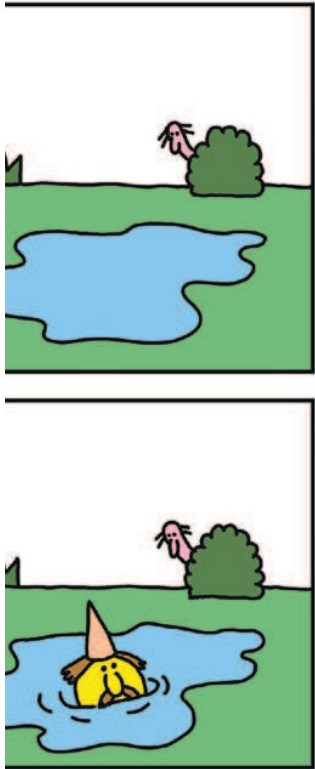
Kurz zuvor, am 11. April 2005, unterzeichnete der indische Ministerpräsident Manmohan Singh mit seinem chinesischen Amtskollegen ein Protokoll zur Regelung der seit 1962 schwelenden Grenzstreitigkeiten: Während Peking weite Gebiete des Bundesstaats Arunachal Pradesh im Nordosten Indiens für sich reklamiert (90 000 Quadratkilometer), erhebt Neu-Delhi Anspruch auf die Kaschmirregion Aksai Chin (38 000 Quadratkilometer). „Die Gespräche haben zwar gerade erst begonnen“, erklärt Kong Quan, „aber es ist das erste offizielle Dokument, das die Grenzfrage thematisiert.“ Außerdem würde Peking mit dem nach China bevölkerungsreichsten Staat der Erde ganz gern eine Freihandelszone bilden.

Die neuerliche Gesprächsbereitschaft ist für die Beziehungen mit China als vielversprechend nicht folgenlos. Das gilt vor allem für Pakistan: „Wir verhalten uns im Konflikt zwischen Indien und Pakistan eher neutral“, erläutert Yang Baoyun, Vizepräsident des Zentrums für Asien-Pazifik-Studien an der Beida-Universität in Peking. Seiner

Meinung nach hat Islamabad lange von den Spannungen profitiert, doch die Mentalitäten beginnen sich zu ändern. Das zeige sich schon an der Wiederaufnahme der Busverbindung zwischen den beiden Teilen Kaschmirs, die 60 Jahre lang unterbrochen gewesen war.

Das verstärkte „Friedensengagement“ Chinas äußert sich auch in der aktiven Rolle, die das Land in der seit Oktober 2002 virulenten Krise zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea in der Atombombenfrage spielt. Von Peking ging die Anregung für die Sechsergruppe aus (China, Japan, Russland, die Vereinigten Staaten sowie Nord- und Südkorea), die versucht, mäßigend auf die Regierung in Pjöngjang einzuwirken, wobei Pjöngjang sich durch die feindliche Rhetorik der Bush-Administration allerdings eher bestätigt fühlt.

Eine Nuklearisierung der koreanischen Halbinsel lehnt Peking ab. Falls Pjöngjang Atombombenversuche machen sollte, „würden wir die Hilfe einstellen“, versichert Yang Baoyun. Umstritten ist jedoch, inwieweit man Pjöngjang unter Druck setzen sollte. Manche meinen, man könnte die Hilfe zumindest einschränken. Schließlich habe sich Staatspräsident Kim Jong Il 2004 zur Wiederaufnahme der Gespräche bewegen lassen, als man wegen eines willkommenen „technischen Zwischenfalls“ die Erdöllieferungen reduziert hatte. Experten wie Professor Shen Dingli sind dagegen der Auffassung, „eine Einstellung der Hilfe würde alle



genheit auseinander zu setzen. Heftige Protesten rief zum Beispiel ein Geschichtsbuch hervor, das die japanischen Kriegsverbrechen während der Besatzung herunterspielt, desgleichen der Besuch von Ministerpräsident Junichiro Koizumi im Yasukuni-Schrein, wo zahlreiche Kriegsverbrecher begraben liegen.

Doch Chinas kollektives Erinnern ist auch nicht gerade selbstkritisch. Ein Rundgang durchs Museum von Shenyang im Nordosten des Landes – dem früheren Zentrum der japanischen Besatzungsmacht – hilft, das Trauma zu begreifen: Die Ausstellung zeigt die Morde, Folterungen und medizinischen Experimente, die die japanischen Streitkräfte seit 1931 an der chinesischen Zivilbevölkerung verübten. Daneben stehen Äußerungen japanischer Persönlichkeiten, die noch in jüngster Zeit diese Ereignisse gelehrt haben. Spricht man die anti-japanischen Demonstrationen an, die im Frühjahr 2005 stattfanden und an denen fast ausschließlich Studenten, die streng überwacht werden, aber praktisch keine Arbeiter beteiligt waren, hört man in Shenyang wie in Peking häufig die Antwort: „Was würden Sie denn sagen, wenn ein führender deutscher Politiker ein Kriegsverbrechergrab mit seinem Besuch beehren würde?“

Abgesehen von den Gebietsstreitigkeiten um eine Inselgruppe, wo reiche Erdöl- und Erdgaslagerstätten vermutet werden – von den Japanern Senkaku- und von China Diaoyu-Inseln genannt –, moniert Peking die verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen Washington und Tokio. Kazuya Sakamoto, Professor an der Universität Osaka, beurteilt das positiv: „Nach sechzig Jahren hebt Japan sein Haupt und beginnt, Australien in der Rolle des Hilfsheriffs der USA im pazifischen Raum abzulösen. Tokio wird zu einem Pfeiler der amerikanischen Verteidigungsarchitektur im 21. Jahrhundert.“

Gestützt wird diese These auch durch die Verfassungsänderung, die den Einsatz japanischer Truppen im Irak ermöglicht hat, und die Verlagerung des Kommandos der 1. US-Armee von der amerikanischen Westküste auf die südlich von Tokio gelegene Militärbasis Zama.

Außerdem unterstützt Washington Japans Antrag auf ständige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat. Um das zu verhindern, drohte Peking bereits damit, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen: „Bevor Japan einen Sitz im Sicherheitsrat ins Auge fasst, sollte das Land in dieser Frage einen Konsens in der Region erreichen“, erklärte der chinesische UN-Botschafter Wang Guangya am 26. Juni. Peking kann dabei auf Südkorea als regionalen Bundesgenossen zählen. Es hat gegen die militaristischen Sympathien Koizumis ebenfalls heftig protestiert.

Und als in der überarbeiteten Fassung des bilateralen Sicherheitsabkommens zwischen Japan und den Vereinigten Staaten auch das Problem Taiwan auftauchte, erschütterte das nachhaltig das chinesisch-japanische Verhältnis. Seit der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen nach 1972 hatte Tokio diese Frage stets ausgeschlammert, während Washington die Formulierung „zwei Systeme, ein Land“ geprägt hatte. Die Eingliederung Taiwans „kann hundert Jahre dauern“, wie ein Diplomat formulierte, aber die Separation sei in keiner Weise hinnehmbar und werde weder in der Bevölkerung noch in Armee und Regierung akzeptiert.

Demnach wären die Drohgebärden der letzten Monate und das im April dieses Jahres verabschiedete Antisessionsgesetz eher defensiver als offensiver Natur: Bis hierher und nicht weiter, will China der Regierung in Taipeh und deren Verbündeten offenbar zu verstehen geben. Schließlich wissen alle Seiten, dass eine Militäroperation politisch, diplomatisch und wirtschaftlich unverhältnismäßige Kosten verursachen würde. Dennoch gibt es auch

solche Äußerungen, wie die von General Zhu Chenghu: „Wenn die Amerikaner chinesisches Territorium unter Beschuss nehmen, werden wir nicht zögern, Nuklearwaffen einzusetzen.“

Auch wenn er das als Privatmann gesagt hat, hätte man die Äußerung demontieren lassen können. Peking befürchtet offenbar, dass Taiwans Olympischen Spiele 2008 zum Anlass nehmen könnte, seine Unabhängigkeit zu erklären. Dabei verspricht man sich ansonsten viel von den Spielen: Sie sollen zur wichtigen Etappe auf dem Weg Chinas zur dominierenden regionalen und globalen Macht werden. Daher die Drohungen, aber auch die verführerischen Angebote an die Adresse Taipehs.

Anfang Mai dieses Jahres bereitet Peking der einst befeindeten Kuomintang-Führung, die seit 1949 das chinesische Festland nicht mehr betreten hatte, einen pompösen Empfang. Die jüngste Lateinamerikareise von Staatspräsident Hu Jintao sollte zwar vor allem die Versorgung mit Erdöl (Senezuela), Rohstoffen, Getreide und Soja (Kuba, Mexiko, Brasilien) sicherstellen. Aber zugleich wollte man allen Ländern, die „noch immer enge Kontakte zu Taipeh pflegen“, vorführen, dass „China den weitaus größeren Markt“ zu bieten hat.

Um die Regierung in Taipeh unter Druck zu setzen, baut die Führung in Peking kurzfristig vor allem auf die rund 8000 taiwanischen Unternehmer, die in China investiert haben. Die Bush-Administration schließlich hat sich dazu durchgerungen, mäsigend auf die Unabhängigkeitsräume ihres Verbündeten einzuwirken, und auch Japan hält sich neuerdings in dieser Frage zurück.

Doch in Tokio ist man zweifellos beunruhigt, glaubt ein erfahrener chinesischer Diplomat: „Historisch kannte

Das ungleiche Kräfteverhältnis schließt Konkurrenz nicht aus. Während Japan mit einem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat seine Rolle als in Asien führende Weltmacht zu festigen hofft, möchte sich China der Welt als die dominierende asiatische Nation präsentieren. Daher sein Streben nach Mitgliedschaft in multilateralen Organisationen. Der Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) 2001 war in dieser Hinsicht ein ganz entscheidender Schritt.

Mit der nötigen Geduld verschaffte sich Peking bereits Zugang zur Vereinigung südostasiatischer Nationen (Asean), die ursprünglich ein klassisches Instrument des Kalten Krieges war. Nachdem China – das seit 1991 Beobachterstatus hatte – im Oktober 2003 der Sicherheitspartnerschaft beigetreten ist, konnte es im November 2004 die Bildung einer gemeinsamen Freihandelszone mit den Asean-Staaten erreichen.

Pekinger Konsens als neues Entwicklungsmodell?

Die Gründung der Shanghai-Organisation für Zusammenarbeit im April 2001 dient vor allem Chinas Handelsinteressen in der zentralasiatischen Region – Stichwort „Erdöl“. Die Initiative, der außer China auch Russland, Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Usbekistan angehören, hat seit dem Afghanistankrieg eine deutlichere politische Färbung angenommen. China teilt die russischen Bedenken angesichts der US-Militärbasen in der Region und beobachtet die islamistischen Bewegungen wie die anderen Mitgliedstaaten mit wachsender Besorgnis – zumal die uigurischen Islamisten nach chinesischer Lesart langfristig nach Unabhängigkeit streben. Die Unterdrückung jedweder Opposition wie jüngst in Kirgisi-

ne reichen die Mittel dazu gewiss noch nicht aus: Zwei Drittel der chinesischen Ausfuhren stammen aus ausländischen Unternehmen, die im Lande montieren lassen, was andernorts entworfen wird.

In einigen Hightech-Sektoren sind die Chinesen zwar führend, und in anderen Sektoren versuchen sie, an die Spitze zu kommen, indem sie ausländische Forschungszentren ins Land holen und Unternehmen aufkaufen, um bekannte Marken zu übernehmen und vom Technologietransfer zu profitieren. Einstweilen aber steht das chinesische Wirtschaftswachstum auf wackligen Beinen und ist noch stark vom Ausland abhängig: in der Produktion von den Asean-Staaten und von Japan, und was die Ausfuhren betrifft, ist China auf die Märkte des Westens angewiesen. Ein Schwachpunkt ist auch das anfällige chinesische Finanzsystem. Die kleinste Missstimmigkeit, beispielsweise mit den USA, könnte die Wachstumsdynamik zum Stillstand bringen und politisch höchst explosive Folgen haben.

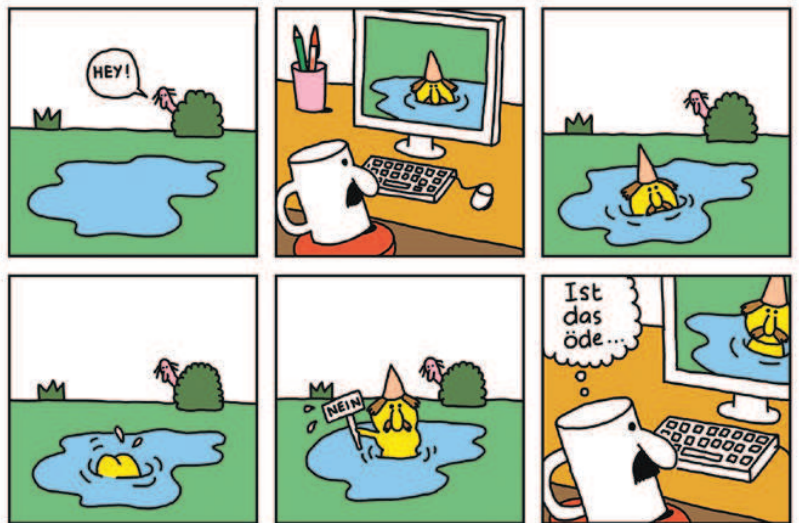
Dennoch träumen manche Experten von einer chinesisch-japanischen Achse nach dem Vorbild der deutsch-französischen Achse in Europa. So fand etwa zeitgleich mit den antijapanischen Demonstrationen im Frühjahr 2005 in Peking eine gemeinsame Tagung von japanischen, chinesischen und koreanischen Intellektuellen statt. Im Juni erschien in den drei Ländern ein offizielles Geschichtsbuch für die Schulen, an dem Historiker aus allen drei Nationen mitgewirkt haben. Aber solche Aktionen sind von eher marginaler Bedeutung. Zwar mögen die USA bereit sein, einen größeren Teil ihrer Funktion als militärischer Schutzschirm der Region abzugeben, doch würden sie wohl kaum eine starke Regionalmacht akzeptieren – weder Japan und erst recht nicht China.

Hoffnung zerstören“ und das Regime „vollends in die Enge treiben“.

„Korea ist eine abscheuliche Altlast“, resümiert ein ehemaliger Diplomat, „ein Regime, unter dem die Menschen für den Machterhalt einer Herrscherfamilie verhungern. Aber China steckt in einer Zwickmühle und kann weder vor noch zurück.“ Ein Teil der Armee spielt allerdings mit dem Gedanken, dass eine Nuklearisierung so schlimm gar nicht wäre, da Korea dann im Konfliktfall weiterhin die Rolle eines „Wachpostens für China“ spielen würde.

Jedenfalls hat die Regierung in Peking ihren Nachbarn und auch der US-Administration gezeigt, dass sie durchaus in der Lage ist, altgediente Bündnisse zu überdenken und diplomatisch aktiv zu werden. Das gilt zum Beispiel auch für die verstärkten Beziehungen zu Südkorea: Der langjährige Verbündete der Vereinigten Staaten fürchtet eine Destabilisierung Nordkoreas und ist angesichts der Probleme, die Deutschland mit der Wiedervereinigung hat, im Umgang mit der benachbarten Diktatur vorsichtiger geworden.

Doch der größte Stachel in der Pfote des chinesischen Tigers ist und bleibt das Verhältnis zu Japan. „In den vergangenen dreißig Jahren waren die Beziehungen noch nie so schlecht wie heute“, sorgt sich Yang Baoyun. Diese Einschätzung wird von allen unseren Gesprächspartnern geteilt. Die meisten verweisen dabei auf die Weigerung Japans, sich mit der eigenen Vergan-



die Region ein starkes China und ein schwaches Japan, anschließend ein geschwächtes China und ein erstarktes Japan. Inzwischen zieht China langsam wieder mit Japan gleich, weshalb Japan aus der Balance gerät.“ Die Machtverhältnisse sind in Bewegung geraten, aber von einem neuen Gleichgewicht der Kräfte ist die Region noch weit entfernt.

Gewiss, China ist in Asien der noch vor Japan wichtigste Handelspartner der Vereinigten Staaten und hält, nach Japan, die zweitgrößten Devisenreserven in der Region (vor allem in Form von US-Schatztiteln), aber das chinesische Bruttoinlandsprodukt ist noch immer um das Zweieinhalbfache kleiner als das japanische. China kann Washington drohen, seine Dollareserven abzustofen, doch in einem solchen Fall würde Japan sofort den Dollar stützen.

en stört Peking dabei in keinster Weise.

Der US-amerikanische Chinaexperte David Shambaugh resümiert: „Die bilaterale und multilaterale Diplomatie Pekings zeigte ein außergewöhnliches Geschick, sich in der Region Asien Vertrauen zu verschaffen. Infolgedessen betrachten die meisten Länder China inzwischen als guten Nachbarn, konstruktiven Partner, aufmerksamen Gesprächspartner und als eine Regionalmacht, die ihnen keine Angst macht.“

Kann man deshalb schon von einem „Pekinger Konsens“ als neuem Entwicklungsmodell sprechen, wie Joshua Cooper Ramo nahe legt, der dem Council on Foreign Relations in New York wie dem Foreign Policy Centre in London angehört? Ist China in der Lage, die wirtschaftliche und politische Führung einer asiatischen Union zu übernehmen? Auf ökonomischer Ebe-

China will zügig vorankommen – ohne dabei das Chaos heraufzubeschwören. „Ausstrahlung kann es nur gewinnen“, meint ein Diplomat, „wenn es eine attraktive Kultur vorzuweisen hat – so wie ursprünglich auch unsere Sprache. Konsumenten reicht da nicht. Wir müssen unsere eigenen Werte erfinden, die nicht bloß den Westen kopieren dürfen.“ Doch denen, die sich darum bemühen, fehle der öffentliche Raum für Diskussionen. Unser Gesprächspartner befürchtet daher, dass China mit dem Abblocken politischer Freiheiten seine eigene Entwicklung blockiert.

Aus dem Französischen von Bodo Schulte

Martine Bulard ist stellvertretende Chefredakteurin von Le Monde diplomatique, Paris. Dieser Text erschien im September 2005 in LMD.

Das Schnarchen des Satrapen und andere Seltsamkeiten

von Juan Goytisolo

Bei den Präsidentschaftswahlen, deren Durchführung meinen Sicherheitsdiensten obliegt und bei denen ich regelmäßig mit 99,99 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt werde, überzeugte mich die geringe Anzahl der Gegner – ein paar Dutzend unter mehr als zehn Millionen Wählern – eben wegen ihrer Bedeutungslosigkeit immer vom durchschlagenden Erfolg meiner Amtsführung. An einem fernen, von der Vorsehung bestimmten Tag ernannte eine bewaffnete Bewegung mich zum Staatsoberhaupt und setzte dem Theater korrupter Politchergen, die vor einem empörten, spottenden Publikum wie Marionetten tanzten, ein Ende.

Seither ging alles seinen geordneten Gang: Wahlen wurden ausgeschrieben, Kampagnen für die Justiz organisiert – Stadt für Stadt, Viertel für Viertel, Haus für Haus. Bewerber wurden zur Gegenkandidatur aufgefordert, die sich aus Furcht vor einer schmachvollen Niederlage und ihren unabsehbaren Konsequenzen nicht trautes. Die beschämenden öffentlichen Ausflüchte dieser Möchtegerne hielten die Übrigen davon ab, ihrem Beispiel zu folgen und in einem lächerlichen wie fruchtlosen Kampf Federn zu lassen. Doch bei den letzten Wahlen war alles anders. Es gab keine Gegenkandidaten, und die Stimmentauszahlung, deren ordnungsgemäßer Ablauf von zahlreichen internationalen Beobachtern bestätigt wurde, brachte ein erstaunliches Ergebnis zutage: eine einzige Neinstimme.

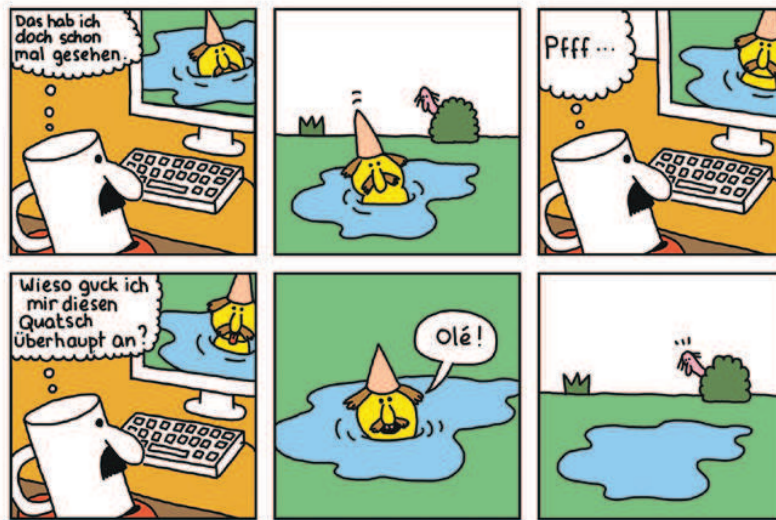
Nach der Euphorie der offiziellen Feierlichkeiten, den Glückwunschnachrichten anderer Staatsoberhäupter und spontanen Volksfesten im ganzen Land war ich über dieses Resultat jedoch keineswegs erleichtert, es irritierte mich. Eine Handvoll Verbitterter, die sich den sozialen Errungenschaften unter meiner Amtsführung verweigerten, gehörte dazu: Sie standen nur und ausschließlich für sich selbst und offenbarten so ihre bedauernde Blindheit und ihren Unverstand. Doch diese einsame, eigensinnige Stimme, die wider alle Vernunft gegen meine fürsorgliche Regierung opponierte, war für mich Hinweise auf eine unbekannte Gefahr, eine latente Bedrohung, die jeden Augenblick real werden konnte.

Wer war dieser rätselhafte Gegner?

Die Frage quälte mich und raubte mir den Schlaf. Ich mobilisierte die Nachrichtendienste, um ihm auf die Spur zu kommen und ihn zu identifizieren. Das Wählerverzeichnis des Bezirks, wo seine Stimme abgegeben wurde, musste überprüft, eine Liste von Verdächtigen angefertigt, das Filmmaterial der Mikrokameras, die am fraglichen Tag im Einsatz waren, durchgesehen werden. Monatlang zogen sich die Ermittlungen hin, ergebnislos. Keiner der bei den nächtlichen Razzien Festgenommenen bekannte sich schuldig.

Sollte ich die Verhafteten foltern lassen, wie der Chef der Kriminalpolizei mir anriet? Nach Abwägung aller Für und Wider kam ich zu dem Schluss, dass es vergeblich wäre. Am Ende würden die Unschuldigen gestehen, und er, der unerbittliche Gegner meines Werks, hätte nichts preisgegeben. Im Gegenteil, er würde nur noch entschlossener sein Ziel verfolgen: mich zu erledigen, ja zu vernichten.

Ich versammelte meine Berater und Kabinettsmitglieder und erörterte den Fall. Die Vorschläge, die auf den Tisch kamen – individuelle Strafen ersten bis dritten Grades, Eliminierung aller Wahlberechtigten des betreffenden Bezirks –, schienen mir untauglich, und ich lehnte sie ab. Dunkel ahnte



ich, dass ich eine Schlacht schlug, die längst verloren war. Dieser erbitterte Gegner würde mich überleben. Ich durchlitt Wochen der Angst, verfolgt von einer fixen Idee: Präzise wie ein Uhrwerk plante jemand eine Verschwörung, die für immer im Dunkeln blieb. In einer meiner geplagten Nächte hatte ich einen ahnungsvollen Traum: Ich sah mich selbst im Wahllokal, wie ich den verfluchten Zettel einwarf. Als ich aufwachte, nahm ich, ohne irgendwen in Kenntnis zu setzen, mein Geständnis auf Video auf, in der ruhigen Gewissheit, auf der Stelle hingerichtet zu werden und für immer in Frieden zu ruhen.

Ich bin die fünf Sinne des Präsidenten! Ich beobachte mit seinen Augen, was auch immer geschieht, höre, was man im Viertel munkelt, wittere die kleinste Unzufriedenheit, schmecke die süße Verlockung der Macht, streichele sein Bild auf der Medaille an meinem Revers. Mein Dienst für die Sache kennt keinen Stundenplan, nicht einmal im Schlaf. Wie oft habe ich schon von einer Verschwörung seiner Widersacher geträumt, niedergeschlagen durch meinen raschen und energischen Einsatz!

Telefonüberwachung, Videoaufnahmen und sonstige geheime Maßnahmen knüpfen ein dichtes Sicherheitsnetz und erlauben mir, ihn allezeit präzise zu informieren. Täglich gehen meine Berichte in den Palast und sind Balsam für seine ruhelose Seele. Wenn ich nur seine gütige Miene sehe, seine ermutigenden Blicke auf meine bescheidene Person! Nicht von Angesicht zu Angesicht, niemals, sondern auf den offiziellen Porträts an den Wänden meines Büros.

Während ich die Vertrauenskundgebungen für seine Regierung organisiere oder die Listen der Drückeberger anfertige, betrachte ich sein Bild: im Gesellschaftsanzug, Chemisette und Fliege makellos, eine rote Schärpe quer über der Brust; mit der prachvollen Kette eines Würdenträgers oder Doktors honoris causa von Universitäten aus der kalten Welt; auf einem Sessel aus granatrottem Samt mit vergoldeter Lehne. Bei meiner Lektüre von Anzeigen und vertraulichen Hinweisen hebe ich die Augen, um neue Kraft zu schöpfen in seinem Anblick: mit erhob-

benem Arm, gehüllt in die Fahne des Vaterlands, oder im Profil, zwei Kinder in einen wolkenlosen Himmel gereckt; mit tadellos gestärktem Hemdkragen, bordeauxroten oder karierten Krawatten, Jacketts in Grau, Beige oder Marineblau, einem Seidentüchlein, das aus der Brusttasche des Anzugs herausspitzt; mit seiner Frisur, stets akkurat gescheitelt, ohne ein einziges weißes oder widerspenstiges Haar. All das stimuliert mich und erfüllt mich mit Glück! Manchmal glaube ich, ein mir persönlich zugedachtes Lächeln zu erhaschen. Andere Male ist es ein kleines, komplizierendes Zwinkern von diskreter Zärtlichkeit. Ich bin Garant seines wohlverdienten Vermögens und leiste mit meinem Bienenfleiß einen Beitrag zur Festigung seiner gottesandten Herrschaft.

Bei der Audienz des Provinzsatrapen erklärte der örtliche Zeitungsschreiber untertänigst zum Idioten: Mein Berufsethos verpflichtet mich dazu, sagte er, nur ein Dummkopf wie ich konnte, ohne irgendwelche Hintergedanken, das schwöre ich, diesen unerseligen Satz schreiben, der aufgrund seiner fehlerhaften Interpunktion, seiner Amphibolien (sprachliche Doppeldeutigkeiten) und Solozismen (grobe Sprachfehler) dazu angetan war, Ihren fürsorglichen Umgang mit der Res publica in Zweifel zu ziehen. Tausend Tode hätte ich verdient, das weiß ich wohl, doch wenn mir eine Verfehlung vorzuwerfen ist, dann geben Euer Exzellenz meinem Unvermögen die Schuld, meiner ungenügenden grammatischen Bildung, der notorischen Unbeholfenheit und Gedankenlosigkeit meiner Texte. Und nach erfolgter Palinodie (Widerruf), ermuntert durch das Schnarchen des Satrapen, nahm er den Hut, griff nach dem Schwert, zog von dannen, und nichts war passiert.

Kühne Vorschläge für das neue Jahrtausend

1. Unser soziales Angebot: Gratisausgabe von Lösungsmittelgetränkten Taschentüchern an die arbeitslose Bevölkerung. Die Einschreibung in die Listen der Leistungsempfänger soll obligatorisch sein, damit die Bezugsberechtigten monatlich ein neues Tuch erhalten, dazu ein entsprechendes Fläschchen mit dem Siegel des Staatlichen Solidarfonds, dessen Einrichtung

bei der letzten Kabinettsitzung auf Anregung des Demokratischen Volksblocks beschlossen wurde.

2. Forschungsinstitute mit dem Schwerpunkt vergleichende Genetik von Cheloniden haben mit unserer Revolutionären Fortschrittspartei ein bemerkenswertes Projekt zur Senkung der öffentlichen Ausgaben vereinbart, um der Verschwendung von Steuergeldern und der weiteren Belastung von Unternehmen, die Wachstum und Arbeitsplätze schaffen, einen Riegel vorzuschieben. Wissenschaftliche Untersuchungen zum Verhalten der Schildkröten während ihrer Winterschlafphasen werden uns noch in der laufenden Legislaturperiode bestimmen, auf die Bevölkerung übertragbare Techniken an die Hand geben, die es den bedürftigen und unproduktiven Gesellschaftsschichten in einem Pilotversuch ermöglichen, auf ein Angebot von unbestreitbarem Nutzen zurückzugreifen: in eine Art Langzeithibernation zu sinken, die sie für Monate von der bitteren Notwendigkeit befreit, ihren Lebensunterhalt zu verdienen, verbunden mit einer erheblichen Ersparnis an Kosten und menschlichem Leid. Die Errichtung bequemer Schlafhallen für die Teilnehmer würde das konjunktureinfeldliche Haushaltsdefizit spürbar reduzieren und unseren Unternehmen beim allgemeinen Gerangel um Einfluss und Macht im Globalen Dorf einen deutlichen Wettbewerbsvorsprung verschaffen.

Vertrauen Sie uns Ihre Ersparnisse an.

Wir werden sie in unseren sorgenfreien Steuerparadiesen zinsbringend anlegen, und sind alle Spuren von Strohmännern und Briefkastenfirmen erst verwischt und verweht, erhalten Sie ein wunderschönes Paar Hörner mit einem persönlichen Motiv als Zeichen unseres Danks für Ihr unschätzbbares Vertrauen und Engagement.

Der Tourismus wird euch frei machen.

An der Rezeption erhielt er eine zweisprachige Broschüre mit Sicherheitshinweisen für ausländische Gäste, die sich in die Hauptstadt wagen.

Tauschen Sie Ihre Devisen am Bankschalter des Hotels und tragen Sie auf der Straße nur das Allernötigste bei sich.

Deponieren Sie Wertsachen und Kreditkarten im Gästesafe, lassen Sie nichts im Zimmer liegen.

Verriegeln Sie die Zimmertür zweimal und öffnen Sie niemandem, der seinen Besuch nicht vorher angekündigt hat.

Nehmen Sie das Taxi, das der Portier für Sie ruft, und nennen Sie ihm den Bestimmungsort, damit er ihn zusammen mit dem Kennzeichen des Wagens im Gästebuch vermerkt.

Teilen Sie über Mobiltelefon mit, wenn Sie etwas Auffälliges im Verhalten des Fahrers bemerken, und folgen Sie den Anweisungen des Hotelpersonals.

Er sah sich schon auf dem Weg zu einem Waffengeschäft, beim Kauf einer Grundausstattung zur Selbstverteidigung: K.-o.-Spray, Schlagring, Pfadfindermesser. So könnte er sich im Taxi sicher fühlen. Dann aber dachte er, dass es bestimmt einfacher wäre, sich ein Auto zu leihen und auf eigene Faust die Stadt zu erkunden: Denkmäler, Restaurants, Museen. Die zweite Seite der Broschüre belehrte ihn eines Besseren.

„Seien Sie auf der Hut. Zwei Tricks sind in der Stadt sehr verbreitet: An der Ampel wird ein Motorrad, Fahrrad oder Karren unter das Auto des Ausländers geschoben, worauf man den verblüfften Fahrer eines Verkehrsunfalls beschuldigt: Menschenauflauf, Schreie, Tumult. Oder es werden Bußgelder verhängt wegen nicht begangener Verkehrsdelikte, verbunden mit der Drohung, ein paar Stunden auf dem örtlichen Revier zu verbringen.“

Dann dachte er, es sei klüger, diesen furchtbaren Ort ganz zu meiden und die Schönheit der Landschaft zu genießen. Eine Option, die gleichwohl, glaubte man den Ratschlägen der Broschüre, riskant sein konnte.

„Die Landstraßen sind sehr gefährlich: die guten wegen der unachtsamen und draufgängerischen Fahrweise vieler Verkehrsteilnehmer, die schlechten wegen ihres kurvenreichen Verlaufs und der fehlenden Markierung. Abzuraten ist insbesondere von Fahrten bei Dunkelheit, da es vorkommt, dass die Schnellstraße blockiert, das Auto zum Anhalten gezwungen und der Fahrer überfallen wird. Vor allem nehmen Sie weder Anhänger noch angebliche Freunde mit. In der Regel haben sie Drogen bei sich, und ein paar Kilometer weiter gerät man „zufällig“ in eine Polizeikontrolle: die Erpressung mit Strafverfahren und Gefängnis folgt auf dem Fuße.“

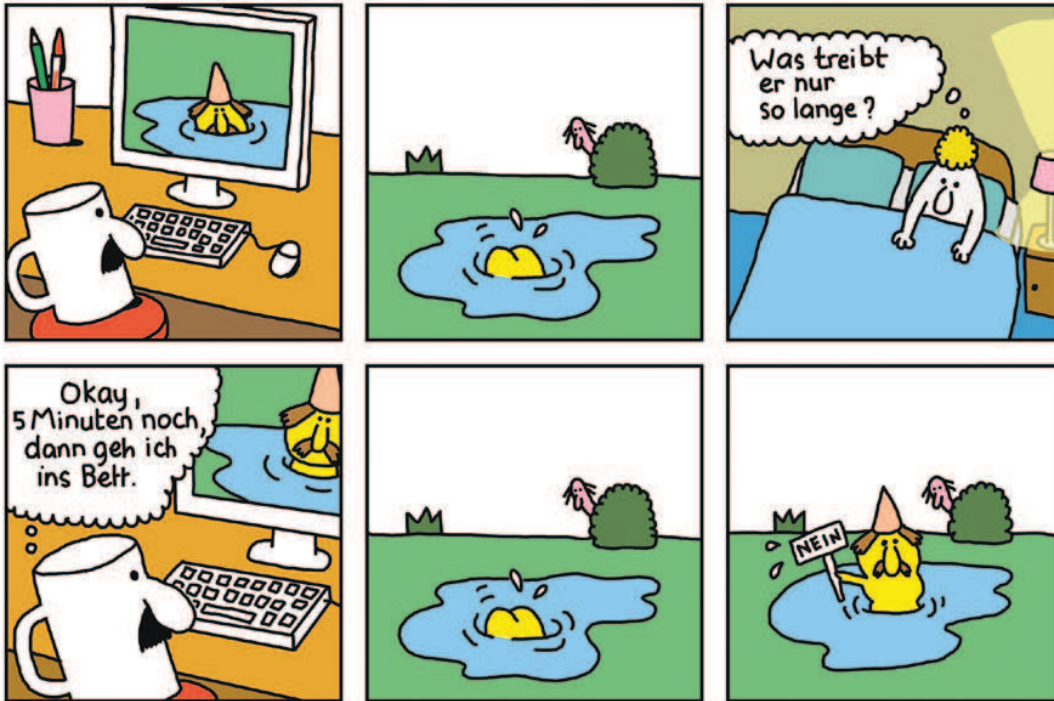
Was zum Teufel konnte er tun während seines Aufenthalts? Essen, trinken, in der Nähe des Hotels spazieren gehen? Auch nicht. Die Hinweise waren eindeutig:

„Seien Sie vorsichtig mit Essen und Trinken. Waschen Sie Obst, Salat und Gemüse gut ab. Bestellen Sie nur Wasser in Flaschen mit Originalverschluss. Besonders gut aufpassen sollten Sie an Straßenständen mit landestypischen Gerichten und bei flüchtigen Bekanntheitsnamen. Achten Sie peinlich auf Hygiene. Aids, Malaria und Geschlechtskrankheiten sind allgegenwärtig.“

Er fand sich damit ab, bei verriegelter Tür im Hotelzimmer zu bleiben. Am liebsten wäre er auf der Stelle abgereist, doch sein Flugticket war nicht umbuchbar. Eine ganze Woche in dieser Hölle, angepisst von wundervollen Plakaten und einer verführerischen, betrügerischen Website!

Aus dem Spanischen von Thomas Brovt

Juan Goytisolo (1931–2017) war Schriftsteller und Journalist. Unter Franco konnte er teilweise nur im Ausland publizieren. Dieser Text erschien im August 2006 in *LMd*.



Alle Comics: Anouk Ricard / L'Institut d'Hypothèses Graphiques

Die Comicseite / Anouk Ricard

Seit 2005 erscheint auf der letzten Umschlagseite der deutschen Ausgabe von Le Monde diplomatique ein Comic. Damit knüpfen wir an die über hundert Jahre alte Tradition der großartigen Sunday Pages aus den USA an. Neben Stars wie Anke Feuchtenberger, Henning Wagenbreth, Jacques de Loustal oder Tom Gauld gestalteten schon viele aufstrebende Talente wie Anna Haifisch, Robert Deutsch, Lukas Verstraete oder Vivianna Maria Stanislavskaja die Comicseite von LMD. Das Thema ist frei, was die Umsetzung der Geschichte für die ZeichnerInnen nicht unbedingt leichter macht. Auch der Begriff Comic ist nicht ganz so eng gefasst. Die große Stärke ist die Vielfalt. Und dass es bislang in der deutschen Zeitungslandschaft nichts Vergleichbares gibt. Deshalb ist LMD bei den Zeichnerinnen und Zeichnern als Publikationsort auch so begehrt.

Anouk Ricard gestaltete bereits im August 2018 den Comic für die letzte Seite. Ihre hier gezeigte Serie ist das Ergebnis eines Experiments mit dem Institut d'Hypothèses graphiques und dem Verlag L'Arche. Ein Programm namens Liaisons produziert dabei nach dem Zufallsprinzip Stories aus einzelnen Panels, die Anouk in die Datenbank eingibt.

Anouk Ricard, geboren 1970 im südfranzösischen Istres, studierte Illustration in Straßburg und wurde mehrfach für die wichtigsten europäischen Comicpreise nominiert. www.ranouky.free.fr

Karoline Bofinger

Die Mechanik der Finanzkrise

Dieser Text analysiert die sieben Phasen des Crashes – ein Jahr bevor die Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 pleiteging und die Immobilienblase endgültig platzte

von Frédéric Lordon

Vor zweihundert Jahren beklagte Hegel die chronische Unfähigkeit der Staaten, Lehren aus historischen Erfahrungen zu ziehen. Aber die politischen Mächte sind nicht die Einzigen, die sich als lernunfähig erweisen. Im ökonomischen Zentrum der Gesellschaft scheint das Kapital selbst, insbesondere das Finanzkapital, fast unabweichlich zu denselben Irrtümern und Fehlentscheidungen verdammt zu sein – und damit zur ewigen Wiederkehr der Krise. Auch wenn die aktuelle Krise der Kreditmärkte neue Anlagfelder und Folgeprobleme betrifft, offenbart sie doch nur ein weiteres Mal die wichtigsten Ingredienzien des Desasters in chemisch reiner Form. Damit bietet sie allen, die es wissen wollen, erneut die Chance, über die „Segnungen“ der liberalisierten Kapitalmärkte nachzudenken.

Allerdings lässt sich der starre Glaube an die instrumentelle „Vernunft“ der Finanzmärkte, der sich als das leibhaftige Realitätsprinzip ausgibt, nicht leichter Hand entlarven. Unterwirft dieses Prinzip nicht die Unternehmen einzig und allein der nüchternen Herrschaft der Fakten, den Kriterien des „Reporting“ (in den Quartalsberichten) und des „Track Record“ (im chronologischen Protokoll der Erfolgsdaten)? Heute, angesichts der depressierenden Folgen der jüngsten Geschichte, erweisen sich dieselben Prediger des „vernünftigen“ Finanzmarkts auf monströse Weise als blind und ahnungslos.

Vielleicht weil der „Track Record“ der finanziellen Liberalisierung nicht gerade umwerfend ist? Immerhin ist daran zu erinnern, dass die neue Finanzpolitik, seitdem sie grassiert, kaum mehr als drei Jahre in Folge oh-

ne große Unfälle überstanden hat. Und von diesen verdienen es fast alle, in die Chronik der Wirtschaftsgeschichte einzugehen: 1987 der denkwürdige Börsenkrach; 1990 der Zusammenbruch der „Ramschanleihen“ („Junk Bonds“) und die Krise der US-amerikanischen Sparkassen („Savings and Loans“); 1994 der Verfall der US-Staatsobligationen; 1997 die erste Phase der internationalen Finanzkrise (die vor allem Thailand, Korea und Hongkong betraf), gefolgt von der zweiten Phase 1998 (die Russland und Brasilien erfasste); 2001 das Platzen der Internetblase und anschließend die Krise der New Economy, die sich noch bis 2003 hinzog.

Und nun, im Jahr 2007? Heute lesen wir devote Interpretationen wie: „Die Globalisierung der Wirtschaft ist ein glückbringender, aber anfälliger Prozess.“ So Pierre-Antoine Delhommais in *Le Monde*, der angesichts der gewaltigen, selbstzerstörerischen, immer wiederkehrenden Erschütterungen die Widerstandsfähigkeit der Bestie nur noch mehr zu bewundern scheint, weil sie nach jeder Krise wieder auf die Beine kommt und noch prachtvoller dasteht als je zuvor.

Verwunderlich nur, dass der Journalist vergisst, was es für die Haushaltskassen der Beschäftigten bedeutet, wenn nach dem Finanzrausch die Schulden zu begleichen sind. Denn unweigerlich trifft der Crash der Märkte zunächst die Banken, also den Kreditmarkt, dann die Investitionen und das Wirtschaftswachstum und am Ende die Arbeitsplätze. Offenbar musste der Journalist Delhommais erst die brutale Übernahme seiner Zeitung durch einen Investmentfonds erleben und die Folgen des „Downsizing“, des „Abspeckens“, hautnah verspüren, ehe er sich

gedrängt fühlte, die Praktiken auf den Finanzmärkten und vor allem die dadurch ausgelösten Krisen und ihre sozialen Folgen zu bilanzieren. Die Schläge der Globalisierung müssen einen erst schmerzhaft treffen, bevor man aufhört, sie als „glückbringend“ zu empfinden.

Die von den US-Kreditmärkten ausgehende Krise veranschaulicht idealtypisch die fatalen Kettenreaktionen der entfesselten Spekulation. Wie bei einer Parade führt sie uns erneut das toxische Arsenal des Finanzkapitals vor.

Kettenreaktionen einer entfesselten Spekulation

Es sind immer wieder dieselben Erscheinungen, die stets in derselben Phasenabfolge auftreten: Erstens das „Ponzi-Gesetz“ der Spekulation; zweitens ein leichtfertiges Risikoverhalten auf dem Gipfel des Finanzzyklus; drittens die strukturelle Anfälligkeit gegenüber minimalen Veränderungen des ökonomischen Umfelds und der Katalysatoreffekt lokaler Zusammenbrüche, der den Wandel des Wirtschaftsklimas beschleunigt; viertens die Neigung zur überstürzten Revision bisheriger Einschätzungen; fünftens die Ansteckungsgefahr, wenn Misstrauen und Zweifel weitere Marktsegmente erfassen; sechstens die Schockwirkung auf die Banken, die sich bei der Kreditvergabe am stärksten exponiert haben; siebtens die Gefahr einer Systemkrise, also eines Zusammenbruchs der globalen Finanzmärkte und einer nach den allfälligen Kreditrestriktionen sich ausbreitenden Rezession. Worauf in der Regel ein Hilferuf an die Adresse der Zentralbanken ergeht, und zwar ausgerechnet von den fanatischen Verfech-

tern der freien Privatinitiative.

Phase eins: das „Ponzi-Gesetz“ der Spekulation. Die innere Verketzung der Finanzmärkte hat niemand präziser dargestellt als Hyman Minsky, der seinen Befund in dem anschaulichen Begriff „Katastrophenblindheit“ zusammenfasst. Besondere Aufmerksamkeit schenkt Minsky dem betrügerischen Treiben von Charles Ponzi. Dieser Spekulant köderte in den 1920er Jahren leichtgläubige Einfaltspinsel mit dem Versprechen ungeahnter Renditen. Ohne irgendeine reelle Kapitalbasis, mit der er die finanziellen Versprechungen hätte einlösen können, bediente Ponzi seine ersten Einleger mit den geliehenen Geldern derer, die er als nächstes anlockte. Das ganze System beruhte also schlicht darauf, dass der Strom der Neuankommlinge auf keinen Fall abreißen durfte.

Sieht man von der betrügerischen Seite dieses Treibens ab, funktionieren alle Finanzblasen nach einem vergleichbaren Mechanismus. Sie sind auf einen gleichbleibenden Zufluss an Liquidität angewiesen, an Investitionen in den Markt, um die Hausse – samt der Illusion, dass alle profitieren – am Laufen zu halten. Es müssen also möglichst viele Menschen in die Spekulation verwickelt werden. Und natürlich kommen nach der ersten Welle der Eingeweihten immer mehr „normale“, mit wenig Sachverstand ausgestattete Teilnehmer hinzu, die am Ende das Gros der Spekulationsbataillone stellen.

Nach diesem Modell funktionierte auch der US-Immobilienmarkt. Um sein Wachstum zu verstetigen, mussten immer mehr Menschen und Familien auf den Markt der Hypothekenanleihen gedrängt werden. Am Anfang der Welle war es nicht allzu schwer, die Men-

schen, die den „amerikanischen Traum“ vom eigenen Grund und Boden hegen, vom Nutzen dieser Form des Schuldenmachens zu überzeugen.

Nachdem das Kontingent an „gesunden“ Kreditnehmern relativ rasch ausgeschöpft war, musste der wachsende Markt unter allen Umständen weiter gestützt werden. Deshalb suchten die Händler mit Immobilienkrediten ihren Kundenkreis zu erweitern: Ökonomisch „kranke“ Kreditnehmer? Plattfüße? Asthmatiker? Kein Problem: Sie wurden einfach für tauglich befunden. Die Käufer strömten in Scharen auf den Markt, die Preise gingen ständig in die Höhe.

Und wenn sich Zweifel am finanzwirtschaftlichen Perpetuum mobile regten, wurden diese von Hauskäufern wie von Maklern mit der Überlegung zerstreut: Selbst wenn ein Kunde die Zinsen und die Raten nicht bedienen kann, lässt sich das Haus mit Gewinn für die eine und Provision für die andere Seite verkaufen. Und da im Glauben an unbegrenztes Wachstum des Marktes jeder potenzielle Kunde als tauglich galt, wurden die Kreditlinien bis zum Anschlag aufgedreht.

Die spekulative, sich selbst ernährenden Hausse scheint allen recht zu geben. Damit ist ein Wort verbunden, das Haltbarkeit und Zukunft verspricht: die Kategorie der „Subprime Mortgages“. Tatsächlich handelt es sich um Immobilienwerte, deren tatsächliche Eigentümer – mit oft überaus fragwürdiger Kreditwürdigkeit – den kreditgebenden Banken unbekannt sind. Doch auf dem Höhepunkt der Euphorie werden alle Grenzen überschritten. Was gibt es Tolleres als Kredite der Kategorie „Ninja“?

Fortsetzung auf Seite 24

Fortsetzung von Seite 23

Die Abkürzung steht für „No income, no job or asset“. Zu Deutsch: „Kein Einkommen, kein Job, kein Vermögen“, also keinerlei Kreditabsicherung. Dafür wird beim Abschluss eines solchen Vertrags der Champagner entkorkt.

Phase zwei: leichtfertiges Risikoverhalten. Die Finanzwelt lässt sich nicht so leicht erschüttern, schließlich hält sich jeder für einen Champion des Risikomanagements. Tatsächlich ist, was neue Instrumente betrifft, der Einfallreichtum fast unbegrenzt. Eines der Geheimrezepte heißt „derivative Produkte“. Ein solches Produkt profitiert davon, dass ein Kredit, und zumal ein mit Risiken behafteter, bis zum – guten oder schlechten – Abschluss in den Büchern des Kreditgebers verbleibt.

In den frühen 1990er Jahren entdeckte man die tolle Möglichkeit, eine gewisse Anzahl von Krediten zu markt-fähigen Schuldverschreibungen zu bündeln. Der gewaltige Vorteil dieses zutreffend als „Schuldtitel-Strategie“ (oder „Schuldtitel-Trick“) bezeichneten Geschäfts besteht darin, dass am Finanzmarkt solche neu gebakenen Wertpapiermittel in kleinen Paketen an finanzkräftige und kaufwillige institutionelle Investoren abgegeben werden können. Damit verschwinden die problematischen Kredite aus der Bilanz der ursprünglich verleihenden Banken. Letztere vergeben deshalb Kredite umso unbedenklicher, je mehr von ihnen sie dank der „Schuldtitel-Strategie“ abstoßen können.

Aber warum sind die neuen Finanzinvestoren bereit, das zu kaufen, was die Banken doch nur loswerden wollen? Zum einen, weil sie damit Wertpapiere in kleineren Einheiten übernehmen, vor allem aber, weil diese Titel marktfähig sind, also wiederum an Dritte veräußert werden können. Ein weiterer Grund ist der, dass die neue Art von „Derivaten“ (die vom ursprünglichen Typ des Kredits „abgeleitet“ ist) sich in einzelne Teilbeträge mit entsprechend verteilten Risiken aufgliedern lässt. Jeder institutionelle Investor pickt sich die für sein Profil und seine Risikobereitschaft geeignete Tranche heraus – in dem Wissen, dass sich immer jemand findet, der seinerseits die riskanteste und damit einträglichste Tranche übernimmt. Vor allem die Hedgefonds gehen derartige Risiken ein. Das Ganze geht gut, solange alles gut geht.

Klar ist dabei, dass alle mit den ursprünglichen Krediten verbundenen Verwertungsrechte an den Finanzströmen, aber auch die entsprechenden Ausfallrisiken auf die Inhaber dieser RMBS („Residential Mortgage Backed Securities“: an Immobilienkredite gebundene Wertpapiere) übergehen. Da jedoch die Zahl dieser Inhaber so groß und schwankend ist, läuft das Ganze auf eine ungeheure Streuung des Globalrisikos hinaus. Während die kreditgewährende Bank früher ihre Ausfälle allein bewältigen musste, ist sie nunmehr von diesem Risiko völlig befreit. Und die Kosten der Ausfälle verteilen sich auf unzählige Investoren, wobei jeder Investor nur einen kleinen Teil zu tragen hat, der für sein Gesamtportfolio nur ein verschwindendes Risiko zu sein scheint.

Warum sich also Sorgen machen, wo die Finanzwelt mit dem „Schuldtitel-Trick“ offenbar die Quadratur des Kreises gefunden hat und derselbe Trick auch noch auf der nächsten Ebene funktioniert, bei den RMBS? Was Letztere betrifft, so benötigen die riskantesten Tranchen allerdings eine Spezialbehandlung, damit sie leichter abzustoßen sind. Als Besitzer von RMBS-Titeln emittieren manche Investoren einen neuen Typus handelbarer Wertpapiere, die sogenannten CDO (Collateralised Debt Obligations oder „gebündelte“ Schuldtitel).

Konzipiert als „Schuldscheine auf Schuldscheine“, erlauben diese CDOs eine weitere Aufspaltung des RMBS-Portfolios in unterschiedlich riskante Tranchen. Die oberste, „Investment

grade“ genannte Tranche sichert ihren Inhabern bei Zahlungsunfähigkeit der Schuldner die ersten 20 bis 30 Prozent der Konkursmasse aus den beliebigen Immobilien. Darunter liegen eine mittlere („Mezzanine“) und eine untere Tranche. Die Besitzer dieser risikoreichsten Papiere trifft bei Zahlungsunfähigkeit der Schuldner der Schock der Pleite mit voller Wucht.

Eine beschönigende Bezeichnung für diese untere Tranche lautet „Equity“ (Vermögensanteil), aber die Sprache des Marktes drückt es ehrlicher aus: „Toxic Waste“ also „Giftmüll“. Das ist durchaus zutreffend, denn bei diesem Derivat ist das Risiko gleichsam ins Quadrat erhoben. Solange jedoch die Preise am Immobilienmarkt steigen und der Strom der Rückzahlungen nicht unterbrochen ist, findet sich immer ein Abnehmer, und solange das Ausmaß der „Vergiftung“ noch nicht konkret zutage tritt, zählt nur die enorme Verzinsung.

Die genannten Hedgefonds, die neue Mittel zu vergleichsweise niedrigen Zinssätzen aufnehmen können, investieren bewusst in mit hohem Risiko behaftete Wertpapiere. Diese können, so das zugrundeliegende Kalkül, nach Belieben verkauft werden und entsprechend hohe Gewinne einspielen – solange der Markt nur liquide ist. Der „Giftmüll“ wird als Gold gehandelt. Die fantastischen Gewinnaussichten kaschieren die objektiven Risiken, die niemand sehen will. Und um die Melk-

der Schuldenkette sagt sich der Betreiber des Hedgefonds: Warum soll ich, solange der Derivatemarkt liquide ist, nicht auch noch die miesesten Schuldverschreibungen (CDO) übernehmen, wo sie doch die profitabelsten sind? Natürlich sind in diesem System die Risiken „irgendwie“ verteilt, aber die schiere Menge des „Streuguts“ hat zu einem völlig unkontrollierten weltweiten Wachstum geführt. Damit treibt die Entwicklung der Finanzmärkte, für niemanden voll überschaubar, in eine kritische Zone.

Die strukturelle Fragilität des skizzierten Spekulationsgeflechtes erreicht nun einen Punkt, an dem es auf eher belanglose Veränderungen im ökonomischen Umfeld reagiert. Ein Beispiel: Die schrittweise Anhebung der Zinssätze durch die amerikanische Zentralbank um jeweils 0,25 Prozent erscheint für sich genommen zunächst harmlos. Aber am anderen Ende der Risikokurve steigen die Sollzinsen für den Immobilienkredit, den Mrs. Brimmages 2005 aufgenommen hat, von 6,3 auf 11,25 Prozent und ihre monatlichen Kreditraten von 414 auf 691 Dollar. Das Ergebnis ist Zahlungsunfähigkeit. Auf dieselbe Weise wurden im ersten Quartal 2007 14 Prozent der Subprime-Kreditnehmer in die Insolvenz getrieben.

Die schrittweisen Zinsanhebungen der Zentralbank sind eigentlich als bescheidene Anpassungsmaßnahme entworfen, tatsächlich aber haben sie

im Fall haben zwei finanzielle Zusammenbrüche – jeweils an den Enden der Kette – die Märkte aufgeschreckt. Zum einen war die Investmentbank Bear Stearns gezwungen, zwei ihrer wohl allzu „dynamischen“, mit CDO „gedopten“ Fonds zu schließen. Zum anderen musste der Immobilienfinanzierer American Home Mortgage (AHM) einen Antrag auf Gläubigerschutz stellen. Das missglückte Abenteuer des Immobilienfinanziers verunsichert die Märkte stärker als das der Investmentbank, denn AHM ist im Bereich Subprime nicht sonderlich engagiert. Das provoziert die Frage: Wie steht es dann erst um andere Unternehmen?

Phase vier: überstürzte Revision der Risikobewertung. In dieser Phase kommt es zu einer leichten Panik. Die „Toxic Wastes“ riechen schon recht unangenehm und nähren den Verdacht, dass auch die mit Bestnoten (AA oder gar AAA) bewerteten „Investment grade“-Tranchen der CDO frisiert sein könnten. Doch wie konnte es zu solch einer gigantischen Fehlbewertung der finanziellen Risiken kommen?

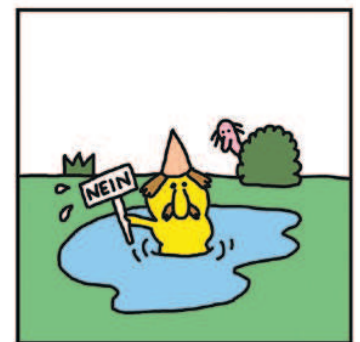
Natürlich hat das zunächst mit der prinzipiellen Schwierigkeit einer objektiven Bewertung von Derivaten zu tun. So haben die Bewertungsagenturen hunderte von CDO- und RMBS-Tranchen zu prüfen und einzuschätzen. Doch diese Agenturen sind nicht mit fleißigen Arbeitnehmern gleichzusetzen, die unter der Last ihrer Aufga-

bert haben. Wenn man der Finanzwelt so nahesteht und sich dazu noch aus ihren Taschen bedient, kann man schwerlich „Vorsicht“ rufen, während alle anderen noch fett verdienen.

Das Ergebnis ist bekannt: Die Bewertungsagenturen verhalten sich auf katastrophale Weise prozyklisch, wenn sie antizyklisch sein sollten; sie lassen der Hausse freien Lauf – und revidieren, sobald der Umschwung einsetzt überstürzt ihre ursprüngliche Einschätzung, was die Krise wiederum verschärft.

Vermutlich stehen wir erst am Beginn der Krise. Die künftigen Rückzahlungsausfälle auf dem Hypothekenmarkt laufen geräuschlos im Vorzimmer der sogenannten „Teasing Rates“ auf. Das heißt, dass die Haushalte, die 2005 und 2006 in eine Hypothekenklemme gerieten, erst 2007 und 2008 zahlungsfähig werden – mit gravierenden Folgen für die betreffenden Kreditinstitute.

Da die Globalisierung die Finanzmärkte und mit ihnen die finanzielle Einfalt erfasst, bleiben die Folgen der Krise nicht auf die USA beschränkt. Gewiss hat sich vor allem der US-Hypothekenmarkt ins Delirium gesteigert, aber die daraus „abgeleiteten“ Instrumente in Form gebündelter Schuldtitel waren weltweit für alle spekulativen Fonds ein reizvolles Angebot. Selbst die lange als langweilig und altmodisch geltenden, an ihren tristen Privatkundenbanken



kuh so lange wie möglich am Leben zu erhalten, beschaffen die Immobilienmakler massenhaft neues Futter, also noch mehr Schuldner.

Phase drei: von der strukturellen Verwundbarkeit zu Pleite und Panik. Die Risikostreuung, die durch den Schuldtitel-Trick garantiert scheint, erzeugt letztendlich den Glauben, dass es gar keine Risiken mehr gibt. Das ist eine Illusion. Und dies umso mehr, als der süße Rausch die Akteure zu immer waghalsigeren Verhaltensweisen verleitet.

Der Verkäufer von Immobilienkrediten redet sich ein: Wenn ich sogar meine lausigsten Kredite abstoßen kann, gehe ich richtig zur Sache und verleihe noch mehr. Am anderen Ende

einen doppelten Schereneffekt. Zum einen vermindern sie die Zahl der Neuverträge auf dem Immobilienmarkt, was die Preise fallen lässt; zum anderen sind die verschuldeten Hausbesitzer außerstande, ihre monatlichen Abzahlungsraten zu bedienen, womit der Erfolg ihres Eigenheimerwerbs insgesamt gefährdet ist. Tatsächlich bedeutet der Verkauf ihrer Immobilie in der Regel einen Wertverlust nicht nur für sie selbst, sondern auch für alle anderen, denn durch die Baisse wird der drohende Preisverfall noch beschleunigt.

Wie immer bei Finanzkrisen muss ein auf Spezialitäten fixierter „Investor“ als Erster die Suppe auslöflern. Doch sein Zusammenbruch wirkt als Signal zur großen Wende. Im aktuel-

len stöhnen. Ihren Hauptsatz erziehen sie mit den Geldinstituten, die ihre zur Bewertung vorgelegten Titel in dem dargestellten Treibhausklima emittiert haben. Die Agentur Moody's etwa erzielte ihren Jahresumsatz von 2006 zu 40 Prozent mit der Bewertung „strukturierter Produkte“. Und bevor die jeweils neu bewertet werden, ist es für beide Seiten zweifellos günstig, wenn die zuvor auf den Markt gebrachten Finanzprodukte für „gesund“ erklärt wurden.

Eine weitere Überlegung macht klar, warum die Bewertungsagenturen es nie verstanden haben, sich von der Euphorie des Marktes, die sie eigentlich dämpfen sollten, wirklich freuzumachen, und dass sie im Gegenteil diese Stimmung geflissentlich geför-

hängenden Deutschen entschieden sich zur Jahrtausendwende, auf die „aktiven Märkte“ zu setzen. Mit dem Ergebnis, dass 2007 eine Bank wie die IKB am Rande des Abgrunds taumelt, weil sie sich viel zu stark dem Subprime-Risiko ausgesetzt hat.

Phase fünf: die Ausbreitung der Verdachtsmomente. Mit den ersten Anzeichen der Krise beschleunigten und durchkreuzten sich auf den globalen Finanzmärkten die Aktionen und Reaktionen. Das empfindliche Gleichgewicht der Derivate hielt nur, solange es von niemandem auf die Probe gestellt wurde, das heißt, so lange alle vorgaben, an die Liquidität des Derivatemarkts zu glauben. Sobald indes einer der beteiligten Makler unter Druck ge-

rät und versucht, sich durch Verkauf seiner CDO etwas Luft zu verschaffen, entsteht eine latente Angst – und alle Käufer suchen das Weite. Hat sich die Liquidität erst einmal verflüchtigt, gibt es praktisch keine formal marktfähigen Aktiva mehr.

Von hoher Komik, aber auch zum Weinen ist die Mitteilung der französischen Bankgruppe BNP Paribas, die am 9. August für drei ihrer (natürlich „ur-dynamischen“) Fonds die Rückzahlungen stoppte: „Das Verschwinden der Schuldverbriefungen in einigen Marktsegmenten der Vereinigten Staaten legt die Preisbildungsmechanismen lahm und führt zu einem quasi totalen Wertverfall der Fondsaktiva, unabhängig von deren Qualität oder Rating.“ Diese Situation hatte freilich BNP-Chef Baudoin Prot eine Woche vorher nicht gehindert, kategorisch zu bestätigen, dass die Liquidität der drei Fonds gesichert sei. Das macht deutlich, dass die allgemeine Nervosität auch Tranchen infiziert, die als absolut sicher gelten.

Die Ansteckung macht also nicht auf halbem Wege Halt. Sie erfasst nicht nur alle Risikoklassen im Bereich der RMBS und Derivate, sondern greift auch auf Marktsegmente über, die mit diesen eigentlich nichts zu tun haben (sieht man davon ab, dass sie sich auf die Kreditorgie eingelassen haben). Das gilt insbesondere für den Sektor Private Equity, dem neuerdings prominentesten Sektor der Finanzinvestitionen. Diese Fonds verfolgen die Strategie, als lukrativ eingeschätzte Unternehmen vollständig aufzukaufen, sie von der Börse zu nehmen, einer brutalen Umstrukturierung zu unterziehen und nach wenigen Jahren mit hohem Profit wieder abzustoßen.

Diese Fonds verfügen über nur wenig Eigenkapital. Bei einem Firmenkauft verschulden sie sich massiv und bestreiten die finanziellen Verpflichtungen aus dem übernommenen Unternehmen. Die dank dieser Strategie erzielten Gewinne schossen so exorbitant in die Höhe, dass die Banken sich um die Finanzierung solcher Transaktionen buchstäblich schlugen. In euphorischer Erwartung permanenter Gewinne boten die Banken den neuen Private-Equity-Fonds skandalös bequeme Kreditbedingungen.

Da gibt es zum Beispiel eine Finanzierungstechnik, die man „Covenant Lite“ nennt: Hier fehlen alle Klauseln, die normalerweise die finanziellen Risiken abdeckend, wie sie jeder normale Darlehensnehmer unterschreiben muss. Frei nach dem Motto: „Macht was ihr wollt, wir sind dabei.“ Ein Knüller sind auch die Kredite mit der Bezeichnung PIK (Payment In Kind) oder auch IOU (I Owe You). Hier werden die Zinsen und die Schuldensumme nicht in bar getilgt, sondern in Form von zusätzlich aufgenommenen Krediten. Die auf diese Weise in Private-Equity-Fonds geleiteten, tatsächlich aber ausstehenden Kreditzahlungen haben ein immenses Volumen erreicht.

Transaktionen dieser Art sind allerdings außerordentlich anfällig, wenn der Moment des „Abstoßens“ kommt. Dabei geht es um den Wiederverkauf notorisch illiquider Aktiva, und zwar nicht in Form einzelner Aktienpakete, sondern ganzer Unternehmen. Wenn dieses Manöver erstmals missglückt – weil ein Wiederverkauf unmöglich oder



nur verzögert oder mit Verlust möglich ist – wird der gesamte Private-Equity-Sektor eine böse Überraschung erleben.

Derzeit sind bereits eingeleitete Fondsübernahmen nur noch mit Mühe abzuschließen. Die Banken, die lange Jahre prinzipienlose Komplizen waren, halten sich plötzlich stark zurück. Darin zeigt sich ein für Finanzkrisen typischer „Amalgameffekt“. Nachdem in einem Sektor plötzlich Risiken aufgetaucht sind, denken die Akteure auch in anderen Sektoren über möglichen Folgewirkungen nach. So wie 1994 die mexikanische Verschuldungskrise pauschal die „Schwellenmärkte“ in Verruf brachte und Zweifel über das ziemlich entfernt liegende Thailand aufkommen ließ, so hat die heutige Immobilienkrise Rückwirkungen für die Bewertung von Private Equity. Das eine hat mit dem anderen unmittelbar nichts zu tun – bis auf den Umstand, dass es in beiden Bereichen mehr oder weniger vergleichbare Exzesse gegeben hat.

Phase sechs: der Bankenschock. Wengleich es den Banken insgesamt gelungen ist, ihre Immobilienkreditportfolios durch die „Schuldtilt-Strategie“ abzustößen, erleiden die Banken derzeit Rückschläge an vielen Fronten. Zunächst ließen sie zu, dass die von ihnen verwalteten Fonds mit Derivaten aufgefüllt wurden, womit das Hypothekenrisiko, das man vor die Tür gesetzt hatte, durchs Fenster wieder hereinkam. Hinzu kommt die Gefahr wechselseitiger Ansteckung, die insbesondere vom privaten Beteiligungskapital (Private Equity) ausgeht, dessen Krise sie direkt betrifft.

In dieser Situation kennt die Bankenaufsicht keinen Spaf: Die Institute sind gehalten, bei der Dokumentation ihrer Zahlen, sprich ihrer Solvenz, die Angaben über ihr Eigenkapital strikt von denen über ihre anderen Engagements zu unterscheiden. Wenn negative Wertkorrekturen (auch latente) ans Licht kommen – und sie könnten in beträchtlicher Höhe erfolgen, weil die Rating-Agenturen aufgewacht sind und ihre Bewertungen nach unten korrigieren –, sind die Banken zu entsprechenden Rückstellungen verpflichtet. Zur Verteidigung ihrer Bonitätsrate müssen sie dann die bewilligten Kreditsummen in Relation zum Eigenkapital (abzüglich Rückstellungen) verringern.

Der Staat als letzter Gläubiger

Letztendlich sind es, wie immer, die von spekulativen Gier besonders weit entfernten „realen“ Akteure, denen die Kreditähne zugehört werden, weil die Banken in allen Bereichen weniger Geld ausleihen, um ihre Bilanzen aufzubessern. Das trifft auch die Unternehmen der Realwirtschaft und ihre Beschäftigten, die dann kaum begreifen, womit sie das verdient haben.

Phase sieben: Hilferuf an die Zentralbanken. Nachdem unsere Finanzhelden sich auf dem Höhepunkt des Booms zur Speerspitze des Fortschritts ernannt und entsprechend arrogant aufgeführt haben, sehen sie in der Krise ziemlich alt aus. Jetzt werfen sie sich weinend an die Brust von „Vater Staat“, die sie noch bekotzt haben, so-

lange sie glaubten, angesichts ihrer Finanzmacht alle Grenzen missachten zu können. Nun soll die Zentralbank sie vor der Pleite bewahren, indem sie die Leitzinsen senkt und für neue Liquidität in den Märkten sorgt. Die Zentralbank ist zwar nicht dem Staat gleichzusetzen. Aber sie ist eine öffentliche, vom Markt unabhängige Instanz, die man verachtet, solange die Profite fließen, aber um Hilfe anfleht, sobald der Wind sich dreht.

Die Szene ist surreal und real zugleich: Jim Cramer, der beim Börsenkanal CNBC – untermalt von Hardrock und mit Buzzer und Börseneinblendungen – in Hemdsärmeln eine populäre Sendung mit Finanztips betreibt, ist dem Nervenzusammenbruch nahe und brüllt auf US-Notenbankchef Ben Bernanke ein: „Cut! Cut!“ Als Bernanke den Eindruck erweckt, dass er es mit der Senkung der Leitzinsen nicht allzu eilig hat, schleudert Cramer ihm die schlimmste aller Beleidigungen entgegen: Er habe nichts kapiert, er sei ja nur ein „Akademiker“.

Auch die anderen befragten Experten, die besser gekleideten und nicht so vulgär herumschreienden Fondsverwalter, sind mit Cramers Urteil absolut einverstanden. Und wie sie jetzt alle Greenspan nachweinen, der stets ohne jedes Zögern die Zinsen „gekappt“ hat. Der war noch ein echter Praktiker, unbelastet von überflüssigen Studien, der musste nur den Hintern der Bestie befühlen und wusste sofort, wann die Geldpolitik Gas geben musste!

Weniger Uneinsichtige gestehen sich mittlerweile allerdings ein, dass

Alan Greenspans langjährige laxe Geldpolitik zu den Exzessen der Finanzjongleure und zum Aufpumpen der Blase beigetragen hat, die jetzt am Platzen ist. Ben Bernanke scheint derzeit noch davon auszugehen, dass die tollkühnsten Makler die Folgen ihres Leichtsinns selbst zu tragen haben, und verordnet eher dosierte Liquiditätshilfen. Doch sollte man sich davon nicht täuschen lassen.

Dieser Standpunkt des Zentralbankchefs ist nur haltbar, solange die Ausfälle begrenzt bleiben. Sollten sie sich ausweiten und eine „Systemkrise“ heraufbeschwören – oder einen Dominoeffekt auslösen, der zu einem allgemeinen Crash der Finanzmärkte führt –, dann wird eine massive Intervention des Staates unvermeidlich.

Dies ist übrigens bei allen üblen Machenschaften der Finanzwelt derjenige Aspekt, der weitaus am unerträglichsten ist. Durch die Strukturen des herrschenden System ermutigt, überschreiten die maßgeblichen Akteure immer wieder die Schwelle zur Krise. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Aufsichtsbehörden nicht mehr länger wegsehen können. Der Staat als „letzter Gläubiger“ ist gezwungen, für die Hasardeure das Eisen, sprich den verlorenen Einsatz, aus dem Feuer zu holen. Die perfekte Geiselnahme.

Aus dem Französischen von Dietmar Trempenau

Frédéric Lordon ist Ökonom und Philosoph, am Forschungsdirektor am Zentrum für Europäische Soziologie und Wissenschaftspolitik in Paris. Dieser Text erschien im September 2007 in LMD.

Kontropunkte zum „Absolutismus der Finanzmärkte und der Medien“ setzen

FÜR 25 EURO um die Welt



25 Jahre deutsche Ausgabe

Die Internationale

Seit 25 Jahren bietet Le Monde diplomatique Analysen, Alternativen und Geschichten, die Sie anderswo nicht finden: Einmal im Monat lesen Sie, was auf der Welt passiert – und was dabei auf dem Spiel steht.

Zeitung, App und Audio für 25 Euro im ersten Jahr*

monde-diplomatique.de/abo25

* Unser Jubiläumsangebot ist gültig bis zum 8. Juni 2020.

Kein Eis mehr vor Ilulissat

Mit dem orthodoxen Patriarchen und anderen Ökoaktivisten in Grönland

von Neal Ascherson

Auf dem Weg zum Strand stieg der Patriarch auf eine Felsplatte, eine glatt geschliffene Klippe grönländischen Granits. Die Bewohner von Ilulissat, die sich als schweigende Versammlung oben am Hang vor dem Horizont abgehoben hatten, kamen nach und nach herunter und umringten den Patriarchen, bis auf der Plattform kein bisschen Platz mehr war. Die Kinder kletterten sich an den Beinen ihrer Eltern fest, um nicht die Klippe hinunterzustürzen. Dann begann der Patriarch zu ihnen zu sprechen, Worte auf Englisch und Griechisch, die ins Grönländische übersetzt wurden. Als er gendete hatte, begannen sie ihm zu Ehren zu singen, in der Inuit-Sprache und den alten Harmonien der Herrnhuter Missionare. An den Granitfelsen gelehnt, bekam

einzelne gewaltig groß wie eine Stadt. Ich betrachtete die Schauenden. Wir alle, Grönländer, Wissenschaftler und Theologen im Gefolge des Patriarchen, standen auf einmal da wie der einsame Wanderer bei Caspar David Friedrich, als stünde er im Angesicht des Eises vor seinem Richter.

Der Ilulissat-Fjord schneidet in die grönländische Westküste. An seinem Ende liegt einer der mächtigsten Gletscher der Welt, der Sermeq Kujalleq. Die kliffartig aus dem Wasser ragende Gletscherfront ist drei Meilen breit und fast eine Meile hoch, wenn man die unter der Wasseroberfläche verborgene Eismasse mitrechnet. Die Eisberge, die wir vor uns sahen, waren die Kinder dieses Gletschers, die sich abkalben und mit kaum wahrnehmbarer Bewegung in den Ozean hinauswandern, wo

sich der Abschmelzungsprozess immer mehr beschleunigt.

Im August 2007 war die Nordwestpassage, die um die Nordküste von Kanada und Alaska herum bis zur Beringstraße führt, zum ersten Mal seit Jahrhunderten eisfrei und damit befahrbar. Auf dem kanadischen Festland beginnt es in der arktischen Zone zu „grünen“: Die Baumgrenze schiebt sich weiter nach Norden vor. Die das Sonnenlicht reflektierenden Eisflächen werden nach und nach durch dunkle Wälder ersetzt, welche die Strahlung und Wärme der Sonne absorbieren. Im Gutachten des UN-Klimarats für das Jahr 2007 steht, dass der Arktische Ozean gegen Ende des 21. Jahrhunderts im Sommer voraussichtlich eisfrei sein wird. Nur wenige Monate nach Veröffentlichung dieser Prognose weiß alle Welt, dass es

wird jeden Tag eine Süßwassermenge in die Weltmeere eingespeist, mit der man die größten Städte der Erde versorgen könnte.

Wieder an Bord des norwegischen Kreuzfahrtschiffs „Fram“ ging es bei dem anschließenden Symposium um die möglichen Erscheinungsformen der Apokalypse. „Wir wissen nicht, wie nah wir schon auf den Katarakt zu getrieben sind“, meinte Dr. Jane Lubchenco. Und sie äußerte die Befürchtung, dass der verstärkte neue Zustrom von Süßwasser zu veränderten Meeresströmungen im Nordatlantik und damit des Golfstroms führen könnte. Die globale Erwärmung, die vor 12.000 Jahren auf eine relativ kurze Kälteperiode – die Jüngere Dryas – folgte, hatte den Golfstrom für zwei Jahrtausende abgeschaltet.

schon durch die Davisstraße nach Süden; eine Dünung hatte eingesetzt, die das Schiff leicht ins Schlingern brachte. Die Gesichter einiger Teilnehmer wurden so grün wie ihre Überzeugung, und sie verzogen sich unter Deck. Vielleicht eine Meile entfernt zogen Wale vorbei, den gewaltigen Atem fontänengleich ausstoßend.

Es ist seltsam, in Sachen Apokalypse haben Wissenschaft und Religion offenbar die Fronten gewechselt. Vor nicht einmal hundert Jahren hätte die Bedrohung der Menschheit durch die globale Erwärmung einen ganzen Chor von Feuer- und Schwefel-Predigten ausgelöst, mit der Botschaft, dass für die sündige Verkommenheit und das selbstsüchtige Wohlleben der Menschheit jetzt endlich die gerechte Strafe fällig sei. Und die Priester hätten die Vor-



„Bilder aus Grönland“, kolorierte Lithografie (um 1860). Dänischer Bilderbogen von C. G. Iversen. Privatsammlung akq images

ich nur Satzsetzen von oben mit. Mein Blick wanderte über die roten und grünen Hänge, spärlich bewachsen im arktischen Sommer.

Seine Heiligkeit Bartholomäus I., Ökumenischer Patriarch von Konstantinopel und geistliches Oberhaupt der orthodoxen Kirchen in aller Welt, war nach Grönland gekommen. Es war seine siebte Reise, wie alle vorangegangenen zugleich Symposium und Appell an die Menschheit, die Schöpfung zu respektieren und zu retten. Organisiert werden diese Reisen von der Athener Gruppe „Religion, Wissenschaft und Umwelt“. Die Teilnehmer sind Meeresbiologen, Ökologen, Politiker und Vertreter aller Glaubensrichtungen. Reiseziel jedes Symposions ist ein bedrohtes Gewässer. Man erfährt etwas über das Leben der einheimischen Bevölkerung und macht sich gemeinsam Gedanken über die Zukunft unseres Planeten.

Die Versammlung zog weiter den Bergrücken hinauf. Noch war der Blick auf die Küste verdeckt. Dann, auf dem Kamm angelangt, hielten wir alle inne. Vor uns, auf der unbewegten, türkisfarbenen Wasserfläche türmten sich die Eisberge im Abendlicht, jeder

sie mit der Strömung nach Süden driften und dann, immer weiter abschmelzend und ihre Süßwassermassen freisetzend, in den Nordatlantik gelangen.

In den letzten zwanzig Jahren sind auf diese Weise 20.000 Kubikkilometer Frischwasser in den Atlantik gelangt. Diese von der Eiskappe Grönlands stammenden Wassermassen beeinflussen den Meeresspiegel und die Temperaturen des Nordatlantik und wirken sich damit auf die Richtung der ozeanischen Strömungen aus, auf die Windsysteme und auf das Klima des gesamten Planeten. Von dieser Klippe über dem Ilulissat-Fjord blickt man direkt in einen der Maschinenräume dieser Erde. Doch die Maschinen haben ihren Rhythmus verändert. Im Jahr 2007 schrumpfte die arktische Eiskappe in einem nie da gewesenen Tempo. An dem Tag, an dem wir am Ilulissat-Fjord standen, war die sommerliche Eisfläche auf ein Rekordminimum geschrumpft, auf 4,12 Millionen Quadratkilometer, was gut 30 Prozent weniger sind als die 5,9 Millionen im Jahr zuvor. Das langfristige Durchschnittsminimum lag immer bei 7,7 Millionen, aber in den letzten sechs Sommern hat

sich um eine grandiose Unterschätzung handelte.

Das Schwinden der polaren Eisdäcke ist schlimm genug. Aber noch unkalkulierbarer könnten die Folgen sein, die sich aus den Veränderungen an dem über drei Kilometer dicken Eispanzer Grönlands ergeben, der 85 Prozent der Insel überzieht und eine der größten Süßwasserreserven der Erde darstellt. Schon gibt es Anzeichen dafür, dass dieser Eispanzer aufbricht. An seinen Rändern beginnt er sich bereits zurückziehen, wodurch gewaltige Mengen Schmelzwasser bis an seine auf dem Felsen aufsitzende Basis durchsickern. Die Folge sind Verschiebungen und Risse in den mittleren Schichten der Eismasse. Seismologen sprechen von „Gletscherbeben“.

Die Gletscher, die sich zum Meer hinunterwinden, sind auf dem Rückzug. Die Gletschernase des Sermeq Kujalleq entfernt sich jedes Jahr weiter von der Küstenlinie, und der Gletscher selbst – der die Eisberge wie vom Fließband ins Meer befördert – bewegt sich viel schneller. Seit 2003 hat er seine Geschwindigkeit von acht auf fünfzehn Kilometer pro Jahr gesteigert. Allein hier

Robert Corell ist Vorsitzender des Ausschusses zur Einschätzung der Auswirkungen des arktischen Klimas (Arctic Climate Impact Assessment, Acia). Er hält die Voraussage, dass der Meeresspiegel um bis zu 59 Zentimeter ansteigen wird, schlicht für lächerlich; mittlerweile müsse man mindestens von einem Meter ausgehen. Dann zeigte er anhand einer Karte, was dieser Anstieg für Ägypten oder San Francisco bedeuten würde.

Ganz ähnlich äußerte sich Svend Auken, ehemals Umweltminister in Dänemark, über den von der EU angenommenen Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen um 2 Grad Celsius; man müsse vielmehr von einer Erwärmung um fast 6 Grad ausgehen. Von den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels sagte er, das sei so, „als behandle man Krebs mit Aspirin“. Und der Handel mit CO₂-Emissionsrechten nach dem Kioto-Vertrag sei „zu einem Fall von kreativer Buchführung gigantischen Ausmaßes verkommen“.

Und so folgte mit großer Unerbittlichkeit eine schlechte Nachricht auf die andere. Die „Fram“ steuerte inzwi-

stellung, menschlicher Einfallstreichtum könnte die Rache des Herrn noch einmal abwenden, als nackten Frevel geißelt.

Heute sind es die Materialisten – Meeresbiologen, Klimaexperten und Ökologen –, welche zur Einkehr aufrufen und die Menschheit auffordern, die ganze Entwicklung als gerechte Strafe zu begreifen. Betrachten wir einmal die Pilger auf der „Fram“ als deren Repräsentanten, so ist es heute die Religion, die uns Mut zuspricht und verkündet, dass der Kampf noch nicht verloren ist und dass die Menschen den Planeten und ihre Seelen immer noch retten können, wenn sie sich zu einem entsagungsvollen grünen Leben bekennen.

Neben den Wissenschaftlern und den Theologen (zwei Imame, ein Rabbi und Christen fast jeder Glaubensrichtung) waren auch Grönländer an Bord – Schriftsteller, Professoren, Minister, lutheranische Geistliche und Sofie Petersen, die Bischöfin von Grönland, die einen knallbunten Talar übergeworfen hatte: ein beeindruckendes Team, wenn man bedenkt, dass Grönlands Bevölkerung, die an den äußersten Rändern der größten Insel der Welt in ver-



streuten Siedlungen lebt, nicht größer ist als die Population einer mittleren europäischen Stadt.

Grönland ist ein etwas störrisches dänisches Außengebiet mit einer autonomen Regierung. Kopenhagen ist offiziell nur für die Außenpolitik und die Sicherheit zuständig. Doch das hat die Grönländer nicht davon abgehalten, ein eigenes Außenministerium zu unterhalten und mit der klugen und weltgewandten Aleqa Hammond zu besetzen, deren Ministerium in einem Holzbungalow in der Hauptstadt Nuuk untergebracht ist.

Die globale Erwärmung wird Grönland die Unabhängigkeit bringen. Das ist eine etwas peinliche Entdeckung für die Einheimischen, die eine intuitive Sympathie für militante Ökoaktivisten in aller Welt hegen (ausgenommen die Greenpeace-Leute, die hier verhasst sind, weil sie Grönland den Handel mit Seehundfellen kaputt gemacht haben). Es lässt sich bereits einiger Nutzen aus dem Klimawandel ziehen. Es gibt wieder Heilbutt und Kabeljau, die auch noch schneller fangreif werden.

Im Süden Grönlands hält sich das Gras länger, so dass man für die Schafe kein Futter mehr importieren muss. Ich habe sogar ein Feld mit mickriger Gerste gesehen und einen Bauern getroffen, der sich als Viehzüchter versuchen will. Kartoffeln lassen sich heute viel leichter anbauen. Aus dem Schmelzwasser des Eispanzers entstehen größere Flüsse, und bald wird Grönland so viel Strom durch Wasserkraft erzeugen, dass man auf das teure Rohöl verzichten kann. Auch Bodenschätze (Gold, Diamanten, Kohle) lassen sich wieder abbauen, und in den vom Eis befreiten Küstengewässern hat die Suche nach Ölvorkommen begonnen.

All das bedeutet, dass Grönland bald nicht mehr auf die Zuschüsse aus dem dänischen Haushalt angewiesen sein wird, die sich auf jährlich rund 450 Millionen Euro belaufen und das halbe grönländische Budget ausmachen, aber auch die letzte Fessel aus der „Kolonialzeit“ darstellen. In einer gemeinsamen Kommission werden bereits die Regelungen und ein Zeitplan für den Weg in die Unabhängigkeit diskutiert, doch in jüngster Zeit macht die rechte dänische Regierung Schwierigkeiten. „Das ist aber im Grunde egal“, meinte dazu ein undankbarer Grönländer: „Dänemark wird sowieso bald unter Wasser sein, wir brauchen uns also keine Sorgen zu machen.“

Die Bevölkerung in der gesamten arktischen Region bekommt heute große Mengen giftiger Substanzen ab, die mit den Luftschichten aus der oberen Atmosphäre absinken. Aber die Grönländer fürchten den Treibhauseffekt eher aus emotionalen Gründen. Am meisten erschreckt sie die rapide Schwächung des Eisgürtels um ihre Küsten. Diese magischen weißen Flächen waren früher jeden Winter neu entstanden und stark genug, um die Jäger und ihre Hundeschlitten zu tragen, die mit Harpune oder Gewehr Jagd auf Seehunde, Walrösser und Narwale machen. Jetzt werden die Eisflächen immer brüchiger und unsicherer, und an manchen Stellen bilden sie sich überhaupt nicht mehr.

Fast alle Grönländer haben Inuit-Vorfahren und außerdem dänische oder norwegische Wurzeln. Die meisten wohnen heute in kleinen Städten. Nur etwa fünfhundert Grönländer leben noch ausschließlich als Jäger und Sammler, ihr Revier liegt weit oben im Norden in der Umgebung von Qaanaaq und der riesigen US-Luftwaffenbasis in Thule. Aber fast alle Grönländer haben Eltern oder Großeltern, die noch Jäger waren, und sie fragen sich, was es bedeuten wird, ein Grönländer zu sein, wenn dereinst das Küsteneis und die dazugehörige Lebensweise, die seit viertausend Jahren die Geschichte der Inuit prägen, zur Erinnerung verblasst sein werden.

Am Rand des Ilulissat-Fjords kamen wir an einem Feld vorbei, wo mehrere Rudel magerer Huskys in ihren Zwingern ungeduldig bellend darauf warteten, dass sie vor einen Schlitten geschirrt werden und über das Eis davonstürmen dürfen. Vielleicht aber wird die Eisdecke weder in diesem noch in den kommenden Wintern fest genug sein, um sie zu tragen. Diese Hunde haben keine Zukunft.

Die älteren Leute erzählten uns von Freunden oder Verwandten, die noch mit dem Hundeschlitten zum Fischen oder zur Seehundjagd aufgebrochen waren und nie wieder gesehen wurden. Statt solcher Geschichten gibt es neuerdings die über die Opfer der Erderwärmung. Patricia Cochran aus Nome in Alaska erzählte unter Tränen von ihrer Freundin Mary, die durch eine mürbe Eisdecke eingebrochen und ertrunken ist. „Das Eis ist anders, das Land sieht anders aus und fühlt sich anders an; es gibt Fliegenplagen, und die Stürme werden heftiger; für uns

ist der Klimawandel eine gefährliche Realität.“

Doch der Tod durch Ertrinken, wenn der Schlitten ins mürbe Eis einbricht, gehörte in der grönländischen Arktis schon immer zum harten Alltag. Der Klimawandel dient somit auch als Rechtfertigung, als eine sich von außen anbietende Erklärung, mit der man der Tatsache ausweichen kann, dass sich die Völker der Arktis selbst für ein anderes Leben entschieden haben, als sie das Paddel durch den Außenbordmotor ersetzten, als das motorisierte Snowmobil den Hundeschlitten ablöste und als die Kinder der Jäger in Bontonsdungen zogen und angingen, in Fischfabriken zu arbeiten.

Am Ufer eines langgestreckten Fjords im Süden Grönlands finden sich die Spuren verfallener Mauern: Die Überreste eines Hauses und eines Stalls, und, mit Torfstreu markiert, der Grundriss einer winzigen Kirche. Dies war Brattahlid. Die Siedlung hatte vor etwas über tausend Jahren Erik der Rote gegründet, als er von Island aus nach Westen aufbrach und eine unbekannte Küste entdeckte. Eriks Sohn Leif zog an den norwegischen Königshof und kehrte zum Entsetzen seines Vaters als Christ zurück. Später machte sich auch Leif nach Westen auf und gründete eine kurzlebige Siedlung an einer noch weiter entfernten, baumbestandenen Küste: „Vinland“ in Nordamerika.

Motorisiertes Snowmobil statt Hundeschlitten

Mehr als vierhundert Jahre lang bestellten die Leute Eriks und seiner Nachfolger den Boden um Brattahlid. Dann kühlte das Klima ab, das Eis wanderte nach Süden, und die Siedler wurden vergessen. Niemand weiß genau, was aus ihnen geworden ist. Jahrhundert später wurde der Ort von Europäern wiederentdeckt, aber es fanden sich nur schweigende Ruinen, ein Friedhof und eine Kapelle aus Treibholz, die Eriks Ehefrau Tjodhilde errichten ließ.

Archäologen identifizierten sowohl den Standort der Kapelle als auch den von Eriks Haus und verbrachten dessen Knochen nach Kopenhagen, wo sie in irgendeinem Kellergewölbe in Pappkartons aufbewahrt werden. Die Grönländer, die immer lautstark die Rückführung menschlicher Überreste und Relikte fordern, wenn es sich um Inuit handelt, kümmert es nicht, was mit den Knochen der „Nordmänner“ passiert.

Vor einigen Jahren wurde der Ort erneut besiedelt, von grönländischen Schafzüchtern, die eine Mole bauten und ein Dorf, das sie Qassiarsuk nannten. Hier ging der Patriarch an Land und zog an der Spitze einer Prozession hügelaufwärts zu dem Ring aus Torfstreu, Fundort der ersten christlichen Kirche in der westlichen Hemisphäre. Assiiert von seinem schwarz gewandeten Diakon begann der Patriarch, umdrängt von neugierigen Dorfbewohnern, zu singen und eine orthodoxe Liturgie anzustimmen.

Seine laute, wohltonende Bassstimme intonierte eine byzantinische Hymne. Es war eine merkwürdige, irrealer Szene: hinter dem Patriarchen ein gewaltiger, mit Eisbrocken übersäter Fjord; vor ihm ein karger Hang mit Felsbrocken, Torf und dürrtümigem Heidekraut. Dabei lag eher eine protestantische denn eine griechische Stimmung über der Landschaft, war man mehr an schottische Inselrücken denn an die Hügel Attikas erinnert. Ich fragte mich, was die Bischöfin Sofie wohl dachte, doch die Miene der Inuk blieb unbewegt.

In der orthodoxen Theologie, einer Religion von Seefahrern, reich an Metaphern aus der Welt des Wassers, liegt so etwas wie das Gespür des Seemanns für die umfassende Einheit der Natur. Vielleicht dachte Bischöfin Sofie gerade darüber nach, dass diese Theologie etwas mit dem Glauben der Inuit gemeinsam hat, der Walrossen und Klippen, dem Wind und den Sternen eine Seele zuerkennt.

Mit einigen anderen stieg ich den Hang hinauf, bis die um Tjodhildes Kapelle versammelte Gruppe nur noch als Farbtupfer auf dem graurünen Uferstreifen zu sehen war. Ein Schwarm Birkenzeisige umschwirrte die zum Trocknen aufgehängten Dorsche. Ein Rabe krächzte.

Die Inuit glauben an etwas, was sich schwer übersetzen lässt. Sie nennen es „Sila“ – die Kraft, die beunruhigende, unerwartete Dinge hervorbringt. Sila ist am Werk, wenn plötzlich ein Sturm losbricht oder katastrophale Veränderungen im Eis eintreten, oder wenn sich die Karibuherden neue Wanderrouten jenseits der Reichweite der Jäger suchen. Und Sila ist auch ein Geist, von dem Schamanenkinder manchmal im Voraus ahnen, wann er kommt.

Unten an der Küste erzählten die kümmerlichen Steinreste von einer Ge-

meinschaft, die von Sila keine Warnungen vernahm und wieder verschwand, weil sie sich dem Klimawandel nicht anpassen konnte. Die Nordmänner waren europäische Subsistenzbauern. Als die Kälte und Dunkelheit über sie kamen und ihr Getreide und ihre Tiere zugrunde gingen, hätten sie von ihren Inuit-Nachbarn deren Lebensweise und Gerätschaften übernehmen und als Jäger und Sammler überleben können. Aber das wollten und konnten sie nicht, und so finden sich nach dem frühen 15. Jahrhundert keine Spuren mehr von ihnen.

Einige Auswirkungen des Klimawandels lassen sich noch abwenden: Das Ozonloch beginnt sich zu schließen, und die tropischen Regenwälder könnten noch gerettet werden. Andere kann man abmildern, etwa durch Energiesparen und durch Maßnahmen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen. Aber mehr und mehr Belastungen sind unvermeidbar geworden. Auf sie kann man nur mit Anpassung reagieren. So müssen wir uns auf das Ansteigen des Meeresspiegels, auf Dürreperioden und neue Migrationsbewegungen einstellen. Und wir können uns zumindest mental auf den Ansturm des Unfassbaren einstellen, auf die komplexen Folgen des gigantischen, sich ständig beschleunigenden Veränderungsprozesses, den man in der Arktik wahrnehmen kann.

Anpassung bedeutet nicht Kapitulation, sondern Selbstbehauptung, wie sie die Inuit demonstrieren, die immer wieder Klimaveränderungen überstanden haben. Und es ist von großer Bedeutung, dass wir das „Schicksal der Erde“ nicht mit der Überlebenskrise gleichsetzen, vor der die menschliche Gattung steht. Die Erde und ihre Biosphäre werden sich weiter erhalten, aber in einer für uns nicht sehr freundlichen Gestalt. Ein junger grönländischer Intellektueller hat das etwas drastisch so formuliert: „Dem Leben auf unserem Planeten ist es völlig egal, was vor sich geht. Aber wir Menschen werden unsere Lebensweise wo möglich anpassen müssen.“

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Neal Ascherson lebt als Autor und Publizist in London, seit den 1960er Jahren schreibt er über Europa, insbesondere Osteuropa. Dieser Text erschien im Januar 2008 in LMd.

© The London Review of Books; für die deutsche Übersetzung LMd, Berlin



Am 5. August 2009 schlugen zwei Hellfire-Raketen in dem abgelegenen Dorf Laddah im Süden der pakistanischen Provinz Waziristan ein. Abgeschossen von einer US-Drohne, trafen sie das Haus des religiösen Führers und Taliban-Verbündeten Maulana Ikram-ud-Din. Die Raketen töteten zwölf Menschen, darunter auch Baitullah Mehsud, den charismatischen Anführer der pakistanischen Taliban.

Knapp zwei Wochen zuvor hatte das Pentagon inoffiziell den Tod von Ussama Bin Ladens Sohn Saad gemeldet. Und schon im Januar 2009 hatte das US-Militär sichtlich zufrieden die Tötung von Ussama al-Kini verkündet. Der Chef von al-Qaida in Pakistan stand wegen seiner Mitwirkung bei den Attentaten auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 ganz oben auf der Liste gesuchter Terroristen.

Christine Fair, Afghanistan-Expertin beim US-Thinktanks Rand Corporation, meint über die Wirkung der neuen Wunderwaffe: „Die Drohnen setzen al-Qaida zu. Sie eliminieren das Führungspersonal, vertreiben die Mitglieder aus den pakistanischen Stammesgebieten und schränken ihre Handlungsfähigkeit beträchtlich ein.“

Die Zahl der Angriffe unbemannter Flugzeuge (Unmanned Aerial Vehicles, UAV) auf Ziele in den pakistanischen Stammesgebieten hat in den vergangenen Monaten stark zugenommen. Ob Al-Qaida-Mitglieder oder afghanische und pakistanische Taliban: Mit Drohnen lässt sich ein permanenter Luftkrieg gegen Aufständische aller Art zu vergleichsweise geringen Kosten führen. Sollte es tatsächlich gelingen, die Hauptfeinde Pakistans mit der neuen Kriegstechnik außer Gefecht zu setzen, wäre das ein weiterer Beweis für die Überlegenheit dieser Technik gegenüber konventionellen Methoden. Die Eliminierung eines ganzen Reihe „hochrangiger Ziele“ geht schon jetzt auf das Konto von Drohnen.

Doch der relative Erfolg der gezielten Tötungen, die in Pakistan im Jahr 2004 begannen, wird von zahlreichen „Kollateralschäden“ überschattet. Bei den immer häufigeren Luftangriffen – zurzeit durchschnittlich einer pro Woche – sollen zwischen Januar und September 2009 insgesamt 432 Menschen ums Leben gekommen sein (für das ganze Jahr 2008 lag die Opferzahl bei 317). Die blutigsten Monate waren der Juni und Juli 2009, in denen bei Angriffen 155 Menschen starben.

Unter den Getöteten waren neben den bekannten Terroristen auch viele Zivilisten und pakistanische Widerstandskämpfer. Zum Zielgebiet der unbemannten Bomber ist insbesondere die Gebirgsregion Süd-Waziristan im Westen Pakistans geworden, die von dem Taliban-Führer Mullah Nazir und dem Haqqani-Netzwerk kontrolliert wird (benannt nach dem legendären Taliban-Führer und ehemaligen CIA-Verbündeten Jalaluddin Haqqani).

Mehrere tausend Kilometer entfernt, in Creech, Nevada, befindet sich die Basis, von der aus die CIA die Drohnen steuert. In einem engen, mit Computern vollgestopften Raum operieren die Piloten mittels Tastatur und Joystick. In dieser sterilen Umgebung gehen sie beim Lenken ihrer Fluggeräte nicht das geringste Risiko ein.



Ferngesteuerte Drohne der U.S. Air Force des Typs MQ-1 Predator beim Start auf der Creech Air Force Base, Nevada. DB US AIR FORCE FERGUSON/picture alliance/dpa

Aufspüren und vernichten

Drohnen, Waffensystem der Zukunft

von Laurent Checola und Edouard Pflimlin

Doch ein solcher Fernkrieg schafft neue Probleme: „Er verändert die ultimative Handlung eines Kombattanten – das Töten – von Grund auf“, schreibt die Drohnen-Expertin Martin Crag und fragt: „Ist der Krieg durch die Drohnen also zu einer gewöhnlichen Büroarbeit oder gar zu einem Videospiele geworden? Um zu verhindern, dass sich unverantwortliche Verhaltensweisen einschleichen, schickt das Pentagon die Piloten regelmäßig für vier bis sechs Wochen ins Einsatzgebiet.“

Die Gefahr einer Banalisierung des Tötens wird auch aus finanziellen Gründen in Kauf genommen: Die Ausbildung eines US-Kampfpiloten kostet 2,6 Millionen Dollar, die eines Drohnenpiloten nur etwa 135 000 Dollar.

Hinzu kommt, dass „die Regierung Bush im Sommer 2008 beschlossen hat, die CIA als Luftwaffe zur Aufstandsbekämpfung im Dienst der pakistanischen Regierung einzusetzen“, sagt der Politologe Micah Zenko vom Council on Foreign Relations (CFR) in New York. „Die Angriffsflüge der CIA unterliegen der Geheimhaltung, womit eine echte öffentliche Auseinandersetzung über ihre Wirksamkeit ausgeschlossen ist.“

In dieses Bild passt auch, dass der private Militärdienstleister Blackwater, der sich nach seinen Korruptionsskandalen im Irak in Xe umbenannt hat, heimlich und offenbar ohne rechtliche Grundlage zu Serviceaufgaben bei den afghanischen Drohneinsätzen herangezogen wird.

Der große Vorteil der Drohnen ist – neben der Nichtgefährdung des Piloten

– ihre lange Einsatzzeit. Eine Drohne vom Typ MQ-1 Predator A kann 24 Stunden ununterbrochen in der Luft bleiben – wesentlich länger als jedes bemannte Kampfflugzeug. Bevorzugt eingesetzt werden die vom US-Unternehmen General Atomics produzierten Predator-Drohnen der Kategorie MALE (Medium Altitude, High Endurance – mittlere Flughöhe, lange Ausdauer).

Das Nachfolgemodell MQ-9 Reaper („Schneider“) ist doppelt so groß und mit 4,7 Tonnen viermal so schwer wie die MQ-1. Es trägt zehnmal so viele Raketen wie die Predator und ist mit 8 Millionen Dollar pro Stück deutlich billiger als ein konventioneller Kampfbomber. Das neueste Modell, die Predator C Avenger („Rächer“), fliegt dank Strahltriebwerk mit 740 Kilometern pro Stunde fast doppelt so schnell wie der Reaper.

US-Präsident Obamas unbemannter Anti-Terror-Krieg

Seit einigen Jahren setzt das US-Militär immer mehr unbemannte Flugzeuge ein: Deren Zahl ist seit 2002 von 167 auf über 6000 (Stand 2008) gestiegen, wobei sich diese Zahl vor allem durch die Anschaffung leichterer Modelle für Aufklärungszwecke erklärt. Doch auch die Zahl der mit Raketen bestückten Drohnen nimmt zu: 2002 verfügte die US-Armee über 22 waffenfähige Predator. 2008 waren es bereits 109, hinzu kamen 26 Reaper. Die summierte Flugzeit aller Drohnen hat sich laut einer Bestandsaufnahme vom Januar 2009 mit 400 000 Stunden gegenüber 2007 mehr als verdoppelt.

Für diese Flotte wenden die USA einen wachsenden Anteil ihres Militärbudgets auf. Im Verteidigungshaushalt 2010 hat die Regierung Obama 3,8 Milliarden Dollar für Entwicklung und Kauf von Drohnen vorgesehen. Finanziert werden soll damit unter anderem die Anschaffung von 24 Reapers und fünf riesigen Global Hawks der HALE-Kategorie (High Altitude, High Endurance).

Diese Aufstockung erfolgte im Zuge einer massiven Erhöhung der US-Verteidigungsausgaben. Die sind seit 2002 um 74 Prozent gestiegen, im Jahr 2008 beliefen sie sich auf 515 Milliarden Dollar. Die staatlichen Ausgaben für die Entwicklung von Militärrobotern (zu

denen auch Drohnen gehören) haben sich seit 2001 pro Jahr fast verdoppelt. Dank dieses Geldsegers ist in den USA mittlerweile eine ganze Industrie für Militärrobotik entstanden.

Die Predator-Drohnen für den Einsatz in Pakistan und Afghanistan sind auf dem US-Luftwaffenstützpunkt im südafghanischen Kandahar stationiert. Seit einer diskreten Vereinbarung zwischen George W. Bush und Präsident Pervez Musharraf starten sie vermutlich auch von pakistanischem Boden aus. „Seit dem Tod ihres Anführers Baitullah Mehsud hat das Ansehen der Taliban gelitten, die USA und Pakistan arbeiten jetzt enger zusammen“, erklärt Imtiaz Gul, Chef des Centre for Research and Security Studies in Islamabad.

Präziser beschreibt es die Rand-Expertin Christine Fair: „Anders als in der Vergangenheit lehnt das pakistanische Militär die Luftangriffe mit Drohnen nicht mehr grundsätzlich ab.“ Als Gegenleistung für eine Kooperation habe man aber eigene bewaffnete Drohnen verlangt, und die Möglichkeit, selbst über den Abschuss der Raketen zu entscheiden.

Am 23. Januar 2009, drei Tage nach seinem Amtsantritt, gab US-Präsident Barack Obama den Befehl für Drohneinsätze in Pakistan. Acht Menschen starben bei einem Angriff in Nord-Waziristan, sieben weitere einige Stunden später im Süden der Provinz. Bis zum 30. September kam es 2009 insgesamt zu 39 solcher Operationen in Pakistan gegenüber 36 im Jahr 2008.

„Bush war noch relativ vorsichtig im Umgang mit Pakistan“, meint der belgische Militärexperte Joseph Henrotin. „Obama und seine Leute denken eher im globalen Maßstab. Es gibt eine Art radikalen Ausbau der Feuerkraft. Die USA agieren nach der Taktik ‚Aufspüren und vernichten‘, und sie nehmen sich das Recht, dies überall und jederzeit zu tun.“

Seit Herbst 2008 rechtfertigen die USA ihren routinemäßigen Einsatz von Drohnen mit dem Argument, dass sie nicht direkt auf pakistanischem Boden intervenieren können. Damals hatte Präsident Bush den Einsatz von Spezialeinheiten auf pakistanischem Boden genehmigt, weil die pakistanische Armee sich unfähig oder unwillig zeigte, die Stammesgebiete unter ihre

Kontrolle zu bringen. Am 3. September 2008 überschritt eine Einheit der US-Elitetruppe Navy Seals die Grenze nach Pakistan und tötete rund 20 Menschen, darunter Frauen und Kinder. Pakistan verurteilte den Angriff scharf und betonte, eine weitere Aktion dieser Art werde man nicht hinnehmen.

Der Einsatz von Drohnen passt also in die Zukunftspläne der US-Armee. Sie sind als „verlängerter Arm des Soldaten“ gedacht, erklärt Joseph Henrotin, „aber sie ersetzen ihn nicht“. Laut einem Bericht der U.S. Air Force vom 23. Juli 2009 sollen die Luftstreitkräfte künftig „über zunehmend autonome und als Modul verwendbare Drohnen verfügen können“. Das mache sie flexibel und anpassungsfähig – eine „Grundvoraussetzung, um die maximale Effektivität der US-Luftstreitkräfte im 21. Jahrhundert sicherzustellen“. Weiter heißt es, dass „Drohnen bei einer Reihe von Aufgaben, die bislang von Menschen erledigt werden, eine interessante Alternative darstellen“.

Der Air-Force-Bericht betont, dass „Drohnen das Schlachtfeld von morgen verändern werden“. Die denkbaren Konsequenzen reichen weit über den Rahmen des aktuellen Afghanistankonflikts hinaus – schließlich könnten Drohnen eines Tages auch als Träger von Atomwaffen dienen.

Neben den USA haben auch andere Länder bereits Programme zur Entwicklung von Kampfdrohnen aufgelegt (Unmanned Combat Aerial Vehicle,UCAV). Der Angriff auf Bodenziele bleibt dabei nicht das einzige Einsatzfeld. Sogar an Drohnen für Luftkämpfe wird schon gebaut. Auch auf diesem Gebiet haben die USA mit dem Bomber X-47 B von Northrop Grumman die Nase vorn.

Deutschland hat bisher keine eigenen Kampfdrohnen entwickelt. Zwar setzt auch die Bundeswehr in Afghanistan unbemannte Fluggeräte ein, allerdings nur zu Aufklärungszwecken. Die Deutschen verwenden bisher vor allem das System KZO (Kleinfluggerät Zielortung) des Rüstungsherstellers Rheinmetall Defence und die Aufklärungsdrohne Luna. Ab März 2010 sollen drei größere Heron-Drohnen aus israelischer Produktion hinzukommen.

Die Verwendung von Drohnen in anderen „Sicherheitsbereichen“, etwa im Kampf gegen Drogenhandel und illegale Einwanderung, wird längst ernsthaft erwogen. In Frankreich wurden sie schon mehrmals zur Überwachung eingesetzt. Im September 2008 schützten Drohnen den Besuch von Papst Benedikt XVI. in Lourdes. Und beim jüngsten Nato-Gipfel in Straßburg kreiste eine kleine Elsa-Drohne über der Stadt. Über kurz oder lang werden sicher auch zivile Drohnen gebaut.

Der Einsatz von Drohnen muss kritisch hinterfragt werden, etwa im Hinblick auf die Taktik der gezielten Tötungen bei der Aufstandsbekämpfung. In Pakistan und Afghanistan gelten die ferngesteuerten Angriffe als Beweis dafür, dass der Feind nicht mehr Manns genug ist, das Leben der eigenen Soldaten zu riskieren. Zudem tangiert die Tötung von Anführern wie Baitullah Mehsud auch überhaupt nicht die Infrastruktur des Terrorismus.

Und an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren, die in den Stammesgebieten zur Radikalisierung beitragen, ändern neue Waffengattungen natürlich auch nichts. Die Drohnenangriffe verstärken im Gegenteil den Groll der pakistanischen Bevölkerung auf die eigene Regierung, die ohnehin als durch und durch korrupt gilt. US-Angriffe auf pakistanischem Boden können so die Legitimation der staatlichen Organe noch weiter untergraben. „Drohnen sind ein Mittel zum Zweck“, meint der Politologe Micah Zenko, „aber die tieferen Ursachen der Probleme lassen sich mit diesem Mittel nicht aus der Welt schaffen.“

Aus dem Französischen von Herwig Engelmann

Laurent Checola und Edouard Pflimlin sind Journalisten. Dieser Text erschien im Dezember 2009 in L.M.D.

taz panterstiftung

Die taz Akademie fördert junge kritische JournalistInnen im In- und Ausland.

Spenden Sie bitte für unsere Projekte im Herbst dieses Jahres



taz Panter Stiftung
GLS-Bank Bochum
BIC GENODEM1GLS
IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00
www.taz.de/spenden
Ihre Zuwendungen an die gemeinnützige taz Panter Stiftung sind steuerlich absetzbar

Informationen unter www.taz.de/stiftung | Tel. (030) 25 90 22 13

Griechenland auf Gedeih und Verderb

von Niels Kadritzke

Dieser Text ist eine Momentaufnahme der griechischen Krise, und zwar eine sehr frühe. Der Niedergang der griechischen Wirtschaft war noch nicht in den Sturzflug übergegangen. Und das erste „Rettenprogramm“ beantragte die Regierung Papandreou erst drei Monate später. Anfang 2010 war das ganze Ausmaß der Katastrophe, auf die Griechenland zusteuerte, noch nicht abzusehen. Dazu einige Zahlen: Der Einbruch des Bruttoinlandsprodukts (BIP) akkumulierte sich von 2009 bis 2015 auf 26 Prozent. Die Arbeitslosenquote stieg 2013 auf 27,8 Prozent. Die Staatsverschuldung kletterte bis 2013 auf 177 Prozent des (inzwischen geschrumpften) BIP. All diese und viele andere Zahlen dokumentieren eines: Der „Rettenfallschirm“ hat das Land nicht vor dem Absturz bewahrt, er hat ihn noch beschleunigt. Das Programm der sogenannten Troika war die giftigste Medizin, die einem europäischen Land in Friedenszeiten aufgezwungen wurde. Und das nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Ebenso fatal waren die politischen Konsequenzen. In diesem Text werden die Pathologien der griechischen Gesellschaft analysiert, die das Land zum anfälligsten Opfer der globalen Finanzmarktkrise gemacht haben. Die dargestellten Strukturdefekte, die ihre Wurzel im allgegenwärtigen Klientelismus haben, waren 2009 dem Großteil der Bevölkerung bewusst. Entsprechend groß war die Bereitschaft zu strukturellen Reformen. Diese Bereitschaft wurde durch die Troika-Politik ausradirt, deren drei kardinale Defekte allzu offensichtlich waren: Das „Rettenprogramm“ diente vor allem der Rettung der griechischen Gläubiger, also ausländischer Banken, die die Verschuldung kreditiert hatten. Es war ungerecht, denn es bestrafte die Falschen, die für die griechische Schuldenkrise am wenigsten konnten. Und es war kontraproduktiv, weil es die Depression vertiefte und verlängert hat. Das vorhandene selbstkritische Potenzial der griechischen Gesellschaft wurde wieder verschüttet. Ein tatsächlicher Neubeginn fand nicht statt. Das Ergebnis sehen wir heute: Seit Juli 2019 regieren in Athen wieder die politischen Kräfte, die das Land zehn Jahre zuvor den Finanzmärkten zum Fraß vorgeworfen haben.

Die Depression hat selbst das Glücksspiel erfasst. In Griechenland sind die Umsätze des Wett- und Kasinogewerbes um 16 Prozent zurückgegangen. Dabei sind die Glücksritter keineswegs weniger geworden. Die Angst vor Einkommensverlusten treibt sogar immer mehr Griechen in die Wettbüros, allerdings haben sie weniger Geld in der Tasche.

Der Umsatzeinbruch im glücksspielfreudigsten Land Europas spiegelt die anhaltende Krise der Realwirtschaft. Die globale Rezession hat vor allem die beiden Sektoren getroffen, auf denen die griechische Konjunktur basiert: Handelsschifffahrt und Tourismus. Zudem schlägt das Minus von 14 Prozent in der Tourismusindustrie auf die Bauwirtschaft durch. Die Krise hält sich zäher als im übrigen Euroraum, der für das letzte Quartal 2009 bereits wieder Wachstum meldet.

Die griechische Wirtschaft hingegen kriselt weiter. Für 2009 weist das Bruttoinlandsprodukt ein Minus von 1,5 Prozent auf, auch 2010 wird es um mindestens 0,3 Prozent schrumpfen. Das wird die Arbeitslosenrate, die jetzt bei 9,3 Prozent liegt, weiter in die Höhe treiben. Wobei die reale Arbeitslosigkeit vom gewerkschaftlichen Arbeitsforschungsinstitut schon heute auf 17 Prozent geschätzt wird.

Am härtesten trifft es die junge Generation: In der Altersgruppe bis 24 Jahren war im September 2009 bereits jeder Vierte ohne festen Job, Tendenz steigend. Damit wächst auch der Druck auf die ohnehin niedrigen Gehälter für Berufseinsteiger. Nach den Athener Unruhen vom Dezember 2008 war viel von der Perspektivlosigkeit der Jugend die Rede. Die frustrierte 700-Euro-Generation, die keine ordentlich bezahlten

Jobs findet, könnte bald zur 500-Euro-Generation werden.

Und noch etwas zeigen die Arbeitslosenzahlen: Die Athener Regierung kann die Realwirtschaft nicht – wie in den reicheren Euroländern – mit einem staatlichen Konjunkturprogramm stützen. Der Zustand der öffentlichen Finanzen lässt keinen Spielraum für Programme neoklassischen Stils. Das gigantische Haushaltsdefizit macht die griechische Krise zu einem Sonderfall.

„Griechenland vor dem Bankrott“ ist seit Dezember eine Standardschlagzeile der internationalen Wirtschaftspresse. Die Zahlen sind fürwahr dramatisch: Die Pasok-Regierung von Giorgos Papandreou, die erst Anfang Oktober die konservative Regierung Karamanlis abgelöst hat, musste für 2009 eine Neuverschuldung in Höhe von 12,7 Prozent des BIPs nach Brüssel melden. Drei Monate zuvor hatte die alte Regierung ein Defizit von 6 Prozent angegeben. Und 2007 hatte der konservative Finanzminister noch versprochen, die Neuverschuldung bis 2011 auf null zu bringen.

Die Entdeckung uralter Schulden

Für die EU-Partner und die Europäische Zentralbank (EZB) war die Meldung aus Athen ein doppelter Schock. Zum einen, weil sie die Unzuverlässigkeit der griechischen Statistik und den opportunistischen Umgang der Regierungen mit solchen Daten belegte. Dazu ein erhellendes Beispiel: Die Verdoppelung des Defizits rührte unter anderem von der „Entdeckung“, dass die staatlichen Krankenhäuser ihren Pharmalieferanten etliche Milliarden Euro schulden, zum Teil schon seit Jahren. Was wiederum zu der „Ent-

deckung“ führte, dass selbst große Krankenhäuser kein Jahresbudget aufstellen. Was wiederum daran liegt, dass sie nicht einmal eine geregelte Buchführung kennen. Keine Regierung hat gegen diesen skandalösen Zustand je etwas unternommen.

Noch schockierender war für die EU-Partner, dass mit dem Rekorddefizit von 2009 die Gesamtverschuldung Griechenlands auf 298 Milliarden Euro ansteigt. Das entspricht 112,6 Prozent des griechischen BIPs. Kein anderes Land der EU ist so verschuldet. Das Echo in der internationalen Presse war verheerend, die Reaktion der globalen Märkte staatsgefährdend. Die Griechen mussten erfahren, dass ihr Land „von den europäischen Partnern, den Investoren und dem Markt ganz allgemein als ein unterentwickeltes Land wahrgenommen wird, das zu Unrecht in der Eurozone geduldet wird“.

Der Vertrauensverlust schlug sich in einem schmerzhaften „downgrading“ durch die internationalen Ratingagenturen nieder: Am 8. Dezember stufte Fitch die Kreditwürdigkeit Griechenlands von A- auf BBB+ zurück. Es war die erste B-Note, die jemals für ein Euroland vergeben wurde. Als Standard & Poor's am 17. Dezember nachzog, war die Wirkung noch verheerender, wie die Entwicklung des sogenannten Spread anzeigte.

Der Spread ist international festgelegt als die Differenz zwischen den Zinsen, die ein Land den Käufern seiner Staatsobligationen bieten muss, und dem Zinsertrag für deutsche Bundesanleihen. Diese Differenz stieg für griechische Papiere am 18. Dezember auf 2,75 Prozent. Ein solcher Anstieg bedeutet für den staatlichen Haushalt

Fortsetzung auf Seite 30



Einmal die Schatzkammer des Attischen Seebunds: der Parthenon in Athen ARISTIDES VAFEIADAKIS/zuma wire/depia



Griechische Verhältnisse vor der großen Krise: mehr Jobs als Arbeit im öffentlichen Dienst MICHALIS PATSOURAS

Fortsetzung von Seite 29

neue Belastungen von knapp einer Milliarde Euro. Jedes Downgrading durch die Ratingagenturen treibt das Land also noch tiefer in die Schuldenfalle.

Schon daran zeigt sich, dass die ökonomische Krise in Griechenland – im Gegensatz zu den anderen Euroländern – vor allem von der hohen Staatsverschuldung herrührt. Die globale Finanzkrise hat den prekären Zustand der öffentlichen Finanzen nicht verursacht, sondern nur ans Licht gebracht. Und dieser Zustand hat strukturelle Ursachen, die tief in der Gesellschaft verankert sind. Die kann man – nur leicht überspitzt – in einem Satz zusammenfassen: Die meisten Griechen wollen keine Steuern zahlen, aber fast alle wollen eine Stelle im öffentlichen Dienst.

Das Staatsdefizit rührt auf der Einnahmenseite tatsächlich vor allem aus der verbreiteten Steuerhinterziehung, die in Griechenland ohne jedes Unrechtsbewusstsein gepflegt wird. Dem Staat fehlen damit jedes Jahr 30 bis 40 Milliarden Euro. Auf der Ausgabeenseite ist der größte Posten das Budget für den aufgeblähten und ineffizient arbeitenden öffentlichen Dienst. Durch radikale Verminderung dieser beiden Posten wären die griechischen Haushaltsprobleme in einem überschaubaren Zeitraum überwindbar.

Diese Aufgabe muss nun die Pasok-Regierung stemmen. Sie hat den EU-Partnern zugesagt, das Haushaltsdefizit bis 2012 auf weniger als 3 Prozent des BIPs zu senken. Das aber stellt sie vor ein dreifache Dilemma. Erstens kann sie viele der im Wahlkampf ver-

sprochenen Wohltaten nicht erfüllen. Zweitens müssen die Reformen rascher als geplant umgesetzt werden. Und drittens droht die Haushaltskonsolidierung, die der neuen Regierung von der EU-Kommission, der EZB und von „den Märkten“ abgefordert wird, eine Belebung der Realwirtschaft zu verzögern.

Dass die Dreckarbeit von der Pasok erledigt werden muss, mag ungerecht erscheinen. Die meisten großen Ausgabenstöße gingen in der Vergangenheit auf das Konto der konservativen Nea Dimokratia (ND), zumal der Regierung Karamanlis, die für die jüngste Verdoppelung des Haushaltslochs verantwortlich ist. Aber auch die Pasok ist historisch keineswegs unschuldig. Den Grundstock zur heutigen Staatsschuld legte die Regierung von Andreas Papandreu – Vater des heutigen Ministerpräsidenten – in den 1980er Jahren mit ihrer populistischen Ausgabenpolitik.

Und auch die traditionelle Übung der griechischen Parteien, den Staat als Beute zu betrachten und den öffentlichen Dienst vom Staatssekretär bis zum Pfrörtner mit eigenen Leuten zu füllen, hat die Pasok munter mitgemacht.

Die Reduzierung der Personalausgaben ist einer der zentralen Punkte des „Stabilitäts- und Entwicklungsprogramms“, das Finanzminister Papakonstantinou ausgearbeitet hat. Darin ist für 2010 ein Einstellungsstopp für den öffentlichen Dienst vorgesehen (außer im Erziehungs- und Gesundheitswesen), ab 2011 wird für fünf auscheidende Staatsdiener nur ein neuer eingestellt. Gehälter über 2000 Euro

werden eingefroren, die unteren Gehaltsstufen müssen sich mit einem Inflationsausgleich begnügen. Insgesamt soll jedes Ministerium sein Budget um 10 Prozent kürzen.

Aber das macht nur die Hälfte der 8 Milliarden Euro aus, die 2010 eingespart werden müssen, um die Verschuldung auf die angestrebte Marke von 8,7 Prozent des BIPs abzusenken. Die andere Hälfte soll durch erhöhte Einnahmen hereinkommen: durch Veräußerung staatlicher Immobilien und anderer „Werte“, vor allem aber durch drastisch erhöhte indirekte Steuern auf Alkohol, Tabak und Benzin. Höhere direkte Steuern werden vor allem die Besserverdienenden belasten, zum Beispiel als Sonderabgabe auf Luxusimmobilien und erhöhte Erbschafts- und Schenkungssteuern. Auch einen höheren Mehrwertsteuersatz schließt die Regierung nicht aus; Experten rechnen mit einer Anhebung von 19 auf 21 Prozent.

Entscheidend für eine nachhaltige Konsolidierung der Einnahmen ist jedoch der Kampf gegen die Steuerhinterziehung. In seiner Regierungserklärung hat Papandreu die Griechen aufgefordert, zu „stolzen Steuerzahlern“ zu werden, die es als Glück empfinden, die Gemeinschaftsaufgaben finanzieren zu dürfen. Ein heroischer Appell an eine Gesellschaft, deren erklärter Held – quer durch alle Schichten – der Erfolgreichste aller Steuergauner ist: Aristoteles Onassis, aus dessen hinterlassenen Vermögen übrigens der griechische Staatspreis für kulturelle Leistungen finanziert wird.

Realistischer paktet es Finanzminister Papakonstantinou an. Er plant härtere Maßnahmen gegen Steueründer. Ärzten im reichsten Athener Bezirk Kollonaki hielt er vor, dass sie ein Jahresinkommen „nahe dem Mindestlohn für Arbeiter“ angeben. Bei einer Stichprobe zeigte sich, dass nur jeder Zweite von ihnen sich zu einem Jahreseinkommen von über 30 000 Euro bekennt.

Solche Zahlen sind für das ganze Land repräsentativ. Nach der Steuerstatistik für 2008 lag das deklarierte Einkommen der Freiberufler (Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten) im Durchschnitt bei 10 493 Euro. Händler und Unternehmer kamen im Durchschnitt auf 13 236 Euro, Lohnabhängige und Rentenbezieher dagegen auf 16 123 Euro. Für den Fiskus ergibt sich damit das

absurde Bild, dass Arbeiter, Angestellte und Rentner als die reichsten Griechen erscheinen.

Dass die meisten Freiberufler und Unternehmer den Fiskus hintergehen, wissen die übrigen Steuerzahler sehr genau. Als Patienten zahlen sie in Privatpraxen fette Honorare, die sie selten quittiert bekommen; als Nachbarn wissen sie, welches Auto der Architekt fährt und wo der Rechtsanwalt sein Zweithaus hat. Natürlich wissen auch die Steuerbeamten Bescheid, und dieses Wissen kann einträglich sein, was wiederum Finanzminister Papakonstantinou weiß. Der plant deshalb, die Vermögensverhältnisse der Finanzbeamten regelmäßig zu überprüfen. Wer auf unerklärliche Weise reich geworden ist, soll umstandslos gefeuert werden.

Volkssport Steuerhinterziehung

Der Kampf gegen Steuerbetrug könnte dem Staat jährlich 3 Milliarden Euro einbringen, allerdings frühestens ab 2011. Die EU-Partner und „die Märkte“ haben nicht so viel Geduld. Spätestens dieses Frühjahr müssen sie überzeugt sein, dass die Pasok-Regierung wie versprochen das Budgetdefizit 2010 um 4 Prozent zurückführen kann. Deshalb drängen sie auf weitere Einschnitte bei den Ausgaben. Und weisen dabei auf ein Problem, das die Experten schon lange identifiziert, die Regierung aber stets weiträumig umfahren haben: das wachsende Defizit der Sozialkassen.

Die allgemeine Renten- und Krankenversicherung (IKA) musste 2009 mit 2,5 Milliarden aus dem Staatshaushalt gestützt werden, um bis zum Jahresende liquide zu bleiben. Dieser Zuschussbedarf wird für 2010 bereits auf 13 Milliarden geschätzt. 2015 werden die Kassen am Ende sein, wenn bis dahin nichts geschieht. Das Dilemma zeigt sich am krasssten beim öffentlichen Dienst und seinen 840 000 Gehaltsempfängern: Hier müssen jeweils zwei Beschäftigte die Altersbezüge eines ausgeschiedenen Kollegen finanzieren.

„Das Problem der Rentenkassen“, sagt Yannis Stournaras, Ökonom und wissenschaftlicher Leiter des renommierten Wirtschaftsforschungsinstituts IOBE, „ist der zentrale Faktor, der die Entwicklung der öffentlichen Finanzen unseres Landes mittelfristig bestimmt.“

Dieses Problem überschattet alle anderen Bemühungen um die Sanierung der Haushalte, mögen diese noch so erfolgreich sein.“

Was damit auf die Regierung zukommt, musste Arbeits- und Sozialminister Loverdos kurz vor Weihnachten erfahren. Seine Einladung zu einem ersten „Rentendialog“ mit Versicherungsträgern und Sozialpartnern wurde von den Gewerkschaftern, die der kommunistischen Partei (KKE) nahe stehen, nicht nur boykottiert, sondern durch eine Blockade des Ministeriums verhindert. Seither prophezeit die KKE einen „Abwehrkrieg“ gegen jeden Angriff auf das alte Rentensystem.

Die Liquidität der Rentenkassen ist durch Blockaden nicht zu retten. Deshalb will Loverdos im Februar ein umfassendes Konzept vorlegen, das vor allem drei Punkte enthält: Erstens sollen die heutigen 13 Rentenkassen zu drei großen Trägern zusammengefasst werden, was Milliarden an administrativen Kosten einsparen wird. Zweitens sollen betrügerische Rentenansprüche aufgedeckt werden, etwa von Behinderten, deren Handicap nur auf einem ärztlichen Attest steht. Drittens sollen die (vorwiegend ausländischen) Schwarzarbeiter in das Sozialsystem integriert werden.

Zwei heikle Punkte sind in diesem Konzept allerdings nur vage angedeutet: die Frage des Renteneintrittsalters und der Berechnung der Rentenansprüche. Das Renteneintrittsalter liegt im öffentlichen Dienst bei 60, in der Privatwirtschaft offiziell bei 65 Jahren, tatsächlich allerdings im Durchschnitt weit unter 60, weil Frührentner nur geringe Abschläge hinnehmen müssen. Das will Loverdos ändern. Allerdings muss er bei derartigen Vorschlägen mit dem geballten Widerstand der Gewerkschaften rechnen. Doch auf Dauer ist das Rententabu nicht zu halten. Spätestens wenn die Zuschüsse für die Sozialkassen das Konsolidierungsprogramm der Regierung zu sprengen drohen, wird sich die Einsicht ausbreiten, dass sich die Griechen mit einer allgemeinen Verlängerung der Arbeitszeit abfinden müssen.

Der zweite Punkt betrifft die Berechnung der Rentenansprüche. Die meisten der beruflichen Sozialkassen kalkulieren die Höhe der Altersbezüge – wie im öffentlichen Dienst – auf Basis der letzten drei bis fünf Berufsjahre und nicht des gesamten Erwerbslebens (wie etwa in Deutschland). Dabei ist es in vielen Branchen zum Usus geworden, dass (zu) niedrige Löhne vom Arbeitgeber in den letzten Arbeitsjahren erhöht werden, damit der Versicherte höhere Rentenbezüge erhält.

Die Unternehmen entsorgen damit einen Teil ihrer Kosten in die Sozialkassen. Das jüngste Beispiel: Um die Deutsche Telekom für den Einstieg bei dem staatlichen Telefonunternehmens OTE zu interessieren, wurden tausende OTE-Angestellte mit satten Abfindungen in Frührente geschickt – letzten Endes also zulasten der Staatskasse.

Was geschieht, wenn diese beiden Tabus auf den Verhandlungstisch kommen, dürfte für das Schicksal Griechenlands – und der Regierung Papandreu – entscheidend werden. Laut Umfragen sind zwei Drittel der Bevölkerung nicht bereit, für die Sanierung des Staats persönliche Opfer zu bringen. Die meisten von ihnen haben auch recht, weil ihre niedrigen Realeinkommen seit Jahren nicht gestiegen sind. Und wenn sie im Privatssektor arbeiten, haben sie doppelt recht, weil ihre Lohnsteuer einbehalten wird, während mittelständische Freiberufler als arme Schlucker posieren und nicht einmal Mehrwertsteuer zahlen müssen.

Die sozialdemokratische Pasok, die in ihrem Wahlkampf eine gerechtere Gesellschaft und einen „grünen“ Wirtschaftsaufschwung versprochen hat, steht also vor einem massiven Akzeptanzproblem. Dass die Gewerkschaften und viele einzelne Berufsgruppen gegen ihr Stabilisierungsprogramm Sturm laufen werden, ist unvermeidlich. Dass diese Proteste zu einer brei-

Anzeige

Wie wir den Klimakollaps verhindern können

Wir haben den Grenzwert für Treibhausgas in unserer Atmosphäre längst überschritten. Seither verändert sich das Klima so rasant, dass unsere Lebensgrundlage zu Grunde geht. Boris Previsic ergeht sich weder in Horrorszenarien, noch verabreicht er Beruhigungstabletten. Auf der Basis der neuesten Expertenberichte macht der Autor die Zusammenhänge und Dimensionen des fossilen Kohlenstoffkonsums in einer Weise nachvollziehbar und vorstellbar, dass auch die Lösungen auf der Hand liegen. Und dies ganz praktisch: Wir müssen unserer Atmosphäre Kohlenstoff im großen Stil wieder entziehen und in stabile und sichere Biomasse überführen.

16 €, 160 S., 4-farb. Abb., ISBN 978385476-871-5

ten sozialen Bewegung werden, kann die Regierung nur verhindern, wenn ihr Sparprogramm tatsächlich eine Dimension der „Gerechtigkeit“ erkennen lässt. Wenigstens dieses eine Mal muss der Staat zeigen, dass die Reichen nicht wieder ungeschoren davonkommen.

Die Belastungen der höheren Einkommen, die das Sparprogramm vorsieht, sind daher eine politische Notwendigkeit. Die Sondersteuer auf große Vermögen, die Besteuerung von Dividenden, die erhöhte Erbschaftsteuer, eine 90-prozentige Steuer auf Bankboni, die lineare Kürzung der Managergehälter in den Staatsbetrieben – all das bringt dem Staat nicht viel ein. Aber es ist von höchstem symbolischen Wert – eine zwingende Voraussetzung für die gesellschaftliche Durchsetzbarkeit des gesamten Sparprogramms.

Aus demselben Grund ist der angekündigte Kampf gegen die Korruption so wichtig. Bestechung und Vetternwirtschaft sind in Griechenland zwar so volkstümlich wie Steuerbetrug, aber die begüterten Schichten profitieren von allen Spielarten illegaler Bereicherung weit stärker als die Armen. Deshalb ist die von Papandreu ausgerufenen „Null-Toleranz“ gegenüber der Korruption höchst populär. Dass auf der ersten Sitzung des neuen Kabinetts Anfang Oktober der „Bürgeranwalt“ (der griechische Ombudsman) die Minister zum engagierten und vorbildlichen Dienst an der Allgemeinheit mahnen durfte, brachte dem Regierungschef große Sympathien ein.

Ohnehin steht Papandreu persönliche Integrität für die Griechen außer Zweifel. Von seiner Partei kann man das nicht behaupten. Damit das

anders wird, hat die Pasok-Fraktion einen Parla-mentsausschuss für die Aufarbeitung aller großen Skandale der letzten Zeit eingerichtet.

Im Kampf gegen die Korruption steht die Regierung allerdings vor demselben Dilemma, das für den gesamten Stabilisierungsplan gilt. Selbst wenn alle Punkte des Plans ungeschoren durchs Parlament kommen, und selbst wenn alle beschlossenen Maßnahmen greifen, werden sich die Erfolge erst mittelfristig einstellen. Das gilt vor allem für den Ertrag, den sich der Finanzminister vom Kampf gegen die Steuerhinterziehung erhofft. Denn die technische Ausstattung für schärfere Kontrollen der vielen kleinen Unternehmen und der Freiberufler existiert noch nicht. Und der Gehaltsstopp für die kleinen Steuerbeamten könnte deren Bereitschaft zu einträglichen Gefälligkeiten eher noch verstärken.

Zudem können strenge Steuer-nachforderungen in Krisenzeiten gerade kleine Unternehmen in Schwierigkeiten bringen. Dasselbe gilt für den Kampf gegen die Schattenwirtschaft, der in einer Krise stets ein zweischneidiges Schwert ist. Denn schwarze und graue Einkommensquellen tragen dazu bei, deren soziale Folgen abzufedern und sogar die Konjunktur zu stabilisieren. Ein ähnliches Problem stellt sich für die Sanierung des Rentensystems. Mit der Anhebung des Rentenalters bleiben viele Arbeitsplätze länger besetzt, was die Berufschancen der jungen Generation erheblich mindert. In einer Zeit, da jeder vierte Jugendlichen arbeitslos ist, wäre eine rasche Einführung der Rente mit 65 das falsche Konzept.

Dieser Hauptwiderspruch zeigt sich bei der Sanierung der öffentlichen Finanzen in Griechenland in fast allen Facetten: Was mittel- und langfristig nötig ist, um den Staatsbankrott abzuwenden, wird die sozialen Probleme kurzfristig verschärfen. Wie bedrohlich das für die Regierungspläne werden wird, wird in erster Linie vom weiteren Verlauf der Konjunktur abhängen.

Das ist der zweite und sehr robuste Grund, warum die Regierung die Lasten bei der Sanierung der öffentlichen Finanzen gesellschaftlich „gerecht“ verteilt muss. Ungerechtigkeit wäre schlicht konjunkturföndlich: Die griechische Wirtschaft, in der Konsumausgaben über 70 Prozent des BIPs ausmachen (der höchste Anteil in der Eurozone), kann sich schrumpfende Masseneinkommen gar nicht leisten. Der Rückgang der Umsätze des Einzelhandels, der Ende 2009 bei 15 Prozent lag, ist ein Warnzeichen. Wenn sich diese Abwärts Spirale weiterdreht, wird die Realwirtschaft noch stärker schrumpfen, als schon einkalkuliert ist. Das würde den Stabilisierungsplan untergraben und den Staatsbankrott in bedrohliche Nähe rücken.

Den Widerspruch zwischen kurz- und mittelfristigen Effekten können solche Länder besser überbrücken, die sich staatliche Konjunkturprogramme und eine temporäre höhere Verschuldung leisten können, ohne vom internationalen Finanzmarkt abgestraft zu werden. Die Griechen haben diese Möglichkeit nicht. Schuld daran ist ihre politische Klasse. Denn dass Griechenland heute fast wie ein „failed state“ wahrgenommen wird, wäre historisch vermeidbar gewesen.

1981 trat das Land der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei. Seitdem hat es aus der Gemeinschaftskasse der EWG und der späteren EU finanzielle Zuschüsse erhalten, die in Euro eine dreistellige Milliarden summe ausmachen. Wo ist dieses Geld geblieben? Ein Großteil floss in Infrastrukturprojekte, die anderswo aus dem Steueraufkommen finanziert werden. Dafür konnte der Staat seine Steuerbürger – und vor allem die Reichen – weitgehend schonen. Er gewährte ihnen nicht nur eine der niedrigsten Steuerquoten in der alten EU. Er konnte ihnen auch die notorisch laxen Steuer-moral durchgehen lassen, die vor Anämie der öffentlichen Finanzen maßgeblich beigetragen hat.

EU-Gelder für Jeeps und Villen

Ein weiterer großer, aber nie erfasster Teil dieser Transfergelder aus Brüssel landete auf privaten Konten. Beides, der Versickerungseffekt wie die fiskalische Verschönerung der höheren und vor allem der selbständigen Einkommen, ist heute überall sichtbar: an den Jachten, an den Stadtjeeps und an den Wochenendvillen im Großraum Athen. Hier sind die Gelder materialisiert, die dazu gedacht waren, intelligente und zukunftsweisende Programme und Projekte (für die Industrie wie für Landwirtschaft und Tourismus) zu finanzieren und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Diese Zweckentfremdung ging auch zulasten der Umwelt: Die Waldbrände, die fast jeden Sommer in Attika und auf der Peloponnes wüten, sind eine Art krimineller Brandrodung mit dem Ziel, lukratives Bauland für besser verdienende Athener zu gewinnen.

Die fahrlässige Vergeudung und „Privatisierung“ der Milliarden aus Brüssel haben alle Regierungen seit 1981 zu verantworten. Heute bekommt die griechische Gesellschaft die Rechnung präsentiert. Schon deshalb wäre es nur fair, wenn die Schichten und Berufsgruppen, die sich am kräftigsten bereichert haben, den Großteil der Sanierungslasten tragen müssten. Wenn die Pasok-Regierung dies durchsetzen will und kann, sollen die europäischen Partner dies nicht nur missmutig tolerieren, sondern voll unterstützen.

Das gilt auch für Einsparungen im Militärbudget, die den Staat schlagartig sanieren könnten. Seit Jahrzehnten verschlingen die Militärausgaben über 4 Prozent des griechischen BIPs. Nach Presseberichten soll die EU-Kommission schon im letzten November in einem Memorandum eine Halbierung der griechischen Rüstungsausgaben vorgeschlagen haben. Das mag sein, aber die großen Euroländer scheinen von diesem Vorschlag nichts gehört zu haben. Vor allem Deutschland und Frankreich drängen die Athener Regierung seit Jahren massiv zum Ankauf ihrer Panzer, Kampfflugzeuge und Fregaten. Die – weitgehend staatlichen – europäischen Rüstungskonzerne schienen nicht zu stören, dass diese Geschäfte in der Vergangenheit ihre Verhandlungspartner auf griechischer Seite verdächtigt reich gemacht haben.

Die Abwendung des griechischen Bankrotts ist heute ein europäisches Projekt. In der ersten Januarwoche hat die Athener Regierung den angereisten Vertretern der EU-Kommission und der EZB die Details ihres Stabilitäts- und Entwicklungsprogramms erläutert. Noch im Januar sollen die Finanzminister der Eurozone das Sparprogramm absegnen. Erst dann will Papandreu, unter Berücksichtigung der Einwände aus Brüssel und Frankfurt, der griechischen Öffentlichkeit den genauen Plan präsentieren. Mitte Februar soll dann die Pasok-Mehrheit im Parlament die ersten Steuergesetze beschließen.

Damit unterliegt Griechenland faktisch der verschärften Aufsicht durch die EU-Organe, die der Artikel 104c des Maastricht-Vertrags vorsieht. Der griechische Staatshaushalt wird also durch die EU- und die Eurozonen-Part-

ner kontrolliert. Das ist der Regierung Papandreu aus zwei Gründen durchaus willkommen.

Erstens will sie sichergehen, dass ihr Programm von den europäischen Partnern gebilligt und getragen wird. Das soll ausschließen, dass „die Finanzmärkte“, sprich: die internationalen Ratingagenturen, die griechische Kreditwürdigkeit bei der kleinsten Krise erneut herabstufen. Und zweitens kann sie gegenüber der griechischen Öffentlichkeit mehr Druck ausüben: Die harten Maßnahmen, die das Sparprogramm enthält, erscheinen als unabwendbare Forderungen von äußeren Instanzen, auf die Griechenland auf Gedeih und Verderb angewiesen ist.

Damit räumt die Regierung Papandreu ganz offen ein, dass die Griechen einen wichtigen Teil ihrer Souveränität eingebüßt haben. Aber das kann sie sich leisten, weil die Bevölkerung das nicht nur kapiert hat, sondern sogar begrüßt. In keinem EU-Land ist die Zustimmung zu Europa größer als in Griechenland. Und seit Jahren genießen die europäischen Institutionen – von der EU-Kommission bis zum Europäischen Parlament – bei den Griechen weit mehr Respekt und Vertrauen als die eigene Regierung und das Athener Parlament. Vor allem aber wissen inzwischen fast alle, was ein Kommentator zu Beginn der Krise so formuliert hat: „Kann Griechenland pleitegehen? Die Antwort ist so einfach wie furchterregend: Wären wir nicht in der Eurozone, hätten wir wahrscheinlich schon Bankrott anmelden müssen.“

Einen souveränen Ausweg aus der Krise des griechischen Staats gibt es nicht. Das wissen sogar die dümmsten der griechischen Nationalisten. Deshalb sind Szenarien über eine Flucht aus dem Euro, wie sie etwa in der Pariser *Libération* zu lesen waren, blanker Unsinn.

Keine griechische Regierung würde „nationalistischen Sirenenklängen nachgeben und die Rückkehr zur Drachme verkünden“ – auch nicht im Gefolge heftiger sozialer Unruhen. Denn was würde die Rückkehr zur Drachme bedeuten? Eine massive Abwertung der griechischen Währung, die den Schuldenberg – der aus Euro-Verpflichtungen besteht – nur noch vergrößern würde. Und das Ende aller Hoffnungen, aus der Krise herauszukommen. Denn dann müsste man auch auf die Transfergelder aus Brüssel verzichten, von denen Griechenland bis 2013 bis zu 26 Milliarden Euro in Anspruch nehmen kann – allerdings nur für gut begründete Zwecke.

Auch Spekulationen über einen „Hinauswurf“ Griechenlands aus der Eurozone oder gar aus der EU haben mit der Realität nichts zu tun. Die Partner Athens haben jedes Interesse, einen griechischen Staatsbankrott abzuwenden. Europäische Banken (allen voran die Deutsche Bank) sitzen auf zig Milliarden griechischer Staatspapiere, die sie der attraktiven Verzinsung wegen angekauft haben. Es gibt also ökonomische wie politische Gründe, den Verein zusammenzuhalten. Denn Griechenland wäre ein böses Omen für andere verschuldete Euroländer wie Spanien, deren Realwirtschaft ähnlich katastrophale Aussichten hat.

In der *Financial Times* war zum Jahresende zu lesen: „Keines dieser Länder wird in den Bankrott getrieben werden.“ Die Begründung: Der intensive Druck aus der Eurozone werde bewirken, dass die Krisenländer ihre öffentlichen Finanzen selbst „in Ordnung bringen“, weil sie nicht zu Pariastaaten werden wollen. Wenn das nicht gelingt, prophezeit die *Financial Times*, wird es eine Rettungsaktion geben: „Dann werden (diese Länder) gezwungen, ihre Finanzen so oder so anzupassen.“

Niels Kadritzke ist freier Journalist und Übersetzer. Seit 1995 arbeitet er bei der deutschen Ausgabe von *Le Monde diplomatique* in Berlin. Und als Experte für Griechenland schreibt er seit 2016 für den Blog „Nachdenken über Griechenland“, siehe: monde-diplomatique.de/blog-nachdenken-ueber-griechenland. Dieser Text erschien im Januar 2010 in *LMD*.
© LMD, Berlin



Fragwürdige Buchhaltung MICHALIS PATSOURAS

Die Stadt Florenz gründete im Jahr 1237 eine Münzanstalt und ließ die ersten Silber-Florin (forino d'argento) prägen. Bis dahin war die gängige Münze der Denaro gewesen, doch der hatte mit dem Niedergang des Heiligen Römischen Reichs so stark an Wert eingebüßt, dass zusätzlich höherwertige Münzen aus den damals noch größeren Städten Siena und Lucca in Umlauf kamen.

In dieser Zeit wurde es immer wichtiger, geschäftliche Transaktionen mittels Geld abzuwickeln – wer seine Besitztümer in Geld umgewandelt hatte, konnte dieses dann nach Belieben ausgeben oder investieren. Der Wert des Silber-Florins entsprach einem Soldo oder 12 Denari, war also eher bescheiden: Er reichte gerade für ein paar Eier oder einen Laib Brot oder einen Liter Wein. Deshalb legte die Florentiner Münzanstalt ab 1252 den Gold-Florin auf: eine 3,53 Gramm schwere Münze aus 24-karätigem Gold, die heute etwa 120 Euro kosten würde.

Der Gold-Florin war für die großen Handelsgeschäfte gedacht. Florenz trug Sorge dafür, dass sein Gewicht und Feingehalt während der knapp 300 Jahre, in denen er in Umlauf war, absolut unverändert blieben. Jede Änderung seines Äußeren wurde genauestens protokolliert, ein System der Qualitätskontrolle wurde eingeführt. Die obersten Aufseher durften ihr Amt nicht länger als sechs Monate wahrnehmen, um Korruption zu verhindern.

Gegen Ende des 13. Jahrhunderts war der Florin bei geschäftlichen Transaktionen in ganz Westeuropa im Gebrauch; und selbst in Regionen, wo er nicht physisch gehandelt wurde, diente er als bevorzugte Verrechnungseinheit. Das war für ein kleines Handelszentrum wie das damalige Florenz eine wichtige Errungenschaft.

Der Florin trug nicht etwa den Kopf eines Königs oder eines Fürsten. In Florenz war es dem Adel seit Langem untersagt, sich in die Regierungsgeschäfte einzumischen. Die Stadt war eine Republik, deren Exekutive sich aus dem Kollegium der Patrizier rekrutierte. Die neuen Mitglieder wurden alle zwei Monate durch Los bestimmt, damit keiner von ihnen zu mächtig werden konnte; politische Parteien waren verboten. Die eine Seite der Münze zeigte das Wahrzeichen der Stadt, eine Lilie, die andere das Porträt Johannes des Täufers, ihres Schutzpatrons. In dem Geldstück waren also bürgerliche Pflichten und religiöse Traditionen auf elegante Weise verschmolzen – und das in Gold.

Als die Pharisäer Jesus fragten „Ist's recht, dass man dem Kaiser Zins gebe, oder nicht?“, ließ er sich eine Münze geben, zeigte auf den Kopf des Kaisers und fragte: „Wes ist das Bild und die Überschrift?“ Auf die Antwort: „des Kaisers“ entgegnete Jesus: „So gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!“ Mit diesem Gebot war die Welt in die zwei Sphären aufgeteilt: Politik und Wirtschaft auf der einen Seite, Glaube und Metaphysik auf der anderen.

Doch im Florenz des 13. Jahrhunderts, wo man die soziale Hierarchie der mittelalterlichen Stände auf den Willen Gottes zurückführte, wollten die Eliten des Gemeinwesens und die Handelsbankiers – was häufig dieselben Personen waren – diese Aufteilung unbedingt vermeiden. Und natürlich wollten sie auch nicht an jenen anderen Lehrsatz von Jesus glauben, wonach es leichter sei, „daß ein Kamel durch ein Nadelohr gehe, denn daß ein Reicher ins Reich Gottes komme“.

Das Porträt Johannes des Täufers zierte auch das Statutenbuch der Münzanstalt von 1341. Hier trägt er zwar getreu der biblischen Überlieferung ein härenes Gewand als Zeichen eines Lebens in Armut, aber der Florentiner Künstler hat ihm auch den roten Umhang um die Schultern drapiert: das Symbol von Reichtum und Autorität. Sein Heiligenschein ist aus Gold und die drei goldenen Scheiben rechts und links der Figur erinnern verdächtig an

Münzen – als sei Geld an sich etwas Heiliges, oder umgekehrt der Heiligenschein ein Kredit, der sich in Geld einlösen lässt.

1372 gab die Münzanstalt ein gigantisches Altarbild in Auftrag, das die Krönung der Jungfrau Maria darstellt. Auch hier soll offenbar die üppige Verwendung von Blattgold als Bildhintergrund sowie die goldene Krone der Mutter Gottes suggerieren, dass Geld und Heiligkeit nicht miteinander im Widerstreit liegen.

Trotz der Versöhnung zwischen dem Heiligen und dem Profanen, wie sie Münze, Statutenbuch und Altarbild zum Ausdruck bringen, war damals vielen Menschen durchaus klar, dass die monetäre Durchdringung der Gesellschaft für andere Werte eine ernste Gefahr bedeuteten. Denn bei all seiner fabelhaften Zweckmäßigkeit hatte Geld eine beschämende Konsequenz: Fortan gab es für alles – für ein Bild, ein Schwein, eine Totenfürbitte, eine Prostituierte – ein einheitliches Wertmaß. Damit wurde alles mit allem vergleichbar.

Auf einem Gemälde von Tommaso di Piero del Trombetto ist der berühmte Kaufmann Francesco Datini als frommer Mensch mit zum Segen erhobenen Händen dargestellt. Der aus Prato stammende Datini, der mehr als 120.000 Geschäftsbriefe hinterlassen hat, bezahlte für das rote Gewand, das er auf Trombetto's Bild trägt, mehr Geld als für die junge Sklavin und Mutter des einzigen Kindes, zu dem er sich bekannte. Obwohl Datini sehr reich und arbeitssam war, fand er Zeit für eine kurze Pilgerreise mit den sogenannten Bianchi (den „Weißen“), eine der vielen Büßerbewegungen der damaligen Zeit. „Wir waren alle barfuß und geißelten uns mit der Rute“, schrieb der Kaufmann über dieses Erlebnis. Aber er notierte auch, dass ein Rosenkranz 14 Soldi und 8 Denari kostete: „Gott machte es profitabel für unsere Seelen.“

In den vorangegangenen 200 Jahren hatte der Handel stark zugenommen, womit häufige Zahlungen in fremde Länder nötig wurden. Neben den Handelshäusern entstanden die ersten Banken, das heißt, die Kaufleute selbst begannen Bankleistungen anzubieten. Die entscheidende Neuerung war dabei der Wechsel (eigentlich: Wechselbrief), der es einem Kaufmann gestattete, bei einer lokalen Bank eine Summe einzuzahlen, die sein Gläubiger dann in Brügge, Barcelona, London oder Neapel abheben konnte. Damit entfiel die Notwendigkeit, auf langen Reisen Kisten voller Münzen mitzuführen – und sein Vermögen den Angriffen von Straßenräubern und Piraten auszusetzen.

Blieb nur noch das Problem des Saldenausgleichs zwischen den Banken, die an dem Geldfluss beteiligt waren. Wenn eine Bank eine bestimmte Menge von Münzen angehäuft hatte, die sie nicht sofort zu neuen Geschäften einsetzen konnte, bot sich an, dieses Geld dadurch „arbeiten“ zu lassen, dass man es auslieh; vorzugsweise an einen Kaufmann, der bereit war, es an einem günstigeren Ort zurückzuzahlen. Aber da gab es einen Pferdefuß: Die Kirche hatte jede Art von Geldverleih gegen Zinsen als Wucher verurteilt.

Heute ist die Vorstellung verbreitet, diese Haltung der Kirche hätte etwas mit Fürsorge für die Armen zu tun, die man vor skrupellosen Geldverleihern schützen wollte. Das stimmt aber nicht. Banken wie die der Medici, der Strozzi, der Cambini verliehen kein Geld an Arme. Ihre Finanzpraktiken standen jedoch unter ständiger Beobachtung der Theologen.

Dafür gibt es mehrere Erklärungen. In Dantes „Inferno“ (dem ersten Teil seiner „Göttlichen Komödie“) erfahren wir, dass Wucher „wider die Natur“ sei, da Gott uns auferlegt habe, im Schweife unseres Angesichts unser Brot zu essen, es also durch Arbeit zu verdienen. Wucher aber ist nicht Arbeit. Deshalb brutzeln die Wucherer im siebten Kreis der Hölle zusammen mit Sodomiten und Gotteslästerern, deren Sünden ebenfalls als widernatürlich gelten.



Cosimo Rosselli, „Anbetung der Könige“, etwa 1470, Öl auf Leinwand, 101 x 217 cm, das Bild hing 2011 in der Ausstellung „Ge im Palazzo Strozzi, Florenz“

Eine überaus raffinierte Erfindung

Die Kunst der Renaissance und die Ursprünge des Bankwesens

von Tim Parks

Gleichwohl war die Heftigkeit der Vorwürfe gegen den Wucher für viele Zeitgenossen ein regelrechter Schock. Ebenso schockierend war, dass der Sünder, um Absolution zu erlangen, das eingenommene Geld zurückgeben musste, und dass „offensichtlichen“ Wucherern ein christliches Begräbnis verwehrt wurde.

Auf einem fragmentarisch erhaltenen Fresko von Oragna sehen wir eine Höllenszene, in der habgierige Reiche – darunter Bischöfe und Kardinäle – von furchterlichen Dämonen mit ihren eigenen Geldtaschen ausgepeitscht werden. Auf einem Gemälde von Jan Provoost (1462–1525) überreicht ein Kaufmann einem schauerhaft lebendigen Totengerippe eine Rechnung.

Als sei Geld an sich etwas Heiliges

Ist es seine moralische Bilanz? Und wie sieht die aus? Auf dem Gemälde, das Marinus van Reymerswaele (1497–1525) „Die Wucherer“ nannte, ist die Geldgier durch zwei Männer dargestellt, die an einem mit Münzen überhäuftem Tisch über einem Rechnungsbuch brüten. Es ist wie eine Illustration zu dem bereits erwähnten Datini, der sich beklagte – oder rühmte –, er müsse den ganzen Tag am Schreibtisch sitzen, um über seine endlosen Geldtransaktionen Buch zu führen.

Diese besonderen Gemälde mit ihrem Fokus auf der geistigen Welt von Männern, die in der rastlosen Mehrung ihres Vermögens aufgehen, lassen die tatsächlichen Vorbehalte der Kirche gegen den Wucher erahnen: Wenn

man derart mit dem Geld spielen, es so verleihen und vervielfachen konnte, dass man es – in den Worten des Betselmönchs Bernardino di Siena – „kopulieren und sich vermehren lassen“ durfte, dann würden die Menschen kaum noch Zeit für Gott haben. Und noch weniger würden sie sich mit der gesellschaftlichen Stellung zufriedengeben, die ihnen durch die Geburt zugewiesen war. Wucher, Bankgeschäfte und Geldverleih waren Vehikel für soziale Mobilität, für eine von Menschen ausgehende, illegitime Beeinflussung der Gesellschaft – und das konnte nur im Chaos enden.

Die Bilder von Wucherern, die in der Hölle schmoren, wären für die Geldleute von Florenz ein unangenehmer Anblick gewesen; und die endlosen Sermonen, die der Aufforderung gleichkamen, die gottgegebene soziale Ordnung zu respektieren, hätten ihr kollektives Unbehagen kaum gemildert. Wie also konnten diese Christenmenschen ihren Bankgeschäften nachgehen und sich einreden, das alles hätte nichts mit Wucher zu tun?

Die Ausstellung im Palazzo Strozzi bietet dem Besucher nicht nur Bilder wie das vom Erzengel Rafael als Beschützer eines jungen Reisenden (von Botticini) oder die Rettung eines Schiffs in stürmischer See (von Beato Angelico), sondern auch handfeste Objekte: einen Ballen Rohwolle, Alaunkristalle (die damals für die Leder- und Wollherstellung gebraucht wurden), Modelle von Segelschiffen, Geldschränke, eiserner Schlösser, Dokumentenketten, Kuriertaschen, Wechselbriefe, Versicherungspolizen, Waagen samt

Gewichten, Seekarten und Rechnungsbücher. Inmitten dieses Sammelsuriums von Dingen, die ein geschäftliches Händlerleben begleiteten, konnten die Bankiers ihre Wuchertätigkeit zum Verschwinden bringen oder jedenfalls fast. Die Schlüsselrolle kam dabei dem Wechselbrief zu.

Eine Transaktion lief damals so ab: Ein Kaufmann ließ sich von einer Bank die Summe vorstrecken, die er für seine Zahlung im Ausland benötigte. Der Bankier forderte dann den Kaufmann auf, dieses Geld in der fremden Währung aufzubringen. Da es nicht üblich war, Fremdwährung in größeren Mengen – wo auch immer – zu halten, musste der Kaufmann dem Bankier (oder seinem Bevollmächtigten) die gewünschte Währung am ausländischen Zieltort aushändigen: also Sterling in London, Grooten (Groschen) in Brügge, Dukaten in Venedig.

Weil aber eine Reise zwischen Florenz und diesen Städten viel Zeit kostete, legten die Verträge auch eine maximale Zeitspanne für die Transaktion fest: zum Beispiel 30 Tage für Avignon, 60 Tage für Brügge, 90 Tage für London. Im Fall London hatte der Florentiner Kaufmann also 90 Tage Zeit, um Gewürze, Seide oder Alaun in Italien zu kaufen, die Ware nach London zu verschiffen, sie dort zu verkaufen und das Geld des Bankiers an dessen Agenten in London zurückzuzahlen. Seine Gegenleistung für den zinsfreien Dreimonatskredit bestand darin, dass er die vorgestreckte Summe von Florins in Pfund umtauschen musste.

Und der Bankier? Die jeweils festgelegten Wechselkurse begünstigten da-



Id und Schönheit. Die Bankiers, Botticelli und das Feuer der Eitelkeiten*

mals (wie auch heute noch) die heimische Währung. Da in unserem Beispiel der Wechselkurs in Florenz festgelegt wurde, das Geld aber in London auszuhandeln war, musste der Kaufmann in Wirklichkeit etwas mehr zurückzahlen, als er vom Bankier erhalten hatte. Wenn es diesem gelang, ein zweites Wechselgeschäft in London zum dortigen Kurs abzuschließen (etwa mit einem Kaufmann, der Wolle nach Italien liefern wollte), das Geld für dieses Geschäft also wiederum in Italien einnahm, konnte er aus dem doppelten Geschäft ohne Weiteres einen Profit von 15 bis 20 Prozent machen. Und das in nur sechs Monaten.

Der Wechselbrief war „eine überaus raffinierte Erfindung“, schrieb Benedetto Cotrugli im Jahr 1458. Wechselgeschäfte waren für ihn eine „höchst subtile Tätigkeit, die Theologen unmöglich verstehen können“. Die Theologen versuchten es trotzdem. Sie disputierten endlos über die Frage, ob es sich dabei um Wucher handele oder nicht. Die meisten meinten nein, weil Wechselgeschäfte immerhin ein Element von Risiko anhafte – etwa im Hinblick auf die fluktuierenden Zinssraten.

Wenn ein Bankier allerdings Wechselgeschäfte machte, ohne jemals irgendeine Fremdwährung im Ausland erhalten zu haben, sprangen die Kirchenoberen auf und riefen Foul. Das war etwa dann der Fall, wenn der Bankier lediglich den Wechselkurs registrierte, der für den betreffenden Tag und Ort gültig war, und mit demselben Kunden einen zweiten Wechselbrief abschloss, wobei also weder er selbst noch der Kaufmann noch ir-

gendwelche Gelder oder auch nur ein Brief jemals die Stadt Florenz verlassen hatten. Hierbei handelte es sich offensichtlich um einen Kredit, obwohl das vom Wechselkurs herrührende Risiko genau dasselbe war.

Das Wucherverbot zwang die Banken, sich eng mit der Welt des Handels zu vernetzen. Um aus Geld mehr Geld zu machen, musste es von Ort zu Ort wandern. Entscheidend war dabei, dass inmitten der handfesten Realitäten des Handels eine Sphäre entstand, in der die Ziele und Motive der Akteure in der Schwebe blieben.

So konnten die Bankiers ihren Geschäften nachgehen, ohne freilich doch Wucherer waren, ganz loszuwerden. Deshalb gewöhnten sie sich an, regelmäßig Bußgaben zu leisten – für den Fall, dass sie die Sünde des Wuchers begangen hatten. Ihnen war verständlicherweise sehr daran gelegen, dass die Kirche ihre Einstellung veränderte und den durch die Finanzierung von Handelsgeschäften erzielten Reichtum nicht länger für sündhaft erklärte. Hier liegt der Schlüssel zum Verständnis vieler der Kunstwerke, die sie für die Kirche in Auftrag gaben.

Wie wurde das einmal verdiente Geld ausgegeben? Nicht ohne Schwierigkeiten. Je mehr Reichtümer akkumuliert und je mehr Güter verfügbar wurden, desto mehr wollte man auch zeigen, was man hatte; daher die erlesene Kleidung, die großen Hochzeitsfeiern, die pompösen Begräbnisse. Aber das Ethos der mittelalterlichen Ständegesellschaft erforderte eher ein schlichtes Auftreten, wenn auch verbunden

mit der trennscharfen Unterscheidung der sozialen Klassen, die sich am sichtbarsten in der Kleidung ausdrückte.

1330 führte die Florentiner Kommune die ersten Gesetze zur Begrenzung des Luxus ein. Zum Beispiel Regeln über Kleidungsstile und -stoffe und wer sie zu welchem Anlass tragen durfte (höchstens soundso viele Knöpfe, keine zu auffälligen Muster, nicht zu viel Schmuck), oder über die Zahl der Gänge bei Banketten und die Ausgaben für Hochzeiten und Beerdigungen.

Da vor Ort kaum Leute zu finden waren, die für die Durchsetzung dieser Vorschriften sorgen wollten, stellte man sechs Aufseher aus anderen Städten ein, denen es oblag, die Kleidung der auf den Straßen wandernden Damen zu inspizieren. Das war gar nicht so einfach, denn kaum war eine Stoffsorte verboten, fanden die Schneider eine ähnliche und vielleicht bessere, die noch nicht auf der Liste stand. Und war ein Knopf noch ein Knopf, wenn es kein Knopfloch gab? „Da Stoffe mit Mustern verboten waren“, schrieb Giovanni Villani in seiner „Nuova Cronica“, „wollten die Frauen gestreifte Stoffe und solche, die sie sich ohne Rücksicht auf die Kosten aus dem fernen Flandern oder Brabant beschaffen ließen.“

Dass die Reichen von Florenz bei exquisiten Gütern und Dienstleistungen eine Vorreiterrolle innehatten, zeigte sich etwa bei Gürteln und Handtaschen oder auch bei den kunstvollen Frisuren. Wobei die den Luxus beschränkende Gesetze den Wandel der Moden noch beschleunigten, weil Hersteller wie Kunden Mittel und Wege fanden, um die Vorschriften zu umgehen. Das kann man auch auf den Gemälden sehen: Beato Angelico stellte auf seinem für eine Kirche bestellten Altarbild „Hochzeit der Jungfrau Maria“ eindeutig eine florentinische Hochzeitsfeier dar, bei der die Menschen die Luxusgesetze einhalten.

Anders auf dem für einen privaten Kunden gemalten Bild von Scheggia: Hier trägt die Madonna all die luxuriösen Gewänder, deren Verbot die Gemeinde durchzusetzen hatte. Auf anderen Gemälden mit Bankett- und Begräbnisszenen wird deutlich, wie der Künstler den gemalten Raum nutzen konnte, um den damaligen Reichtum mittels Projektion auf biblische Figuren zur Schau zu stellen. Von Beschwerden über eine zu luxuriös bekleidete Madonna ist nichts bekannt.

Die Luxusgesetze wurden im Lauf des 14. Jahrhunderts mehrfach neu gefasst (durch Zusatzregeln wie etwa die „Klarstellung über das Tragen von Perlenketten“). Offenbar war es schwierig, der Bevölkerung einer Stadt, die ihren Reichtum aus der Produktion und dem Export von Luxuswaren bezog, den Genuss dieser Güter zu untersagen. Im Lauf des 15. Jahrhunderts wurden die harten Strafen für die Gesetzesbrecher durch Geldbußen abgelöst, sodass die Sanktionen mit der Zeit zu bloßen Strafsteuern für demonstrativen Luxuskonsum wurden. Geld hatte die Prinzipien aufgekauft.

In der „Anbetung der Heiligen drei Könige“ (siehe Abbildung) hat Cosimo Rosselli (1439–1507) ein Lieblingssujet der Florentiner Kunstmäzene in voller Farbenpracht ausgeführt. Die Ankunft der drei Könige im Stall von Bethlehem ist ja eine der wenigen Bibelszenen, die reiche Leute in ein positives Licht stellen, zumal die überbrachten Gaben magische Kräfte und Weisheit repräsentieren.

Der Auftrag für das Gemälde stammte offenbar von der Confraternita dei Maghi, einer der einflussreichsten Bruderschaften, deren Mitglieder anlässlich des Dreikönigstags in Luxusgewändern durch Straßen von Florenz zogen, um der Madonna ihren Wohlstand vorzuführen. Im 15. Jahrhundert stand der Präses der Bruderschaft zudem häufig an der Spitze der Medici-Bank – und damit auch an der Spitze der Stadt.

Auch hier ist offensichtlich, wie ein frommes Gemälde benutzt wird, um

den Reichtum der Stadt zu zelebrieren: mit der imposanten Ansammlung modischer, farbenprächtiger Gewänder, aber auch in Gestalt des Schimmels auf der linken Bildseite, der dem Betrachter sein anmutig gerundetes Hinterteil zuwendet, das auf der Schabracke die sechs roten Kugeln des Wappens der Medici präsentiert. So waren Florenz und das Heilige Land auf elegante Weise überlagert, wobei die Reichen zu Mäzenen einer Kunst wurden, die das Volk näher zu Gott bringen sollte.

Seit Mitte des 15. Jahrhunderts leisteten sich die Kaufmanns- und Bankiersfamilien eine kostspielige humanistische Erziehung. Die Erkundung der Antike machte sie mit anderen als den streng christlichen Werten vertraut, was zweifellos als entlastend empfunden wurde. Im Zuge dieser neuen und zuweilen esoterischen Gelehrsamkeit entdeckten die Reichen das befriedigende Gefühl, zu der kleinen Elite zu gehören, die auch die subtilen antiken Bezüge auf den von ihnen gestifteten Gemälden verstanden. Das bestätigte ihre überlegene Stellung in der sozialen Hierarchie, die nunmehr auf ihrem Reichtum und ihrer Bildung und nicht mehr auf Geburtsrechten und göttlichem Willen beruhte.

Damals begann Botticelli die erstaunliche Bilderserie seiner platonischen Periode. Eine nackte Venus zum Beispiel soll uns davon überzeugen, dass Schönheit zu einer höheren Ebene des Daseins führen könne. Jetzt konnte ein Gemälde auch ohne christliche Motive eine positive moralische Botschaft vermitteln. Die Verknüpfung zwischen traditioneller Frömmigkeit und der neuen platonischen Mode zeigt sich am deutlichsten in Botticellis eher strengem „Porträt einer Frau“: Die im Vollprofil dargestellte junge Frau, die wie ein antikes Idealporträt auf einem römischen Medaillon anmutet, ist zugleich Ehegattin und perfekte Madonna.

Die Ständegesellschaft verlangte Schlichtheit

Die scheinbar harmonische Balance konnte nicht von Dauer sein. Das Verbot politischer Parteien und das subtile System der Machtaufteilung, das die Republik auszeichnete, erwiesen sich als untauglich und naiv. Sind vererbte Herrschaftspositionen erst einmal abgeschafft, können nur allerstrengste Regeln verhindern, dass Geld in das entstandene Machtvakuum einströmt.

Die Florentiner Kommune, die sich in notorischer Geldnot und häufig im Kriegszustand befand, war ständig auf Anleihen von Bankiers und Kaufleuten angewiesen. Die Medici nutzten das aus, um sich am Ende zum Schiedsrichter über das Schicksal der Stadt aufzuwerfen. Nach Machiavellis Geschichte von Florenz urteilte Niccolò da Uzzano über Cosimo de Medici: „Die Werke, die ihn uns verdächtig machen, sind, daß er mit seinem Gelde Jedermann dient, nicht allein den Privaten, sondern dem Staate, nicht allein den Florentinern, sondern den Condottieris, daß er bald diesen, bald jenen Bürger unterstützt, der die Magistrate nötig hat; daß er durch die Liebe, die die Masse zu ihm hegt, bald diesen bald den andern seiner Freunde zu höheren Ehrenstellen erhebt.“

Unter Cosimos Enkel Lorenzo il Magnifico, der 1469 an die Macht kam, war der Schein, dass es sich nicht um eine Einmannherrschaft handele, weitgehend dahin. Schließlich beschloss eine andere Bankiersfamilie, die Pazzi – die mit den Medici um das Alaunmonopol konkurrierten und sich von der politischen Beutemacherlei ausgeschlossen fühlten –, die Stadt durch ein Attentat von ihren faktischen Oberherren zu befreien. In heimlicher Absprache mit der Kirche, die das Alaunmonopol vergab, schlugen die Pazzi am 26. April 1478 zu: Lorenzos Bruder Giuliano wurde getötet, aber Lorenzo überlebte und ließ die Pazzi lynchen.

Wieder waren Bankiers und Kirchenleute aneinandergelernt; und wie

der wurden die Künstler dafür bezahlt, eine annehmbare Version der Ereignisse zu präsentieren. Auf einem wunderbaren Medaillon von Bertoldo di Giovanni ist der Mordanschlag in seiner ganzen Dramatik wiedergegeben. Botticelli und Andrea del Castagno bekamen den Auftrag, Fresken zu malen, auf denen die Hinrichtung der Verschwörer dargestellt ist. Eine solcher Einsatz der Kunst und der Künstler für direkte politische Zwecke lässt erkennen, dass sich die Bankiers über den Propagandawert der von ihnen bestellten Gemälde stets im Klaren waren.

Womöglich hat diese übertriebene Selbstgewissheit, diese Verschiebung der Macht zugunsten der Bankiers und Humanisten, die Gegenbewegung ausgelöst, die sich in Girolamo Savonarola verkörperte. Der Dominikanermönch war nach Florenz gelangt wie eines von vielen interessanten Objekten für die erlesene Sammlung einer Händlerfamilie. Pico della Mirandola, ein Gelehrter aus reichem Hause, hatte Lorenzo de' Medici überredet, Savonarola an die Spitze des Konvents der Kirche San Marco zu berufen, die fünfzig Jahre zuvor von den Medici für 30 000 Florin restauriert worden war. Aber von der dahinterliegenden Botschaft, dass zwischen Frömmigkeit und Geld, zwischen der Kirche und dem Studium der großen römischen Dichter kein Widerspruch bestehe, wollte Savonarola nichts wissen. Für ihn war vielmehr klar: „Der wahre Prediger kann einem Prinzen nicht schmeicheln, er kann nur dessen Laster geißeln.“

Savonarola war die Gegenfigur zu Lorenzo, den Medici und den Bankiers im allgemeinen. Er hielt vom Handel nichts, er wollte nichts von der Kunst des Tausches wissen, er war nicht verfügbar. Seine furchterregenden Bußpredigten, die von Tod und Verderben kündeten und von der Notwendigkeit einer radikalen spirituellen Erneuerung, haben das Florenz der Medici-Bank in ihrer letzten Phase grundlegend verändert. Als 1494 Frankreichs König Karl VIII. mit seiner Armee in Florenz einzog – wie eine Wahrnehmung der von Savonarola prophezeiten Katastrophe –, wurden die Medici vertrieben und die Herrschaft der Bankiers vorübergehend durch die der Prediger abgelöst.

Ein von einem unbekannten Meister stammendes Porträt Savonarolas ist als strenges Profil angelegt; der scharfe Hell-Dunkel-Kontrast, der kahl geschorene Schädel, der feurige Blick und die zusammengepressten Lippen geben die Psychologie des frommen Extremisten vorzüglich wieder: „Ihr Kaufleute, gebt eure Wuchergeschäfte auf“, deklamierte der Dominikaner, „geht zurück, was ihr unrechtmäßig erworben habt! Eure Häuser sind voll von eitlen Dingen, unsittlichen Bildern und gottlosen Büchern. Bringt sie zu mir, auf dass sie als Opfer für Gott verbrannt werden.“

Mit solchen Worten verfügte Savonarola am Fastnachtdienstag 1497 die öffentliche Verbrennung der verfluchten Objekte, bei der viele Kunstwerke und Luxusgegenstände in Flammen aufgingen. Bedenkt man, wie beächtigt und symbolisch aufgeladen dieses Ereignis war, scheint es verwunderlich, wie wenig Bilder es davon gibt.

Man kann allerdings leicht nachvollziehen, dass reiche Leute es gar nicht toll fanden, ein Gemälde zu bestellen, auf dem von reichen Leuten bestellte Kunstwerke vernichtet werden. Und auch die Kirche hat sich schnell von Savonarola distanziert. Er wurde auf derselben Piazza gehängt und verbrannt, auf der er die Verbrennung angeordnet hatte. Die Erinnerung daran wollte niemand aufrecht erhalten.

Aus dem Englischen von Niels Kadritzke

Tim Parks ist Schriftsteller und Übersetzer. Er schreibt Romane und Sachbücher. Auf Deutsch erscheinen seine Bücher beim Kunstmann-Verlag (zuletzt „In Extremität“, München 2018). © London Review of Books, für die deutsche Übersetzung LMD, Berlin. Dieser Text, der anlässlich der Ausstellung „Geld und Schönheit. Bankleute, Botticelli und das Feuer der Eitelkeiten“ im Palazzo Strozzi entstand, erschien im Dezember 2011 in LMD.



Proteste gegen das Assad-Regime, Aleppo, 21. Dezember 2012 VIRGINIE NGUYEN HOANG/picture alliance/ap

Das Buch ist ein Klassiker: „The Struggle for Syria“ des britischen Journalisten Patrick Seale wurde 1965 veröffentlicht. Es schildert den Kampf um die Macht in Syrien nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Machtkampf stand einerseits im Zeichen des Kalten Kriegs zwischen den USA und der Sowjetunion und wurde andererseits vom „arabischen kalten Krieg“ beeinflusst.

In diesem zweiten kalten Krieg standen sich das Ägypten Gamal Abdel-Nassers und Saudi-Arabien gegenüber. Deren Rivalität um die regionale Hegemonie erstreckte sich bis in die jemenitische Berge, wo die ägyptischen Truppen die junge Republik gegen die von Riad finanzierten und bewaffneten royalistischen Stämme unterstützten.

Von den 1950er Jahren bis zum Sechstagekrieg mit Israel im Juni 1967 spielte Syrien für das regionale Gleichgewicht eine entscheidende Rolle. In dieser Periode, in der in Damaskus ein Staatsstreich auf den anderen folgte, war das Land zugleich eine Hochburg des panarabischen Aufbruchs. Diese von arabischen Nationalisten, linken Kräften und Marxisten dominierte Bewegung strebte nicht nur die politische Unabhängigkeit an, sondern auch wirtschaftlichen Fortschritt und eine gerechte und egalitäre Gesellschaft.

Nachdem Israel 1967 die arabischen Truppen besiegt hatte, versank der Nahe Osten jedoch in einer Stagnation, die vier Jahrzehnte andauern sollte. Keines der Regime, ob Republiken oder Monarchien, wagte auch nur die kleinsten Reformen. Ihre gemeinsamen Merkmale blieben eine autoritäre Herrschaft und die Konzentration des Reichtums in den Händen einer kleinen, mit der Macht verbandelten Elite. Eine diffuse Unzufriedenheit entlud

sich zwar in sporadischen Aufständen, doch insgesamt blieben die Regime unangefochten. Konflikte gab es vor allem zwischen den arabischen Regimen, und zwar je nach deren Haltung zu den USA und Israel. Das Primat der Geopolitik ließ keinen Raum für Reformbestrebungen und gesellschaftlichen Wandel.

Was sich veränderte, war lediglich die Zusammensetzung der Allianzen: Während des ersten Golfkriegs (1990/91) war Syrien unter Hafis al-Assad mit Washington verbündet, während der jordanische König Hussein den Irak unterstützte. Kurz vor den arabischen Revolutionen des Jahres 2011 standen sich die Freunde der USA (vor allem Ägypten und Saudi-Arabien) und die „Achse des Widerstands“ (Iran, Syrien, palästinensische Hamas und libanesische Hisbollah) gegenüber.

Damaskus verdankt seine herausgehobene Stellung in erster Linie seinem Bündnis mit der Islamischen Republik Iran, die schon dreißig Jahre Bestand hat. Und dies trotz unterschiedlicher Auffassung über einen Frieden mit Israel, den Teheran grundsätzlich ablehnt, den Damaskus aber unter gewissen Bedingungen akzeptiert, insbesondere falls Israel die seit Juni 1967 besetzten Golanhöhen aufgeben würde.

Nach der Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafik al-Hariri am 14. Februar 2005 und dem überstürzten Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon erlebte das syrische Baath-Regime eine Phase der Isolation, die Präsident Baschar al-Assad erst 2010 beenden konnte.

Sein Image als „Pol des Widerstands“ in der Region wurde gestärkt durch die Unbeugsamkeit gegenüber dem Druck der USA unter George W. Bush, der ihn liebend gern gestützt hätte, wie auch durch seine Unterstützung sowohl der Hisbollah in dem von

Israel begonnenen Libanonkrieg vom Sommer 2006 als auch der Hamas während der israelischen Militäroperation („Gegossenes Blei“) im Winter 2008/09 im Gazastreifen. Diese Politik Assads beschwichtigte sogar die eigentlichen Feinde seines Regimes, die syrischen Muslimbrüder – zumindest vorläufig.

Der Assad-Clan glaubte, dank dieses Prestiges sei Syrien gegen die Bewegung immun, die seit dem Frühjahr 2011 die ganze Region erschütterte. Er unterlag damit demselben Irrtum wie manche Antiimperialisten anderswo, die das Ausmaß des von den arabischen Revolutionen angestoßenen Wandels nicht begreifen oder sogar glauben, der Konflikt um Syrien liege sich auf seine geopolitische Dimension reduzieren.

Solche Analysen sind so falsch wie ihre Grundannahmen. Tatsächlich untergräbt sich das syrische Regime selbst, und zwar durch dieselben strukturellen Fehler, die alle Länder der Region kennzeichnen: autoritäre Willkürherrschaft; die Plünderung der Ressourcen; eine wirtschaftliche Liberalisierung, die soziale Ungleichheiten weiter verstärkt; die Unfähigkeit, den Erwartungen der jungen Generation zu entsprechen, die zahlreicher und besser ausgebildet sind als ihre Eltern.

Geheimdienste und Armee morden nach Belieben

Die Weigerung, diese Hoffnungen zur Kenntnis zu nehmen, und die unfassbare Brutalität der Unterdrückung haben die Gewalt eskaliert – und zugleich die Militarisierung eines Teils der Aufständischen begünstigt, die sich zunächst in ihrer überwältigenden Mehrheit zur Gewaltfreiheit (silmiyya) bekannt hatten. Damit nimmt die Gefahr zu, dass die Konfrontation zu einem Konflikt zwischen den Konfessionen wird, zumal das Regime bedenkenlos auf diese Karte setzt.

Aber auch die syrische Opposition zeigt sich unfähig, glaubhafte und verlässliche Garantien für die Zukunft abzugeben. Manche ihrer früheren Anhänger haben sich bereits abgewandt. Das gilt etwa für die Kurden, die zu den ersten Demonstranten zählten (vor allem um ihren offiziellen Status als Staatsbürger durchzusetzen, der ihnen vorenthalten wurde). Sie fühlen sich vor den Kopf gestoßen, weil das in der

Türkei ansässige Oppositionsbündnis Syrischer Nationalrat (Syrian National Council, SNC) sich weigert, ihre Rechte anzuerkennen.

Das Assad-Regime wiederum unterstützt neuerdings wieder die kurdische Arbeiterpartei (PKK), die bei den syrischen Kurden nach wie vor populär ist. Damaskus hatte die PKK schon in den 1990er Jahren als Hebel im damaligen Konflikt mit der Türkei genutzt.

Der SNC ist seit Kurzem gespalten. Ehemalige politische Gefangene des Assad-Regimes wie Hajtham al-Maleh und Kamal al-Labwani kritisieren die engen SNC-Verbindungen zum Ausland. Und Ammar al-Kurabi, ehemals Präsident der syrischen Organisation für Menschenrechte und heute Vorsitzender der Bewegung für Nationalen Wandel, wirft dem SNC vor, die alawitischen und turkmenischen Mitstreiter auszugrenzen. Die Christen wiederum – die erlebt haben, wie zehntausende ihrer irakischen Glaubensbrüder und -schwestern nach Syrien flüchten mussten – sehen mit wachsender Sorge, wie die Dschihadisten Oberwasser bekommen und die ersten christen- und alawitenfeindlichen Parolen auftauchen.

Der SNC ist nach mehreren Abspaltungen ziemlich zerrissen, wird von den lokalen Komitees in Syrien abgelehnt und von etlichen Oppositionellen ohnehin infrage gestellt. Das gilt vor allem für das Nationale Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel (NCC), das eine militärische Intervention des Auslands ablehnt und den Dialog mit dem Regime nicht grundsätzlich verwirft. Der SNC wird von der syrischen Muslimbruderschaft dominiert, die als Fassade noch einige Liberale rekrutiert hat. Auch seine Abhängigkeit von westlichen Ländern und den Golfmonarchien wird von Kritikern übel vermerkt.

Die Situation ist also völlig blockiert: Die Opposition ist unfähig, den Sturz des Regimes herbeizuführen, das Regime dagegen auferstande, einen Aufstand niederzuschlagen, dessen Entschlossenheit so überraschend ist wie die Opferbereitschaft ihrer Aktivisten. Eine Rückkehr zum Status quo ante ist unmöglich: Das Regime kann die Kontrolle über die Köpfe so wenig zurückgewinnen wie die Macht über eine Gesellschaft, die sich immer stärker politisiert hat. Und die eingeleiteten Reformen (eine neue Verfassung und

Der syrische Knoten

von Alain Gresh

2012 gab es in Syrien noch die Hoffnung, dass die Opposition gegen das Regime von Diktator Bachar al-Assad zu dessen Sturz und einem politischen Wandel führen könnte. Diese Hoffnung wurde spätestens ab 2015 und der russischen Intervention in Syrien zerstört. Inzwischen beherrscht das Assad-Regime wieder weite Teile des Landes. Schätzungen zufolge kamen bei dem Konflikt in Syrien seit 2011 mindestens 400000 Menschen ums Leben, Millionen mussten aus ihrer Heimat fliehen.

Anzeige

WIDERSPRUCH

Feministische Fragen zum Frauenstreik 2019

Die Beiträge spiegeln offene Fragen und Diskussionen nach dem Frauenstreik in der Schweiz im Juni 2019. Sie handeln vom Verhältnis zwischen feministischer Bewegung und Organisierung: Wie gehen Aktivistinnen mit den Eigendynamiken von florierenden und wieder abebbenden Bewegungen um? Was passiert in Ländern mit starken und bleibenden Mobilisierungen, und was lässt sich davon auf die Schweiz übertragen?

Informationen zu Heft und Abo unter www.widerspruch.ch





Idlib, 12. März 2020 FELIPE DANA/picture alliance/ap

mehrere Amnestien et cetera) bleiben völlig wirkungslos, solange die Geheimdienste und die Armee nach Belieben morden, bombardieren und foltern können.

Gleichzeitig besteht die sehr reale Gefahr eines Bürgerkriegs, der noch dazu auf den Libanon und den Irak übergreifen könnte. Eine militärische Intervention des Auslands würde dabei die Gräben zwischen den Religionen nur noch vertiefen, und dafür sorgen, dass die konfessionellen Konflikte mit Waffen ausgetragen würden. Für die Hoffnung auf Demokratie in der Region wäre das ein herber Rückschlag. Allerdings ist das militärische Eingreifen nicht die einzige Option. Der wirtschaftliche Druck auf Syrien hat den Mittelstand, der im Prinzip auf der Seite des Regimes steht, ins Zweifeln gebracht. Und die erste Beobachtermission der Arabischen Liga hat trotz aller Schwierigkeiten immerhin einen Rückgang der Gewalt bewirkt.

Letztendlich müssen bei dem Versuch, eine Übergangslösung auszuhandeln, Russland und China ins Boot geholt werden. Dagegen wenden manche ein, mit einem Regime, das die eigene Bevölkerung ermordet, könne man nicht verhandeln. Doch in Lateinamerika erfolgte der Übergang zur Demokratie in einigen Fällen mittels einer Vereinbarung über die Amnestierung militärischer Diktatoren. Dieser schmale und schwierige Pfad ist natürlich nicht der Königsweg, den sich die meisten Außenstehenden wünschen, die den syrischen Konflikt auf eine tunesische Konfrontation zwischen Diktatur und Demokratie reduzieren.

Aber glaubt irgendjemand, Saudi-Arabien könnte in Damaskus eine demokratische Regierung befürworten? Die Saudis, die keinerlei gewählte Volksvertretung anerkennen, deren In-

nenminister die schiitischen Demonstrationen im Osten des Landes zu einer „neuen Form von Terrorismus“ erklärte und die Anfang März in Abha, der Hauptstadt der Region Assir, die Studentenproteste gegen das dürftige Lehrniveau brutal niederknüppeln ließen?

Das saudische Königshaus ist besorgt über die geschwächte Position der USA in der Region und voller Misstrauen gegenüber der im Irak etablierten „schiitischen Macht“. Deshalb stelle sich Riad an die Spitze der Konterrevolution in der Region und half, die Rebellion in Bahrain niederzuschlagen, ohne sie wirklich beenden zu können. Deshalb versorgen die Saudis die Aufständischen in Syrien mit Waffen und mobilisieren die sunnitische Mehrheit im eigenen Land, indem sie das schiitische Schreckgespenst und die Feindschaft mit den „Persern“ beschwören.

Wenn Riad jetzt wieder an die „Solidarität der Sunniten“ appelliert, dürfte dies bedeuten, dass die Saudis mit einer Regierungsbeteiligung der Muslimbrüder in Tunis, Kairo, Rabat und vielleicht sogar in Libyen rechnen (obwohl ihr Verhältnis zu der Bruderschaft in den letzten zehn Jahren miserabel war). Allerdings bleibt die Lage undurchsichtig, denn in der Bruderschaft ist man sich in dieser Frage uneinig. Das zeigt die ablehnende Haltung der tunesischen Regierung gegenüber jeglicher Fremdeinmischung in Syrien, aber auch der Streit innerhalb der Hamas, die ihr Hauptquartier in Damaskus aufgegeben hat.

Nach Aussage von Salah al-Bardawil, der dem Hamas-Politbüro angehört, wird seine Organisation selbst im Fall eines Krieges zwischen Iran und Israel nicht intervenieren. Dem hat jedoch Mahmud az-Zahar, einer der Gründerväter und Hardliner der

Hamas, umgehend widersprochen. Die Idee einer großen sunnitischen Allianz gegen Teheran und Damaskus kollidiert also erneut mit dem ungelösten Palästina-Problem. Wobei sich allerdings die Frage stellt, wer noch Widerstand gegen die israelische Strategie leisten wird, wenn Iran und Syrien ausfallen?

Washington wiederum will mit Syrien einen der Pfeiler der „Achse des Bösen“ ins Wanken bringen, um so das den Iran zu treffen, den der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zu gern bombardieren würde. Doch die USA scheinen kaum gewillt, sich auf ein weiteres militärisches Abenteuer einzulassen; auch wenn der Sturz von Präsident Assad ihre Position in der Region stärken würde.

Milizen mit beträchtlichem Arsenal an Waffen

Der Grund ist in den beiden vorangegangenen Kriegen zu suchen: Der Abzug aus dem Irak war wenig glorreich, und in Afghanistan – wo der Abzug für Ende 2014 geplant ist – bleibt die Lage prekär. Dort sind die USA nicht nur bei den Taliban verhasst, sondern auch bei der breiten Bevölkerung, die wegen der „amerikanischen Übergriffe“ zunehmend verbittert ist. Es ist also fraglich, ob sich Washington an einer internationalen Militärintervention in Syrien beteiligen würde. Und ob man die Destabilisierung eines Landes riskieren will, in dem sich heute schon militante Dschihadisten und Al-Qaida-Kämpfer tummeln.

Was die Haltung Israels betrifft, so hat sie Efraim Halevy, ehemals Chef des Geheimdienstes Mossad und nationaler Sicherheitsberater, wohl am am besten beschrieben: Der Sturz des Regimes in Damaskus würde Teheran ent-

scheidend schwächen und sei deshalb eine weniger riskante Option als eine Militäraktion gegen den Iran. Doch solche öffentlichen Äußerungen aus Israel können der syrischen Opposition eigentlich nur schaden, das weiß man in Tel Aviv sehr genau. Zudem gibt es in Israel andere Stimmen, die vor einem Bürgerkrieg in Syrien warnen, weil es dann mit der Ruhe an der gemeinsamen Grenze vorbei sein könnte.

Russland und China schließlich fürchten den Machtzuwachs der Islamisten und Alleingänge der USA und der EU. Nach ihrem ersten Veto gegen eine UN-Sicherheitsratsresolution zu Syrien stimmten beide Staaten am 21. März einer gemeinsamen Erklärung für einen ausgehandelten demokratischen Übergang in Syrien zu.

All diese Manöver finden in einer Region statt, die durch die Kriege der USA (Afghanistan, Irak) und Israels (Libanon, Palästina) bereits stark destabilisiert wurde. Viele Staaten sind geschwächt; in anderen (Libanon, Irak, Afghanistan, Palästina und nun auch Syrien) wächst die Macht bewaffneter Milizen, die oft über ein beachtliches Waffenarsenal inklusive Raketen verfügen. Hinzu kommen konfessionelle Spannungen, die vor allem für die Minderheiten bedrohlich sind.

So sieht das Umfeld aus, in dem die „arabische Revolte“ ausgebrochen ist. Die Aufständischen fordern Freiheit, Würde (karama), Demokratie und soziale Gerechtigkeit. In Tunesien und Ägypten, in Libyen und im Jemen haben sie zwar die Autokraten gestürzt, in der westlichen Öffentlichkeit aber macht sich bereits Enttäuschung breit.

Doch Peter Harling, Leiter der International Crisis Group (ICG) in Ägypten, Syrien und im Libanon, findet es „überhaupt nicht verwunderlich, dass der grandiose Moment der Blitzrevo-

lutionen in Tunesien und Ägypten einer großen Konfusion gewichen ist“. Fast überall in der arabischen Welt erleben wir, wie der Gesellschaftsvertrag auf mehr oder minder ehrgeizige und gewalttätige Weise gänzlich neu ausgehandelt wird. Die Situation in jedem einzelnen Land ist an sich schon komplex genug; hinzu kommen noch die starken Abhängigkeiten der Länder untereinander – wobei das „tunesische Modell“ bis in die tiefste syrische Provinz diskutiert wird.

Steuert die Region also auf einen „islamistischen Winter“ zu, in dem konfessionelle Konflikte drohen oder die Niederschlagung der revolutionären Bewegungen durch die Armee, in Syrien wie in Ägypten? Keine dieser Hypothesen ist völlig auszuschließen. Aber jede einzelne unterschätzt die Kraft der Proteste, die Entschlossenheit, mit der die Menschen auf demokratischen Wahlen bestehen, die außerordentliche Widerstandskraft der Bevölkerung. Die Völker der Region sind bereit, die seit 1967 suspendierten sozialen und demokratischen Kämpfe wieder aufzunehmen, ohne dabei ihre Unterstützung für die Sache der Palästinenser aufzugeben.

In diesem komplizierten Umfeld besteht die Gefahr, dass neuerliche Interventionen von außen die inneren Bruchlinien weiter vertiefen, wie es im Irak und in Libyen der Fall war. Am Ende könnte der Kampf um die Demokratie in einen Kampf zwischen den Konfessionen umschlagen – insbesondere zwischen Sunniten und Schiiten.

Aus dem Französischen von Barbara Schaden

Alain Gresh (Jahrgang 1948) war von 1985 bis 2015 Mitglied der Pariser LMD-Redaktion. Heute leitet er das Onlinemagazin *OrientXXI* Info. Dieser Text erschien im April 2012 in LMD.

Anzeige

Globale Solidarität in Zeiten der Corona-Pandemie

Beim Helfen helfen. Spendenkonto medico international e.V.: IBAN DE21 5005 0201 0000 0018 00

Für Veränderung.
In Solidarität.
Mit Haltung.
medico.de

m)
medico international

Was bin ich?

Über Sinn und Unsinn von
Volkszählungen in Exjugoslawien

von Jean-Arnauld Dérens

Seit zwei Jahren kursiert dieser Witz in Bosnien-Herzegowina: Im Erdkundeunterricht fragt die Lehrerin: „Wie viele Einwohner hat unser Land?“ Bleierne Stille. Nur der kleine Ivica schnippt ungeduldig mit den Fingern: „Ich weiß es, ich weiß es!“ – „Und, wie viele sind es?“ – „Ich weiß nicht“, antwortet der Schüler fröhlich. „Bravo“, freut sich die Lehrerin. „Richtig! Woher weißt du das?“

Der Witz bezieht sich auf die Volkszählung, die im Herbst 2011 auf Initiative der EU-Kommission in den Balkanländern Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien hätte stattfinden sollen: In Mazedonien (circa 2 Millionen Einwohner) wurde der Zensus damals abgebrochen, in Bosnien-Herzegowina wurde er gleich verschoben, und in allen anderen Ländern, in denen man zu Ende gezählt hatte, tobte seither ein Streit über die Ergebnisse.

In Bosnien-Herzegowina (circa 3,7 Millionen Einwohner) soll in diesem Oktober, also mit zwei Jahren Verspätung, die erste Volkszählung seit dem Jugoslawienkrieg (1992-1995) nachgeholt werden. Sie wird in enger Kooperation mit Eurostat organisiert, doch schon im Vorfeld hagelt es Kritik von allen Seiten.

„Es wird aber auch alles und jedes politisiert“, empört sich Dennis Gratz, Jurist, Filmemacher und Vorsitzender von Nasa Stranka (Unsere Partei), einer sozialliberalen, antinationalistischen Partei, die seit 2008 existiert. Gegründet wurde sie von Gratz, dem ehemaligen Kriegsreporter Predrag Kojić und den Filmregisseuren Danis Tanović („No Man's Land“) und Dino Mustafić. „Man will die Bürger von Bosnien-Herzegowina unbedingt zwingen, sich zu einer bestimmten ethnischen Zugehörigkeit zu bekennen. So etwas gibt es nirgendwo sonst in Europa. Das ist mal wieder ein perfektes Beispiel für die Absurdität des bosnischen Systems.“

Tatsächlich geht es nicht einfach nur darum, die Menschen an verschiedenen Orten zu zählen; man will vor allem wissen, zu welcher „Nationalität“ sie sich bekennen. In den bosnisch-herzegowinischen Gemeinden geht die Furcht um, die Zählung laufe darauf hinaus, die kriegsbedingten Umsiedlungen und „ethnischen Säuberungen“ zu ihren Ungunsten rechtsgültig zu machen und damit festzuschreiben.

Staatsbürgerschaft und Nationalität: Anderswo mögen diese beiden Begriffe mehr oder minder synonym gebraucht werden – nicht jedoch in Exjugoslawien. So besitzen etwa die Einwohner von Bosnien-Herzegowina alle die bosnische Staatsbürgerschaft, können aber bosniakischer, kroatischer oder serbischer Nationalität sein. Und die Bewohner Serbiens (circa 7,2 Millionen Einwohner) sind keineswegs alle serbischer Nationalität, sie können auch Ungarn, Albaner, Roma, Bosniaken, Bulgaren oder Rumänen sein. Übrigens wurde bei den Volkszählungen im früheren Bundesstaat Jugoslawien auch schon nach der Volkszugehörigkeit gefragt. Damals mussten die Bürger außerdem noch ihre Muttersprache und ihre Konfession angeben, wobei man sich auch als Atheist oder Agnostiker bezeichnen konnte.

Im Herbst 2012 wurden in 60 Ortschaften in Bosnien-Herzegowina bereits vorbereitende Pilotzählungen durchgeführt, die allerdings sehr überraschende Ergebnisse erbrachten: Nicht weniger als 35 Prozent der Gezählten bezeichneten sich keineswegs als „Bosniaken“, „Serben“ oder „Kroaten“, sondern als „Bosnier“, „Herzegoviner“ oder sogar als „Bosno-Herzegowiner“. Es wäre tatsächlich eine Art politischer Erdbeben, sollten sich diese Ergebnisse im Oktober landesweit wiederholen.

Seit den Friedensverträgen von Dayton 1995 ist das gesamte politische Leben in Bosnien-Herzegowina darauf ausgerichtet, das Gleichgewicht zwischen den drei großen konstitutiven Volksgruppen der Serben, Kroaten und Bosniaken zu wahren. Der Europäische Gerichtshof hat das Land bereits wegen diskriminierendem Verhalten gegenüber seinen Minderheiten verurteilt. Laut Verfassung dürfen beispielsweise Bosno-Herzegowiner, die jüdischer Herkunft oder Roma sind, weder für das dreiköpfige Staatspräsidium noch für die Völkerkammer des Parlaments kandidieren.

Derweil fühlen sich die Nationalisten unter den drei „Staatsvölkern“ schon im Belagerungszustand. Die Kroaten befürchten einen Bevölkerungsschwund: Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, der 1991 noch 17,5 Prozent ausmachte, könnte bald auf 10 Prozent

ebenfalls sinken. Diese Kampagnen wollten im Grunde an die alten Ängste vor den anderen Volksgruppen appellieren: Wenn sich alle Kroaten und Serben auch als solche definieren, würden allein die Bosniaken an Einfluss verlieren.

Jeder traf seine eigene Wahl. Slobodan Milošević etwa bezeichnete sich als Serbe, sein Bruder Borislav dagegen bekannte sich als Montenegriner. 1991 erbrachte die letzte Volkszählung vor dem Zerfall des Bundesstaats sogar mehr „Jugoslawen“ als je zuvor.

Alma Becirić, eine Lehrerin aus Sarajevo, erinnert sich: „Dass ich mich bei der Zählung als Jugoslawin registrieren ließ, war keineswegs eine politische Aussage. Es ging einfach nicht anders. Mein Vater war Muslim und meine Mutter Serbin; auch mein erster Mann stammte aus einer gemischten Ehe.“ 1991 erfanden viele Bürger aus Protest gegen den wachsenden Nationalismus absurde Bezeichnungen. In manchen Städten gab es plötzlich Scharen von Eskimos und Marsmenschen.

ebenso viele Istrien wie Kroaten gezählt. Mario Pušić aus der Kleinstadt Labin erklärt, warum: „Sich als Istrien zu bezeichnen ist eine Form von Verweigerung: Man lehnt es ab, sich zwischen der kroatischen und der italienischen oder auch der serbischen Nationalität zu entscheiden. Istrien war immer eine Vielvölkerregion. Warum kann man diese Mischung nicht anerkennen, als unsere besondere Identität?“

Auch die Jugoslawen sind noch nicht ausgestorben: 2011 bezeichneten sich in Montenegro und Kroatien etliche hundert Menschen als Jugoslawen, in Serbien waren es knapp 23.000. Die meisten von ihnen leben in der Region Belgrad und der Vojvodina; manche von ihnen gehen so weit, sich als rechtlose Minderheit zu bezeichnen. Tatsächlich verfügen die nationalen Minderheiten in Serbien über einen jeweiligen Nationalrat, der ihre kollektiven Rechte, speziell in Bezug auf Sprache und Bildung, verteidigen soll.

In Serbien entstand auch eine Initiative für die offizielle Anerkennung der „Jugoslawen“. Doch das Ansinnen wur-

Serbisch-Orthodoxe Kirche, deren Priester den Gläubigen predigten, sie sollten sich zu ihrem „Serbentum“ bekennen. Dem trat allerdings die autokephale Montenegrisch-Orthodoxe Kirche entgegen, die der serbischen Kirche die Zuständigkeit für Montenegro abspricht.

Die Entwicklung der Zahlen ist aufschlussreich: Gegenüber dem Zensus von 2003 sank der Anteil der „Serben“ lediglich von 30 auf 29 Prozent (dagegen hatten sich 1991 – also in der alten jugoslawischen Teilrepublik – nur 10 Prozent als Serben bekannt). Wer sich noch heute als serbisch bezeichnet, bekundet damit seinen Widerstand gegen die 2006 verkündete Unabhängigkeit und eine montenegrische Nationalität.

Im Kosovo fand die letzte richtige Volkszählung 1981 statt. Die späteren wurden boykottiert: 1991 von den Albanern und 2011 von den Serben, die im Norden des Kosovo leben, das sich 2008 für unabhängig erklärte.

Mit den jüngsten Ergebnissen waren allerdings auch die Albaner ganz



Jedi, Marsmensch oder Erdling? Auf dem Balkan provoziert die Frage nach der Nationalität satirische Antworten VISAIR KRYEZIU/ap

gesunken sein. Da der Großteil von ihnen rund um Mostar in der Herzegowina lebt, könnten kroatische Nationalisten auf ihre alte Idee zurückkommen, neben der Föderation Bosnien-Herzegowina und der Republika Srpska im Norden noch eine dritte, kroatische Entität im Süden zu etablieren.

Auch bei den Bosniaken wächst die Unruhe. Mittels Kampagnen im vergangenen Winter wurden sie systematisch aufgefordert, bei der bevorstehenden Volkszählung auch ja die richtigen Begriffe einzutragen: Nationalität? Bosniak. Sprache? Bosnisch. Religion? Muslimisch. Die bosniakischen Nationalisten befürchten, vor allem unter den Städtern könnten viele ihrer Landsleute sich schlicht als „Bürger“ von Bosnien-Herzegowina deklarieren.

Heute ist sich Frau Becirić nicht mehr sicher, welche Nationalität sie bei der Volkszählung im Herbst angeben soll.

Der Sinn für Satire ist noch nicht ganz verschwunden. 2011 wurden in Kroatien zum Beispiel noch 303 Jedis, 123 Erdlinge, 24 Marsianer und 12 Internationalisten gezählt. Andererseits ist hier die serbische Gemeinschaft durch die kriegsbedingten Wanderbewegungen drastisch geschrumpft: von 12 Prozent (1991) auf 4,36 Prozent der heutigen Bevölkerung Kroatiens. Geschrumpft ist freilich auch die Zahl der Kroaten, die sich zum katholischen Glauben bekennen.

In der kroatischen Region Istrien, die in den letzten zwanzig Jahren für nationalistische Anwendungen am wenigsten empfänglich war, wurden fast

die abgeschmettert. Eine jugoslawische Nationalität sei „künstlich“, hieß es von offizieller Seite. Die von der Vojvodina ausgehende Initiative stieß nicht überall auf Verständnis: Viele Bürger Serbiens meinen, dass die „Jugo-Nostalgie“ durchaus nicht im Widerspruch zu einer ausdrücklich bekundeten nationalen Identität stehe.

In Montenegro mit seinen 625.000 Einwohnern wirken die Vorbereitungen zur Volkszählung eher wie eine Wahlkampagne. Vor dem Zensus von 2011 gab es eine Flut von Flugblättern und Wahlplakaten, auf denen die Bürger aufgefordert wurden, sich als „Montenegriner“, „Serben“ oder auch „Bosniaken“ zu bekennen und als „serbisch“ oder „montenegrisch“-sprachig zu deklarieren. Besonders aktiv war die

und gar nicht einverstanden. Nach dem Zensus von 2011 hat das Kosovo nur 1.739.825 Einwohner, was weit unter den meisten Hochrechnungen liegt, die „von mindestens 2 Millionen Menschen“ ausgingen. Ohne den überwiegend serbisch besiedelten Norden mit etwa 50.000 Einwohnern setzt sich die Bevölkerung des Kosovos aus 93 Prozent Albanern, 1,5 Prozent Serben, 1 Prozent Türken, 1 Prozent Aschkali, 0,5 Prozent Roma und 0,5 Prozent Goranen zusammen. Die Volkszählung von 1981 hatte noch 1.584.440 Einwohner ermittelt, davon 77,4 Prozent Albaner, 10 Prozent Serben, 3,7 Prozent Muslime, 2,3 Prozent Roma.

Seit Jahrzehnten tobt im Kosovo ein erbitterter Kampf um die Demografie. Die serbischen Nationalisten

prangern die hohe Geburtenrate der Albaner an, die sie mal als Beweis für deren kulturelle Rückständigkeit, mal als politische Strategie interpretieren. Die Albaner sind zweifellos das europäische Volk, bei dem der „demografische Übergang“ zu niedrigeren Geburtenraten am spätesten eingesetzt hat, aber auch die ländliche serbische Bevölkerung weist noch sehr hohe Geburtenraten auf.

Die demografische Besonderheit des Kosovo lässt sich also kaum an der ethnischen Zugehörigkeit festmachen; viel eher reflektiert die Geburtenrate die Unterschiede zwischen Stadt und Land oder den unterschiedlichen sozialen Milieus. Gleichwohl legitimieren die Kosovo-Albaner, quasi als Reaktion auf die abfälligen Urteile der Serben, ihre Forderungen seit Jahren mit ihrer überwältigenden Bevölkerungsmehrheit.

Im Kosovo wie in Mazedonien und Serbien ist das Ringen um die „richtige“ Zahl für die albanischen Nationalisten ein existenzielles Thema. „Uns fehlen die Albaner der Diaspora“, meint Belgzim Kamberi, Präsident des Komitees zum Schutz der Menschenrechte im serbischen Preševo-Tal. „Bei einer Volkszählung im Sommer, wenn die Auslandsalbaner nach Hause kommen, sähe das Resultat ganz anders aus.“

Tatsächlich kann die hohe Geburtenrate auf dem flachen Land die seit Jahren anhaltende Abwanderung in die reicheren europäischen Länder nicht ausgleichen. Daher haben viele Albaner im Preševo-Tal die Volkszählung von 2011 boykottiert. Doch der Sinn einer Volkszählung besteht nun einmal darin, die demografischen Verhältnisse zu einem bestimmten Zeitpunkt abzubilden: Wer nicht da ist, wird nicht gezählt.

Vollends aus dem Ruder lief die ganze Sache in Mazedonien. Dort sollte der Zensus in der ersten Oktoberhälfte 2011 stattfinden. Doch vier Tage vor dem geplanten Abschluss entschied das Organisationskomitee, die Zählung auf unbestimmte Zeit auszusetzen. Die habe, so die Begründung, in manchen Gebieten ohnehin noch gar nicht begonnen; vor allem aber seien in den albanisch besiedelten Gebieten viele Personen mitgezählt worden, die zu dem Zeitpunkt gar nicht im Lande waren, sondern im Ausland lebten.

Der Zensus von 2002 hatte eine Bevölkerungszahl von 2 Millionen Menschen ergeben, von denen sich 64 Prozent als Mazedonier, 25 Prozent als Albaner deklarierten, weitere 11 Prozent als Roma, Türken oder Serben. Dieses Ergebnis hatten die Albaner stets angefochten, die ihren eigenen Bevölkerungsanteil auf ein Drittel oder sogar auf 40 Prozent schätzen. Der albanische Journalist Augustin Palokaj hat keineswegs Unrecht, wenn er von einer „albanischen Zahlenmanie“ spricht.

In Albanien selbst, wo die Volkszählung 2011 durchgeführt wurde (Ergebnis: 3,216 Millionen Einwohner), wurde das Ergebnis von Vertretern der nationalen Minderheiten – Mazedonier, Roma, Griechen und andere – nachträglich kritisiert. Die Allianz Rot und Schwarz (AK), eine neu gegründete nationalistische Bewegung, hatte mit einer vehementen Kampagne verhindert, dass in den Fragebogen überhaupt „ethnische“ Merkmale auftauchten. Die Begründung lautete, solche Fragen zielten darauf, die Einheit des albanischen Volkes zu zerstören. Besonders umstritten sind die Zahlen, die die griechische Minderheit betreffen, die notorisch verdächtigt wird, irredentistische Ziele zu verfolgen.

Die ironische Pointe besteht darin, dass seit dem Fall des kommunistischen Regimes zahlreiche Albaner aus dem Süden des Landes sich gern als Griechen ausgaben, weil sie sich davon eine erleichterte Einwanderung in das bis vor Kurzem noch attraktivere Nachbarland versprachen. Die AK macht dafür die von Griechenland betriebene Einwanderungspolitik verantwortlich, die viele Albaner dazu gebracht habe, zum orthodoxen Glauben zu konvertieren und einen griechischen Namen anzunehmen.

„Das ist eine kaum verhohlene Expansions- und Annexionspolitik“, empört sich die AK-Sprecherin Lumturi Ratkoerri. Tatsächlich werden in allen grenznahen Regionen, zumal in orthodoxen Familien, seit Generationen zwei Sprachen gesprochen. Die kulturelle Nähe ist derart, dass sich von zwei Brüdern der eine als Grieche und der andere als Albaner bezeichnen kann.

Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter

Die Unsicherheit über identitäre Zugehörigkeiten hat in der Balkanregion eine lange Geschichte. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit: In Bosnien-Herzegowina wurde die offizielle Bezeichnung Muslimani („Muslime im Sinne einer Nation“) erst 1967 eingeführt; davor hatten sich die Bosniaken bei der Angabe ihrer Nationalität nur zwischen „serbisch“, „kroatisch“ und „unbestimmt“ entscheiden können. Bei den ersten Volkszählungen nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die meisten daher die Kategorie „unbestimmt“ angekreuzt. Doch dann unterzeichnete Tito 1954 ein Abkommen mit der türkischen Regierung, das den Balkan-„Türken“, womit alle Muslimen im damaligen Jugoslawien gemeint waren, die Auswanderung ermöglichte. Da gab es auf einmal zehntausende Albaner, aber auch muslimische Slawen „türkischer Nationalität“, die sich in die Türkei verabschiedeten.

Die Millionen Einwanderer aus dem Balkan, die in der Türkei leben, gelten in ihrer neuen Heimat offiziell als Türken, weil die Türkei keine nationalen Minderheiten anerkennt. Bis vor wenigen Jahren mussten die Neuankömmlinge sogar ihren Familiennamen ändern. Diese „Neutürken“, die häufig enge Beziehungen zu ihrem Herkunftsland aufrechterhalten, leben folglich mit einer doppelten Identität. Ihre Muttersprache und ihre balkanischen Traditionen können sie nur

in den eigenen vier Wänden pflegen. Ähnlich erging es im alten Jugoslawien den nichtalbanischen muslimischen Gemeinschaften im Kosovo und in Mazedonien, also vor allem Roma, Türken und Bosniaken. Sie unterlagen dem ständigen Druck, sich der albanischen Mehrheitskultur anzupassen, der insbesondere über religiöse Einrichtungen ausgeübt wurde.

Was die Roma betrifft, so sind sie seit jeher und überall eine ungewisse statistische Größe. Das liegt zum einen an den Behörden, die oft falsche Angaben über ihre Anzahl machen, und zum anderen an der Roma selbst, die sich je nach den politischen Kräfteverhältnissen mal als Serben oder Albaner (im Kosovo) oder als Mazedonier respektive Albaner (in Mazedonien) bezeichnen.

Hinzu kommt die ständige Verwirrung über die drei ethnisch-nationalen Kategorien der Roma, der Aschkali und der Ägypter (oder Balkan-Ägypter). Alle drei Gruppen werden auf Albanisch als „magjup“ („Zigeuner“) diffamiert und leiden gleichermaßen unter Diskriminierung und sozialer Marginalisierung. Doch lediglich die Roma sprechen Romani, während die Muttersprache der Aschkali und der Balkan-Ägypter, die vorwiegend in Albanien, im Kosovo und in Mazedonien leben, das Albanische ist.

Im Übrigen ist die Trennung zwischen Aschkali und Balkan-Ägyptern ausgesprochen unklar: Im alten Jugoslawien gab es einen „nationalen Schlüssel“ – ein komplexes Quotensystem – nach dem ihnen Posten und Arbeitsplätze zustanden, um die Gleichheit zwischen den nationalen Gemeinschaften zu gewährleisten. Damals hatten diese winzigen Minderheiten das vitale Interesse, ihre Aufsplitterung noch zu unterstreichen, um jeder einzelnen Gruppe die rechtliche Anerkennung zu sichern. Heute dagegen erkennen die kosovarischen Behörden nur eine einzige Kategorie an: die „Roma, Aschkali oder Ägypter“, die in offiziellen Dokumenten häufig unter RAE firmieren.

Alle kleinen Volksgruppen sehen sich stets dem Druck der größeren Gemeinschaften ausgesetzt. So wurden bei der Volkszählung von 2011 im Kosovo die Goranen – muslimische Slawen, die am Westhang des Gebirgszugs Šar Planina leben und eine dem Mazedonien verwandte Sprache sprechen – von den in Prishtina mitregierenden bosniakischen Parteien mehr oder minder genötigt, sich zu Bosniaken zu erklären. 1981 waren da-

gegen viele Goranen noch als „Serben muslimischen Glaubens“ erfasst worden. Diese Option existiert heute nicht mehr. „Weder Belgrad noch Prishtina wollten je die Besonderheit der Gora und ihrer Bewohner, der Goranen, anerkennen“, seufzt Mursel Halili, Abgeordneter im kosovarischen Parlament. Im äußersten Norden Serbiens, in der Vojvodina, gibt es ein ähnliches Gezeir um die Identität kleiner katholischer Gemeinschaften, wobei diese Schokatzken und Bunjewatzken mal den Kroaten zugerechnet, mal als katholische Serben bezeichnet werden.

Die Unterscheidung zwischen Nationalität und Staatsbürgerschaft geht auf den Austromarxisten Otto Bauer (1881–1938) zurück, an dessen Konzept man in der Sowjetunion wie auch in Titos Jugoslawien anknüpfte. Zwar hat die Anwendung eines „Nationalitätenschlüssels“ bei der Postenvergabe im damaligen jugoslawischen Bundesstaat auch manchen Missbrauch begünstigt, aber er sorgte auch für die erstaunlich weitgehende Anerkennung und echte Wertschätzung sämtlicher Kulturen. Zum Beispiel wurden die weltweit ersten Radio- und Fernsehprogramme auf Romani im jugoslawischen Kosovo produziert.

Heute beziehen die Nachfolgestaaten der zerfallenen jugoslawischen Fö-

deration ihre Legitimation nicht mehr aus der realsozialistischen Ideologie der „Brüderlichkeit und Einheit“, sondern im Gegenteil aus spezifisch nationalen Ansprüchen. Die allerdings können von den Verfechtern eines Ethnopluralismus leicht dazu missbraucht werden, der eigenen Gemeinschaft exklusive Rechte wie auch die Vorherrschaft über andere Gruppen zu sichern.

Jenseits der ethnopolitischen Dimension ist allen Ländern Südosteuropas eine Entwicklung gemeinsam, deren Folgen dramatisch sein werden: Die Bevölkerung schrumpft und altert zugleich. In den letzten zehn Jahren hat Serbien 300 000 Einwohner, also 5 Prozent seiner Bevölkerung verloren. Das liegt auch an dem fast überall (außer in Albanien) zu beobachtenden Geburtenrückgang, vor allem aber an der Massenauswanderung. Gerade junge Hochschulabsolventen emigrieren nach Westeuropa, Kanada, Australien oder in die USA. Eine neuere Studie zeigt, dass heute bereits 10 Millionen Menschen aus dem westlichen Balkan im Ausland leben.

Aus dem Französischen von Barbara Schaden

Jean-Arnauld Dérens ist Chefredakteur des Online-magazins Le Courrier des Balkans. Dieser Text erschien im September 2013 in LMD.



1. Kosovo hat sich 2008 für unabhängig erklärt, wird aber von den Vereinten Nationen noch nicht anerkannt.

Anzeige

Le Monde dramatique

Blätter für deutsche und internationale Politik

Der Corona-Schock: Die Erschütterung der Globalisierung (Ulrich Menck)

Die Ideologie der Ungleichheit (Thomas Plehly)

25% Jubiläums-rabatt

Die Welt brennt. Die Krisen verstehen,
»Blätter« lesen! – Jubiläums-Abo für nur 66 Euro.

www.blaetter.de/lmd

Brasilien liebt Jesus

Der Vormarsch der Evangelikalen in Politik, Gesellschaft und Medien

von Lamia Oualalou



Cosima von Bonin, Installationsansicht Cosima von Bonin/Claus Richter, Thing 1 + Thing 2, Kunsthalle Nürnberg Foto: Annette Kradisch

Wenn Marina bis Montag nicht klar Position bezieht, bekommt sie die schlimmste Predigt zu hören, die ich jemals über einen Präsidentschaftskandidaten gehalten habe.“ Mit dieser Nachricht, die Pastor Silas Malafaia am Samstag, dem 30. August, auf Twitter postete, begann eine der wichtigsten Auseinandersetzungen in der jüngsten politischen Geschichte Brasiliens. Am Vorabend hatte Marina Silva, die Kandidatin der Sozialistischen Partei (PSB), ihr Programm vorgestellt – und ein Tabu gebrochen: Sie versprach die Ehe für alle.

Laut einem Urteil des Verfassungsgerichts ist die Homoehe bereits seit Mai 2013 möglich. Daran müssten sich Richter aber nicht unbedingt halten, erklärt Jean Wyllys, der einzige offen schwule Parlamentarier: „Solange wir kein Gesetz haben, sind unsere Rechte nicht geschützt.“ Marina Silva, immerhin praktizierendes Mitglied der äußerst wertkonservativen Pfingstkirche „Assembleia de Deus“, wollte offensichtlich zeigen, dass sie bereit ist, ihre angekündigte „andere Politik“ auch wirklich umzusetzen.

Ein paar Stunden nach Malafaias Tweet ruderte sie jedoch zurück, und die Begeisterung schlug in Empörung um. „Sie haben uns angelogen, Sie haben mit der Hoffnung von Millionen Menschen gespielt; Sie verdienen das Vertrauen des brasilianischen Volkes nicht“, schrieb ihr Wyllys. Er hatte zwar eine andere Kandidatin unterstützt, aber das Wahlprogramm von Marina Silva begrüßt. Vielleicht ist Silva doch zu streng evangelikal. Oder sie wollte es sich mit den religiösen Wählern nicht verscherzen. Tatsächlich haben sämtliche Kandidaten, auch die amtierende Präsidentin Dilma Rousseff, einen sogenannten Evangelikalenausschuss eingerichtet, um die Millionen Stimmen dieser rasant wachsenden Gemeinden einzufangen.

Brasilien macht so etwas wie eine religiöse Revolution durch. 1970 bekannten sich noch 92 Prozent der Bevölkerung zum Katholizismus; 2010 waren es nur noch 64,6 Prozent. „Brasilien ist einzigartig: Es ist das einzige große Land, das in so kurzer Zeit eine

so tiefgreifende Veränderung seiner religiösen Landschaft erlebt hat“, meint José Eustáquio Alves, Demografieforscher an der Hochschule für Statistik in Rio de Janeiro.

Die evangelikalen protestantischen Kirchen haben sich extrem ausbreitet, vor allem die Pfingstgemeinden, während die Mitgliederzahlen der traditionellen protestantischen Gemeinden (evangelisch-lutherisch, baptistisch oder methodistisch) in etwa gleich blieben. Mit 123 Millionen Gläubigen bleibt Brasilien dennoch das größte katholische Land der Welt. „Aber nicht mehr lange“, meint Eustáquio Alves. Nach seinen Berechnungen werden die beiden Konfessionen im Jahr 2030 gleichauf liegen.

Die Umwälzung spiegelt sich auch im Stadtbild wider, etwa auf dem Cinelândia-Platz in Rio de Janeiro, der seinen Namen den großen Lichtspielhäusern verdankt, die Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden. Heute sind sie fast alle verschwunden. Anstelle von Filmstars leuchten religiöse Slogans („Gott ist Liebe“) oder Kirchennamen („Universalkirche“, „Weltkirche des Königreichs Gottes“) auf den Neonfeln.

So sieht es nicht nur in Rio, sondern auch in allen anderen Großstädten des Landes aus. Und in den Vorstädten richten die Pfingstler überall, wo sich Platz dafür findet, Betsäle, zum Beispiel zwischen einer Autowerkstatt und einer Bar. Infolge des rasanten Städtewachstums hat sich die jahrhundertalte Struktur mit Rathausplatz und Kirche aufgelöst. Die evangelikalen Kirchen haben sich dieser Entwicklung angepasst – mit einer Beweglichkeit, „zu der die Katholiken nicht in der Lage waren“, meint Cesar Romero Jacob, Politologe an der katholischen Universität von Rio.

In Amazonien, dem sogenannten Wilden Westen Brasiliens, wird nicht nur neues Agrarland erschlossen. Der französische Geograf Hervé Théry erzählt, wie sich die Evangelikalen auch unter den Landbesitzern im Regenwald etablieren: „Drei Wohnbaracken, eine Apotheke und ein Tempel; so fängt jede neue Siedlung hier an.“ Der Forscher beobachtet auch, wie sich die Prediger der gigantischen Viertel an den

städtischen Peripherien annehmen, die von den Kommunen im Stich gelassen werden: „Die Evangelikalen bieten eine Mischung aus Sozial- und Freizeit Hilfe an. Sie hören den Leuten wirklich zu, was die Priester inzwischen fast gar nicht mehr machen. Das ist einer der Schlüssel zu ihrem Erfolg“, meint Théry.

Während sich im Zentrum der „Cidade maravilhosa“, der „wunderbaren Stadt“ Rio, noch mehr als 75 Prozent der Einwohner als katholisch bezeichnen, sind es in der Peripherie nur noch 30 Prozent. In diesen Vierteln regiert stadtplanerisch das Chaos. Die meisten Häuser wurden illegal errichtet und sind eine Gefahr für Leib und Leben; die nächste Ambulanz liegt meilenweit entfernt; es gibt keine Kanalisation. Der Nahverkehr wird von der Mafia kontrolliert, die mit der Lokalpolitik eng verbandelt ist. Und für die Sicherheit sorgen höchstens Drogenhändler oder Milizen, die aus ehemaligen Polizisten bestehen. Jugendliche langweilen sich hier zu Tode.

Maßgeschneiderte Botschaften für jede soziale Klientel

In Queimados, einer Vorstadt von Rio, gibt es für die Teenagertochter von Elaine Souza kein einziges Freizeitangebot. Die katholisch getaufte Souza gehört zu den Konvertiten des letzten Jahrzehnts. Sie arbeitet als Putzfrau und braucht täglich fast fünf Stunden für den Weg zur Arbeit an der Copacabana und zurück. Wenn sie vom Bus aus den Strand sieht, muss sie manchmal daran denken, dass viele aus ihrem Viertel noch nie hier gewesen sind. Daheim gibt es so gut wie nichts, keine öffentliche Bibliothek, keine Grünanlage, nicht einmal eine Bäckerei; nur zwei winzige Bars, in denen die Männer ihren Lohn für Cachaça, einem Branntwein aus Zuckerrohrsaft, auf den Kopf haufen.

Für Elaine Souza ist der evangelikale Tempel nicht nur eine Anlaufstelle in Krisenmomenten. Es ist auch der einzige Ort, an dem sie ihre Freizeit verbringen kann. Hier werden Theaterstücke einstudiert (zum Muttertag oder für Weihnachten), man kocht zusammen

und macht einander Mut. Die 32-jährige Souza bringt so oft wie möglich ihre Tochter mit. Sie will nicht, dass es ihr so ergeht wie vielen Mädchen, die sich in einen kleinen Drogenboss verlieben, viel zu jung schwanger werden und die Schule abbrechen.

Der Gottesdienst ist gut besucht und so ganz anders als eine katholische Messe. Es wird sehr viel gesungen, und die Bekehrten erzählen von ihrer Erleuchtung. Hier kommt jeder auf seine Kosten. Während der Vatikan eine einzige Botschaft aussendet, die von seinen gehorsamen Priestern übermittelt wird, haben die Pfingstprediger weitaus mehr Freiraum.

Bei den Evangelikalen kann sich jeder zum Pastor erklären: Man braucht nur etwas Charisma, sollte ein wenig Theologie studiert haben (in etlichen Gemeinden reichen drei Monate) und eine „göttliche Berufung“ besitzen. Die großen Freikirchen, wie die „Assembleia de Deus“, der Marina Silva angehört, schreiben gewisse Standards vor. Doch theoretisch kann jeder Prediger seine eigene Gemeinde gründen – mit einer maßgeschneiderten Botschaft für die jeweilige soziale Klientel. So predigen manche die Askese, während andere den Reichtum preisen. Surfer treffen sich in der Gemeinde „Schneekugel“; Fußballfans schließen sich den „Athleten Christi“ an. Als hätten Marketingstrategen ihre Finger im Spiel, meint Mario Schweriner, der an der Hochschule für Werbung und Marketing in São Paulo über die Beziehungen zwischen Religion und Wirtschaft forscht.

In der extrem ungleichen Gesellschaft Brasiliens kann sich die katholische Kirchenhierarchie, die den Status quo verteidigt, kaum noch Gehör verschaffen – zumal sie die Anhänger der sozialistischen Befreiungstheologie stets unterdrückt hat. „Den katholischen Predigten, die als Belohnung für die Opfer im Diesseits das Paradies im Jenseits versprechen, setzen die Pfingstler einen hedonistischen Materialismus entgegen, der den Erfolg hier und jetzt verspricht“, stellt der Soziologe Saulo de Tarso Cerqueira Baptista von der Universität des Bundesstaats Pará fest.

Die Predigten der Evangelikalen füllen ein politisches Vakuum. „Wenn eine Gesellschaft nicht fähig ist, ihre Probleme auf sozialem, politischem oder wirtschaftlichem Wege zu lösen, dann bleibt am Ende nur noch eine übernatürliche Erklärung: Überall haben sich böse Geister eingenistet, die man vertreiben muss“, erklärt Baptista. Da gibt es etwa den Dämon der Arbeitslosigkeit, den man vertreibt, indem man während des Gottesdienstes seine Arbeitszeugnisse schwenkt, oder die Dämonen des Alkohols, des Schulversagens oder des Ehebruchs, die dank einer rettenden Geste des Pastors die Flucht ergreifen. Jesus kann auch Krebs und Aids heilen.

Um sich das Wohlwollen von Gottes Sohn zu sichern, empfiehlt es sich, jeden Monat den „dizimo“, ein Zehntel seiner Einkünfte, dem Pastor zu geben. Gezahlt wird bar, per Scheck oder mit Karte. Für die meisten Gläubigen ist das selbstverständlich. „Ich weiß, wenn ich mal arbeitslos bin, dann wird mir ein Bruder oder eine Schwester aus der Gemeinde etwas zu Essen bringen und mir helfen, wieder einen Job zu finden“, meint Elaine Souza.

„Mit dem Zehnten besiegelt man seine Zugehörigkeit zur Gemeinde“, erklärt Romero Jacob. Den Freikirchen ist natürlich nicht entgangen, dass in Brasilien eine neue Mittelklasse entstanden ist: 40 Millionen Menschen sind in den vergangenen zehn Jahren der Armut entronnen. Der materielle Erfolg gelte bei den Pfingstlern als Beweis, dass man von Gott auserwählt sei, erklärt Denise Rodriguez, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Rio de Janeiro. „Und wenn jemand dann immer besser verdient, wird er dazu neigen, seinen Erfolg der Kirche zuzuschreiben und sich dort noch stärker engagieren.“

Inzwischen gibt es einen richtigen Markt für evangelikale Produkte, von Kleidung über Musik bis zu Fernsehsendern. In São Paulo ist vor allem die evangelikale Mode aus dem Textilviertel Brás sehr beliebt. Marktführer ist die Firma Joyaly, die Anfang der 90er Jahre gegründet wurde. „Damals mussten die Frauen unserer Kirche noch lange, unförmige Röcke tragen. Da kam

meine Mutter auf die Idee, eine eigene Modelinie zu kreieren", erzählt Alison Flores, der das Unternehmen zusammen mit seiner Schwester Joyce leitet, die Modedesignerin ist.

„Es gibt natürlich Regeln: kein Dekolleté, keine durchsichtigen Stoffe, keine schulterfreien Oberteile“, erklärt Joyce und zeigt uns ihre Entwürfe. „Trotzdem sehen wir nicht mehr wie Omas aus. Weg mit den dunklen Farben und den schlechten Schnitten! Ich ziehe meine Inspiration aus europäischen Kollektionen und passe sie den Vorschriften der Kirche an“, fügt sie lächelnd hinzu. In den 2000er Jahren wuchs Joyalys Umsatz um nahezu 30 Prozent pro Jahr. Das hat sich etwas abgeschwächt, seit dreißig Firmen auf dem evangelikalen Modemark konkurrieren.

Ein paar Kilometer weiter in Liberdade, dem japanischen Viertel von São Paulo, gibt es eine komplette Straßenseite Läden mit evangelikalen Konsumgütern. In der Straße Conde de Sardezas gibt es evangelikale Spielsachen, T-Shirts, Badehosen, Helme und Kaffeetassen mit aufgedruckten Jesusprüchen. Doch der größte Verkaufsschlager ist nach wie vor die Bibel, das meistverkaufte Buch Brasiliens. „Mehrere meiner Kunden haben 20 oder 30 Bibeln zu Hause, sie sammeln sie“, erzählt Antonio Carlos, der Inhaber von „Total Gospel“. Die „Bibel der Frau“ mit speziellen Gebeten rund um Ehe und Familie ist ebenfalls ein großer Erfolg. Carlos hat auch eine vergoldete „Riesensibel“ im Angebot – als Ausstellungsstück fürs Wohnzimmer.

In Brasilien ist Musikpiraterie ein großes Problem. Doch die christliche Musikindustrie bleibt davon verschont. Fünfzehn der zwanzig meistverkauften Alben stammen von christlichen Sängern, einige sind katholisch, die meisten evangelikal. Neben den traditionellen Gospels wird Jesus in allen Musikrichtungen gelobt und gepriesen, von Samba über Sertanejo (eine Art brasilianischer Country) bis hin zu Rock und Rap. Die Interpreten können strenge Pastoren sein, kleine Dickereichen mit Cowboyhut oder auf brav getrimmte Nymphchen.

Plattenfirmen, die früher über solche Typen die Nase gerümpft haben, haben inzwischen nach dem Vorbild von Sony und EMI eigene Gospelabels gegründet. „Als ich anfing, haben wir in Garagen gesungen. Jetzt umwerben uns alle Studios, und wir haben Radiosender, in denen nur unsere Musik gespielt wird“, erzählt die 42-jährige Eshyla, die heute ein Star in der evangelikalen Musikszene ist. Sie ist mit einem Prediger verheiratet und tourt mit ihrem Album „Jesus, o Brasil quer te adorar“, (Jesus, Brasilien will dich lieben) durchs Land, Tausende strömen zu ihren Konzerten. Eshyla ist bei Central Gospel Music unter Vertrag, das Label gehört Pastor Malafaia.

„Die evangelikalen Kirchen nutzen die Unterhaltungsindustrie, um ihre Botschaft zu verbreiten“, meint der Marketingexperte Valdemar Figueredo Filho. „Die großen Prediger haben klein angefangen, mit einem Gemeindefest, dann kam der Radiosender dazu, danach Fernsehen und schließlich die Plattenfirma. Jedes dieser Unternehmen stützt das andere, und so steigern sie ihren Bekanntheitsgrad.“ Die Igreja Universal do Reino de Deus (Universalkirche des Königreichs Gottes), kurz „Universal“ genannt, war die Vorreiterin dieser Entwicklung. Diese Kirche unter der Leitung von Bischof Edir Macedo besitzt zwei Verlage, ein Reisebüro und eine Versicherungsgesellschaft. Außerdem verteilt sie das Gratisblatt *Folha Universal*, ein wöchentliches Hochglanzmagazin mit

einer Auflage von 1,8 Millionen – zum Vergleich: Die angesehene Tageszeitung *Folha de São Paulo* hat eine Auflage von 300 000 Exemplaren.

Seit 1989 besitzt „Universal“ auch Rede Record, den zweitgrößten Fernsehsender des Landes. Dort werden Sendungen mit religiösen Inhalten allerdings erst am späten Abend ausgestrahlt. „Universal“ bucht lieber Sendezeiten auf anderen Kanälen – eine Strategie, die inzwischen von Dutzenden konkurrierender Kirchen imitiert wird. Im Radio macht sie es genauso und beliefert vierzig Radiosender mit religiösen Inhalten.

Figueredo Filho hat ausgerechnet, dass die evangelikalen Kirchen auf diese Weise mehr als ein Viertel der brasilianischen UKW-Sender kontrollieren und über 130 Stunden Sendezeit pro Woche auf vier nationalen Radiofrequenzen mieten. Das nimmt manchmal groteske Formen an: So stellt etwa der Sender Rede 21 den Predigern 22 Stunden Sendezeit pro Tag zur Verfügung.

„Das ist Rechtsmissbrauch“, schimpft João Brant vom Kollektiv Intervenoz, einer NGO, die für die Demokratisierung der Medien kämpft. „Das sind öffentliche Sendelizenzen, die ohne Genehmigung an andere Nutzer weitergegeben werden“, erklärt er. „Selbst wenn man diese religiösen Programme wie Werbeflächen behandelt, dürfen sie nicht mehr als ein Viertel der gesamten Sendezeit okkupieren“, sagt er. Im Grunde sei das verfassungswidrig. Jedes Jahr zieht Intervenoz mit der Forderung vor den Kongress, den entsprechenden Passus klarer zu formulieren. „Und wir stoßen immer auf dasselbe Problem: Alle Gesetzesvorhaben werden von den christlichen Abgeordneten blockiert.“

Religiöser Pop auf allen Kanälen

Denn das Herz des evangelikalen Machtapparats sitzt im Kongress. Alle Parlamentarier, die „Brüder im Glauben“ sind, gehören jenseits ihrer Parteizugehörigkeit zur sogenannten evangelikalen Front. 2014 versammelten sich hinter dieser Front 73 von 513 Abgeordneten. Jeden Mittwochmorgen treffen sie sich in einem Sitzungssaal, um gemeinsam zu beten.

Ihr wachsender Einfluss basiert auf der besonderen Struktur des brasilianischen Wahlsystems: Die Anzahl der Parlamentsitze wird nach der Summe der Stimmen berechnet, die ein einzelner Kandidat bekommt, plus den Stimmen für dessen Partei (die Wähler kreuzen entweder das eine oder das andere an). Wenn ein Kandidat also sehr viele Stimmen bekommt, erhält seine Partei mehr Sitze. So sahen vor allem die charismatischen Fernsehprediger ab, weshalb man sie auch „puxadores de voto“ (Stimmensauger) nennt.

Von diesem Wahlsystem profitieren alle Prominenten, auch jenseits der evangelikalen Szene. 2010 ergatterte der Clown Francisco Everardo Oliveira da Silva alias Tiririca mit Abstand die meisten Stimmen (1,35 Millionen). Er verfügte zwar über keinerlei Erfahrung in der Politik, aber er ist eben sehr beliebt. Mit seinen Wählerstimmen konnten vier weitere Abgeordnete seiner Partei ins Parlament einziehen. 270 aus Funk und Fernsehen bekannte Prediger buhlten bei den aktuellen Wahlen um ein Abgeordnetenmandat im Nationalkongress – und überboten damit den Rekord von 2010; da waren es 193.

Dieses System macht es den Parteien leicht, religiöse Kandidaten aufzustellen. Zumal diese noch einen weiteren Pluspunkt mitbringen: das Vertrauen der evangelikalen Wähler. „Ein



Cosima von Bonin, *What if it barks 8 (Shark Dust Bin Version I)*, 2018, Plastik, Textil, Holz, Pappe, 112 x 117 x 68,5 cm, Gallery Petzel, New York Foto: Annette Kradisch

Bruder stimmt für einen Bruder“, sagt Rodriguez. Die Gläubigen halten einen Vertreter ihrer Kirche natürlich für verlässlicher als andere. Evangelikale sind regelmäßige Kirchgänger, sie stammen meist aus einfachen und eher bildungsfernen Verhältnissen, wie die Studien von Romero Jacob zeigen, und sind daher für die Meinung ihres spirituellen Führers weitaus empfänglicher als kritische Gebildete.

Pastor Malafaia, der Anführer der „Assembleia de Deus“, der Marina Silva einen Monat vor der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in die Knie zwang, ist sich dessen bewusst. Nach seinem Einfluss gefragt, antwortet er ohne Umschweife: „Ich möchte selbst kein Kandidat sein. Ich bewege mich lieber im Hintergrund als auf der politischen Bühne.“ Und fährt fort: „Bei den letzten Kommunalwahlen habe ich einen Kandidaten lanciert, der vorher komplett unbekannt war. Am Ende hat er die meisten Wählerstimmen bekommen.“ Auf alle Wahlen nach Proporzsystem (vor allem die Parlamentswahlen) hat dieses Vorgehen großen Einfluss. „Aber das gilt nicht für Mandate, die nach Mehrheiten vergeben werden. Die Evangelikalen sind noch weit davon entfernt, die Hälfte des Landes zu vertreten. Da geht es ums Verhandeln“, meint Figueredo Filho.

Und genau das wollen die Evangelikalen auch tun. „Bei der Stichwahl um die Präsidentschaft werden wir uns mit jedem der beiden Kandidaten an den Tisch setzen und sagen: Willst du unsere Unterstützung? Dann musst du ein Dokument unterzeichnen und dich dazu verpflichten, dieses oder jenes Gesetz nicht durchzubringen.“ So läuft das“, meint Malafaia. Und wer auch immer gewinnt, muss sich im Nationalkongress mit der „evangelikalen Front“ arrangieren.

In jeder Legislaturperiode versuchen die Evangelikalen vor allem in solche Ausschüsse hereinzukommen, die soziale Themen behandeln. Sie besetzen derzeit 14 der 36 Sitze im Menschenrechtsausschuss, wo sie bei Gesetzesvorhaben zu den Rechten Homosexueller, zu Abtreibung, Drogen oder Sexualerziehung eingreifen können. Und im Ausschuss für Technologie

und Kommunikation, wo sie mit 14 von 42 Sitzen vertreten sind, passen sie auf, dass die Vergabe von Radio- und Fernsehizenzen nicht geändert wird.

„Da wir erst 15 Prozent der Abgeordneten stellen, schließen wir Bündnisse mit anderen Fraktionen, um unsere Sicht der Dinge durchzusetzen“, erläutert Paulo Freire, der Vorsitzende der evangelikalen Front. Am einfachsten geht das mit den katholischen Abgeordneten, die sich ebenfalls einer Liberalisierung der Sitten widersetzen. Man kann auch einen Kuhhandel abschließen: Heute unterstützt die Front das Agrobusiness, dafür unterstützen deren Anhänger morgen die Evangelikalen. „Und manchmal blockieren wir die Beschlussfähigkeit des Parlaments, indem wir bei besonders wichtigen Abstimmungen fehlen“, ergänzt Freire.

Kandidaten mit Vertrauensvorschuss

Während der Amtszeit von Dilma Rousseff erreichten die Evangelikalen, dass Material gegen Schwulenfeindlichkeit, das in den Schulen verteilt werden sollte, wieder zurückgerufen wurde, und sie verhinderten die Ausstrahlung eines Videos zur Aids-Aufklärung. Beim Thema Abtreibung konnten sie ebenfalls einige Erfolge verbuchen. „Anstatt Fortschritte zu machen, sind die Feministinnen nur noch damit beschäftigt, die mageren Rechte, die sie bereits erkämpft hatten, zu verteidigen“, meint Naara Luna von der Bundesuniversität in Rio de Janeiro. „In den 1990er Jahren wiesen 70 Prozent der Gesetzesvorhaben zur Abtreibung in Richtung Legalisierung, in den 2000er Jahren zielten 78 Prozent in Richtung Verbot.“

Im Wahlkampf von 2010 spielte die Abtreibungsdebatte eine wichtige Rolle. Zwischen beiden Wahlgängen sah sich Dilma Rousseff auf Druck der Religiösen gezwungen, in einem offenen Brief zu erklären, sie sei „persönlich“ gegen Schwangerschaftsabbruch. In diesem Jahr dreht sich die Diskussion hauptsächlich um die Ehe für alle. Marina Silvas Richtungswechsel in diesem Zusammenhang konnte ihr einen Teil der evangelikalen Wählerschaft sichern; aber der Eindruck, sie sei von

den Evangelikalen abhängig, war für den Wahlausgang fatal. Die Evangelikalen umwerben, ohne Katholiken oder Konfessionslose abzuschrecken, war die Strategie aller Kandidaten.

Aber das konnte man auch schon vor zwölf Jahren beobachten: Als sich Lula da Silva 2002 zum vierten Mal zur Wahl stellte, nominierte er José Alencar als Vizepräsidenten. Der Millionär besaß nicht nur das Vertrauen der Wirtschaft, sondern war auch Mitglied der evangelikal ausgerichteten Liberalen Partei (PL). Seither wurde die Nähe der Arbeiterpartei (PT) zur Pfingstkirche größer, bis man schließlich auch Religiöse in die Regierung aufnahm. So leitete etwa Senator Marcelo Crivella, Bischof der „Universal“ (und Neffe von Edir Macedo), zwischen Februar 2012 und März 2014 das Fischereiministerium.

Nach Ansicht von Figueredo Filho ist die Abgrenzung gegen die Evangelikalen pure Heuchelei. „Der Einfluss der Katholiken war früher auch groß, aber weniger sichtbar. Der Bischof konnte direkt zum Gouverneur gehen, während die Evangelikalen immerhin Abgeordnete wählen müssen“, sagt er. Die gesamte Presse berichtete darüber, als Präsidentin Rousseff und mehrere hochrangige Politiker am 31. Juli der Eröffnung des riesigen Salomontempels in São Paulo beiwohnten. Ihre Besuche im Vatikan werden dagegen heruntergespielt. „Die katholische Kultur ist in Brasilien fest verankert. Jetzt verändert sich die religiöse Landschaft, und das vor allem ruft die Kritik hervor.“

Ein Teil der Bevölkerung lehnt das Eindringen der Religiösen in die Politik ab; das könnte man mit der wachsenden Zahl der Konfessionslosen erklären. Bis in die 1970er Jahre betrug ihr Anteil weniger als 1 Prozent, 1991 waren es 4,7 Prozent, 2010 bereits 8 Prozent.

Nach einer kürzlich abgeschlossenen Studie des Pereira-Passos-Instituts in den Favelas von Rio de Janeiro bezeichnete sich ein Drittel der Befragten in der Altersgruppe zwischen 14 und 24 als konfessionslos. Selbst in den evangelikalen Kirchen ist der Anteil der Gläubigen, die jede religiöse Institution ablehnen, zwischen 2000 und 2010 von 0,3 auf 4,8 Prozent gestiegen. Dieser Trend beschäftigt die Forscher besonders. „Es könnte ein Zeichen dafür sein, dass sich manche Evangelikale in den radikalen Reden ihrer Führer nicht wiederfinden“, mutmaßt Romeiro Jacob.

Auch wenn die Konservativen in der brasilianischen Gesellschaft weiterhin viel Einfluss besitzen, wird auf den Straßen immer öfter für die Rechte von Frauen und Homosexuellen demonstriert. „Jesusmärsche“ ziehen tausende Menschen im ganzen Land an, aber das gilt auch für Prideparaden – der Christopher Street Day von São Paulo ist mit 3 Millionen Teilnehmern der größte der Welt. Inzwischen gibt es sogar evangelikale Gemeinden, die Homosexuelle aufnehmen. „Die Radikalität der religiösen Führer, ob Evangelikale oder Katholiken, ist auch eine Reaktion darauf, dass Brasilien sich trotz allem verändert und öffnet“, meint Maria Luiza Heiborn vom Zentrum für Sexualität und Menschenrechte an der Staatsuniversität Rio de Janeiro. Vielleicht ist das auch der Grund dafür, warum in der Öffentlichkeit so heftig über die politischen Ambitionen der Religiösen diskutiert wird, bis hin zu der Frage nach der Trennung von Kirche und Staat.

Aus dem Französischen von Sabine Jainski

Lamia Oualoulou ist Journalistin in Rio de Janeiro. Dieser Text erschien am 10. Oktober 2010 in LMD.



Hollandia, Humboldtsbay, 1938 privat



Deutsche Kaffeepflanzer am Sentanisee privat

Die Muskatnüsse meiner Großmutter

Das große Schweigen: Eine Familiengeschichte von Kolonialismus, Krieg und Nachkriegszeit

von Katharina Döbler

Als ich geboren wurde, war der Zweite Weltkrieg noch nicht sehr lange zu Ende. Die Erwachsenen sprachen ab und zu davon, aber nur in Andeutungen; und sie benutzten Wörter, die für mich keine Bedeutung hatten. Bomben, Tiefflieger, Luftschuttkeller, Torpedo, U-Boot. Mit der mir bekannten Wirklichkeit hatte das nicht das Geringste zu tun: nichts mit den schweren Vorhängen im Wohnzimmer, den Binsen in der Bodenwanne, den Deckchen, dem Kreuz an der Wand. Nichts mit unserer Familie, mit ihren Regeln für alles, von den Mahlzeiten bis zum Schlafengehen.

Alles war in Ordnung und versuchte, immerzu und noch mehr in Ordnung zu sein. Es wurde ständig geputzt und gebügelt, geflickt, geklebt, repariert.

Dass es zwischen dem dringenden Wunsch nach Haltbarkeit und Regelmäßigkeit und den Torpedos und Luftschuttkellern einen Zusammenhang gab, begriff ich erst Jahrzehnte später.

Für das Kind war „der Krieg“ eine märchenhaft böse Welt, in der sehr viel kaputtging. Krieg war offenbar unlogisch. Zum Beispiel „fielen“ im Krieg die Männer und blieben als efeumrankte Bilder tot an der Wand zurück, für ewig in Uniform, für ewig jung, Großonkel mit Kindergesichtern. Das war einfach verrückt. In der Realität bekam man, wenn man fiel – vom Fahrrad zu Beispiel –, ein Pflaster aufgeklebt, schlimmstenfalls einen Gips, und dann war alles wieder in Ordnung.

Der Krieg war ein verkehrter Zustand, weit weg, lange her, hinter den sieben Bergen, in Geschichten, in Albträumen, im Fernsehen, in Vietnam.

Der Wunsch nach einer Idylle, der meine Kindheit bestimmt hat, trieb mich wie so viele andere meiner Generation in die Flucht. Die Anstrengung, durch ständige Reparaturmaßnahmen eine heile Welt aufrechtzuerhalten, ermüdete uns alle viel zu sehr, um sie dauerhaft zu ertragen. Außerdem war das familiäre Territorium nicht idyllisch.

Es war ein umfriedetes Gelände, wie man so schön sagt, mit Mauern aus stark fragmentierten Geschichten und sehr viel Schweigen.

Es gab nämlich die Gepflogenheit, Geschichten, die mit „dem Krieg“ zu tun hatten, unvollendet zu lassen. Das klang dann so: „Sie war verlobt, und dann kam der Krieg.“ Oder: „Er wollte Künstler werden. Sie haben ihn noch 45 eingezogen.“ Oder: „Der Opa war auf dem Schiff. Dann sind die Bomber gekommen. Es war ja Krieg.“

So ging das. Wir Kinder wussten, dass der Opa tot war. Und wir verstanden sofort, dass es keine Hochzeit gegeben hatte und keinen Künstler. Gesagt wurde es nicht.

Es gab noch andere Teile der Familiengeschichte, die auf solche Weise magisch und unreal waren. Die Bruchstücke, die man mir erzählte, klangen wie aus Abenteuerbüchern. In meiner Imagination wurden sie zu unklaren schwarz-weißen Bildern, ähnlich den gelblichen Fotografien, die ganz hinten im Schrank in einer Schachtel lagen. Darauf waren meine Verwandten in weißen Kleidern vor Bambushütten zu sehen, zusammen mit halbnackten Schwarzen.

„Der Opa zog mit seinem Pferd durch den Urwald und besuchte die Eingeborenen.“ „Eingeborene“, das war

auch so ein Wort für etwas, das es nicht gab, aber viel bedeutete.

„Dann kamen die Soldaten und brachten uns weg. Der Krieg“, sagte meine Großmutter und machte die an solchen Stellen übliche Pause. Einen tiefen Atemzug lang sagte sie dann nichts und hörte auf zu flicken oder zu bügeln.

„Die Offiziere im Lager waren ganz scharf auf Muskatnüsse“, sagte sie dann plötzlich, „die konnten nicht genug davon kriegen. Wir haben ihnen immer welche gesammelt. Ich stellte mir meine zierliche Oma vor, mit ihrem Haarknoten und ihrer ewigen Schürze, wie sie sich unter Nussbäumen bückte, umringt von Männern mit Reitstiefeln und Peitschen, alles in Schwarz-Weiß. Dieses Bild ist in meinem Gedächtnis so lebendig, als hätte ich ein Foto davon gesehen.“

Es gibt kein solches Foto. Welche Wirklichkeit verbirgt sich aber hinter diesen Sätzen? Was für Offiziere waren das? Für wen und gegen wen haben sie gekämpft? Was für ein Lager war das? Wer war außer ihr noch dort? Und wo wachsen überhaupt Muskatnüsse?

Ingendwann, sehr spät, lange nach dem Tod meiner Großeltern und meines Vaters, habe ich angefangen, hinter den Geschichten, die in der Familie erzählt oder auch nur angedeutet wurden, die Fakten zu suchen, hinter ihren halben Sätzen und Pausen.

Es ist ermüthend und aufregend zugleich, die eigene Familienwirklichkeit, die Bodenvasen und Torpedos zuzusagen, als Teil der Weltgeschichte zu begreifen: Als Teil des deutschen Kolonialismus; der Extremisten der 1920er Jahre; der Weltkriege; der großen indi-

vidualisierten Völkerwanderungen, die man Migration nennt.

Mein Vater ist in einem sehr kleinen Dorf namens Heldsbach geboren. Heldsbach bei Finschhafen. Ich wusste lange Zeit nicht, dass Heldsbach in Neuguinea liegt und mein Vater eigentlich gebürtiger Australier war. Was könnte deutscher klingen als Heldsbach? Der Vater meines Vaters war eines von 15 Kindern eines Einölbauern. Die Mutter eine für den Maßstab ihres Dorfes allzu ehrgeizige Bauerntochter, deren Traum es war, Medizin zu studieren.

Der andere Großvater war Schuster-geselle und wollte, nach einer hungrigen Kindheit als Halbweise, mehr vom Leben als in einer Schuhfabrik für einen Hungerlohn schuften. Seine Frau, meine Großmutter und Erzählerin vieler rätselhafter Geschichten, ging als Hausmädchen „nach Amerika“, um die Familie zu unterstützen.

Sie alle waren Auswanderer: Leute, die zu Hause für sich keine Zukunft sahen, Wirtschaftsflüchtlinge nach heutigen Maßstäben. In den rund 25 Jahren vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs konnten Leute wie sie der bedrückenden ökonomischen Situation, der Enge und den miesen Aufstiegschancen zu Hause entkommen, indem sie nach Afrika, China oder in die Südsee auswichen – in die Kolonien. Das hatte den Vorteil, dass sie auswandern und trotzdem deutsche Staatsbürger bleiben konnten.

Bekanntlich gingen all diese Gebiete, von Deutsch-Südwest, das heute Namibia heißt, bis Kaiser-Wilhelms-Land in der deutschen Südsee, mit dem Ersten Weltkrieg verloren. Meine Großeltern aber fühlten sich im australischen

Mandatsgebiet Papua-Neuguinea und in Niederländisch-Indien immer noch als Deutsche. Deshalb wurden meine beiden Eltern, als sie Schulkinder waren, in ein deutsches „Waterland“ verpflanzt, das ihnen völlig fremd war.

Meine Mutter konnte nicht einmal die Sprache richtig, als sie den Hitlergruß lernte. Mein Vater kam nicht in ein australisches Internat, wie es geografisch naheliegender und vernünftiger gewesen wäre, sondern wurde nach Ansbach geschickt, das sich dort befindet, wo man es dem Namen nach auch vermutet: mitten in Deutschland. Er wurde Hitlerjunge und später Marinesoldat auf den Meeren, die ihn von seinen Eltern trennten. Er sagte manchmal, er hätte besser Australier werden sollen. Seine Begeisterung für Sport, Kameradschaft und deutsches Auserwähltheitsverstand mit der Pogromnacht von 1938. So hat er es erzählt.

Zur selben Zeit beantragte seine Mutter in Heldsbach in der Südsee die Aufnahme in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Ihre Kinder haben nie davon erfahren. Ich weiß es aus den Akten des Bundesarchivs. Ihre in alten Briefen oft geäußerte Wut über den Verlust „unserer Kolonien“ hatte mich misstrauisch gemacht. Über den Krieg und die Nazis hat sie nie gesprochen. Wenn sie wütend war, fluchte sie in einer melanesischen Sprache. Wer weiß, was sie darin alles gesagt hat. Ihr Lieblingssohn „fiel“ mit 18. Es sei ein Trost, dass es für Deutschland gewesen sei, schrieb sie in einem ihrer Briefe.

Meine andere Großmutter, die Geschichtenerzählerin, verabscheute die Nazis, weil sie sich an den Juden vergreifen. Im Urwald von Neuguinea gab es zwar keine Juden, aber Nazis, nicht zu wenige. Ihr eigener moralischer Kompass funktionierte offenbar auch in einer kolonialen Umgebung, in der jeder das Bewusstsein, einer Herrenrasse anzugehören, für selbstverständlich hielt.

Die Offiziere, für die sie Muskatnüsse gesammelt hat, waren Angehörige der holländischen Kolonialarmee. Das Lager war ein Internierungscamp für deutsche Frauen und Kinder auf Sumatra. Sie alle sollten 1941 über die Sowjetunion nach Deutschland abgeschoben werden. Der Transport wurde durch den Überfall auf die Sowjetunion verhindert. Sie kam nur bis ins japanisch besetzte China. Ihr Mann kam auf See um.

Die Überlebenden der Familie kehren irgendwann wieder zurück „nach Hause“. Und taten von da an so, als sei die Weltgeschichte etwas, das nur außerhalb der Familie stattfand.

Katharina Döbler ist Journalistin und Autorin und seit 2001 LMD-Redakteurin. Ihr Roman zu diesem Thema erscheint im Januar 2021 beim Classen Verlag. Dieser Text erschien im November 2015 in LMD.

© LMD, Berlin

Anzeige

<p>Thomas Kruchem Wie Menschen weltweit das Klima retten Das Handbuch für fairen Konsum 320 S., Pb., Großformat, durchverfärbt, 14,90 ISBN 978-3-95558-277-7</p> <p>Packend und reich bebildert erzählt der vielfach preisgekrönte Journalist und Entwicklungsexperte Thomas Kruchem, wie Solarstrom Dörfer in Mali aufhellen lässt, wie sich Bürger von La Paz gegen Wassermangel wehren; wie Menschen in Niger und Äthiopien, in Haiti und Schottland neuen Wald und neue Landwirtschaft schaffen; wie sich Slums in Manila in klimaresiliente Wohnquartiere verwandeln.</p>	<p>Roland Apsel Utopie der Planetarität Herausforderungen für die Mittelschichten inmitten des Klimawandels 208 S., Pb., Großformat, 19,90 ISBN 978-3-95558-258-6</p> <p>Der Klimawandel rückt die globalen Zusammenhänge einer turbokapitalistischen Ökonomie in den Fokus der Kritik. Flugverkehr, Autoindustrie, Agrarbusiness u. a. werden durch ihre Nutzer und Konsumenten getragen. Apsel ist solidarischen und demokratischen Entschlusses an, uns zu verändern, damit die Zukunft planetarisch lebbar wird.</p>	<p>Volker Manz Food for Future Einstieg in eine klimagerechte, nachhaltige und gesunde Ernährungsweise 144 S., Pb., Großformat, 14,90 ISBN 978-3-95558-274-6</p> <p>Das Buch beschreibt, wie wir alle klimagerecht einkaufen, konsumieren, zubereiten und speisen können. Es beleuchtet die negative Realität unserer Nahrungsmittelproduktion und aktuellen Ernährungslage und erläutert, weshalb diese klimaschädlich, ökologisch, ungesund, unsozial und ressourcenverschwendend sind. Es zeigt Wege um den drohenden Untergang der planetaren Ökosysteme abzuwenden.</p>	<p>Martina Hahn / Frank Herrmann Fair einkaufen – aber wie? Das Handbuch für fairen Konsum 432 S., Pb., Großformat, 22,90, 6. Auflage ISBN 978-3-95558-259-3</p> <p>Das Handbuch schildert die Arbeitsbedingungen vor Ort, erklärt Voraussetzungen und Hintergründe eines gerechten Handels und ist eine exzellente Alltagshilfe im Konsumscheidung. Ein Muss für alle Verbraucher, die bewusst einkaufen wollen. (missio-Magazin, 1/2020)</p>	<p>Henning Melber (Hrsg.) Deutschland und Afrika – Anatomie eines komplexen Verhältnisses 278 S., Pb., Großformat, 22,90 ISBN 978-3-95558-217-9</p> <p>Zahlreiche namhafte Autorinnen und Autoren tragen in fast zweiundzwanzig Kapiteln kompetent dazu bei, umfassender als je zuvor die deutsch-afrikanischen Beziehungen kritisch zu reflektieren. Sie leisten damit einen notwendigen Beitrag zu einem überfalligen Diskurs.</p> <p>„Dieses Buch von Henning Melber sollte man, wenn man in der Kolonialismus-Diskussion mitreden möchte, unbedingt gelesen haben.“ (Ulrich Zimmermann, Leiter des Deutschen Kulturraats)</p>
--	--	--	--	---

Vom Trump befallen

von Serge Halimi

Dieser Beitrag erschien einen Monat vor den US-Wahlen von 2016. Als Kandidat der Republikaner ging ein windiger Immobilienunternehmer und Millionär ins Rennen: Donald Trump. Warum war dieser Mann so populär? Und das ausgerechnet bei den Wählerinnen und Wählern, die sich als Betrogene des „Systems“ fühlten, von dem Trump stets profitiert hat?

Es ist seit Langem bekannt: „The system is rigged.“ Das System der US-Präsidentenwahlen ist verzerrt – oder gar gezinkt. Das zeigt sich in vielen Facetten: Zum Beispiel wird der Kandidat, der im ganzen Land die meisten Stimmen erhält, nicht unbedingt auch Präsident. Die Kandidaten ignorieren drei Viertel der Staaten, weil dort das Resultat ohnehin feststeht. Fast 6 Millionen Bürger haben kein Wahlrecht, weil sie gerichtlich verurteilt wurden. 11 Prozent der potenziell Wahlberechtigten können nicht abstimmen, weil sie keine Ausweispapiere haben.

Der Wahlmodus als solcher begünstigt massiv die beiden großen Parteien. Verzerrt wird die demokratische Repräsentation auch durch die Einteilung der Wahlkreise, vor allem aber durch den Faktor Geld – in Form von Wahlkampfspenden – und den Einfluss von Lobbyisten und Massenmedien.

Dieses Mal drückt der Slogan aber noch etwas anderes aus: ein Gefühl, das die Kluft zwischen den Parteien überwölbt. Eine Wut, die in den 12 024 000 Stimmen für Bernie Sanders bei den Vorwahlen der Demokraten zum Ausdruck kam, aber auch in den 13 300 000 Stimmen für den Milliardär Donald Trump, der sich in den Vorwahlen der Republikaner durchsetzte.

Das Urteil, dass das System verzerrt sei, ist auch die Quittung dafür, dass Regierungen der Republikaner wie der Demokraten im Nahen Osten Kriege angefangen haben, die für die USA kostspielige und zugleich sieglose Unternehmen waren. Es ist die Reaktion darauf, dass die Mehrheit der Bevölkerung weiter unter den Folgen der Wirtschaftskrise leidet – während die Leute, die sie ausgelöst haben, ungeschoren davongekommen sind, und dass Präsident Barack Obama die große Hoffnung auf einen Umbruch, die er im Wahlkampf 2008 geweckt hatte, am Ende enttäuschte.

Aber auch darauf, dass für die republikanischen Wähler nicht viel herausprang, als ihre Partei in den Kongresswahlen von 2010 und 2014 den Demokraten zuerst im Repräsentantenhaus und dann im Senat die Mehrheit abjagte. „Das System ist verzerrt“, weil sich in Washington nichts ändert; weil die kleinen Leute das Gefühl haben, ihr Land werde von einer Oligarchie beherrscht, die für sie nur Verachtung übrig hat; weil die Ungleichheit zunimmt und die Angst der Mittelklasse wächst.

Dabei hatte alles so schön begonnen. Bei den Demokraten wurde aus Hillary Clintons vermeintlichem Spaziergang durch die Vorwahlen, der unter kräftiger Beihilfe Obamas die Fortsetzung der Clinton-Dynastie einleitete, ein erbittertes Duell mit Bernie Sanders. Dem 70-jährigen Einzelkämpfer war es zum allgemeinen Erstaunen gelungen, Millionen junge Wähler, Arbeiter und Provinzbewohner mit kapi-

talismuskritischen Themen zu mobilisieren.

Und da seine Wahlkampfkasse dank Millionen von Kleinspenden voll war, konnte er den „Faktor Geld“ neutralisieren, der in der US-Politik eine der wichtigsten – und am meisten verhassten – „Verzerrungen“ darstellt. Das ist eine ermutigende Entwicklung. Interessanterweise hat auch Donald Trump erheblich weniger Geld für seine Wahlkampagne ausgegeben als einige seiner unterlegenen Konkurrenten.

Bislang war in den meisten Präsidentschaftswahlkämpfen die „Entrüstung über den Staat“ ein beherrschendes Motiv. Heute fordern dagegen selbst konservative Wähler stärkere Eingriffe der öffentlichen Hand in das Wirtschaftsleben. Auch Trump fordert in seinem Programm keineswegs geringere Sozialausgaben oder weniger Arbeitslosengeld.

Das Thema Freihandel spielt in seinem Wahlkampf eine zentrale Rolle, wobei er alle von seinen Vorgängern – Republikanern wie Demokraten – ausgehandelten Verträge zerreißen und US-Unternehmen, die ihre Produktion ins Ausland verlagert haben, Zollabgaben auferlegen will. Im Übrigen ist sich Trump mit Clinton darüber einig, dass der Staat die extrem kostspielige Erneuerung der Verkehrsinfrastruktur des Landes finanzieren muss. Der ehemals parteiübergreifende Konsens im Sinne von Globalisierung und Neoliberalismus ist wie eine Seifenblase zerplatzt.

Offenbar haben es die großen US-Konzerne mit ihrem Zynismus und ihrer öffentlich demonstrierten Habgier geschafft, die Idee zu zerstören, wonach ein zwingender Zusammenhang zwischen ihrem eigenen und dem Wohlergehen des Landes bestehe.

Hillary Clinton hat zwar angekündigt, sie werde wichtige Aufgaben ihrem Mann übertragen, der vor 25 Jahren den Rechtsruck der Demokraten bewerkstelligt hat, doch in der Zwischenzeit hat sich das Gesicht ihrer Partei verändert. Die Wähler der Demokraten stehen heute weiter links: Der Begriff „Sozialismus“ schreckt sie nicht mehr ab, und sie halten wenig von Kompromissen mit den Republikanern. In vier zentralen Aspekten des Rechtsschwenks, den die „neuen Demokraten“ unter Bill Clinton vollzogen haben – nämlich Freihandelsabkommen, inflationäre Zunahme von Haftstrafen, Deregulierung der Finanzmärkte und Lohndämpfungspolitik –, musste Hillary Clinton den Anhängern von Bernie Sanders Konzessionen machen.

Donald Trumps Schmähreden gegen mexikanische Einwanderer oder gegen den Islam, sein Sexismus und seine rassistischen Hirngespinnste sind so abscheulich, dass sie uns zuweilen hindern, seine anderen Aussagen zur Kenntnis zu nehmen. Doch bei wichtigen Themen wie Sozialausgaben, Handelspolitik, Rechten von Homosexuellen, internationale Bündnisse oder militärische Auslandseinsätze verletzt Trump die ehernen Grundsätze seiner Partei so massiv, dass man sich einen raschen Kurswechsel führender Republikaner in allen diesen Punkten kaum vorstellen kann.

Es sei denn, sie haben Angst, endgültig „ihre“ Basis zu verlieren. Die hat ihren Unmut bereits demonstriert, indem sie einen Kandidaten kürte, der verbal heftig austeilte, auch gegen führende Leute im eigenen Lager. Zum Beispiel, wenn er sagt: „Unsere Politiker haben vehement eine Globalisierungspolitik verfolgt. Die hat die Finanzelite, die ihre Kampagnen unterstützt, noch reicher gemacht, während

sie Millionen von amerikanischen Arbeitern nur Armut und Sorgen gebracht hat.“ Das sind überrassende Sätze aus dem Mund eines Milliardärs, der in seinem Penthouse in Manhattan sitzt und Textilien seines Trump-Labels in China und Honduras produzieren lässt. Und doch treffen sie die Lage ziemlich gut.

Ist das System also doch nicht so verzerrt, wie wir dachten? Francis Fukuyama hat kürzlich in einem Text für Foreign Affairs argumentiert: Die amerikanische Demokratie funktioniere eben doch, wenn sie auf den Volkszorn reagiert, die Clinton-Dynastie ins Wanken bringt, die republikanischen Barone demütigt und es schafft, Ungleichheit, Protektionismus und De-industrialisierung zu zentralen Wahlkampfthemen zu machen. Und vielleicht könnte sie sogar einen doppelten politischen Betrug beenden.

Die Demokratische Partei hat sich in den letzten Jahren immer mehr zum Instrument der akademisch ausgebildeten Mittel- und Oberschicht entwickelt. Gleichzeitig sicherte sie sich eine überwältigende Wählermehrheit bei den Afro- und Hispanoamerikanern, indem sie sich die „Vielfalt“ auf die Fahnen schrieb. Und indem sie sich auf die Gewerkschaften stützte, konnte sie ihre Wählerbasis bei den Arbeitern

halten. Aber ihre Vision von Fortschritt ist nicht mehr egalitär, sie kommt mal individualistisch und paternalistisch (man muss sich anstrengen) daher, dann wieder meritokratisch (man muss mehr lernen).

Es fehlt eine Perspektive für die Menschen, die fern der Küsten leben, vom Wohlstand der großen Metropolen nichts abbekommen, von Wall Street und Silicon Valley ausgeschlossen sind. Diese Leute sehen die industriellen Arbeitsplätze schwinden, die lange Zeit einer Mittelschicht ohne höheres Bildungsniveau eine relativ gesicherte Existenz bot.

Diesen ehemaligen Industriearbeitern und den armen „kleinen Weißen“ hatte auch die Republikanische Partei – vor Trump – nicht mehr viel zu bieten. Sie dachte vor allem an die Unternehmen, denen man die Steuern senken sowie Exporte und Auslandsinvestitionen erleichtern wollte.

Für die Arbeiter und die weiße Unterschicht hatte man nur Sprüche über Heimat, Religion und Moral übrig. Und über die Bedrohung durch Minderheiten, die von arroganten Intellektuellen Unterstützung erfahren. Auf diese Weise schafften es die konservativen Republikaner, die Opfer ihrer eigenen Wirtschaftspolitik noch einige Zeit bei der

Stange zu halten.

Dass diese Leute jetzt Trump nachlaufen, hat andere Gründe. Der New Yorker Unternehmer redet nicht nur über die Bibel und das Recht auf Waffenbesitz, sondern auch über die Verteidigung von Industrien und die Kündigung von Handelsabkommen.

Hillary Clinton kann diese zornige Trump-Gefolgschaft nicht für sich gewinnen, indem sie alle in denselben Topf wirft und als bedauernswerte Ansammlung von Rassisten, Sexisten, Homophoben, Fremdenhassern und Islamphobikern bezeichnet. So drückte sie sich bei einer New Yorker Fundraising-Veranstaltung vor Leuten aus, die viel Geld bezahlt hatten, um die Kandidatin Clinton zu hören.

Kann eine Wahl, die von solchen ideologischen Verwerfungen und nachgerade vom Wunsch nach einer grundsätzlichen Wende geprägt ist, am Ende dennoch von der Kandidatin des Status quo gewonnen werden? Durchaus, und zwar deshalb, weil ihr Gegner ein Outsider ist, der noch mehr Hass auf sich zieht. Genau darin liegt aber die eigentliche, die größte „Verzerrung“, die wir auch in anderen Ländern beobachten. In Frankreich könnten wir nächstes

Fortsetzung auf Seite 42

Anzeige

CRITICAL ZONES.
HORIZONTE EINER
NEUEN ERDPOLITIK
Eröffnung: 8. Mai 2020
zkm.de/critical-zones

Sie wollen, dass ich auf der Erde lande? Wieso das?

Weil Sie in der Luft hängen und auf einen Absturz zusteuern.

Wie ist es da unten?

Ziemlich angespannt.

Ein Kriegsgebiet?

Fast. Die KRITISCHE ZONE, ein paar Kilometer dick, wo alles passiert.

Werde ich da unten überleben?

Kommt auf Ihre Politik an.

Frédérique AÏt-Touat, Alexandra Arènes, Axelle Grégoire, The Soil Map (detail), Terra Forma, manuel de cartographies potentielles, 2019. © the artists.

zkm karlsruhe

Fortsetzung von Seite 41

Jahr Ähnliches erleben: dass der Volkszorn gegen die Globalisierung, gegen soziale Ausgrenzung und die Herrschaft abgeschotteter „Eliten“, in die falschen Kanäle geleitet wird und die politischen Machtspiele dafür sorgen, dass auch in diesem Fall das übelste aller Resultate herauskommt.

Clinton schützt sich gegen alles Erwartete durch Experten, Meinungsforscher und Werbefachleute, die jeden ihrer Schritte genauestens durchkalkulieren. Deshalb hat Trump beschlossen, alles auf den Kopf zu stellen, und dabei auch die von seiner Partei festgelegte Strategie über Bord geworfen.

Obamas Wiederwahl im November 2012 hat die führenden Köpfe der Republikaner überrascht. Ihre Schlussfolgerung war, dass sie den Vorsprung der Demokraten bei der afroamerikanischen Bevölkerung (die Clinton weniger gut mobilisieren kann als Obama) und insbesondere bei den Hispanics, deren Anteil an der Bevölkerung wächst, entscheidend verringern müssten. Da beide Gruppen die Hauptopfer der restriktiven Einwanderungspolitik der Republikanischen Partei waren, wollte man sich in dieser Frage offener zeigen und einem Teil der illegalen Einwanderer einen Aufenthaltsstatus gewähren.

Schließlich ist das Wahlverhalten nicht genetisch verankert, und ein hispanoamerikanischer US-Bürger kann sehr wohl für eine rechte Partei stimmen, wenn er Abreibungen ablehnt oder Steuererleichterungen befürwortet. Die polnischen, italienischen und litauischen Einwanderer, die 1980 für Ronald Reagan stimmten, hatten vorher stets die Demokraten gewählt. Und 70 Prozent der Muslime hatten im Jahr 2000 George W. Bush unterstützt, acht Jahre später stimmten 90 Prozent von ihnen für Barack Obama.

Donald Trump kalkuliert genau andersherum. Statt ein paar afroamerikanische und Latino-Stimmen zusammenzukratzen, will er seinen Vorsprung bei den nichtspanischen Weißen ausbauen. Deren Anteil in der Bevölkerung geht zwar ständig zurück, ihr Anteil an den aktiven Wählern lag jedoch 2012 noch immer bei 74 Prozent. Dieses „weiße Amerika“ und insbesondere die Arbeiter und einfachen Angestellten will Donald Trump mit zwei Parolen ansprechen.

Erstens mit der Behauptung, mehr Einwanderer bedrohten die Sicherheit und die „amerikanische“ Identität, und zweitens mit der Beschworung einer industriellen Renaissance („Make America great again“). Solche Sprüche kommen gut an in einer gesellschaftlichen Klasse, die vom demokratischen Establishment vernachlässigt wird, weil sie weder zur digitalen Moderne zählt noch in das Bild der ethisch-kulturellen Vielfalt passt. Was zweifellos daran liegt, dass diese Gruppen in den Augen der Demokraten einer antiquierten, im Niedergang befindlichen Lebenswelt angehören – also „bedauernswert“ sind. Es stimmt zwar, dass sich in den Metropolen ein wachsender Teil des Wohlstands und der Kreativität konzentriert, doch die Wahl wird in den „peripheren“ Bundesstaaten entschieden. In Kalifornien und New York zum Beispiel steht der Wahlgewinner bereits fest, und wie groß hier die Mehrheit der Demokraten ausfällt, ist unerheblich. Am 8. November kommt es vielmehr auf Ohio, Pennsylvania, Michigan und Wisconsin an, weil dort der Wahlausgang noch offen ist. Deshalb umwerben die Kandidaten die Wähler dieser Staaten, fahren hin und gehen auf ihre Sorgen ein.

Und was finden sie dabei heraus?

Dass in diesen Staaten mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von weißen, älteren und weniger gebildeten Menschen Hunderttausende Arbeitsplätze verloren gingen, sei es durch Abwanderung von Betrieben oder aufgrund der chinesischen oder mexikanischen Konkurrenz. Dass ständig neue Industrieruinen hinzukommen und dass man hier vom wirtschaftlichen Wiederaufschwung weit weniger profitiert hat als anderswo.

In diesen Staaten kommen die protektionistischen Parolen von Donald Trump bei vielen an, während Hillary Clinton Mühe hat, die „gute Bilanz“ von Präsident Obama zu verkaufen. Wenn in naher Zukunft die großen Städte der USA noch weiter angewachsen sind und die Immigration Amerika in ein Land verwandelt hat, das mehrheitlich aus „Minderheiten“ besteht, dann werden die Demokraten die Arbeiter des Mittleren Westens vergessen können, wie sie früher schon die „kleinen Leute“ des weißen Südens vergessen haben.

Aber bei diesen Wahlen können die Demokraten das nicht ungestraft tun. Dieses Jahr ist es noch zu früh, um Leute wie verzogene Kinder auszuschimpfen, die (negativ) auf die Probleme re-

agieren, die man selbst geschaffen hat; oder sie einfach anzuweisen, sich weiterzubilden, den Beruf zu wechseln, wegzuziehen. Denn bei einem Rivalen wie Donald Trump können sich die Demokraten nicht mehr sicher sein, dass die verbliebenen Arbeiter bei den Wahlen keine Alternative sehen.

Hillary Clinton verkörpert eine politische „Elite“, die seit einem Vierteljahrhundert die „kleinen Leute“ in die Katastrophe führt. Aber jetzt muss sie auf einmal Menschen berücksichtigen, die ökonomisch gefährdet sind und um ihren gesellschaftlichen Status bangen. Clinton kann einen glänzenden Lebenslauf vorweisen – aber 2016 wollen offenbar viele Amerikaner diese alte politische Klasse loswerden. Und das Mittel, über das sie verfügen, ist eine Dynamitstange namens Donald Trump.

Plötzlich werden die armen Weißen also wieder zur Kenntnis genommen und soziologisch erforscht wie vor 50 Jahren das „schwarze Lumpenproletariat“. Dabei findet man heraus, dass die Lebenserwartung der Minenarbeiter in den Appalachen und der Tabakbauern in Virginia gesunken ist, und dass dies für alle Leute gilt, die den Beruf wechseln müssen und etwa als

Wachpersonal bei Walmart zwei Drittel ihres alten Gehalts einbüßen.

Weißer ohne höheren Bildungsabschluss leben im Durchschnitt 13 Jahre kürzer als Weiße, die eine Universität besucht haben (67,5 gegenüber 80,4 Jahre); betrachtet man nur die Frauen, macht der Unterschied immer noch mehr als 10 Jahre aus (73,5 gegenüber 83,9 Jahre).

Pfandleihhäuser, ledige junge Mütter, die von Sozialhilfe leben, überdurchschnittlich viele fettleibige Menschen und Drogenabhängige finden sich nicht mehr nur in den schwarzen Ghettos. Diese wirklich Armen sehen in der Erfahrung Clintons, in ihrer Nähe zum Washingtoner Politikbetrieb, in der Unterstützung, die sie durch die wichtigsten Medien genießt, nicht unbedingt eine Empfehlung.

Wie wird für die Grubenarbeiter die „postindustrielle“ Zukunft aussehen, wenn alle Kohlebergwerke geschlossen sind? Wenn die Taxifahrer durch selbst fahrende Google-Fahrzeuge, die Supermarktkassierer durch Scanner und die Arbeiter durch Roboter ersetzt werden? Sollen sie alle Programmierer werden, selbstständige Lieferanten von per Handy-App bestellten Fertiggerichten, Vermieter von

Touristenzimmern, Biogärtner oder Haushaltshilfen?

Hillary Clinton hat keine Antwort auf diese Ängste, die für sie zweifellos in die Rubrik Fortschrittsverweigerung fallen. Donald Trump dagegen reitet unablässig auf diesen Ängste herum und hält denen, die er durch seine groben Manieren, seinen brutalen Charakter und seinen Mangel an politischer Erfahrung vergrault, die Frage entgegen: „Was habt ihr zu verlieren?“

Ob das amerikanische System – verzerrt oder nicht – bereits so brüchig ist, dass es sich einem Mann wie Trump ausliefert, werden wir in Kürze sehen. Aber falls ein erneuter Anschlag, ein misslungener Fernsehauftritt oder die Veröffentlichung kompromittierender Mails genügen sollten, um Hillary Clinton vom Weißen Haus fernzuhalten, dann wäre eines bewiesen: Anstatt die autoritäre Rechte wirksam zu bekämpfen, ist die Partei des neoliberalen Status quo zum wichtigsten Treibsatz für diese Rechte geworden.

Aus dem Französischen von Birgit Bayerlein

Serge Halimi ist seit 2008 Direktor von Le Monde diplomatique, Paris. Dieser Text erschien im Oktober 2016 in LMD.



Cosima von Bonin, *What if it barks*, Installationsansicht, 2018, Gallery Petzel, New York Foto: Annette Kradisch

Was unsere Museen nicht erzählen

von **Bénédicte Savoy**

Die englische Sprache hat sich im 18. Jahrhundert das Wort *traceability* gegeben. Aus Spur (*trace*) und Eignung (*ability*) zusammengesetzt, bezeichnet es die Eignung eines Dings, sich dank hinterlassener Indizien zurückverfolgen zu lassen. Der deutsche Begriff lautet Rückverfolgbarkeit. Am Deutschen Institut für Normung gibt es dafür eine DIN und eine normgerechte Definition: „Rückverfolgbarkeit: Möglichkeit, den Werdegang, die Verwendung oder den Ort eines Objekts zu verfolgen“.

Seit die EU vor gut zehn Jahren die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln verordnet hat, überbieten sich Zertifizierungs- und Softwarefirmen in der Entwicklung von cleveren Ortungs- und Etikettierungssystemen, die Herkunft und Wege dokumentieren. Im Supermarktregal steht mittlerweile hinter jeder Seriennummer eine umfangreiche Geschichte.

Die Codes erzählen von nahen und fernen Herkunftsorten, grenzüberschreitenden Transporten, verarbeiteten Fabriken und voll automatisierten Schlachthöfen. Die Industrie 4.0 hat längst das Potenzial historischer Transparenz und Akribie erkannt: Sie prägt das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum. Sie trägt zur Minimierung von Schäden bei und ganz nebenbei auch zum guten Geschmack.

Wie aber verhält es sich mit geistiger Nahrung – um bewusst eine ausgeprägt christlich-europäische Metapher zu verwenden? „Wenn man Speisen kauft“, heißt es in Gräffes „Sokratik“ von 1798, „so kann man doch fragen, ob man sie essen soll; aber wenn man geistige Nahrung einkauft, so kann man sie nur mit der Seele wegtragen.“

Dass Kunst und Kultur Nahrung für die Seele sind, klingt altmodisch wie eine Dorfschule. Die Bildungstempel des 21. Jahrhunderts haben sich von solcher Rhetorik verabschiedet. Schließlich vergleicht auch keiner die Nike von Samothrake im Pariser Louvre mit einem Steak auf dem Teller der Europäer.

Doch selbst oder gerade unter den allgegenwärtigen Anforderungen des Kulturmarketings und der Imagepflege stellt sich die Frage der *Traceability* in Museen heute dringender denn je. Die Erforschung von Provenienzen ist in vielen Institutionen noch lange nicht etabliert. Und erst recht nicht eine verständliche und öffentliche Vermittlung dieser Provenienzen. Dabei erzählt jeder Lebensweg eines Objekts oft viel mehr über Europa und die Welt als das Objekt selbst.

Wilhelm von Humboldt schreibt über die Bedeutung der Bildung für den Menschen: „Je mehr Mannigfaltigkeit er in Einheit verwandelt, desto reicher, lebendiger, kraftvoller, fruchtbarer ist er. Eine solche Mannigfaltigkeit aber giebt ihm der Einfluss vielfältiger Verhältnisse.“ Indem sie jedes Artefakt in ein vielschichtiges Koordinatensystem von Raum und Geschichte, Sein und Zeit, Ästhetik und Politik verankert, trägt dokumentierte Provenienz im Museum zu dieser Mannigfaltigkeit bei. Zwar steht bei der Provenienzforschung in Museen heute der Aspekt der Wiedergutmachung im Vordergrund, doch bei *Traceability* geht es nicht primär um Moral. Es geht auch um das kollektive Verständnis unseres vergangenen, aktuellen und künftigen Verhältnisses zur Welt.

Natürlich sind Museen vor allem Archive menschlicher Kreativität und Spiritualität. Und sie erzählen etwas über die Kulturen der Welt. Sie sind aber auch Archive ihrer selbst und der europäischen Geschichte.

Wie und wo erfahren wir in der Berliner Gemäldegalerie etwas über den Weg eines zarten Kinderporträts des französischen Malers Antoine Watteau – Hitlers Lieblingsgemälde, das er einst für sein Führermuseum in Linz ankaufen ließ und das heute als „Leihgabe der Bundesrepublik Deutschland“ das verträumte Frankreich des 18. Jahrhunderts mitten im heutigen Berlin aufscheinen lässt? Was wissen wir über den Weg der ältesten Koran-Handschriften der Welt in die Magazine der großen Staatsbibliotheken von Paris, London und Berlin, was über den Erwerb äthiopischer Zauberrollen, mesopotamischer, altägyptischer, griechischer, afrikanischer Göttinnen?

Sind solche Objekte nach vielen Jahrhunderten heute überhaupt noch *traceable*? Wer sorgt am besten für die Rekonstruktion ihrer Lebensakte, für das Erzeugen und Anbringen von Codes? Es sind solche Fragen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts endlich und nicht zuletzt im Angesicht der größten Museumsbaustelle Europas in Berlins pochender Mitte gestellt und ernsthaft beantwortet werden müssen. Es geht nicht darum, die ästhetische oder ethnologische Dimension von Objekten in Museen durch das Interesse für ihr „Zu-uns-gekommen-Sein“ zu ersetzen. Es geht um zusätzliche Aufklärung und Erkenntnis. Ja, wir wollen es wissen. Wir müssen es wissen. Pro-

venienz (vom lateinischen *provenire* = herkommen) wird in Europa seit Ende der 1990er Jahre vor allem mit der Geschichte von Kunstwerken in Verbindung gebracht, die in der NS-Zeit ihren Besitzer wechselten und meist über den Kunsthandel in die Sammlung öffentlicher Museen in Europa und Amerika gelangten, während ihre Eigentümer ins Exil getrieben oder ermordet wurden. Provenienzforschung gilt in diesem Zusammenhang auch der Suche nach „gerechten und fairen Lösungen“ für die Betroffenen und ihre Erben, so legt es die Washingtoner Erklärung von 1998 nahe.

Die Lebensläufe der Dinge

Doch beschränkt sich Provenienzforschung nicht auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts, und sie zielt nicht automatisch auch auf Restitution. *Traceability* heißt ja auch in der Wirtschaft nicht gleich Rückruf oder Rücknahme von Produkten. Die Rekonstruktion von Napoleons Kunstraub in Deutschland ist Provenienzforschung, desgleichen die Verfolgung der Wege und Umwege, die im 19. Jahrhundert zum massiven Import ostasiatischer Artefakte nach Europa führten. Auch Arbeiten zu wissenschaftlichen Expeditionen, archäologischen Fundstellungen, ethnologischen Feldstudien und kolonialen

Praktiken tragen zur besseren Einordnung von Sammlungsgut bei.

In vielen Fällen sind Provenienzen übrigens schon längst erforscht, und es gibt unzählige Kuratoren, die sich der Aufarbeitung ihrer Sammlungsgeschichte mit viel Engagement widmen. Was noch bitter vermisst wird, ist die Bereitschaft der meisten Museen, diese Geschichten dem Publikum offen und verständlich zu erzählen. Ich weiß sehr wohl, woher das Steak auf deinem Teller kommt, aber ich sage es dir nicht.

In der öffentlichen Debatte wie in den Köpfen vieler, um ihre Sammlungen besorgter Museumsbeamter werden Provenienzforschung und Restitutionen nicht unterschieden. Dabei handelt es sich, man kann es nicht oft genug wiederholen, um zwei ganz verschiedene Dinge. Die Provenienzforschung ist historische Wissenschaftsforschung. Sie gilt der Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit und ist für die Museen das, was für die Dresdner Bank oder Daimler-Benz die Aufarbeitung ihrer Unternehmensgeschichte im Dritten Reich gewesen ist; die Erfüllung einer historischen Verantwortung, die Selbstbefreiung von allzu bequemen Mythen und ein Akt des Anstands gegenüber den Opfern und Nutzern ihrer Sammlungspolitik.

Restitutionen dagegen sind juristischer und symbolischer Natur. Sie stellen die Frage nach einer möglichen

Wiedergutmachung von Unrecht und einem wirksamen Ausgleich des erlittenen Nachteils. Wer Provenienzforschung mit Restitutionen gleichsetzt, erschwert oder verhindert den freien wissenschaftlichen Umgang mit den historischen Quellen. Zu eng, zu juristisch, zu wenig kulturgeschichtlich betriebene Provenienzforschung ist jedes Mal eine verpasste Chance.

Auch für Museen muss gelten: Erst Provenienzen systematisch erforschen (lassen) und on display stellen. Und dann, irgendwann, darüber nachdenken, was die Rückgabe von Objekten und Objektgruppen in symbolischer, politischer oder diplomatischer Hinsicht bewirken kann und soll.

Die meisten Museen sind mit Provenienzforschung offenbar überfordert – personell, intellektuell und methodisch. Aber welche Instanzen sind heute überhaupt in der Lage, für Millionen von Objekten – oft Jahrzehnte oder Jahrhunderte nach ihrem Erwerb – die Herkunft zu ermitteln? Die Museen? Unabhängige Historikerinnen und Historiker? Akademisch ausgebildete, professionelle Provenienzforscherinnen und -forscher? Sicher ist nur, dass objektbezogene Fachexpertise nur bedingt weiterhilft. Wer den Verbleib eines in Paris während der NS-Okkupation beschlagnahmten Picasso-Gemäldes eruieren will, muss kein Picasso-Experte sein, sich aber gut im Pariser Polizeiarchiv auskennen. Wer rekonstruieren will, wie die Büste der Nofretete 1913 von Tell el-Amarna nach Berlin kam, muss nicht unbedingt Ägyptologe sein, aber ein guter Kenner der französisch-britischen Verwaltungsstrukturen in Ägypten vor dem Ersten Weltkrieg. Wer nachvollziehen will, wie Kunst aus Afrika seit dem 19. Jahrhundert verstreut und entwertet wurde, muss sich weniger mit afrikanischen Riten auskennen als in der Wissenschaftsgeschichte der Ethnologie und der europäischen Militär- und Missionsgeschichte.

Provenienzforschung kann, muss aber nicht in Museen stattfinden. Sie erfordert freien Zugang zu vielen in aller Welt verstreuten Archiven; Teamgeist und methodische Transparenz; universitäre Verankerung und die Bereitschaft zu grenzüberschreitender Kooperation. *Traceability* von Kunst erfordert viel, viel mehr als das Stöbern in institutionseigenen Unterlagen.

„Punkten mit *Traceability*“, so preist in einer Imagebroschüre ein führender deutscher Dienstleister seine Praxis in Sachen Rückverfolgbarkeit an. Man könne für jedes in Umlauf gebrachte Objekt „eine Lebenslaufakte anlegen, die keine Wünsche offen lässt“. So könne der Kunde vermeiden, dass die Folgekosten wemöglich „exponentiell ansteigen“.

Die Folgekosten einer nicht transparenten Handhabung von Herkunftsangaben in Museen messen sich keinesfalls nur in Dollar oder Euro. Es sind gesellschaftliche und politische Kosten, die entstehen, wenn sich eine Gesellschaft ihrer Vergangenheit nicht annehmen will und kann. Die Erwerbsbedingungen von Kunstwerken aus der ganzen Welt aufzuklären und offenzulegen, muss zum Standard jedes einzelnen Museums werden. Das ist die geringste Höflichkeit, welche Europa den Menschen und den Orten, aus denen die Objekte kommen, erweisen kann.



Cosima von Bonin, *Einserkandidat*, 2009, Wolle, Baumwolle, Fleece, 208 x 150,5 x 3 cm

Bénédicte Savoy ist Professorin für Kunstgeschichte an der TU-Berlin und am Collège de France. Im November 2018 erschien ihr Bericht zur Restitution von afrikanischem Kulturgut, den sie mit Felwine Sarri im Auftrag von Präsident Macron verfasst hat. Dieser Text erschien im August 2017 © LMD, Berlin.

2018

Neutralisieren, unschädlich machen. Für das Töten muslimischer Terroristen werden Worte verwandt, die aus der Insektenvernichtung stammen. Es scheint sich um Täter jenseits aller gemeinhin geltenden Maßstäbe zu handeln, bei deren Bekämpfung folglich das Völkerrecht keine Anwendung zu finden braucht.

Der War on Terror, psychologisch und rechtlich derart entgrenzt geführt, ist auf den meisten Schauplätzen militärisch gescheitert. Damit verliert auch die westliche Definition vom totalen Feind an Deutungsmacht. Dschihadisten – oft religiös mehr drapiert als motiviert – sind aus Sicht der Bevölkerungen in Afrika und Asien oft keine blindwütigen Fanatiker, sondern Kämpfer mit Zielen und Interessen. Und wo es die gibt, öffnet sich ein Fenster: um den Dialog zu suchen, womöglich zu verhandeln.

Die afghanische Regierung hat den Taliban jüngst ein weitreichendes Gesprächsangebot gemacht: Anerkennung als politische Partei, Freilassung von Gefangenen. Nach 17 Jahren Krieg lebt heute ein Drittel der Afghanen erneut unter der Herrschaft der Taliban, und es gilt als folgenreicher Fehler, sie 2001/02 von den Petersberger Verhandlungen über die Zukunft des Landes ferngehalten zu haben.

In den Sahelstaaten setzen Brüssel, Paris und Washington weiterhin allein auf die militärische Option. Als Frankreich 2013 in Mali intervenierte, schien der Vergleich mit Afghanistan („Sahe-Listan“) noch abwegig, doch nach fünf Jahren internationaler Interventionen ist Mali von einem komplexen Muster der Gewalt gezeichnet. Kaum ein Tag vergeht ohne Anschläge, meist zielen sie auf die ausländischen Truppen (12.000 Blauhelm-Soldaten, davon 1000 deutsche sowie 1000 französische Spezialeinheiten).

Der dortige Friedensprozess schließt nur nichtislamistische Milizen ein, insbesondere die Tuareg-Rebellen, einst Auslöser der Krise. Gegenüber ihren zeitweiligen dschihadistischen Verbündeten gilt die Linie: nicht reden, sondern liquidieren. Für Mali war dies immer eine fremdbestimmte Unterscheidung zwischen Feind und Partner. Viele sehen in den Tuareg-Separatisten das größere Übel: Immerhin hatten sie in Nordmali so viel Unheil angerichtet, dass die nachfolgenden religiösen Besatzer zunächst als Ordnungsmacht begrüßt wurden.

Ab 2014 warben dann einzelne malische Prominente für einen Dialog mit den Dschihadisten. Die Forderung gewann in jenem Maß an Rückhalt, wie die militärische Bekämpfung des Dschihadismus misslang. Außerdem ist dessen Gesicht heute eindeutiger einheimisch als in früheren Jahren; an

der westlichen Liquidierungsstrategie nahm die malische Öffentlichkeit weniger Anstoß, solange es sich bei den Getöteten eher um Ausländer handelte.

Nun stechen zwei wohlbekanntere Akteure heraus: in Zentralmali der Prediger Amadou Koufa, im Norden der Tuareg-Führer Iyad Ag Ghali – Letzterer die personifizierte fließende Grenze zwischen Rebellion, Terror, Drogenhandel und al-Qaida im Maghreb. Beide Anführer signalisierten verhaltene Dialogbereitschaft. Und für beide empfanden zahlreiche Malier trotz aller Verbrechen einen gewissen Respekt. „Wir können diese Leute nicht in den Fluss werfen. Wir brauchen eine politische Lösung“, sagt der Politiker Tié-bilé Dramé.

Als im vergangenen Jahr die 900 Teilnehmer einer „Konferenz zur Nationalen Verständigung“ ebenfalls einen Dialogversuch forderten, ließ Staatspräsident Ibrahim Boubacar Keita seinen Versöhnungsminister verkünden: „Mali ist bereit, mit all seinen Söhnen zu verhandeln.“ Wenige Tage später widerrief er unter französischem Druck. Der damalige Außenminister Jean-Marc Ayrault befand bei einem Mali-Besuch kategorisch, es gebe im Kampf gegen den Terrorismus „nur einen Weg, nicht zwei“, und der malische Präsident versprach Gehorsam.

„Es war schockierend zu sehen, wie begrenzt unser Handlungsspielraum ist“, sagt die Oppositionelle und Exaußenministerin Sy Kadiatou Sow. „Mali steht faktisch unter Vormundschaft. Aber wir müssen den Mut haben, zu debattieren, was gut ist für uns selbst, für unser Land.“ Die Politikerin ist als Verfechterin von Frauenrechten bekannt; niemand unterstellt ihr Sympathie für einen radikalisierten Islam.

Auch die nordirische IRA und Palästinas PLO galten früher als Ultraterroristen, mit denen Gespräche niemals möglich sein würden. Das Ausmaß begangener Verbrechen sei kein Kriterium, schreibt Jonathan Powell in seinem Buch „Terrorists at the Table“. Der einstige Stabschef von Tony Blair, ein Experte in internationaler Konfliktmediation, schlug bereits vor zehn Jahren Gespräche mit al-Qaida vor.

Dennoch hält sich die Vorstellung, mit Dschihadisten könne schon deshalb nicht rational verkehrt werden, weil es sich um religiöse Fanatiker mit wirren Kalifatsfantasien handle, ohne Bezug zum sozialen Geschehen vor Ort. Für Afrika trifft das kaum zu. Leonhard Harding, emeritierter Professor für afrikanische Geschichte an der Universität Hamburg, schreibt über die Sahel-Dschihadisten: „Ein gemeinsames Konzept zur Schaffung eines islamischen Staats oder die Ausrufung eines neuen Kalifats ist nirgendwo in Sicht.“ Die Kämpfer seien primär an lokalen Veränderungen interessiert und woll-

ten die Bevölkerung gewinnen. Über Bokó Haram sagt der französische Politologe Jean-François Bayart, es handle sich um „den religiösen Ausdruck eines sozialen Phänomens“.

Bereits im Westafrika des 18. und 19. Jahrhunderts kämpften sogenannte Dschihadisten mit religiösen Losungen gegen ungerechte Herrscher. Ähnlich präsentiert sich der heutige Dschihadismus in Zentralmali als Antwort auf staatliche Willkür und soziales Unrecht. Die Region wird von einer Bewegung erschüttert, in der sich Terror mit sozialer Revolte verbindet.

Diese rekrutiert sich oftmals aus jungen Fulbe-Hirten; sie vertreiben die Repräsentanten eines Staats, den sie nur als Unterdrücker kennen, rich-

setzung von traditionellen islamischen Richtern (Kadis) befriedend wirken.

„Wir müssen die Bevölkerung dazu bringen, aus dem Sog der Gewalt herauszukommen“, sagt Dicko. „Aber wo ist die rote Linie, über die eine Republik nicht hinausgehen darf? Das muss das Land, das Volk entscheiden.“ Ein offizielles Mandat für seine Bemühungen hat er nicht.

Ein malischer General a. D., dem Westen freundlich zugetan, mit schönen Erinnerungen an einen Lehrgang der Hamburger Führungsakademie der Bundeswehr, beschreibt ein mögliches Szenario nach einem Abzug ausländischer Truppen so: „Dann würden wir mit den Dschihadisten verhandeln, und wenn sie islamisches Recht ein-

versuchen „auf der falschen Seite der Geschichte“ zu stehen. Das militärische Vorgehen sei einem politischen Ziel unterzuordnen, über das die Gesellschaften des Sahel bestimmen müssten.

Bei der Bekämpfung des Terrors nationale Souveränität wiederzuerlangen, danach rufen nun auch Intellektuelle der Region, etwa Moussa Tchangari, der im nigrischen Niamey die „Alternative Espaces Citoyens“ leitet. In Mali, Niger und Nigeria seien Verhandlungen mit Dschihadisten immer dann zulässig gewesen, wenn sie der Freilassung westlicher Geiseln dienten. Dies zeige, wie sehr „die Entscheidung über Dialog oder Krieg von den Interessen der großen Mächte des Westens dominiert“ sei. In der Tat: Frankreichs Außenmi-

Mit Dschihadisten verhandeln?

von Charlotte Wiedemann



Kämpfer der Gruppe Ansar Dine in Timbuktu, August 2012 picture alliance/ap

ten Steuereintreiber und Bürgermeister hin. Als ein Richter auf offener Straße entführt wurde, habe die örtliche Bevölkerung „zufrieden“ reagiert, berichtet ein Regisseur aus der Region. „Wenn derartiges passiert, höre ich jedes Mal: „Das geschieht den Beamten recht!“

In dieser Atmosphäre sucht nun der Vorsitzende des Hohen Islamischen Rats von Mali Pfade zum Dialog. Mahmoud Dicko, ein politisch agiler und religiös gemäßigter Wahhabit, hat dafür zunächst die Koranschulleiter und traditionellen Autoritäten der Region zu mehreren großen Versammlungen geladen; 800 folgten dem Ruf. Sie haben dort, wo kein Staat mehr existiert, den größten Einfluss und sollen für Dicko Kontakte zum Kern der Dschihadisten herstellen. „Ich will Weg zum Dialog öffnen, indem ich frage, was wir für die Region tun können.“ Womöglich könne jenseits der staatlichen Justiz, unter deren Korruption besonders die Ärmsten leiden, die Ein-

führen wollen, werden wir sehen, was genau das sein soll. Vielleicht ist es ja nicht schlecht. Die Dschihadisten wollen eine saubere Gerichtsbarkeit und haben in manchen Fragen recht.“

Ob und wie verhandelt werden kann, muss auf jedem Schauplatz gesondert bestimmt werden. Und niemand vermag vorherzusagen, wie groß die Chance auf Erfolg ist. Es aber zumindest zu versuchen, dazu ermuntern zahlreiche Experten.

„Man kann nicht alle Dschihadisten töten. Es gibt auch in Mali keine Alternative zu Verhandlungen“, sagt die Leiterin des Berliner Zentrums für internationale Friedenseinsätze, Almut Wieland-Karimi. Dass dies zuallererst eine Entscheidung der Malier sei, meint nun immerhin auch das Auswärtige Amt.

Zwölf Forscher aus Mali, Senegal, den USA und Frankreich warnen jüngst die französische Regierung, sie drohe mit ihrer Blockade von Dialog-

minister Jean-Yves Le Drian antwortete in einer derartigen Situation einmal auf die Frage, ob der berüchtigte Iyad Ag Ghali ein Terrorist sei, ganz behutsam: „Es liegt an ihm selbst zu sagen, als was er sich betrachtet.“

Für die Forderung ihrer Bürger nach mehr nationaler Eigenständigkeit sind die Regierenden in Mali wie in Niger bisher schlechte Bündnispartner: weil ausländische Militärpräsenz ihre Macht stärkt und aufgeblähte Verteidigungsbudgets Einnahmen aus Korruption sichern. Der bitterarme Niger gibt 15 Prozent seines Haushalts für Militärisches aus – und erlaubt nun den USA, von einer neuen Basis aus erstmals Kilderdrohnen in die Sahara zu schicken.

Charlotte Wiedemann ist freie Autorin von Auslandsreportagen und Büchern mit dem Schwerpunkt „Islamische Lebenswelten“. Zuletzt erschien von ihr „Der lange Abschied von der weißen Dominanz“. München (dtv) 2019. Dieser Text erschien im April 2012 in LMD. © LMD, Berlin

Anzeige

HALTET ZUSAMMEN

MIT EIN BISSCHEN ABSTAND. **HKW**

Haus der Kulturen der Welt

Google sucht dich

Willkommen im Überwachungskapitalismus

von Shoshana Zuboff

Es war im Juli 2016. Für David ging ein zermürbender Arbeitstag zu Ende. Stundenlang hatte er in einem verstaubten Gerichtssaal in New Jersey, in dem die Klimaanlage ausgefallen war, Zeugenaussagen zu einem Versicherungsfall aufgenommen. Zu Hause angekommen kam ihm die kühle Luft wie ein Bad im Ozean vor. Zum ersten Mal an diesem Tag konnte er tief durchatmen. Er machte sich einen Drink und ging duschen. Kaum spürte er das warme Wasser auf seinem schmerzenden Rücken, klingelte es an der Tür. Draußen standen ein paar Teenager, die ihm ihre Handys entgegenstreckten. „Hey, Sie haben da ein Pokémon in ihrem Garten. Das gehört uns! Ist es okay, wenn wir hinter das Haus gehen, um es zu fangen?“ David staunte: „Ein was?“ Er hatte nicht die leiseste Ahnung, wovon sie redeten. Aber er sollte es bald erfahren.

An diesem Abend klingelte es noch viermal. Alle wollten unbedingt in seinen Garten und wurden sauer, wenn er sie wegschickte. Sie unterhielten sich aufgeregt, während sie auf ihren Smartphones sein Haus und seinen Garten nach ihren Kreaturen aus der *augmented reality* absuchten. In dem Ausschnitt der Welt, den sie gerade wahrnahmen, sahen sie nur ihre Pokémon-Beute, sonst nichts.

Das Spiel Pokémon Go hatte Davids Haus mitsamt seiner Umgebung quasi usurpiert und in eine riesige Menge von GPS-Koordinaten umgewandelt. Es war eine ganz neue Art kommerzieller Freibeuterei: die faktische Enteignung einer privaten Sphäre zum Zweck der Gewinnmaximierung mittels Umwandlung der realen Welt in lauter entgrenzte leere Flächen, an denen sich andere Leute bereichern dürfen.

Wann hört das endlich auf, dachte David verzweifelt. Und an wen kann ich mich wenden, damit das unterbunden wird? Weder ihm noch den Pokémon-Jägern kam der Gedanke, dass das, was sie zusammenbrachte, ein neues und ziemlich mieses Geschäftsmodell war: der Überwachungskapitalismus.

Bis 1999 hatte Google trotz seiner neuen Suchmaschinenwelt, trotz der ständigen Weiterentwicklung seiner IT-Kapazitäten und trotz der tollen Namen seiner Risikokapitalgeber noch keine Methode gefunden, um das Geld der Investoren in verlässliche Einnahmen zu verwandeln.

Die Google-Nutzer lieferten zwar Rohmaterial in Form von Daten über ihr Verhalten und ihre Vorlieben, aber diese Daten wurden nur gesammelt, um die Geschwindigkeit, Genauigkeit und Relevanz der Suchergebnisse zu verbessern und die Entwicklung von neuen Produkten wie Übersetzungen zu unterstützen. Bei diesem heiklen Kräftegleichgewicht wäre es finanziell riskant und vermutlich sogar kontraproduktiv gewesen, die Nutzer für die Suchdienste zur Kasse zu bitten.

Suchergebnisse zu verkaufen hätte wiederum einen Präzedenzfall geschaffen, der Google selbst hätte gefährlich werden können, denn man hätte Geld verlangt für indizierte Informationen, die die eigenen Webcrawler von Dritten unbezahlt übernommen hatten. Anders als etwa Apple, das mit dem iPod Geld verdiente, hatte Google keinen Mehrwertspinner, nichts, was sich verkaufen und in Einnahmen umwandeln ließ.

Bei Google war die Werbung damals aufs Unerwartete verbannt. Das sogenannte AdWords-Team bestand aus gerade mal sieben Personen, die fast alle die Abneigung der Gründer gegen Anzeigen teilten. Dies änderte sich abrupt im April 2000, als die legendä-

re Dotcom-Economy in die Rezession abstürzte und das Paradies Silicon Valley zum Epizentrum des Finanzbambus wurde. Die Reaktion von Google auf das Finanzdesaster bewirkte die entscheidende Mutation, die aus AdWords, Google, dem Internet und dem Informationskapitalismus schlechthin ein erstaunlich profitables Überwachungsprojekt machte.

Sinnbildlich für diesen Wandel wie für das Akkumulationsprinzip, das den Erfolg von Google ausmacht, steht ein Patent mit dem Titel „Generierung von Benutzerinformationen zur Verwendung in der zielgerichteten Werbung“. Entwickelt wurde es von den drei besten Programmierern des Unternehmens, die ihre Idee 2003 so bewarben: „Die vorliegende Erfindung könnte neue Verfahren, Vorrichtungen, Nachrichtenformate und/oder Datenstrukturen beinhalten, mit denen sich Informationen über Benutzerprofile ermitteln lassen, die für das Schalten von Anzeigen genutzt werden können.“

Google würde Verhaltensdaten von nun an nicht mehr ausschließlich zur Verbesserung des Angebots für die Nutzer auswerten, sondern um die Gedanken der Nutzer zu lesen: mit dem Ziel, die Werbung an ihren Interessen zu orientieren, die sich wiederum aus ihrem Onlineverhalten ableiten lassen. Neue Datensätze, die sogenannten Benutzerprofilinformationen (user profile information, UPI), würden die Genauigkeit dieser Vorhersagen enorm erhöhen.

Wie gewinnt man die UPIs? Den Erfindern zufolge schlicht „aus Rückschlüssen“. Mithilfe der neu entwickelten Werkzeuge lassen sich die Informationen durch die Integration der Daten und die Analyse der Suchmuster des Nutzers ermitteln, seiner Aufrufe bestimmter Seiten und zahlreiche andere Signale seines Onlineverhaltens. Damit sind Informationen zu gewinnen, die der Nutzer gar nicht persönlich preisgeben hat, räumen die Google-Forscher ein: UPIs „können selbst dann ermittelt (oder aktualisiert oder erweitert) wer-

den, wenn dem System keine explizite Information gegeben wurde“.

Die Informatiker haben damit klar gesagt, dass sie gewillt und mithilfe ihrer Erfindung auch in der Lage sind, sich über die Entscheidungsrechte der Nutzer hinwegzusetzen. Damit sind Verhaltensdaten, die zuvor zur Verbesserung der Qualität der Suchergebnisse ausgewertet wurden, zur entscheidenden – und allein von Google nutzbaren – Ressource geworden, die man zum Aufbau eines dynamischen Onlinewerbemarkts braucht. So war endlich die erhoffte Wertschöpfung zu erzielen, die Google jene „nachhaltigen und exponentiell wachsenden Gewinne“ ermöglichte, die es zum Überleben brauchte.

Die Erfindung eröffnete ganz neue Möglichkeiten, Gedanken, Gefühle und Absichten von Einzelpersonen oder Gruppen zu erschließen. Sie basiert auf einer automatisierten Datenauswertung, die man mit einem Einwegspiegel vergleichen kann, denn der geheime Zugriff auf die Verhaltensdaten einer Person erfolgt ohne deren Wissen. Diese totale Abschöpfung der Verhaltensdaten ermöglichte enorme Gewinne durch einen historisch einmaligen Wettbewerbsvorteil auf den neuartigen Prognosemärkten, auf denen risikolose Voraussagen über das Verhalten der User eingepreist und gehandelt werden. Der Einwegspiegel verkörpert die gesellschaftliche Asymmetrie der Überwachung, die noch durch das Wissens- und Machtgefälle verstärkt wird, das ein Resultat eben dieser Überwachungstechniken ist.

Der schnelle Erfolg von AdWords gab den Anstoß zu einer massiven Ausweitung der kommerziellen Überwachungssysteme. Die Werbeauftraggeber forderten immer mehr Klicks. Daraufhin wurde das System über die Google-Suchmaschine hinaus erweitert und das gesamte Internet als Vehikel für die zielgerichtete Werbung des Unternehmens genutzt. Damit wurden, wie Google-Chefökonom Hal Varian er-

läutert hat, die verbesserten Fertigkeiten bei der Datengewinnung und -analyse auf den Inhalt jeder Webseite und jede Benutzeraktion angewendet, um aus diesen wesentlichen Informationen zu destillieren. Diese inhaltsorientierte, auf den patentierten Methoden basierende Werbung bekam den Namen AdSense. Mit ihr erzielte Google 2004 einen Jahresumsatz von mehr als 350 Millionen US-Dollar; 2010 lag er schon jenseits von 10 Milliarden Dollar.

Diese Wertschöpfung aus Verhaltensinformationen wurde ermöglicht durch das Zusammenwirken von innovativer Datenforschung, materieller Infrastruktur, Computermacht, algorithmischen Systemen und automatisierten Plattformen. Die Zahl der Klicks schoss in ungeahnte Höhen. Die Arbeit an AdWords und AdSense wurde für Google genauso wichtig wie die Arbeit an der eigentlichen Suchmaschine. Indem die Klickraten zum Maßstab für Relevanz wurden, entwickelte sich die Wertschöpfung aus Verhaltensinformationen zu einer neuen Geschäftssparte, die eine flächendeckende Onlineüberwachung voraussetzte.

Gewissheiten am Fließband produzieren

Als Google 2004 an die Börse ging, erfuhr die Welt erstmals, wie lukrativ diese neue Marktform ist. Für die epidemieartige Ausbreitung des Überwachungskapitalismus sorgte dann die Google-Managerin Sheryl Sandberg, als sie 2007 zu Facebook wechselte und das Unternehmen von einem sozialen Netzwerk in einen Werbegiganten verwandelte. Damit wurde der Überwachungskapitalismus, mit Google als Vorreiter, zum Standardmodell des Informationskapitalismus im Internet, auf das Mitbewerber aus allen Wirtschaftsbranchen aufsprangen.

Die abgeschöpften Verhaltensinformationen, auf denen das Erfolgsmodell von Google beruht, kann man als „Überwachungsgut“ bezeichnen. Es

ist der unentbehrliche Rohstoff zum Erwirtschaften von „Überwachungserlösen“ und deren Umwandlung in „Überwachungskapital“. Die innere Logik, die dieser Form von Kapitalakkumulation zugrunde liegt, kann man am genauesten mit dem Begriff Überwachungskapitalismus beschreiben, der das Fundament einer ganz neuen Wirtschaftsordnung bildet.

Diese „Überwachungsökonomie“ zeichnet sich dadurch aus, dass die frühere Beziehung zwischen der Firma und ihren Nutzern, die auf Gegenseitigkeit beruhte, einem abgeleiteten Geschäftsmodell untergeordnet wird: Es geht jetzt vor allem um das Abgreifen von Informationsmehrwert zu anderen Zwecken. Damit sind die Nutzer nicht mehr die Subjekte der Wertschöpfung, sondern Objekte, aus denen das Unternehmen Google jenen Rohstoff gewinnt und sich aneignet, den es in seinen maschinellen Lernfabriken zur Prognose verarbeitet. Dieses Endprodukt wird dann an die eigentlichen Kunden verkauft: Unternehmen, die Geld ausgeben, um auf dem neuen Termmarkt für Verhaltensinformationen mitzumischen.

Douglas Edwards, Googles erster Markenmanager, erinnert sich, wie die Firmengründung 2001 eine Antwort auf die Frage suchten: „Was ist Google?“ Damals habe Google-Mitgründer Larry Page sinniert: „Wenn man das Produkt kennzeichnen will, würde es wohl auf persönliche Informationen hinauslaufen ... Die Leute werden enorme Datenmengen erzeugen ... Alles, was du je gehört, gesehen oder erlebt hast, wird durchsuchbar. Dein ganzes Leben wird durchsuchbar sein.“

Diese Vision ist das exakte Abbild der Geschichte des Kapitalismus: Jenseits der Marktsphäre entstandene Dinge werden zur Ware deklariert und beginnen so ein neues Leben. In seinem 1944 veröffentlichten Buch „The Great Transformation“ beschreibt der



Cosima von Bonin, *The Fatigue Empire*, Installationsansicht, Kunsthaus Bregenz, 2020 Foto: Markus Tretter

Fortsetzung von Seite 45

Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi die große Transformation zu einer selbst-regulierenden Marktwirtschaft. An deren Anfang sieht er drei entscheidende geistige Erfindungen, die er als „Warenfiktionalen“ bezeichnet. Erstens: Das menschliche Leben könne der Marktdynamik untergeordnet und als Arbeit wiedergeboren werden, die zu kaufen und zu verkaufen sei. Zweitens: Die Natur könne in ein Marktgut umgewandelt und als Grundbesitz oder Immobilie wiedergeboren werden. Drittens: Der Gütertausch könne in Gestalt von Geld wiedergeboren werden.

In diesem Sinne definieren die Besitzer von Überwachungskapital eine vierte fiktive Ware: Sie ist aus den Erfahrungswelten von Menschen zu gewinnen, deren Körper, Gedanken und Gefühle so jungfräulich sind, wie es die reich vorhandenen Wiesen und Wälder waren, bevor sie der Dynamik des Markts unterlagen.

Persönliche Erfahrungen werden den Marktmechanismen des Überwachungskapitalismus einverleibt, um als Benutzerverhalten wiedergeboren zu werden: umgewandelt in Daten für die Fabrikation von Vorhersagen, die gekauft und verkauft werden. Die neue Marktform enthält eine klare Botschaft: Reale Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen ist weniger lukrativ, also weniger wichtig, als Prognosen über ihr Verhalten zu verkaufen.

Die erste Welle der Prognoseprodukte beruhte auf dem Mehrwert von massenhaft abgeschöpften Internetdaten, die für die Onlinewerbung verwertbar sind. Bei der nächsten Welle ging es nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität der Prognosen, also ihre Zuverlässigkeit. Bei diesem qualitativen Wettbewerb zeigte sich, dass die besten Vorhersagen praktisch auf Überwachung hinauslaufen.

Eine weitere qualitative Entwicklung war die Nutzung von Verbundeffekten, die neue Anforderungen an die gewonnenen Verhaltensdaten stellt. Das heißt, die Ausbeute muss nicht nur ständig anwachsen, sondern auch immer diversifizierter werden, und das gleich in zwei Dimensionen. Zum einen muss die Datengewinnung von der virtuellen auf die reale Welt übergreifen. Die Überwachungskapitalisten haben begriffen, dass ihre künftigen Einnahmen von zusätzlichen Datenmengen abhängen. Zum Beispiel über unseren Blutkreislauf und den Inhalt unserer Kühlschränke oder unsere Gewohnheiten im Schlaf- und im Wohnzimmer, unseren Weg zur Arbeit oder unsere Parkplätze.

Zum anderen zielen die Verbundeffekte in die Tiefe, erschließen immer privatere Dimensionen. Man geht davon aus, dass prognostisch noch aussagekräftigere und damit lukrativere Verhaltensdaten aus den intimsten Bereichen des Ichs zu gewinnen sind. Man will mehr über die Persönlichkeitsstruktur herausfinden, über Stimmungen und Gefühle, Lügen und Schwächen. Jeder Aspekt der Privatsphäre muss erfasst und in Datenpartikel zerlegt werden, die auf dem Fließband der Produktion von Gewissheiten weiterverarbeitet werden. Diese aggressive Datengewinnung aus den Tiefen des privaten Alltags läuft größtenteils unter dem falschen Etikett der „Personalisierung“.

Ständig kommen neue Produkte auf den Markt, die Verhaltensdaten erheben, verfolgen, aufzeichnen und übertragen sollen – von intelligenten Wodkaflaschen bis zu mit dem Internet verbundenen Rektalthermometern. Der Bettenhersteller Sleep Number bietet eine „intelligente Bettentechnologie mit Schlafmustererkennung“. Das Unternehmen sammelt „biometrische und schlafbezogene Daten“ von allen Benutzern des Betts, etwa über deren „Bewegungen, Positionen, Atmung und Herzfrequenz“.

Der Überwachungskapitalismus hat es vor allem auf unsere Wohnnugen abgesehen. 2017 verkauften die Fir-

men Smart-Home-Geräte im Gesamtwert von 14,7 Milliarden Dollar, 2016 waren es noch 6,8 Milliarden. 2021 soll der Umsatz die 100-Milliarden-Grenze übersteigen. Zu den Absurditäten der ersten Generation gehören angeblich intelligente Zahnbürsten, Glühbirnen, Kaffeetassen, Öfen oder Entsafter. Andere sind bedenklicher: eine Überwachungskamera mit Gesichtserkennung für den Hausgebrauch, ein Alarmsystem, das ungewöhnliche Vibrationen vor einem Einbruch aufzeichnet, GPS-Ortungsgaräte für Innenräume, überall anzubringende Sensoren, die Temperatur, Bewegungen und etliches mehr analysieren, oder Cyborg-Kakerlaken,

gen.“ Dafür nannte er zwei Beispiele: „Wir können dem Kühlschrank sagen: Verriegle die Tür, er soll jetzt nichts essen; oder wir befahlen dem Fernseher, sich auszuschalten, damit sie ausreichend Schlaf bekommen.“

Da das Prognosegeschäft die Gewinnung von Verhaltensinformationen auf die reale Welt ausweitet, sind auch Waren- und Dienstleistungsanbieter auf die potenziellen Überwachungserlöse mittels Telematik scharf. Auf diese Kombination von Telekommunikation und Informatik setzen etwa die Kfz-Versicherer. Sie wissen seit Langem, dass das Risiko stark von Verhalten und Persönlichkeit des Fahrers abhängt,

hung in Echtzeit, eine Vertragsstrafe, eine Lenksperrung oder eine Motorblockade; aber auch Belohnungen wie eine Tarifiermäßigung, Gutscheine oder Bonuspunkte. Das Beratungsunternehmen AT Kearney geht davon aus, dass das Internet der Dinge „Beziehungen ausbauen“ kann, um eine „ganzheitlichere Verbindung“ mit den Kunden herzustellen und „ihr Verhalten zu beeinflussen“.

Das Unternehmen Spireon ist auf die Ortung und Überwachung von Fahrzeugen und Fahrern im Auftrag von Kreditinstituten, Versicherern und Fuhrparkbesitzern spezialisiert. Sein Sicherheitsmanagementsystem Loan-Plus sendet Ermahnungen an die Fahrer, wenn sie mit den Zahlungen in Verzug sind, deaktiviert das Fahrzeug nach Überschreitung einer vereinbarten Zahlungsfrist und lokalisiert es für den Gerichtsvollzieher.

Telematik verspricht eine neue Qualität von Verhaltenskontrollen. Versicherungen können damit Auflagen für das Fahrverhalten vorgeben: Anlegen der Sicherheitsgurte, Höchstgeschwindigkeit, Rastpausen, bis hin zur Vermeidung aggressiver Beschleunigung, harten Bremsens oder überlanger Fahrzeiten. Diese Parameter werden in Algorithmen übersetzt, die den Fahrer kontinuierlich überwachen, bewerten und einstufen. Die Berechnungen lösen umgehend Tarifkorrekturen aus. Der Datenpool wird außerdem für Prognosen verwendet, die an Werbetreibende verkauft werden, da das System auch Verhaltensmerkmale berechnet, die gezielte Werbung über die Handys der Fahrer ermöglichen.

Der Chefstrategie von Spireon hält das Patent für ein Verfahren, mit dem Versicherer jedwede Unsicherheit weitgehend ausschalten können, indem sie das Verhalten ihrer Kunden aktiv beeinflussen. Erstrebte wird damit eine kontinuierliche Optimierung des Versicherungstarifs mittels Kontrolle der vom Versicherer definierten Verhaltensparameter. Das System übersetzt sein Wissen über das Verhalten der Kunden in Macht, die sich je nachdem in Boni oder in Strafen äußert. Ein zweites Patent bezieht sich auf verschiedene Algorithmen, die bei der Verletzung von Vorgaben automatisch negative oder positive Sanktionen auslösen, wobei das Spektrum von einem „Verstoß-Algorithmus“ bis zu einem „Bonus-Algorithmus“ reicht.

Als David an jenem Abend seine Haustür öffnete, ahnte er nicht, dass er und die Pokémon-Jäger an einem Experiment über direkte Eingriffe ins Nutzerverhalten teilnahmen. Sie waren sozusagen nur die Meerschweinchen für den Großversuch eines Mannes, der sich die Welt zu eigen machen wollte, indem er sie kartierte. John Hanke hatte 2001 die von der CIA finanzierte Firma Keyhole gegründet, ein Satellitenkartierungsunternehmen, das später von Google übernommen und in Google Earth umbenannt wurde. Hanke wurde Produktmanager von Google Maps und Chef von Street View, ehe er 2010 innerhalb von Google ein eigenes Start-up namens Niantic Labs gründete. Dabei ging es ihm um die Entwicklung von Spielen in einer „erweiterten Realität“, bei denen Menschen erfasst und durch Gegend getrieben werden, die Street View bereits für seine Karten vereinnahmt hatte. Pokémon Go war ein Produkt von Niantic Labs.

Pokémon Go funktioniert wie eine Art Schatzsuche auf Basis einer Augmented-Reality-Technologie. Wenn man die Niantic-App heruntergeladen hat, können die Spieler mithilfe von GPS und Handykamera virtuellen Kreaturen nachjagen. Die Figuren erscheinen auf dem Bildschirm inmitten einer realen Umgebung: im Garten eines abnungslosen Mannes, auf einer Straße, im Park, in einem Laden. Damit sollen die Spieler zu „Abenteuerwanderungen“ in ihren Städten oder Vierteln animiert werden.

Pokémon Go kam am 6. Juli 2016 in den USA, Australien und Neuseeland auf den Markt. In den USA wur-

de es binnen einer Woche zur umsatzstärksten App, die genauso viele aktive Android-Nutzer erreichte wie Twitter. Keine sechs Tage später forderte BuzzFeed-Reporter Joseph Bernstein die Pokémon-Anwender auf, zu checken, welche Daten die App von ihren Smartphones abgreift.

Am 13. Juli begann eine kritische Diskussion über die Datenerfassung. Hanke räumte gegenüber der *Financial Times* ein, dass das Geschäftsmodell von Niantic neben „In-App-Käufen“ von Spielzubehör noch „eine zweite Komponente“ enthält, nämlich „das Konzept der gesponserten Standorte“. Das Unternehmen hatte es von vornherein auf Einnahmen von Unternehmen abgesehen, die auf dem virtuellen Tableau als Standort auftauchen wollen, weil das Spiel ja Passanten anzieht. Diese Sponsoren zahlten einen Betrag für jeden Besucher, ganz ähnlich wie für jeden Klick auf einer Google-Suchmaschinenwerbung.

„Gesponserte Standorte“ ist eine beschönigende Umschreibung für Verhaltensermittlung, bei denen die Einnahmen von Niantic umso stärker steigen, je mehr Personen zu bestimmten Orten gelotet werden. Das funktioniert wie bei Google, das seine abgeschöpften Verhaltensdaten nutzt, um Onlinewerbung auf bestimmte Personen loszulassen. Die Elemente und die Dynamik des Spiels, zu denen bei Niantic eine neue Augmented-Reality-Technologie kommt, lenken Menschen zu realen Orten, wo sie ihr real verdientes Geld in den realen Geschäften ausgeben, die auf diesen Verhaltenstermin-kontraktmärkten präsent sind.

Auf dem Höhepunkt von Pokémon Go im Sommer 2016 war der Traum eines jeden Überwachungskapitalisten wahr geworden: ein riesiges Labor für Verhaltensbeeinflussung, in dem das Zusammenwirken von Größenvorteilen, Diversifikationsvorteilen und aktivem Einfluss auf das Nutzerverhalten getestet wurde. Wobei die geniale Grundidee darin bestand, das eigentliche Spiel in ein übergeordnetes Spiel des Überwachungskapitalismus zu transformieren, in ein Spiel mit einem Spiel.

Die Teilnehmer, denen die Stadt wie ihr Spielfeld vorkam, waren unwissentlich selbst zum Spielfeld für dieses zweite, viel wichtigere Spiel geworden. Und hier waren die Spieler nicht die aufgeregten Pokémon-Kids vor Davids Haustür, sondern die eigentlichen Kunden, die Niantic mit dem Versprechen garantierter Ergebnisse geködert hatte. Also Unternehmen, die in der realen Welt mitspielen wollen und dafür einen Preis bezahlen; die auf das Geld aus sind, das die Mitglieder der Jägerhorde in der Tasche haben. Die *Financial Times* berichtete von hochfliegenden Spekulationen über das künftige Potenzial des Spiels als Cashcow für den Einzelhandel und andere Geschäftszweige mit Laufkundschaft.

Es gibt keine Garantie auf ein bestimmtes Resultat ohne die Macht, es zu erzwingen. Hier schlägt das „Herz der Finsternis“ des Überwachungskapitalismus. Er schafft sich ein neues Menschenbild, wahrgenommen durch die Linse seiner eigenen spezifischen Macht, die mittels globaler digitaler Strukturen zu einem gigantischen und komplexen Instrument der Verhaltensmodifikation umfunktioniert wurde.

Der Überwachungskapitalismus kündigt damit die Regression in ein Zeitalter des selbstbestimmten Kapitals und der fremdbestimmten Individuen an – also genau das Gegenteil dessen, was für eine blühende Demokratie und die Erfüllung der Menschheitsträume nötig wäre. Er verkörpert eine neue Macht, die um ihrer gewinnbringenden Prognosen willen die Natur des Menschen neu erschaffen will.

Aus dem Englischen von Nicola Liebert

Shoshana Zuboff ist emeritierte Professorin an der Harvard Business School und Autorin von „Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus“. Frankfurt am Main (Campus) 2018. Dieser Text erschien im Januar 2019 in *LMd*.



Cosima von Bonin, *The Fatigue Empire*, Installationsansicht, Kunsthaus Bregenz, 2020. Foto: Markus Tretter

die Geräusche erkennen. Selbst das Kinderzimmer wird zur Quelle für weitere Verhaltensdaten.

Angesichts der verschärften Konkurrenz haben die Überwachungskapitalisten kapiert, dass es mit den Verbundeffekten nicht getan ist: Am sichersten lassen sich Verhaltensweisen voraussagen, wenn man „an der Quelle“ eingreift und sie aktiv gestaltet.

Um solche „Eingriffsvorteile“ zu erzielen, wurden die maschinellen Abläufe entsprechend konfiguriert. Heutzutage sind also die digitalen Verbindungs- und Kommunikationsstrukturen für diesen Zweck in Beschlag genommen. Die damit geschaffenen Eingriffsmöglichkeiten sollen Verhaltensprognosen sicherer machen, indem sie die Nutzer im gewünschten Sinne beeinflussen, sei es mit sanften Methoden wie „nudging“ und „tuning“, durch Aktivierung des Herdentriebs oder durch nackte Manipulation.

Dabei kann es sich um subtile Techniken handeln, zum Beispiel das Einfügen einer bestimmten Formulierung in einen Facebook-Newsfeed oder das „rechtzeitige“ Aufleuchten eines Kauf-Buttons auf einem Handy. Es gibt aber auch brutaler Methoden, etwa wenn das Auto nicht mehr anspringt, weil die Versicherung nicht pünktlich gezahlt wurde.

Ein Softwareentwickler erklärt das Ganze so: „Wir lernen, wie man die Musik schreibt, und dann sorgen wir dafür, dass die Leute zu der Musik tanzen. Wir können den Kontext eines bestimmten Verhaltens arrangieren und auf diese Weise Veränderungen erzwin-

den. Der Unternehmensberater Deloitte empfiehlt ihnen deshalb Risikominimierung – sprich garantierte Erträge – durch Überwachung und Korrektur des Verhaltens ihrer Versicherungsnehmer in Echtzeit.

Das bedeutet, dass die Versicherer „das Verhalten der Versicherungsnehmer direkt überwachen können, indem sie die Zeiten, die Orte und die Straßenverhältnisse beim Fahren erfassen“. Oder auch verfolgen, „ob die Fahrer stark beschleunigen oder mit hoher oder sogar überhöhter Geschwindigkeit fahren, wie stark sie bremsen, wie schnell sie abbiegen und ob sie den Blinker setzen“.

Der Pokémon-Jäger als Meerschweinchen

Damit können die Versicherungsprämien, die früher die Unwägbarkeiten des Alltags widerspiegeln, nunmehr „verhaltensabhängig“ innerhalb von Millisekunden steigen und fallen – zum Beispiel auf der Basis exakter Informationen darüber, wie schnell jemand nach einem hektischen Morgen, an dem ein krankes Kind zu versorgen war, zur Arbeit gefahren ist.

Telematik soll also nicht nur wissen, sondern auch handeln, Druck ausüben, etwas erzwingen. Verhaltensabhängige Versicherungstarife ermöglichen eine Risikominimierung durch Prozesse, die das Verhalten auf maximale Rentabilität trimmen sollen. Die Analyse des Nutzerverhaltens löst Strafmaßnahmen aus: eine Tarifierhö-



Cosima von Bonin, *The Bonin/Oswald-Empire's Nothing #4 (CVB's Purple Kikoy Sloth Rabbit On Pink Table & MVO's Kokoy Song)*, 2010, Mixed Media

Woher kommt das Coronavirus?

von Sonia Shah

Viele Erreger von Infektionskrankheiten stammen von Tieren. Allerdings kommt selten zur Sprache, dass bei der Übertragung auf den Menschen die Zerstörung von Lebensräumen eine zentrale Rolle spielt.

Könnte es ein Schuppentier sein? Eine Fledermaus? Oder womöglich eine Schlange? Der Wettlauf ist eröffnet, wer als Erster das Wildtier identifizieren wird, von dem das Coronavirus stammt, offiziell als Sars-CoV-2 bezeichnet.

Infolge des Virus, das die als Covid-19 bezeichnete Erkrankung auslöst, wurden in China und anderen Ländern viele Millionen Menschen unter Quarantäne gestellt oder in Sperrzonen von der Umwelt abgeschottet. Natürlich ist es wichtig, das Rätsel der Herkunft zu lösen. Noch viel wichtiger ist allerdings, zu erkennen, dass unsere zunehmende Verwundbarkeit durch Pandemien eine tiefere Ursache hat: die immer raschere Zerstörung von Lebensräumen.

Seit 1940 sind hunderte krankmachende Erreger in Regionen neu aufgetaucht oder wieder aufgetaucht, wo manche von ihnen nie zuvor beobachtet wurden. Das gilt für HIV, für Ebola in Westafrika, für das Zikavirus auf dem amerikanischen Kontinent und eine Vielzahl neuer Coronaviren. Die Mehrheit dieser Erreger (60 Prozent) sind tierischen Ursprungs. Einige stammen von Haustieren oder Nutztieren, aber die meisten (mehr als zwei Drittel) von Wildtieren.

Die Tiere können nichts dafür. Obwohl immer wieder Wildtiere als Ursprung zerstörerischer Epidemien dargestellt werden, ist die Annahme falsch, sie seien besonders häufig mit todringenden Erregern infiziert, die jederzeit auf Menschen überspringen können. Tatsächlich lebt der größte Teil der Mikroben in den Wildtieren, ohne ihnen im Geringsten zu schaden. Das Problem liegt woanders: Durch die immer massivere Abholzung der Wälder und die wachsende Urbanisierung haben wir diesen Mikroben Wege eröffnet,

den menschlichen Körper zu erreichen und sich entsprechend anzupassen.

Durch die Zerstörung der Lebensräume droht zahlreichen Arten die Ausrottung, darunter auch Heilpflanzen und Tieren, die in unseren Arzneibüchern seit jeher ihren Platz haben. Den überlebenden Arten bleibt nichts anderes übrig, als sich in die reduzierten Lebensräume zurückzuziehen, die ihnen die menschlichen Siedlungen übrig lassen. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass sie in engen Kontakt mit Menschen kommen, und so können Mikroben, von denen sie besiedelt sind, in unsere Körper gelangen, wo sie sich möglicherweise in tödliche Krankheitserreger verwandeln.

Ebola ist ein gutes Beispiel dafür. Als Ursprung des Virus wurden verschiedene Fledermausarten identifiziert. Eine 2017 durchgeführte Untersuchung hat gezeigt, dass Ausbrüche des Virus häufiger in solchen Gebieten Zentral- und Westafrikas vorkamen, in denen kurz zuvor Wälder in großem Stil gerodet worden waren. Wenn man die Bäume der Fledermäuse fällt, zwingt man sie, auf Bäume in unseren Gärten und auf unseren Farmen auszuweichen.

Wie es dann weitergeht, ist leicht vorstellbar: Ein Mensch beißt in eine Frucht, die von Fledermausspeichel bedeckt ist. Oder jemand tötet eine Fledermaus, die in sein Haus geflogen ist, und kommt dabei mit dem Erreger in Kontakt. So springen viele Viren, die für die Fledermäuse harmlos sind, auf menschliche Populationen über – neben dem Ebola- auch das Nipah-Virus (vorwiegend in Malaysia und Bangladesch) und das Marburg-Virus (in Ostafrika).

Wenn dieses „Überschreiten der Artengrenze“ häufiger geschieht, besteht die Möglichkeit, dass sich die Mikroben aus tierischen Organismen an den Menschen anpassen und so weiterentwickeln, dass sie zu Krankheitserregern werden.

Auch bei Krankheiten, die von Mücken übertragen werden, wurde ein Zusammenhang zwischen dem Auftreten von Epidemien und Abholzung festgestellt – mit dem Unterschied, dass es hier weniger um den Verlust von Lebensräumen als um deren Umgestal-

tung geht. Mit den Bäumen verschwinden auch die Laubschicht auf dem Boden und die Wurzeln. Wasser und Sedimente können leichter über solche schutzlosen, von der Sonne ausgetrockneten Böden fließen und Pfützen bilden, in denen sich Mücken vermehren. Laut einer Untersuchung in zwölf Ländern kommen Mücken, die für den Menschen gefährliche Erreger übertragen, in abgeholzten Gebieten doppelt so häufig vor wie in Gebieten mit intakten Wäldern.

Die Zerstörung der Lebensräume verändert auch die Populationsgrößen der verschiedenen Arten, was wiederum das Verbreitungsrisiko eines Krankheitserregers erhöhen kann. Das West-Nil-Virus beispielsweise wird von Zugvögeln übertragen. Durch den Verlust von Lebensräumen und andere Zerstörungen ist deren Zahl in Nordamerika in den letzten 50 Jahren um ein Viertel zurückgegangen, wobei nicht alle Arten gleichermaßen betroffen sind.

Aus dem Lentivirus der Makaken wurde HIV

Genauso ist es bei Krankheiten, die durch Zecken übertragen werden. Im Nordosten Amerikas fressen sich die Städte immer weiter in die Wälder und vertreiben Tiere wie die Opossums, die die Population der Zecken unter Kontrolle halten, während andere Arten wie die Weißfußmaus und der Hirsch weiter gedeihen. So können sich durch Zecken übertragene Krankheiten wie die Lyme-Borreliose, die in den USA erstmals 1975 auftrat, leichter ausbreiten. In den letzten 20 Jahren wurden sieben neue Krankheitserreger identifiziert, deren Überträger Zecken sind.

Nicht nur der Verlust von Lebensräumen vergrößert das Risiko von Krankheitsausbrüchen, sondern auch, wie wir mit Tieren umgehen, die für den menschlichen Verzehr vorgesehen sind. Manche von ihnen gelangen in den illegalen Handel oder werden auf sogenannten *wet markets* verkauft – Märkten, auf denen lebendige (oder frisch geschlachtete) Tiere gehandelt werden.

Dort sitzen verschiedene Tiere, die sich in der freien Natur wohl niemals begegnet wären, in Käfigen nebenein-

ander, und die Mikroben können fröhlich von einem zum anderen wandern. Genau auf diese Weise konnte 2002/03 das Coronavirus entstehen, das für die Sars-Epidemie (schweres akutes Atemwegssyndrom) verantwortlich war, und möglicherweise ist dies auch der Ursprung des neuen Coronavirus.

Die vielen Tiere in unserem System der industriellen Fleischproduktion werden, bevor sie im Schlachthof enden, auf engstem Raum zusammengepfercht gehalten: ideale Bedingungen für die Verwandlung von Mikroben in tödliche Krankheitserreger. Wenn beispielsweise Vogelgrippeviren, deren Wirtstiere wildlebende Wasservögel sind, in Geflügelmastbetriebe eindringen, mutieren sie und werden sehr viel gefährlicher als in freier Wildbahn.

Dieser Vorgang erfolgt so zuverlässig, dass er sich im Labor reproduzieren lässt. Ein Stamm des Influenza-A-Virus, H5N1, überträgt sich auch auf den Menschen. Bei Tieren endet die Krankheit in über der Hälfte der Fälle tödlich. 2014 musste in Nordamerika millionenfach Geflügel gekeult werden, um die Ausbreitung einer anderen Variante von Influenza-A zu stoppen.

Die Berge von Ausscheidungen, die unser Nutzvieh produziert, bieten Mikroben tierischen Ursprungs weitere Gelegenheiten, Menschen zu infizieren. Weil unendlich viel mehr Exkremente anfallen, als die landwirtschaftlich genutzten Flächen in Form von Dünger aufnehmen können, werden sie häufig in nicht abgedichteten Jauchegruben abgeladen – der ideale Lebensraum für *Enterohämorrhagische Escherichia coli*.

Über die Hälfte der Tiere in US-amerikanischen Mastbetrieben sind damit infiziert, aber das Bakterium schadet ihnen nicht. Bei Menschen verursachen solche Varianten von Colibakterien (wie Ehec), die nicht natürlich im menschlichen Darm vorkommen, hingegen blutige Durchfälle und Fieber und können zu akutem Nierenversagen führen. Und weil die Ausscheidungen der Tiere nicht selten in unser Trinkwasser und unsere Lebensmittel gelangen, sind allein in den USA jedes Jahr 90 000 Menschen davon betroffen.

Es passiert heute zwar immer häufiger, dass tierische Mikroben zu menschlichen Krankheitserregern mu-

tieren, aber das Phänomen ist nicht neu. Erstmals aufgetreten ist es um die Zeit der neolithischen Revolution, als der Mensch begann, Lebensräume zu zerstören, um Ackerland zu gewinnen und Tiere zu domestizieren. Im Gegenzug haben die Tiere uns einige vergiftete Geschenke gemacht: Die Masern und die Tuberkulose verdanken wir den Kühen, den Keuchhusten den Schweinen und die Grippe den Enten.

Dieser Prozess ging während der kolonialen Expansion Europas weiter: Im Kongo ließen die belgischen Kolonisatoren Eisenbahnen und Städte bauen. Dadurch ermöglichten sie es den Lentiviren, mit denen die einheimischen Makaken infiziert waren, sich immer besser an den menschlichen Körper anzupassen.

In Bangladesch drangen die Briten in die riesigen Mangrovenwälder der Sundarbans vor, um Reisfarmen zu errichten. Dadurch gerieten die dort lebenden Menschen mit den Bakterien in Kontakt, die sich im Brackwasser aufhielten. Die Pandemien, die durch das Vordringen in der Kolonialzeit ausgelöst wurden, verfolgen uns bis heute. Aus dem Lentivirus der Makaken wurde HIV. Das Wasserbakterium der Sundarbans wurde unter dem Namen Cholera bekannt und hat bis heute sieben Pandemien verursacht.

Zum Glück sind wir nicht nur passive Opfer dieser Vorgänge. Wir können auch viel tun, um das Risiko krankmachender Mikroben zu mindern – etwa die Lebensräume der Wildtiere schützen, damit sie ihre Mikroben nicht auf uns übertragen. Die Initiative One Health der Weltgesundheitsorganisation etwa hat sich genau dies zum Ziel gesetzt.

Wir können für eine engmaschige Überwachung der Milieus sorgen, in denen Tierrisikofaktoren besonders leicht zu Krankheitserregern für Menschen mutieren. Dabei müssen wir versuchen, solche Mikroben zu eliminieren, die Zeichen der Anpassung an den menschlichen Organismus zeigen, bevor sie Epidemien auslösen. Genau darum kümmert sich seit zehn Jahren das Programm Predict, das von der US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit (USAID) finanziert wird.

Die Wissenschaftler von Predict haben bereits mehr als 900 neuartige Viren identifiziert, deren Entstehung damit zusammenhängt, dass immer mehr Regionen auf der Erde den Stempel menschlicher Eingriffe tragen. Zu diesen Viren zählen auch bislang unbekannte Stämme des Coronavirus, die ebenfalls dem Sars-Virus ähneln.

Heute droht uns eine neue Pandemie, und das nicht nur wegen Sars-CoV-2. Die Bestrebungen der Trump-Regierung, die Industrie von allen Umweltauflagen und sonstigen Einschränkungen zu befreien, wird in den USA unweigerlich dazu führen, dass immer mehr Lebensräume zerstört werden, und das begünstigt wiederum die Übertragung tierischer Mikroben auf den Menschen.

Gleichzeitig schmälert die US-Regierung die Chancen, gefährliche Erreger aufzuspüren, bevor sie sich verbreiten können: Im Oktober 2019 hat sie beschlossen, das Programm Predict zu beenden. Und Anfang Februar 2020 hat sie angekündigt, die Beiträge für das Budget der WHO um 53 Prozent zu kürzen.

Der Epidemiologe Larry Brilliant hat einmal gesagt: „Virusausbrüche sind unvermeidlich, Pandemien hingegen lassen sich vermeiden.“ Doch wir werden Pandemien nur vermeiden können, wenn wir bei der Veränderung der Politik ebenso entschlossen vorgehen, wie wir es bei den Eingriffen in die Natur und das Leben der Tiere getan haben.

Aus dem Französischen von Ursel Schäfer

Sonia Shah ist Wissenschaftsjournalistin und Autorin von „Pandemic: Tracking Contagions, from Cholera to Ebola and Beyond“. New York (Sarah Crichton Books) 2016. Dieser Text erschien in *The Nation* und im März 2020 in *L.M.D.*

arte
arte

Re:!

Was dich bewegt.
Reportagen aus Europa.

Montag bis Freitag 19:40 auf ARTE
und jederzeit im Netz.



@arte.tv



/artede



arte.tv/re